

**HESSISCHER LANDTAG**

30. 06. 99

11. Sitzung

Wiesbaden, den 30. Juni 1999

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	651	Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.	
<i>Entgegengenommen</i>	651	- Drucks. 15/287 -	659
Präsident Klaus Peter Möller	651	<i>Angenommen</i>	692
9. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend keine Abschaffung der Buchpreisbindung		Lothar Klemm	659
- Drucks. 15/267 -	651	Armin Clauss	659, 689
<i>Zurückgezogen</i>	651	Ministerpräsident Roland Koch	666
Präsident Klaus Peter Möller	651	Priska Hinz	673
10. Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Zukunft der Schwangerschaftskonfliktberatung in Hessen nach den Beschlüssen der katholischen Bischöfe)		Jörg-Uwe Hahn	680
- Drucks. 15/284 -	651	Norbert Kartmann	685
<i>Abgehalten</i>	659	Minister Karlheinz Weimar	691
Petra Fuhrmann	651	Präsident Klaus Peter Möller	691
Inge Velte	652	7. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend moderne Familienpolitik	
Evelin Schönhut-Keil	652	- Drucks. 15/130 -	692
Dorothea Henzler	653	<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	700
Ministerin Marlies Mosiek-Urbahn	654	Evelin Schönhut-Keil	692
Silvia Hillenbrand	655	Gottfried Milde	694
Barbara Weitzel	656	Karin Hartmann	695
Norbert Kartmann	657	Dorothea Henzler	697
Jörg-Uwe Hahn	658	Ministerin Marlies Mosiek-Urbahn	698
Jürgen Walter	658	Dieter Nolte	699
Präsident Klaus Peter Möller	659	Präsident Klaus Peter Möller	700
3. Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 1998 und 1999 (Nachtragshaushaltsgesetz 1998/99) und zur Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes		8. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend erleichterte Gründung von Handwerksbetrieben	
- Drucks. 15/281 zu Drucks. 15/236 und zu Drucks. 15/82 -	659	- Drucks. 15/205 -	700
<i>In dritter Lesung (in geänderter Fassung) angenommen:</i>		<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i>	707
<i>Gesetz beschlossen</i>	692	Rupert von Plottnitz	700, 702
Hierzu:		Michael Boddenberg	701, 704
Änderungsantrag der Fraktion der SPD		Bernd Riege	703
- Drucks. 15/285 -	659	Michael Denzin	705
<i>Abgelehnt</i>	691	Minister Dieter Posch	706
		Präsident Klaus Peter Möller	707
		11. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend Übernahme der Fachhochschule Dieburg der Telekom AG; hier: Zustimmung des Landtags gemäß Art. 139 ff. HV	
		- Drucks. 15/282 zu Drucks. 15/234 -	707
		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	707
		Präsident Klaus Peter Möller	707

	Seite		Seite
12. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Ablösung des Frankfurter Polizeipräsidenten		Hildegard Klär	715
- Drucks. 15/286 -	707	Aloys Lenz	715
<i>Abgelehnt</i>	714	Nicola Beer	716
Dieter Franz	707	Priska Hinz	717
Minister Volker Bouffier	708	Ministerin Ruth Wagner	717
Rupert von Plottnitz	710	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	718
Jörg-Uwe Hahn	711	14. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Stopp der Aufforderung zum Rechtsbruch durch die Landesregierung	
Günter Rudolph	712	- Drucks. 15/289 -	718
Armin Klein	712	<i>Abgelehnt</i>	727
Frank-Peter Kaufmann	713	Petra Fuhrmann	718
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	714	Clemens Reif	719
Manfred Schaub	714	Rupert von Plottnitz	721
Stefan Grüttner	714	Michael Denzin	722
13. Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. betreffend keine Abschaffung der Buchpreisbin- dung		Ministerin Marlies Mosiek-Urbahn	723
- Drucks. 15/288 -	714	Jürgen Walter	725
<i>Angenommen</i>	718	Ministerpräsident Roland Koch	725
		Armin Clauss	726
		Vizepräsidentin Veronika Winterstein	727

Im Präsidium:

Präsident Klaus Peter Möller
Vizepräsidentin Veronika Winterstein

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Dr. Franz Josef Jung
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner
Kultusministerin Karin Wolf
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Ruth Wagner
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch
Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn
Staatssekretär Dirk Metz
Staatssekretär Dr. Karl Johannes Beerermann
MinDirig Pflock
Staatssekretär Jochen Riebel
Staatssekretär Herbert Landau
Staatssekretär Dr. Hartmut Müller-Kinet
Staatssekretär Edgar Portz
Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler
Staatssekretär Ulrich Thurmann
Staatssekretär Karl-Winfried Seif

Abwesende Abgeordnete:

Tarek Al-Wazir
Hartmut Holzapfel
Rolf Karwecki
Judith Pauly-Bender

(Beginn: 9.06 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich eröffne die heutige 11. Plenarsitzung des hessischen Landesparlaments, wünsche uns angenehme und zügige Beratungen und begrüße alle, die uns schon zu dieser frühen Morgenstunde zuschauen.

(Allgemeiner Beifall - Auf der Zuschauertribüne befindet sich nur eine Dame.)

- Frau Brückmann, einen solchen Beifall hat hier noch kein Zuschauer bekommen - das ist ein richtiges Ereignis.

Das Haus ist beschlussfähig. Erledigt sind die Punkte 1 und 2 sowie 4 bis 6. Eingegangen sind zwei Dringliche Anträge, zunächst ein Dringlicher Antrag - -

(Unruhe)

Ich mache es jetzt wie der Speaker.

(Präsident Klaus Peter Möller klopft dreimal auf den Tisch.)

So, jetzt klappt es. - Es ist eingegangen ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. betreffend keine Abschaffung der Buchpreisbindung, Drucks. 15/288. Bei dieser Mehrheit gehe ich davon aus, dass niemand gegen die Dringlichkeit ist. - Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 13, und der **Tagesordnungspunkt 9** wird von den Antragstellern zurückgenommen - ist das so? - Ja.

Es gibt einen weiteren Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend Stopp der Aufforderung zum Rechtsbruch durch die Landesregierung, Drucks. 15/289. Gibt es hier Streit über die Dringlichkeit? - Niemand verneint die Dringlichkeit. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 14.

Wir beginnen heute mit Tagesordnungspunkt 10, dem Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde, Drucks. 15/284. Anschließend kommt Tagesordnungspunkt 3, dritte Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes 1998/99.

Vereinbarungsgemäß tagen wir bis zur Erledigung der Tagesordnung bei einer Mittagspause von einer Stunde. - Geburtstag hat heute der Abg. Gerhard Bökel. Herzlichen Glückwunsch,

(Allgemeiner Beifall)

Gesundheit, viel Erfolg auf vielen Gebieten - wenn auch nicht notgedrungen auf allen Gebieten.

(Heiterkeit)

Der Terminplan des Hessischen Landtags für das Jahr 2000 ist gestern im Präsidium beschlossen worden; ein Exemplar liegt jeweils auf Ihren Plätzen.

Meine Damen, meine Herren, damit sind wir auch schon bei **Tagesordnungspunkt 10:**

Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Zukunft der Schwangerschaftskonfliktberatung in Hessen nach den Beschlüssen der katholischen Bischöfe) - Drucks. 15/284 -

Das Wort hat Frau Kollegin Fuhrmann für die Fraktion der SPD.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir anerkennen das Bemühen eines Teils der katholischen Bischöfe, in der gesetzlichen Schwangerschaftskonfliktberatung zu verbleiben. Wir schätzen die engagierte Arbeit der Beraterinnen auch in den katholischen Beratungsstellen, die zum Teil bereit waren, notfalls in Vereinen ihre Arbeit fortzusetzen. Wir bekennen uns auch zum pluralen Beratungsangebot in Hessen. Die Vielfalt der Beratungsstellen ist eine Chance, eine Wahlmöglichkeit für die Frauen, und sie ist auch nach dem Schwangerenhilfegesetz geboten.

An der aktuellen Diskussion zeigt sich, dass der gefundene Kompromiss des Jahres 1992 ein guter Kompromiss ist - auch wenn ein Kompromiss oft nur ein guter Schirm, aber ein schlechtes Dach ist. Aber wir haben uns in dieser Frage alle einander angenähert: diejenigen, die für die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch waren, diejenigen, die für eine Fristenlösung waren, und auch die anderen. Wir haben uns bei diesem Kompromiss gefunden, und ich halte ihn für einen guten Kompromiss, der für uns alle gilt und Geltung haben muss.

Er muss aber auch für die katholische Kirche gelten. Ich kann aber noch nicht exakt erkennen, ob dieser Kompromiss auch nach dem Papstbrief in dieser Form tragen kann. In den bisher vorgesehenen Beratungsscheinen wird z.B. nicht vermerkt, dass eine Konfliktberatung gemäß § 5 und § 6 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes stattgefunden hat. Dies ist aber eine Voraussetzung für den straffreien Abbruch.

Der "Papst-Zusatz" - "Diese Bescheinigung kann nicht zur Durchführung straffreier Abtreibungen verwendet werden" - ist, rechtlich betrachtet, zumindest unklar und stellt meines Erachtens auch das Erfordernis der ergebnisoffenen Beratung infrage. Beides sind aber notwendige Voraussetzungen für einen straffreien Abbruch und Teil des Kompromisses, den wir alle miteinander gefunden haben.

Vor allem aber ist in den letzten Tagen eines passiert: die vollkommene Verunsicherung der betroffenen Frauen

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und auch die vollkommene Verunsicherung der Ärzte. Denn der Beratungsschein wird durch den geplanten Zusatz - das war schon in der Presse zu lesen - meines Erachtens zumindest moralisch ungültig gestempelt. Ich frage mich: Wie fühlt sich eine betroffene Frau, die sich trotz Hilfeplan und trotz Beratung in einer katholischen Beratungsstelle gegen die Schwangerschaft entscheidet und mit einer solchen Bescheinigung, die den "Papst-Zusatz" trägt, zum Schwangerschaftsabbruch geht? Welche neuen Gewissenskonflikte werden hier programmiert?

Ich frage mich auch: Wie reagieren die Ärzte, denen eine solche Bescheinigung vorgelegt wird? Wie würden Sie reagieren? Der Hartmann-Bund hat seine Mitglieder bereits gewarnt, unter diesen Voraussetzungen Abtreibungen vorzunehmen.

Ich denke, wir brauchen jetzt eindeutige rechtliche Klarheit. Daran geht kein Weg vorbei. Wir brauchen eine bundeseinheitliche Vorgehensweise. Alle Länder müssen dieselben Maßstäbe anlegen, damit nicht wieder ein entwürdigender "Abtreibungstourismus" entsteht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Voraussetzung für die Anerkennung einer Beratungsstelle gemäß dem Schwangerschaftskonfliktberatungsgesetz ist erstens die Ergebnisoffenheit der Beratung und zweitens das Ausstellen einer Bescheinigung, die diese Beratung dokumentiert. Beide Voraussetzungen müssen von allen Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen erfüllt werden, ob sie nun von der Arbeiterwohlfahrt, von Pro Familia, von der Diakonie oder eben von der katholischen Kirche getragen werden. Ich meine, das Vorliegen dieser Voraussetzungen muss insbesondere nach diesem Diktat aus Rom überprüft werden. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kollegin Velte für die CDU-Fraktion.

Inge Velte (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema, das wir heute Morgen hier diskutieren, eignet sich nicht für Fünf-Minuten-Redebeiträge. Das Thema ist viel zu sensibel, um uns in Rote, Schwarze, GRÜNE oder Gelbe aufzuteilen. In allen Parteien gibt es unterschiedliche Auffassungen. Ich gehe aber davon aus, dass wir als gemeinsames Ziel feststellen können: Wir wollen weniger Abtreibungen; 130.000 Abtreibungen pro Jahr sind zu viel.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, es gibt einen weiteren Konsens - auch wenn Frau Fuhrmann hier etwas relativiert hat -, nämlich den, dass die katholischen Beratungsstellen ein wichtiger Bestandteil der Schwangerschaftskonfliktberatung sind. Für mich sind sie sogar ein unverzichtbarer Bestandteil.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die katholischen Beratungsstellen haben wie alle anderen Beratungsstellen die Aufgabe - und sie erfüllen sie in besonderem Maße -, zum Leben hin zu beraten und Hilfen anzubieten. Diese Aufgabe wird ernst genommen. Die Beratungsstellen kommen damit auch den Aussagen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts nach; das wird manchmal vergessen.

Durch den Papstbrief hat es verständlicherweise Irritationen darüber gegeben, ob eine Beratung bei den und damit auch eine Finanzierung der katholischen Beratungsstellen weiterhin möglich ist. Ich sage hier ganz deutlich: Insbesondere die Bemühungen der deutschen Bischöfe, eine Lösung zu finden, die es den katholischen Beratungsstellen ermöglicht, weiterhin zu beraten und Hilfen anzubieten, sind zu begrüßen. Für diese Bemühungen sollten wir dankbar sein.

(Beifall bei der CDU)

Die katholischen Beratungsstellen bieten aufgrund ihrer Beratung und aufgrund ihrer Hilfe den Frauen zusätzliche Möglichkeiten, sich für ihr Kind zu entscheiden.

Ich bin im Gegensatz zu Frau Fuhrmann der Meinung, dass die rechtliche Prüfung, die sowohl im Sozialministerium als auch im Justizministerium stattfand, eindeutig ergeben hat, dass die Voraussetzungen für eine straffreie Abtreibung trotz des Zusatzes auf der Bescheinigung, diese könne nicht zur Durchführung einer straffreien Abtreibung verwendet werden, erfüllt werden. Die Voraussetzungen für eine Bera-

tung sind vielmehr nach wie vor erfüllt - und damit auch die Voraussetzungen für die Ausstellung einer Bescheinigung und für einen straffreien Schwangerschaftsabbruch. Dieser Zusatz ist nämlich - das wird aus den juristischen Stellungnahmen erkennbar - eine einseitige Willenserklärung ohne rechtliche Wirksamkeit. Sie schmälert keinesfalls die Gültigkeit der Bescheinigung der gesetzlich geforderten Beratung. Aus diesem Grunde ist sie sowohl straf- als auch förderungsrechtlich ohne Bedeutung.

Eine Beratung durch die und eine Förderung der katholischen Beratungsstellen kann also weiterhin erfolgen. Ich sage hier ganz deutlich: Das ist aus den Gründen, die ich vorhin genannt habe, auch gut so. Deshalb begrüßen wir die Erklärung der Sozialministerin, die nach entsprechender rechtlicher Prüfung das von mir eben Vorgetragene festgestellt hat. Ich sage noch einmal: Die Bemühungen der deutschen Bischöfe, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass die katholischen Beratungsstellen weiterhin zum Leben hin beraten und Hilfen geben können, sind anzuerkennen.

Ich möchte zum Schluss aus einem Brief von Bischof Kamphaus zitieren. Er schreibt:

Das ist nicht der Tag strahlender Sieger. Wer ist schon rundum glücklich mit dem vorliegenden Kompromiss? Sind wir kompromittiert? Ein neuer Glaubwürdigkeitsverlust? Es ist vertrackt. Im Bemühen um Eindeutigkeit des Zeugnisses ist es zu neuen Zweideutigkeiten gekommen. So oder so: Man macht sich die Hände dreckig, wenn man das Problem anpackt, das zu lösen unsere Aufgabe ist. Da kommt keiner ungeschoren davon.

Er schreibt weiter:

Das ist vor allem ein Erfolg für Frauen in Schwangerschaftskonflikten. Ihnen steht auch weiterhin ein plurales Angebot der Beratungsstellen offen. Die katholische Kirche bietet in diesem System ihre qualifizierte und auf der ethischen Überzeugung der Unantastbarkeit des menschlichen Lebens basierende Beratung an. Wir wissen, dass das von den Kirchen erarbeitete Beratungskonzept Leben schützt.

Ich habe diesen Worten eigentlich nichts hinzuzufügen. Als evangelische Christin sage ich: Wir alle sollten uns diese Worte genau durch den Kopf gehen lassen, bevor wir behaupten, die katholischen Beratungsstellen erfüllten ihre Aufgabe nicht mehr. Ich bin froh, dass ein Weg gefunden worden ist und dass es die katholischen Beratungsstellen weiterhin geben wird.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kollegin Schönhut-Keil für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Velte, ich stimme Ihnen zu, dass sich dieses Thema nicht für einen Parteienstreit eignet.

Wer im "Spiegel" das Gespräch mit dem Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, gelesen hat, der hat zur Kenntnis nehmen können, welche Qual es ihm bereitet hat, das umzusetzen, was ihm aus Rom vor die

Füße geflattert ist. Trotz alledem denken wir, dass es nicht sein kann, dass Rom gesprochen hat, die Sache damit erledigt ist und wir das einfach so hinnehmen. Nach unserem Verständnis hat die katholische Kirche in Deutschland den mühsam gefundenen gesellschaftlichen Kompromiss zu § 218 StGB mit dieser Regelung verlassen. Ich erinnere daran, dass das Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz aus dem Jahr 1995 eine fraktionsübergreifend erarbeitete Lösung zu § 218 StGB war, die angesichts des Stellenwerts des Themas bundesweit und dauerhaft gelten sollte. Das war damals einhelliger Konsens.

Ich erinnere auch daran, dass die katholische Kirche diejenige war, die eine Zwangsberatung mit Beratungsschein quasi eingeklagt hat. Seitdem werden die Vorgaben dieses Gesetzes durch die katholische Kirche schleichend immer weiter ausgehöhlt.

Die deutschen Bischöfe sind stolz auf sich und ihre Winkelzüge, schlagen sie doch zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie beugen sich der Weisung des Papstes und können trotzdem, nach ihrer Auffassung zumindest, im Beratungssystem bleiben.

Ich bedaure, dass sie nach diesem Motto agieren, dass sie ihre Hände weiterhin in Unschuld waschen wollen; denn mit dem Zusatz auf dem Beratungsschein, den die katholischen Beratungsstellen künftig ausstellen werden, delegieren sie die Entscheidung an den Staat. Aber selbst wenn es rechtlich geklärt wäre, delegieren sie diese Entscheidung oder die Verantwortung dafür letztlich voll an die Frau, und das finden wir sehr bedenklich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Der Gesetzgeber darf also jetzt daran herumdeuteln, ob dieser Zusatz dem Willen des Gesetzes, nämlich ergebnisoffen zu beraten, entspricht oder nicht. Die katholische Kirche hat sich ihrer Verantwortung entzogen, und das ist, denke ich, mehr als enttäuschend.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn wir davon ausgehen, dass sich Frauen aus Gründen des Glaubens an eine katholische Beratungsstelle wenden, dann ist klar, dass die katholische Kirche mit dem jetzigen Beschluss eindeutig die Konfliktsituation der schwangeren Frauen verschärft. Sie verschärft sie zusätzlich, und sie verschärft sie, obwohl sie weiß, was das bedeutet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie bekommen also Brief und Siegel darauf, dass das, was sie tun, Sünde ist und Strafe verdient. Wie soll - das frage ich auch die Ministerin - unter einer solchen Diktion eine ergebnisoffene Beratung überhaupt noch möglich sein? In welche Situation bringen sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstellen mit einer solchen Vorgabe?

Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Wir wollen nach wie vor eine Vielfalt in der Beratungsstruktur. Aber das, was jetzt passiert ist, ist eine Zumutung für alle Beteiligten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich bedaure weiterhin, dass die katholische Kirche längst den Draht zur Lebenswirklichkeit ihrer Gläubigen verloren hat. Die Entscheidung der Bischöfe führt nicht nur zu Rechtsunsicherheit, sondern vor allem zu einer zusätzli-

chen psychischen Belastung der Frauen. Gerade diese zusätzliche psychische Belastung in einer schweren Konfliktsituation war es doch, was alle vermeiden wollten, als die Änderung des Gesetzes auf dem Tisch lag.

Meine Damen und Herren, letztendlich kann man schwangeren Frauen nach dem Beschluss der deutschen Bischöfe nur raten, nur dann zu einer katholischen Beratungsstelle zu gehen, wenn sie sich bereits für ihr Kind entschieden haben, aber weitere materielle Hilfe benötigen. Die Frauen, die in ihrer Konfliktsituation wirklich Beistand und Beratung brauchen, sollten sich am besten gleich an eine andere Beratungsstelle wenden, die einen gültigen, rechtssicheren Beratungsschein ausstellt.

Die Scheinheiligkeit, mit der hier hantiert wird, ist kaum auszuhalten. Ein innerkirchlicher Konflikt wird auf dem Rücken der Frauen ausgetragen. Die deutschen Bischöfe haben sich aus der Verantwortung gestohlen.

Kolleginnen und Kollegen, der 1995 mühsam errungene Kompromiss, der den Frauen ein Mindestmaß an Selbstbestimmung lässt, darf nicht gefährdet werden. Letztendlich bleibt der Politik nichts anderes übrig, als den Zusatz auf den katholischen Bescheinigungen zu ignorieren; das hat die Bundesjustizministerin bereits signalisiert. Ich denke aber, dass es jenseits der rechtlichen Bewertung insgesamt keine gute Entwicklung für die betroffenen Frauen ist. Ich bedaure das.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kollegin Henzler für die Fraktion der F.D.P.

Dorothea Henzler (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 29. Januar 1998 hatten wir hier in diesem Hause ebenfalls eine Aktuelle Stunde zum Thema Rückzug der katholischen Kirche aus der Schwangerschaftskonfliktberatung. Damals habe ich gesagt:

Aber gerade die Kirche in Deutschland muss irgendwann die Entscheidung fällen, ob sie an dem heutigen Leben der Gesellschaft in Deutschland teilhaben und damit auch bei der Bewältigung der Probleme der Menschen beteiligt sein will oder ob sie sich ganz auf Religions- und Glaubenslehre zurückziehen will.

Ich habe außerdem gesagt:

Die F.D.P. appelliert an die katholischen Bischöfe in Deutschland, sich nicht als Erfüllungsgehilfen der Anweisungen des Papstes in Rom zu verstehen, sondern sich als Vertreter der katholischen Christen und vor allen Dingen als Fürsprecher der katholischen Christinnen in Deutschland zu begreifen.

(Beifall bei der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU)

Wie hat die katholische Kirche nun auf diesen Appell und den danach folgenden Brief aus Rom reagiert? Lassen Sie mich aus zwei Kommentaren zitieren:

Zur zweiten Absurdität haben sich die Bischöfe jetzt selbst verstiegen. Sie werden die katholischen Bera-

ter-Scheine ausstellen lassen, die ausdrücklich fixieren, dass sie nicht für Abtreibungen genutzt werden dürfen; und sie signalisieren gleichzeitig, dass sie hoffen, der Staat, Schwangere und Mediziner werden sich nicht daran halten.

Das ist keine Doppelmoral, dafür gibt es keine Worte mehr. Die Jesuitenmoral, von der sich Blaise Pascal im 17. Jahrhundert angewidert abwandte, ist im Vergleich dazu ein intellektuelles Vergnügen.

(Beifall bei der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, trotzdem ist das alles nur die eine Seite der Betrachtungsweise. Wie sieht es nun wirklich mit den Betroffenen aus, den Betroffenen, die Beratung wünschen und sie auch gesetzlich brauchen, und denjenigen, die die Beratung durchführen und die diesen neuen Absatz nun erklären müssen? Dass es sich bei den wirklich Betroffenen ausschließlich um Frauen handelt, brauche ich nicht zu erwähnen. Dass es ausschließlich und vor allem alte Männer sind, die in der katholischen Kirche regieren, erklärt vielleicht das geringe Einfühlungsvermögen.

(Beifall bei der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt viele Frauen in dieser Konfliktsituation, die ihre Lage recht gut selbst beurteilen können und die eine Beratung nutzen, um zum einen noch einmal alle Hilfswege zu erfahren und sich zum anderen in der eigenen Entscheidung fachlich fundiert erneut bestätigen zu lassen. Diese Frauen, denke ich, könnten mit der klaren Haltung von Bischof Dyba gut leben; denn sie würden die katholischen Beratungsstellen wahrscheinlich gar nicht vermissen.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Aber es gibt andere Frauen, die vielleicht katholischen Glaubens, evangelischen Glaubens oder muslimischen Glaubens sind, die völlig verzweifelt sind und mit jeder Entscheidung, die sie fällen - ganz egal, ob für oder gegen das Kind -, selbst überfordert sind und dann in tiefe Gewissenskonflikte verstrickt werden. Diese Frauen gehen mit ihrer völligen Unsicherheit in eine der katholischen Beratungsstellen, sehr wohl wissend, dass sie da ganz ergebnisoffen beraten werden; denn die Zahlen zeigen sehr deutlich - auch als damals der Konflikt kam und es mit den Beratungsscheinen begann -, dass die Anzahl der Frauen, die in die katholischen Beratungsstellen gegangen sind, nicht zurückgegangen ist. Die Frauen gehen ganz bewusst in diese Beratungsstellen.

Ich denke, diesen Frauen darf man die Möglichkeit und das Angebot der kirchlichen Beratungsstellen nicht wegnehmen. Nicht umsonst hat der Gesetzgeber auch gesagt; Es muss eine Vielfalt der Beratungsstellen geben. - Ich meine, Stärkung, Unterstützung und Aufklärung brauchen aber auch die Menschen, die in den Beratungsstellen arbeiten und die jetzt selbst in erhebliche Gewissenskonflikte kommen,

(Beifall bei der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn sie müssen nun erklären, dass der Satz "Diese Bescheinigung kann nicht zur Durchführung straffreier Abtreibungen verwendet werden" keine Gültigkeit hat, obwohl er auf dem Schein steht.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Absurd!)

Ich denke, für alle betroffenen Frauen muss der Satz von Bischof Kamphaus Bedeutung und wirklich Inhalt bekommen, der gesagt hat: "Wir lassen Sie nicht alleine."

Im Interesse der betroffenen Frauen sollten wir den Konflikt, der in der Kirche ist, vonseiten der Politik nicht zusätzlich schüren. Ich denke, die katholische Kirche muss ihren Gläubigen - und dazu gehöre auch ich - in Zukunft sehr viel mehr erklären, und sie muss sich sehr ändern, wenn sie nicht viele Gläubige auf dem Weg in die Zukunft verlieren will.

(Beifall bei der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber das Land Hessen muss und sollte sein erfolgreiches und vielfältiges Netz an Beratungsstellen zum Wohle aller Frauen beibehalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat die Sozialministerin, Frau Staatsministerin Mosiek-Urbahn.

Marlies Mosiek-Urbahn, Sozialministerin:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir ist das Ausmaß der Aufregung, die gegenwärtig mit der Diskussion um die Handhabung der Beratungsbescheinigung durch die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen der katholischen Kirche verbunden ist, nicht ganz verständlich.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Armin Clauss (SPD): Sie sind doch Frauenministerin!)

Wir alle wissen, die persönliche Verantwortung für den Schwangerschaftsabbruch trägt allein die Frau.

(Beifall bei der CDU)

Daran ändert das gegenwärtig praktizierte Beratungsmodell nichts und hat auch nichts geändert. Das ist unsere Ausgangslage.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum wollten Sie das unbedingt haben? Sie haben das doch durchgesetzt! - Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das war das Verfassungsgericht!)

Sowohl das staatliche Verfassungsrecht als auch das Kirchenrecht sind dem Schutz des ungeborenen Lebens verpflichtet.

(Beifall bei der CDU)

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 28. Mai 1993 eindeutig klargestellt, dass der Staat diesem Schutz verpflichtet ist.

(Dieter Nolte (SPD): Natürlich!)

Und es hat klargestellt, dass das Beratungsmodell einer Beobachtungsphase zugeordnet ist. Das das geltende Schwangerschaftsrecht beherrschende Beratungsmodell mit der Straffreiheit für und mit der Übertragung der Verantwortung während der ersten drei Monate auf die Frau ist daher auch aus der Sicht des staatlichen Verfassungsrechts ein problematisches Unterfangen. Das dürfen wir bei unserer Diskussion nicht vergessen.

(Beifall bei der CDU)

Dennoch: Der Konflikt zwischen staatlichem und kirchlichem Verfassungsrecht besteht, denn die Kirche kann das Beratungskonzept mit Straffreiheit nicht anerkennen. Der Unterschied zwischen den beiden Ebenen - Kirchenrecht einerseits und staatliches Recht andererseits - wird von der Verfassung aber ausdrücklich anerkannt. Weder darf die staatliche Ordnung die kirchliche Ordnung in ihrem Wesen antasten, noch darf umgekehrt die kirchliche Ordnung die staatliche Ordnung antasten. Dies ist verfassungsrechtlich in Art. 140 Grundgesetz in Verbindung mit Art. 137 Weimarer Verfassung verbrieft.

(Gerhard Bökel (SPD): Dieser Satz stimmt!)

Wenn wir uns diesen Grundsatz bewusst machen, sind wir in der Lage, mit dem Dualismus zwischen kirchlicher und staatlicher Rechtsordnung umzugehen. Der Staat muss danach akzeptieren, dass die Kirche eine Schwangerschaftskonfliktberatung durchführt und auf der Bescheinigung deutlich macht, dass die Bescheinigung der Kirche nicht zu einem straffreien Schwangerschaftsabbruch genutzt werden darf.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist das falsch! Sie muss ergebnisoffen beraten!)

Der Kirche muss zugestanden werden - gerade aufgrund der eben zitierten Vorschrift des Grundgesetzes -, ihren Standort in einer solchen Bescheinigung auch deutlich zu machen. Ihr muss zugestanden werden, dass sie nicht ausdrücklich auf die Vorschriften der staatlichen Rechtsordnung Bezug nehmen muss.

(Petra Fuhrmann (SPD): Auf welcher gesetzlichen Grundlage?)

So gibt es für mich keinen einleuchtenden Grund, den katholischen Beratungsstellen allein wegen den Zusatzes in der Beratungsbescheinigung die Anerkennung oder Förderung zu entziehen. Dieser Zusatz ermöglicht aus der Sicht des Kirchenrechts den Verbleib der Caritasverbände für die Diözesen Limburg und Mainz in der Konfliktberatung und eröffnet, so hoffe ich, die Möglichkeit zur Rückkehr des Sozialdienstes katholischer Frauen in Fulda in diese Beratung.

Ausschlaggebend ist die Tatsache der Beratung. Sie steht im Mittelpunkt. Ich möchte auf § 5 Schwangerschaftsfamilienhilfeänderungsgesetz hinweisen, der zum Kernpunkt der Beratung macht: "Die Schwangerschaftskonfliktberatung dient dem Schutz des ungeborenen Lebens."

(Beifall bei der CDU)

Der jetzt gefundene Weg wird von allen Frauen in Hessen und auch von ihren Partnern, die eine katholisch orientierte Hilfestellung in ihrer Entscheidungssituation suchen, als eine große Beruhigung empfunden,

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo leben Sie denn?)

denn schließlich haben sich die Beratungsstellen in katholischer Trägerschaft, die etwa 27.000 Schwangerschaftskonfliktberatungen innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen seit Anfang der Achtzigerjahre geleistet haben, eine gute Reputation erworben. Das bisherige Beratungssystem in Hessen mit seiner Vielfalt an Trägern hat sich bewährt. Es gibt daher keinen Grund, es infrage zu stellen.

(Dieter Nolte (SPD): Wir wollen es doch nicht infrage stellen!)

Die katholische Kirche übernimmt hier einen wichtigen Part. Es ist gut, dass sie auf der Grundlage des Beschlusses der Bischofskonferenz diese Arbeit fortsetzen wird. Ich hoffe und werde mich dafür einsetzen, dass die hessische Position von den anderen Bundesländern geteilt wird,

(Armin Claus (SPD): Das ist eine "sehr schöne" Frauenministerin!)

damit wir einen bundeseinheitlichen Konsens in Deutschland bekommen, der den Fortbestand sowie die weitere Anerkennung und Förderung der katholischen Beratungsstellen garantiert. - Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind die Bischöfe weiter als Sie!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kollegin Hillenbrand für die Fraktion der SPD.

Silvia Hillenbrand (SPD):

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wenn wir uns bisher und bis zum heutigen Tage nicht klar darüber waren, wie diese Frauenministerin ihr Amt ausführen wird: Spätestens nach dieser Rede haben wir es gemerkt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, ich bin entsetzt darüber. Ich muss sagen, solange wir eine Frauenministerin hatten und solange ich im Hessischen Landtag bin, habe ich noch nie eine solche Rede von Frauen oder über Frauen gehört - die in Ihrer Rede noch nicht einmal vorkamen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte gerne zu meinem Redekonzept kommen, weil ich das wirklich so auch vortragen will.

Entgegen der deutschen Bischofskonferenz, die einstimmige Beschlüsse zu fassen hat, haben wir im Landtag den Vorteil, unterschiedliche Auffassungen vortragen zu können. So ist es auch in der Vergangenheit guter Brauch gewesen, bei der gesamten Schwangerschaftskonfliktberatung und -problematik Gewissensfreiheit und Gewissensentscheidung gelten zu lassen. Ich sage das auch ganz bewusst - leider hat die Rede der Frau Ministerin etwas anderes gezeigt -, weil man es zulässt, sich ohne Polemik sachlich damit auseinander zu setzen.

(Zurufe von der CDU)

Gleichwohl dürfen wir natürlich auch dem Papst, den Bischöfen und auch den im Beratungsdienst tätigen Frauen Gewissensfreiheit unterstellen und einräumen.

(Clemens Reif (CDU): Das müssen Sie in Fulda sagen!)

Unstrittig ist, dass nach der Wertentscheidung der katholischen Kirche die ungeborenen Kinder ein Lebensrecht haben. Der Papst hat in seinem Brief vom 11.01.1998 unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass die katholischen Beratungsstellen präsent sein müssen, um eine kraftvolle, wirksame und zielorientierte Beratung zu machen.

Er hat für die deutsche Praxis Klarheit und Glaubwürdigkeit eingefordert. Es dürfe keine Zweideutigkeit geben. Ein

Beratungsschein, wie er bisher ausgestellt wurde, dürfe nicht mehr ausgestellt werden. Ich meine, die Bischöfe haben mit ihrem Beschluss bei der Glaubwürdigkeit das Ziel verfehlt, bei der Klarheit tatsächlich Klarheit geschaffen. Sie haben mit dem Zusatz ganz klar gesagt: Dieser Schein berechtigt nicht zu einem Abbruch. - Sie haben also einen Verbotsschein angebracht. Der Gesetzgeber kann jetzt entscheiden, ob der Handlungsspielraum groß genug ist, im Sinne des Gesetzes anzuerkennen oder die Konsequenzen zu ziehen.

Nun kann man der Auffassung sein - die Ministerin war dies sehr rasch -, rechtlich bleibe alles beim Alten. Viele haben aber doch berechtigte Zweifel daran. Die Entscheidung darüber muss mit der Frage verknüpft werden, ob die Beratung dann immer noch im Sinne des Gesetzes ergebnisoffen ist. Ich sage, ich kann mir das nicht vorstellen.

(Beifall bei der SPD)

Hierzu kommt die Übertragung eines Dilemmas auf die Frauen, welches die Kirche für sich selbst nicht lösen kann und konnte.

(Beifall bei der SPD)

Versetzen wir uns einmal in die Lage dieser Frauen. Den Frauen, die ohnehin mit einem enormen psychischen Druck zur Beratung kommen, drückt man jetzt einen Schein in die Hand, auf dem steht: Damit darfst du nicht abtreiben. - Sie können es so verstehen: Wenn du es tust, dann verkaufst du deine Seele. - Dafür, dass die Kirche quasi in Doppelmoral entschieden hat, weil sie die Einheit zum Papst nicht infrage stellen wollte, aber auch im staatlichen Beratungssystem bleiben wollte, zahlen allein die Frauen den Preis. Frau Velte, das ist kein Erfolg. Frau Ministerin, ich glaube, Sie haben wirklich nichts von der Lebenssituation der Frauen verstanden oder auch von den Konflikten der Beraterinnen, die jetzt mit dieser Sache konfrontiert werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für mich hat dieser Beschluss der Bischöfe folgende Tragweite: Die katholische Kirche ist auch nach 2.000 Jahren nicht in der Lage, sich der modernen Gesellschaft zu nähern.

(Martina Leistenschneider (CDU): Gott sei Dank!)

Wieder einmal ist die Chance für eine innere Reform verpasst worden. Die Kirche hat sich von den Frauen mehr entfernt, als sie sich ihnen genähert hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleichzeitig wird auch klar, wie groß die Kluft zwischen den Ansichten des Papstes und der realen Welt ist. Natürlich räumt Lehmann auch selbst ein, dass es Notsituationen für Frauen gibt, dass die letztendliche Entscheidung bei der Frau liegt und dass dieser neue Schein keine Abtreibung verhindern wird. Ganz im Sinne von Dyba, der gesagt hat, es ist eine Tötungslizenz, heißt es jetzt: Der Schein ist keine Tötungslizenz. - Das ist in meinen Augen das Reinwaschen eines als Tötungslizenz bezeichneten Scheines.

Die Kirche vertraut einfach den Juristen, dass sie zu dem Ergebnis kommen werden, dass man damit straffrei abtreiben darf. Viele haben den Bischöfen Scheinheiligkeit vorgeworfen. Auch ich kann mich dieses Eindrucks nicht erwehren. Ich komme zu folgender Konsequenz: Nach meiner Auffassung - ich räume ein, das ist nicht die Auffassung

der gesamten Fraktion - gibt es nur eine Lösung. Um die Glaubwürdigkeit der Kirche zu bewahren, muss sie freiwillig aus dem staatlichen System aussteigen.

(Norbert Kartmann (CDU): Genau das ist Ihre Absicht!)

Obwohl ich als Fuldaer Abgeordnete das Dyba-Modell bisher abgelehnt habe, muss ich jetzt gestehen, es wäre die sauberste und klarste Lösung, die ganz im Sinne des Papstes wäre, der die Verdunklung aufheben wollte.

(Beifall bei der SPD)

Gerade weil ich Katholikin bin, habe ich bisher immer dafür gekämpft, dass die Frauen in katholische Beratungsstellen gehen können. Doch jetzt bin ich zutiefst davon überzeugt, dass in den katholischen Beratungsstellen ein Schein ausgegeben wird, der keine Hilfe, sondern eine Zumutung für Frauen, Ärzte und Gesetzgeber ist. Ich hoffe nur, dass die betroffenen Frauen die ihnen zuletzt verbleibende Möglichkeit wahrnehmen werden, in eine andere Beratungsstelle zu gehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

Silvia Hillenbrand (SPD):

Ich komme zum Schluss. - Ich plädiere für eine bundeseinheitliche Regelung. Daran halte ich fest. Nichts wäre schädlicher, als wenn wir wiederum ein Nord-Süd-Gefälle in Deutschland hätten. Ich möchte bitte noch einen letzten Satz anfügen. Ich möchte ausdrücklich davor warnen, die in weiten Teilen der Gesellschaft akzeptierte Kompromisslösung zum § 218 StGB infrage zu stellen oder erneut zur Diskussion aufzuwerfen. Dann wäre die Rolle rückwärts geradezu perfekt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kollegin Weitzel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Mosiek-Urbahn, die Bigotterie der katholischen Kirche an dieser Stelle ist uns allen bekannt und ist schon verschiedentlich angesprochen worden. Der Unterschied zwischen einer kirchlichen und einer staatlichen Position ist aber für mich das Entscheidende. Frau Mosiek-Urbahn, da erwarte ich, dass Sie die Interessen der Frauen in diesem Lande vertreten und nicht die Interessen der Kirche.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn die Kirche glaubt, aufgrund Buckelung vor dem Papst oder aufgrund anderer innerer Entscheidungen diese Beratung nicht ergebnisoffen im Sinne unseres staatlichen Kompromisses gewährleisten zu können, dann soll sie es nicht machen. Meine Damen und Herren, das wäre konsequent.

Aber wir stehen hier selbstverständlich nicht, um zu bewerten, welche ethische oder unethische Haltung die katholische Kirche einnimmt.

(Martina Leistenschneider (CDU): Das tun Sie doch!)

Das ist hier gar nicht unsere Aufgabe. Aber ich muss sagen, ich finde es bemerkenswert, wenn unsere staatliche Frauenministerin diese katholischen Argumente aufnimmt, anstatt die Argumente der Frauen zu berücksichtigen, was ihre Aufgabe ist, und sich in die Konfliktsituationen der Frauen zu versetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Keine Frau kommt aus Spaß in eine Schwangerschaftskonfliktsituation. Das sind Frauen, die betroffen sind, die eine Notlage haben und die in dieser Notlage Hilfe in Anspruch nehmen. Diese Hilfen sollten sich an der Notlage der Frau orientieren und nicht an der Haltung der Kirche. Unser staatlicher Auftrag ist, genau die Institutionen zu fördern, die sich an diesem Anspruch orientieren, und nicht die anderen. Ich denke, insofern müssen wir uns wirklich überlegen, wie wir es sicherstellen, dass die Förderung der Beratungsstellen dann auch wirklich gewährleistet, dass den Frauen die optimale Hilfe zuteil wird. - Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Kollege Kartmann, Fraktionsvorsitzender der CDU.

Norbert Kartmann (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin Frau Hillenbrand sehr dankbar für ihre ehrliche Aussage, worum es hier eigentlich geht, nämlich das Herausdrängen der katholischen Kirche aus der Schwangerschaftsberatung.

(Widerspruch bei der SPD - Petra Fuhrmann (SPD): Dummes Geschwätz! - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dyba hat sich selbst herausgedrängt!)

- Lassen Sie mich bitte ausreden. Ich habe ganz einfach etwas festgestellt. - Frau Hillenbrand, Sie verwechseln den Streit, der in einer Sache sein muss, mit dem Kampf der SPD gegen die katholische Kirche. Dies hat hier im Landtag nichts zu suchen. Das ist eindeutig festzustellen.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Hillenbrand, wir sollten Ihre Rede noch einmal nachlesen. Ich möchte aber noch ein Argument betonen, weshalb ich jetzt hier stehe. Frau Hillenbrand, Ihre Meinung in Ehren. Das ist Ihre Position, Sie sollten sie auch dort ausfechten, wo Sie herkommen. Das macht die Sache erst einmal richtig spannend. Nein, Sie zitieren den Papstbrief und setzen ihn sozusagen in Gegensatz zu dem, was die Entscheidung der Bischofskonferenz ist, und geben damit zum Ausdruck, dass Sie es schade finden, dass die katholische Kirche in Deutschland dem Papst nicht total Folge geleistet hat, was für Sie der Grund gewesen wäre, zu sagen: Ihr habt kein Recht mehr, Schwangerschaftsberatung vorzunehmen. - Das ist perfide.

(Beifall bei der CDU - Silvia Hillenbrand (SPD): Nein!)

Mir geht es jetzt nur darum: Auf der einen Seite instrumentalisieren Sie die katholische Kirche in ihrer Struktur, wie sie ist, mit der Situation, dass sie einen Papst hat, für sich.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Für Sie ist das Klamauk, Sie haben die Debatte an dieser Stelle nie ernst genommen.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich nehme Sie nicht ernst!)

- Das ist eine andere Frage.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann man nicht!)

- Das Recht haben Sie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viel schlimmer ist es, wenn Sie Menschen nicht mehr ernst nehmen, die einen Glauben haben, der sie zu gewissen Dingen verpflichtet, was sie freiwillig wollen, Herr von Plottnitz.

(Beifall bei der CDU - Manfred Schaub (SPD): Sie reden sich heute Morgen um Kopf und Kragen!)

Sie tragen das Wort Toleranz auf den Lippen und treten es an dieser Stelle permanent mit Füßen. Das ist das Problem. Dann können Sie mich ruhig nicht ernst nehmen, da habe ich nichts dagegen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Hillenbrand, ich wollte das deswegen sagen, weil ich Ihnen für diese Rede dankbar bin.

(Manfred Schaub (SPD): Er hat überhaupt nicht zugehört! Er hat es vorher schon aufgeschrieben!)

Weil dies auch zur Ehrlichkeit der Debatte führt, möchte ich aus dem Brief von Bischof Kamphaus vorlesen, dies vor dem Hintergrund, dass wir in diesem Lande endlich einmal lernen sollten, wie die Debatte unabhängig von der Kampfhaltung gegen die Kirche zu führen ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben nur Sie angefangen! - Silvia Hillenbrand (SPD): Nehmen Sie das zurück! - Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Ich zitiere aus dem Brief von Bischof Kamphaus auch einmal einen Satz. Herr Schaub, Frau Hillenbrand hat doch gesagt, dass es in Ihrer Partei zwei Meinungen gibt. Wahrscheinlich gehören Sie zu der anderen Meinung. Einverstanden? Das nehme ich dann so zur Kenntnis. - Ich möchte nun aus dem Brief des Bischof Kamphaus zitieren, in dem Folgendes steht:

Es darf kein Zweifel daran bestehen, dass die katholische Kirche die Tötung ungeborenen Lebens auch nach erfolgter Beratung strikt ablehnt. Das unterstreicht der Zusatz: "Diese Bescheinigung kann nicht zur Durchführung straffreier Abtreibung verwendet werden", mit dem die Beratung bestätigt wird.

Weiter heißt es:

Bei vielen löst dieser Satz Unverständnis aus. Hier besteht Erklärungsbedarf. In der deutschen Gesellschaft droht sich die bequeme Einschätzung breit zu machen, es gebe ein Recht auf Abtreibung, und der Schein legalisiere den Abbruch einer Schwanger-

schaft. Beides entspricht nicht der Rechtslage. Abtreibung ist in Deutschland ein Unrecht.

Meine Damen und Herren, das ist die Auffassung des größten Teils der CDU in Deutschland. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Petra Fuhrmann (SPD): Das war mehr als peinlich!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Kollege Hahn, Fraktionsvorsitzender der F.D.P.

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ergänzend zu dem, was Frau Kollegin Henzler gesagt hat, darf ich für die F.D.P.-Fraktion dieses Hauses noch darlegen, dass wir die Aufregung über die Entscheidung der Bischofskonferenz schon verstehen.

(Beifall bei der F.D.P., dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind schon der Auffassung, dass die Kommentierung, die Frau Kollegin Henzler vorhin aus der "FAZ" vorgetragen hat - das stammte nicht aus einer links stehenden Zeitung -, es notwendig macht, dass man sich auch als politisch Verantwortliche umfassend mit dieser Thematik auseinandersetzt. Lassen Sie mich deshalb in vier Punkten noch einmal kurz hier die Meinung der F.D.P.-Fraktion zusammenfassen.

Punkt eins. Mir ist von Anbeginn an, als wir das lesen konnten, relativ klar gewesen, dass die Frage nach der Rechtsklarheit besteht. Am ersten Tag gab es da Irritationen. Sie waren nicht nachvollziehbar. Es gibt eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Frau Ministerin hat darauf hingewiesen. In dieser Entscheidung sind die Vorgänge dargelegt, unter denen nach § 218 a StGB Straffreiheit eintritt. Die Aufregung hierzu ist also nicht nachvollziehbar.

Zweitens. Unserer Auffassung nach ist auch die Aufregung darüber nicht nachvollziehbar, dass die Frage der Finanzierung der Beratungsstellen in die Diskussion geraten ist. Denn wenn man sagt: "Die Rechtslage ist klar", dann muss man auch sagen: "Die Frage der Finanzierung ist klar." - Ich glaube, hierzu besteht in diesem Hause Einmütigkeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, beim dritten Punkt aber ist die Aufregung schon verständlich. Man kann das umschreiben, wie man will, etwa mit den Worten Bigotterie oder Scheinheiligkeit. "Ich wasche meine Hände in Unschuld", dieses Zitat ist durch alle Gazetten gegangen. Auf alle Fälle wird eines klar, nämlich dass im Zusammenspiel zwischen Papst und Deutscher Bischofskonferenz die Sorgen und Nöte der Frauen unter die Räder gekommen sind.

(Beifall bei der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das berechtigt zu Aufregung. Dass das jetzt von einem Mann gesagt wurde, mag bei Ihnen vielleicht dazu führen, dass Sie meinen, das sei nicht die Aufgabe von uns Männern.

(Zurufe von der SPD: Doch!)

Ich glaube, dass gerade auch wir als männlicher Teil der Gesellschaft hierzu das Wort ergreifen sollten, sind wir

doch nicht ganz unschuldig an den teilweise beängstigenden Notsituationen der Frauen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Herr Präsident, lassen Sie mich als Letztes sagen, dass es mir persönlich - und nicht nur mir persönlich, das haben Sie auch an dem Beitrag von Frau Kollegin Henzler gemerkt - maßlos schwer fällt, in diese streitige Debatte mit der Deutschen Bischofskonferenz einzutreten. Ich gucke dabei insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der SPD und der GRÜNEN an, die ein wenig in diese Richtung zu gehen versucht haben. Wir müssen uns bewusst machen, dass wir, wenn wir auf die Deutsche Bischofskonferenz einschlagen, nicht Herrn Dyba treffen. Wir treffen damit nicht die, die es eigentlich treffen sollte. Es ist das Besondere in Hessen, dass wir das in unserem Bundesland erleben können. Vielmehr treffen wir genau die Bischöfe, die wir vernünftig nennen, wie Herrn Kamphaus und Herrn Lehmann.

(Beifall bei der F.D.P., dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist das Dilemma, in dem wir gerade als hessische Politiker stehen. Deshalb bin ich auch sehr dankbar, dass wir heute bei dieser Debatte, die sicherlich eine der Sternstunden des Parlamentes der letzten Jahre ist, zusammenfassend sagen können: Die Rechtslage ist klar. Die finanzielle Unterstützung der Beratungsstellen durch das Land Hessen wird weiterhin erfolgen.

Wir alle sollten mit uns selbst ins Reine kommen bezüglich der Frage, wie wir mit der katholischen Kirche umgehen. Ich, die Mitglieder meiner Fraktion und wir Liberalen möchten, dass die Katholische Kirche die Beratungstätigkeit fortführt, dass die ergebnisoffene Beratung fortgeführt wird. Dies hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil im Mai 1993 als eine der Voraussetzungen genannt. Wir möchten aber auch erreichen, dass die Bischofskonferenz und die katholische Kirche endlich kapieren, dass es in Deutschland in diesem Jahrhundert eine andere Gesellschaft gibt als in dem Jahrhundert zuvor. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Manfred Schaub (SPD): Die Rede kann sich die Frau Ministerin an den Spiegel klemmen!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. Walter für die SPD-Fraktion.

Jürgen Walter (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Sozialministerin, Ihre Ausführungen waren juristisch gesehen sicherlich absolut zutreffend. In der Debatte hier waren sie aber völlig an der Sache vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nicht um die Frauen, die sich vom Beruf her als Juristinnen mit der Verfassung beschäftigen

(Petra Fuhrmann (SPD): Genau!)

und die juristische Überlegungen bezüglich der Verfassung anstellen. Frau Sozialministerin, vielmehr diskutieren wir hier über Frauen in Konfliktlagen, die Beistand wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben Sie in Ihrer Rede nicht gesehen. Ihre Aussagen zu dem Thema sind von der eigentlichen Problemlage völlig abgehoben. Ihre Rede wurde hier juristisch völlig kalt dargeboten. Frau Sozialministerin, in diesem Sinne haben Sie das Thema verfehlt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Max Weber hat einmal gesagt:

Wer das Heil seiner Seele oder die Rettung anderer Seelen sucht, der suche das nicht auf dem Wege der Politik.

Exakt dies versuchen die katholische Kirche und der Papst. Denn es geht um nichts anderes als um eine Einmischung in eine innerdeutsche politische Fragestellung.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU)

Wir alle sind einer Meinung: Es geht darum, die Anzahl von Abtreibungen zu vermindern. - Es geht aber auch darum - das wird von der CDU immer wieder relativiert -, Frauen in Konfliktslagen zu helfen.

(Inge Velte (CDU): Das ist doch kein Widerspruch!)

Wir haben hier die typische Problemlage der Auseinandersetzung zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Für den Gesinnungsethiker ist es einfach, sich hinzustellen und zu sagen: Die Folgen meines Handelns brauchen mich nicht zu interessieren. Allein, dass ich meine Hände in Unschuld waschen kann, spielt für mich eine Rolle. - Der Verantwortungsethiker sieht allerdings an dieser Stelle, dass die katholische Kirche durch den Zusatz, der auf dem Beratungsschein steht, die Frauen zunehmend abschreckt, in die Beratungsstellen zu gehen. Die Frauen werden damit nicht nur in eine tiefere Konfliktslage gebracht, sondern dies führt auch zu mehr Abtreibungen. Das ist die Folge daraus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte ein rechtsstaatliches Argument nennen. Wo kommen wir denn in unserer Gesellschaft hin - wir haben gerade eben gelernt, dass es auch Kirchenrecht gibt -, wenn auf so einem Beratungsschein steht: "Dieser Beratungsschein darf nicht zur legalen Abtreibung verwendet werden"

(Inge Velte (CDU): Straffreien!)

- vielen Dank, es heisst: "Dieser Beratungsschein darf nicht zur straffreien Abtreibung verwendet werden" -, die Rechtsprechung und die Politik dieses Landes dann allerdings sagen: "Das interessiert uns nicht, natürlich kann er genau dafür verwendet werden"? - Meine Damen und Herren, das ist nichts anderes, als wenn auf den Abiturzeugnissen eines katholischen Gymnasiums stehen würde: Dieses Zeugnis darf nicht zur Aufnahme eines Medizinstudiums verwendet werden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich stelle fest: Die Aktuelle Stunde unter Tagesordnungspunkt 10 wurde abgehalten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 1998 und 1999 (Nachtragshaushaltsgesetz 1998/99) und zur Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes - Drucks. 15/281 zu Drucks. 15/236 und zu Drucks. 15/82 -

Meine Damen und Herren, soweit ich es sehe, gibt es dazu zwei Änderungsanträge, nämlich:

Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drucks. 15/285 -

und

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. - Drucks. 15/287 -

Ich darf um Berichterstattung bitten. Berichterstatter ist Herr Kollege Klemm.

Lothar Klemm, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss zur Vorbereitung der dritten Lesung überwiesen worden. Zuvor hatte der Unterausschuss Staatshaushaltsrechnung und Stellenpläne am 16. Juni beschlossen, dem Haushaltsausschuss im Vorgriff auf die dritte Lesung des Nachtragshaushalts die Formulierung der Beschlussempfehlung zu den Stellenplänen zu überlassen.

Am 24. Juni hat der Haushaltsausschuss den Gesetzentwurf, die Einzelpläne und die Änderungsanträge beraten und mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Beschlussempfehlung gefasst, die unter A.1 in der Drucks. 15/281 lautet: Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung in dritter Lesung anzunehmen. - Darüber hinaus hat der Haushaltsausschuss zu den Einzelplänen eine Reihe weiterer Beschlüsse mit unterschiedlichem Abstimmungsergebnis gefasst, die Sie im Einzelnen der Drucks. 15/281 entnehmen können. - Dies ist der Bericht.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. - Ich eröffne die Aussprache. Die Aussprache dauert 30 Minuten je Fraktion ohne Beschränkung der Redezeit des einzelnen Redners. Das Wort hat Herr Kollege Clauss, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion.

Armin Clauss (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Regieren muss man nicht nur wollen, man muss es auch können."

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein Zitat des Oppositionsführers Roland Koch gegenüber dem früheren Ministerpräsidenten Hans Eichel.

(Zurufe von der CDU: Recht hat er!)

Wenn man die Realität ansieht - das haben wir eben wieder erlebt -, kann man nur feststellen, dass nach einem Vierteljahr Regierung Koch die selbst formulierten Ansprüche

(Clemens Reif (CDU): Voll erfüllt sind!)

mit der Realität in keiner Weise übereinstimmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn auf Bundesebene zurzeit überhaupt jemand beweist, wie man regieren kann,

(Clemens Reif (CDU): Dann ist das ein einziges Dilemma!)

dann ist es der frühere Ministerpräsident Hans Eichel, unser heutiger Finanzminister. Wir sind sehr stolz darauf, dass dies so ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stefan Grüttner (CDU): Vor allem die Rentner!)

Herr Ministerpräsident, Ihre Regierung war im ersten Vierteljahr gekennzeichnet durch die drei Stichworte Pleiten, Pech und Pannen.

(Beifall bei der SPD - Clemens Reif (CDU): Gut, besser, am besten!)

Das wird am allerdeutlichsten, wenn man untersucht, was Sie in diesem Vierteljahr geleistet haben.

(Stefan Grüttner (CDU): Sehr viel! - Clemens Reif (CDU): Hervorragendes!)

Lassen Sie mich ganz offen sagen, Sie waren schlicht auf diese Regierungsübernahme nicht vorbereitet. Niemand von Ihnen hat damit gerechnet, dass Sie mit dieser schmutzigen Wahlkampagne in Hessen einmal die Regierung übernehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stefan Grüttner (CDU): Da haben wir es wieder! - Clemens Reif (CDU): Der Wähler hat Sie kalt erwischt!)

Deswegen war es Ihnen möglich, im Wahlkampf Sprüche zu klopfen und große Versprechungen zu machen. Wenn man jetzt das, was Sie im Wahlkampf den hessischen Wählerinnen und Wählern gesagt haben, an der Realität dessen misst, was Sie im ersten Vierteljahr umgesetzt haben - das wird beim Nachtragshaushalt deutlich -, dann kann ich schlicht feststellen, Sie haben die hessischen Wählerinnen und Wähler betrogen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wer so offenkundig Wahlbetrug begeht, dem kann ich nur raten, künftig auf seine Redemanuskripte zu schreiben: "Es gilt das gebrochene Wort."

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Das hat bereits die Regierung Wallmann gekennzeichnet. Deswegen werden wir Sie immer an Ihrem gesprochenen Wort messen, und Sie werden feststellen, dass Sie in vielen Bereichen bereits das Wort gebrochen haben. Ich möchte das im Einzelnen belegen, Abteilung Pleiten, Pech und Pannen.

(Clemens Reif (CDU): Sprechen Sie von Bonn? - Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie glauben, Sie sind im Bundestag!)

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung unter dem triefenden Begriff der Bürgergesellschaft u. a. Folgendes erklärt:

... damit niemand in der Gefahr steht, dass über ihn entschieden wird, ohne dass er eine Chance hatte, vorher gehört zu werden. So werden wir den Stil des politischen Dialogs in Hessen beginnen.

(Gerhard Bökel (SPD): Sehr gut!)

Hohe Ansprüche: Bürgergesellschaft. Wie sieht die Realität aus? Herr Ministerpräsident, auch hier gilt das gebrochene Wort: alles nur Sprüche. Was haben Sie denn mit Ihren Gesetzen, die wir gestern verabschiedet haben, im Einzelnen getan? Erstens waren sie schlampig vorbereitet.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens haben Sie zu drei wichtigen Gesetzen das Verfahren unendlich verkürzt. Es gab keine Regierungsvorlagen, sondern Sie haben das, was die Regierung erarbeitet hat, auf den Kopfbogen der beiden Koalitionsfraktionen übernommen und haben damit jegliche Beratungsmöglichkeit, die in einem ordnungsgemäßen Gesetzgebungsverfahren mit erstem und zweitem Durchgang im Kabinett besteht, abgeschnitten und damit völlig versagt, gemessen an Ihren Ansprüchen der Bürgergesellschaft.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stefan Grüttner (CDU): Eine ganz neue Erfindung! - Norbert Kartmann (CDU): Das hat die SPD nie gemacht!)

Sie haben die Verbände und Organisationen nicht ordnungsgemäß beteiligt, Sie haben sogar gegen geltendes Recht verstoßen. Nach dem Beamtenrecht ist es nun einmal zwingende Vorschrift, dass zu beamtenrechtlichen Fragen zuerst die Spitzenorganisationen gehört werden müssen. Es ist geltendes Recht, dass zuerst die Landespersonalkommission gehört werden muss. Beides haben Sie nicht getan. Im Gegenteil, erst aufgrund der Intervention des DGB hat der Finanzminister versucht, diesen Formfehler, der natürlich auch einen inhaltlichen Aspekt enthält, nachträglich zu korrigieren. Deswegen sage ich Ihnen, zumindest das Gesetz, das beamtenrechtliche Fragen beinhaltet, ist nicht verfassungskonform und juristisch nicht korrekt zustande gekommen. Mit dem Thema werden wir uns weiter beschäftigen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben Elternrechte abgebaut, und Sie haben die Rechte der Opposition unverhältnismäßig beschnitten.

(Clemens Reif (CDU): Das haben wir von Ihnen gelernt! - Gegenruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tolles Geständnis, Herr Reif!)

- Herr Kollege Reif, Sie haben auch sonst immer ein lautes Organ. Wenn Sie anfangen zu schreien, muss die Not in ihrer Fraktion sehr groß sein; denn alle sind sehr still.

(Clemens Reif (CDU): Gucken Sie einmal, was Sie für Noten hatten! - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ich finde das sehr unterhaltsam, was Sie da machen!)

Sie haben die Rechte der Opposition verkürzt, indem Sie mit Ihrer Mehrheit von einer Stimme Vorgänge der Mitberatung in anderen Ausschüssen und rechtsförmliche Beratung verhindert haben.

(Beifall bei der SPD - Stefan Grüttner (CDU): Gestern waren es fünf Stimmen, sechs Stimmen!)

Auch weil der Geschäftsführer gerade dazwischenruft, möchte ich gern den zweiten Punkt der Abteilung Pleiten, Pech und Pannen anführen.

(Clemens Reif (CDU): Wer so einen roten Kopf hat, der schämt sich!)

Herr Ministerpräsident, haben Sie denn nicht gemerkt, dass Sie ein völlig unfähiges Fraktionsmanagement haben?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haben Sie denn nicht gemerkt, dass es eine Riesenblamage war, dass bei dem wichtigsten Gesetz Ihre Fraktionsgeschäftsführung in der ersten Lesung nicht einmal in der Lage war, die Mehrheit zu organisieren, sodass dieses Gesetz in der ersten Lesung durchgefallen ist?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wo war denn Ihre Mehrheit gestern? - Clemens Reif (CDU): Seit gestern wissen Sie, was Mehrheiten sind!)

Es war doch gestern ein peinlicher Vorgang, dass bei den drei namentlichen Abstimmungen nach der Feststellung, dass Sie mühselig Ihre 56 Stimmen zusammengeholt haben, hier ein Riesenbeifall war.

(Norbert Kartmann (CDU): Mehr geht nicht! - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Mehr haben wir nicht, aber ihr habt eure nicht zusammengekriegt! - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche Erleichterung!)

- Herr Kollege Hahn und Fraktionsgeschäftsführung der CDU, dass man eine Mehrheit hat, ist eine Selbstverständlichkeit. Da braucht man nicht groß zu jubeln. Die haben Sie doch nur zusammengekriegt, weil wir Sie in der ersten Lesung einmal auf die Zinnen Ihrer Möglichkeiten geführt haben. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es immer ganz schön, wenn ich sehe, dass Herr Dr. Jung seinen Rollenwechsel noch nicht ganz verkräftet hat.

(Clemens Reif (CDU): Er macht das ganz ausgezeichnet!)

Immer wenn unten in den Koalitionsfraktionen die Irritation groß ist, muss er hinunter und verwechselt dann seine Regierungsfunktion mit seiner ehemaligen Funktion als Fraktionsgeschäftsführer. Dies wird öfter deutlich.

(Stefan Grüttner (CDU): Sie sind hoch nervös! - Norbert Kartmann (CDU): Multitalent! - Clemens Reif (CDU): Sie wären froh, wenn Sie einen wie Dr. Jung hätten!)

Dritter Punkt. Herr Ministerpräsident, zur Abteilung Pleiten, Pech und Pannen gehört, dass Sie einen Innenminister berufen haben,

(Stefan Grüttner und Clemens Reif (CDU): Hervorragender Mann!)

der wegen Vorgängen aus seinem früheren Zivilberuf in staatsanwaltschaftliche Ermittlungen verwickelt ist. Das ist ein normaler rechtsstaatlicher Vorgang; jedem von uns kann dies passieren.

(Norbert Kartmann (CDU): Aber "verwickelt"!)

Aber es handelt sich hier um einen Innenminister, der in seiner Tätigkeit als Parlamentarier juristische und moralische Grundsätze aufgestellt

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und andere Menschen an diesen gemessen hat, z.B. Polizeipräsidenten, und der jetzt diese Grundsätze juristisch und moralisch gegen sich nicht gelten lassen will.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man sieht, die Not wird wieder groß; Dr. Jung verlässt die Regierungsbank.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da in der ersten Reihe bei der CDU kein Platz ist, nimmt er Platz in den Reihen der F.D.P.

(Minister Dr. Franz Josef Jung: Das ist mein Platz!)

- Herr Kollege, herzlich willkommen im Club. Sie sind wieder dabei, um Ihren Verein zusammenzuhalten. Offenkundiger könnte man das Problem überhaupt nicht beschreiben, als es eben hier bildlich dargestellt wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Innenminister, ich wundere mich darüber, dass Sie sich die Augen reiben, wenn Sie an den gleichen Maßstäben gemessen werden, die Sie aufgestellt haben. Lassen Sie mich ganz offen sagen: Herr Ministerpräsident, in der Zwischenzeit wissen Sie selbst - in Ihren eigenen Reihen hat sich das herumgesprochen -, dass der Innenminister zu einem Klotz am Bein Ihrer Regierung geworden ist. Das belegt die "Neue Presse" von gestern, nicht gerade ein sozialdemokratisches oder grünes Verkündigungsorgan.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wahrlich nicht!)

Wenn also eine rechtskonservative Zeitung, die Ihnen näher steht als allen anderen im Lande, sagt: "Innenminister Bouffier vor dem Aus", und Sie sich heute, Herr Ministerpräsident, in allen Zeitungen zum dritten Mal voll vor ihn stellen und das alles verteidigen, muss ich Ihnen sagen: Heute früh, als ich das gelesen habe, ist mir eingefallen, dass es beim Vorfall Rösler ähnlich war.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, es könnte eine Situation eintreten, in der der Klotz am Bein so schnell zu einem wirklichen Klotz für Ihre Regierung wird, dass Sie in der Sommerpause handeln. Aber das ist gar nicht mein Thema,

(Lachen bei der CDU)

sondern mein Thema ist die Abteilung Pleiten, Pech und Pannen und das, was wir mittlerweile über diesen Innenminister wissen.

(Clemens Reif (CDU): Kommen Sie doch einmal zur Sache! Sagen Sie doch einmal etwas zur SPD!)

Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, dies Ihrem Koalitionspartner und Ihrer Fraktion vor der Ernennung dieses Innenministers gesagt hätten, hätten Sie nicht die Kraft gehabt, Ihren Freund Bouffier zum Innenminister zu machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist Ihr eigenes Problem. Mit diesem Problem müssen Sie leben. Ich prophezeie Ihnen: Es erledigt sich von selbst. Aber es ist nicht gerade ein guter Ausweis, nach dem ersten Vierteljahr in der Regierungsverantwortung mit einer solchen Belastung in den Rest des Regierungsjahres zu gehen.

(Clemens Reif (CDU): Erzählen Sie uns doch einmal etwas von Ihren Problemen nach der Europawahl!)

Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen von der die Regierung tragenden Fraktion, weiter zur Abteilung Pleiten, Pech und Pannen. Im liberalen Land Hessen muss Folgendes deutlich werden. Eine bessere Kulisse hätten wir heute Vormittag doch überhaupt nicht haben können. Die konservativste Position wurde im Hinblick auf einen wichtigen und sensiblen Bereich, nämlich die Schwangerschaftsberatung, hier im liberalen Hessen vorgebracht. Daran wird deutlich, wie sich hier die Gesellschaft zu verändern beginnt. Das muss deutlich werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sage ich Ihnen: Mit den drei Gesetzen, die Sie gestern verabschiedet haben, haben Sie im Hauruck-Verfahren Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte von Personalräten, von Frauenbeauftragten, von studentischen Gremien und von Universitätsgremien abgebaut und damit eine Weichenstellung vorgenommen, die zeigt, dass sich das Land Hessen von seiner liberalen Tradition verabschiedet und wir uns an dem orientieren, was in München gang und gäbe ist. Das muss mit dieser Weichenstellung deutlich werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Herr Ministerpräsident, wenn Sie uns das nicht glauben, dann nehmen Sie wenigstens unseren früheren Kollegen Weiß, der sich noch für diese rudimentären Ansätze eines sozialen Flügels in der CDU geäußert hat, oder nehmen Sie die Oberbürgermeisterin von Hanau. Sie ist nämlich eine, die die Nase im Wind hat. Sie ist hochgradig populistisch. Von ihr können Sie ein bisschen lernen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Wenn sie sagt, der Herr Ministerpräsident sei dort zu weit gegangen, dann müssten Sie wenigstens erkennen, dass es in Ihren eigenen Reihen Leute gibt, die unserer Auffassung sind.

Im Übrigen möchte ich Ihnen sagen, dass wir nach wie vor erhebliche Zweifel haben, ob alle die Gesetze, die Sie gestern hier im Hauruck-Verfahren durchgedrückt haben, verfassungskonform sind. Das werden wir weiter prüfen,

(Zuruf von der CDU: Ja, das tun Sie mal! - Stefan Grüttner (CDU): Dass Sie auch erkenntnisresistent sind, das ist neu!)

und wir werden, wenn notwendig, auch entsprechend handeln.

Lassen Sie mich mich dem eigentlichen Gegenstand, dem Nachtragshaushalt, zuwenden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt 1999, um den es heute im Kern geht, ist noch von der Regierung Hans Eichel verabschiedet worden. Er trägt die Handschrift der soliden Konsolidierungspolitik unseres früheren Finanzministers Karl Starzacher.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU - Stefan Grüttner (CDU): Ich vermute, Sie glauben das sogar!)

- Herr Kollege, das müssten Sie wissen, wenn Sie sich wirklich ernsthaft mit dem Gegenstand beschäftigt haben. Sehen Sie einmal, wie Dr. Jung hinten steht, um den Verein

hier zusammenzuhalten. Ist das nicht ein schönes Bild? Herrlich.

(Norbert Kartmann (CDU): Das ist ja peinlich! - Zuruf von der CDU: So etwas Unstrukturiertes!)

Ich sage Ihnen: Der Konsolidierungskurs, den die Regierung Eichel in der Verantwortung Karl Starzacher gesteuert hat, war die Weichenstellung dafür, dass wir in Hessen politisch überhaupt handlungsfähig bleiben konnten.

(Stefan Grüttner (CDU): Das haben wir gestern gehört!)

Sie gehen von diesem Weg ab. Im Übrigen darf nicht in Vergessenheit geraten, dass die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen zurzeit der Bund, die Länder - egal, wer regiert - und die Kommunen Haushalte aufstellen müssen, darauf zurückzuführen sind, dass es eine sechzehnjährige Regierungsverantwortung Kohl/Waigel gab. In diesen 16 Jahren ist in der Bundesrepublik Deutschland ein Finanzchaos angezettelt worden. Wir haben es mit einem Schuldenberg zu tun wie nie zuvor. Und wir haben es mit einer Zinslast zu tun wie nie zuvor. Uns kommt nur zufällig jetzt zupass, dass wir es mit Niedrigzinsen zu tun haben. Und wir haben es mit dem Ausverkauf des Bundesvermögens zu tun.

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Es ist die Realität, dass die alte Regierung in Bonn einen Haushalt hinterlassen hat, der ein strukturelles Defizit von über 30 Milliarden DM hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem Nachtragshaushalt, den wir heute hier beraten, und mit dem, was jetzt im Hinblick auf die Eckdaten zur Aufstellung des Haushalts 2000 ein bisschen deutlich geworden ist, wird erkennbar, dass Sie die gleichen Voraussetzungen schaffen wie die Regierung Kohl/Waigel, dass Sie den Konsolidierungskurs, den wir mühselig eingeschlagen haben, nicht nur verlassen, sondern bereits mit diesem Nachtragshaushalt Entscheidungen treffen, denenzufolge dieser Nachtragshaushalt und die folgenden Haushalte nicht verfassungskonform sind. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will wieder auf Oppositionsführer Koch zurückkommen. Herr Koch, was haben Sie in den zurückliegenden Jahren denn immer gesagt?

(Zuruf von der CDU: Ministerpräsident! - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Armin Clauss lebt noch im letzten Jahr!)

- Ich will auf Oppositionsführer Koch zurückkommen, weil ich ihn gern zitieren will. - In jeder Haushaltsberatung hat Oppositionsführer Koch gesagt: "Die Brutto- und Nettoverschuldung des Landes Hessen sind zu hoch. Sie muss drastisch heruntergefahren werden."

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Da hat er Recht!)

Und was macht Koch jetzt als Ministerpräsident? - Er trickst im Hinblick auf die Gestaltung des Nachtragshaushalts, und er trickst bereits im Hinblick auf die Aufstellung des Haushalts 2000. Er hat bereits jetzt die Weichen dafür gestellt, dass die Brutto- und Nettoverschuldung nicht zurückgefahren werden, sondern dass die Bruttoverschuldung in diesem Jahr an die Grenze der Verfassung gefahren wird. Ich sage Ihnen, Herr Ministerpräsident: Sie werden mit Ih-

rem Finanzminister bereits nach diesem Nachtragshaushalt in die Geschichte eingehen, und zwar als Schuldenbaron dieses Landes.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie werden sich vorhalten lassen müssen, dass Sie mit diesem Nachtragshaushalt und mit dem, was Sie für das nächste Jahr vorhaben, die Zukunft Ihrer eigenen Kinder verspielen. Denn der Generationenvertrag wird nicht mehr nur darüber definiert, ob künftige Generationen eine entsprechende Altersversorgung haben, sondern der Generationenvertrag wird auch darüber definiert, welche Schuldenlast die jetzige Generation den nachfolgenden Generationen hinterlässt. Sie haben Weichen gestellt, die nach meinem Dafürhalten unverantwortlich sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will an zwei Punkten verdeutlichen, warum wir sagen, dass dieser Nachtragshaushalt, den Sie heute verabschieden wollen, nicht verfassungskonform ist:

Erstens. Sie gehen im Hinblick auf die Verschuldung an die Grenze.

Zweitens. Sie lösen die globalen Minderausgaben, obwohl wir uns jetzt mitten im Jahr befinden, nicht auf - weil Sie es nicht können.

Ich prophezeie Ihnen: Wenn Sie die globalen Minderausgaben am Jahresende mit Ihrer jetzigen Verschuldung darstellen, werden Sie keinen verfassungskonformen Abschluss des Jahres 1999 haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Herr Kollege, hören Sie einmal aufmerksam zu. Auf der Tribüne sitzt der Rechnungshof. Auch ihn bitte ich, sehr aufmerksam zuzuhören, weil wir ihn gebeten haben, den Vorgang zu prüfen.

Sie haben folgenden Finanzierungstrick angewandt. In der gestrigen Fragestunde gab es eine bestellte Frage - es ist ganz sinnvoll, wenn man das vorher entsprechend vorbereitet bekommt.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Kanalisiert!)

Daraufhin hat der Finanzminister hier dargelegt und beklagt, dass im letzten Jahr die Investitionen nicht voll verausgabt wurden. Ich will das jetzt dahingestellt sein lassen und gar nicht kommentieren. Es seien ca. 400 Millionen DM nicht ausgegeben worden. Diese 400 Millionen DM, die ursprünglich für Investitionen vorgesehen waren, sind dann - und das beklagen Sie - in eine Rücklage gestellt worden. Diese Rücklage aus Mitteln für Investitionen haben Sie nun aufgelöst, um den Haushalt in diesem Jahr ausgleichen zu können. Sie verwenden also Mittel für Investitionen aus dem letzten Jahr, um in diesem Jahr für ein Vierteljahr Ihre Lehrer bezahlen zu können. Das geht nach der Hessischen Verfassung nicht.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen haben wir auch zu diesem Punkt den Rechnungshof gebeten, eine Überprüfung vorzunehmen. - Wissen Sie, wie das im normalen Geschäftsleben heißt? Das heißt schlicht Geldwäscherei. Geldwäscherei ist in unserem Lande aber ein krimineller Vorgang.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen müssen Sie sich der Geldwäscherei bezichtigen lassen, wenn Sie über einen Haushaltstrick jene Beträge, die im letzten Jahr eingespart wurden und die für Investitionen vorgesehen waren, jetzt transferieren und diese Beträge im laufenden Jahr für nicht investive Maßnahmen ausgeben.

(Zurufe von der CDU)

Deswegen sage ich Ihnen: Der Haushalt, den Sie heute verabschieden, ist nicht verfassungskonform. Wir werden abwarten, was uns der Rechnungshof auf unsere Fragen vorlegt, und dann werden wir prüfen, ob wir den Schritt gehen, der rechtsstaatlich notwendig werden kann. Wenn Sie politisch nicht zur Vernunft kommen, dann muss Sie gegebenenfalls der Staatsgerichtshof zur Vernunft bringen.

(Beifall bei der SPD - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Prozesshansel! Das ist keine Alternative zur Politik!)

Ich will mich den Personalkosten zuwenden. Der Oppositionsführer Koch hat hier immer wieder beklagt, die strukturelle Problematik des Haushalts sei darauf zurückzuführen, dass die Personalkosten zu hoch wären. Recht hat der Oppositionsführer Koch, das ist ein Problem aller Haushalte. Ich bin sehr traurig darüber, dass wir diesbezüglich zurzeit in der Bundesrepublik Deutschland immer nur über die Altersversorgung der Rentnerinnen und Rentner innerhalb des gesetzlichen Sozialversicherungssystems diskutieren. Ich sage Ihnen: Mit den Weichenstellungen, die Sie in diesem Nachtragshaushalt im Hinblick auf die Personalkosten vorgenommen haben, werden die Personalkosten im Gesamthaushalt in den nächsten Jahren exorbitant steigen, und Sie haben keine Lösung für die Frage zu bieten, wie denn künftig die Finanzierung der Pensionen derjenigen, die heute aktiv im Dienst sind, aus dem Landeshaushalt gesichert werden kann.

(Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Dies ist das eigentliche strukturelle Problem aller öffentlichen Haushalte, und das wird zurzeit ausgeklammert. Im Übrigen diskutieren meistens nur diejenigen über die Anpassung der Renten, die in gesicherten Pensionsverhältnissen sind oder die davon ausgehen können, dass das für sie künftig der Fall sein wird. Deswegen sage ich Ihnen: Was Sie im Hinblick auf die Finanzierung der Stellen im Schulbereich gemacht haben, das hätten auch wir allemal hinbekommen.

(Lachen bei der CDU und bei Mitgliedern der Landesregierung)

Die Stellen zusätzlich zu schaffen - und Sie müssen sie zunächst nur für ein Vierteljahr finanzieren - auf Pump und mit dem Trick, investive Ausgaben in Sachausgaben umzuwandeln, das ist doch kein Kunststück. Das ist aber schlicht unsolid.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Aufstellung des Haushalts 2000 wird sich relativ schnell herausstellen - denn dort müssen Sie ja die Stellen für das gesamte Jahr veranschlagen -, dass der Personalkostenanteil am Gesamthaushalt nicht, wie Sie das als Oppositionsführer, Herr Ministerpräsident, ständig gefordert haben, sinkt, sondern das Gegenteil wird der Fall sein.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Schauen wir mal!)

Mit dieser Personalkostenproblematik haben Sie nach meinem Dafürhalten auch die Weichenstellungen, die wir uns mühseligerweise vorgenommen haben, um den Haushalt

einigermaßen in den Griff zu bekommen, schlicht ignoriert und zurückgenommen. Das wird bei der Änderung des Besoldungsgesetzes deutlich. Mir kann bisher niemand erklären, warum die höchstbezahlten Beamten dieses Landes, die Staatssekretäre, auch künftig eine ruhegehaltsfähige Zulage von 1.250 DM erhalten müssen - auch diese führen Sie wieder ein.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Herr Ministerpräsident Koch, zurzeit schreiben Sie überallhin Briefe, damit mehr Ausbildungsplätze bereitgestellt werden. Sie selbst könnten hier einen Beitrag leisten, indem Sie den Staatssekretären diese Zulage nicht geben und dafür zehn Stifte im Land einstellen und auf diese Weise neue Ausbildungsplätze schaffen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau dies ist die Weichenstellung, die wir vorgenommen haben, und ich wollte das nur an einem einzigen Beispiel konkretisieren.

Ein weiterer Punkt. Für uns war es sicherlich kein Vergnügen, mit den jungen Leuten darüber zu diskutieren, dass wir sie für eine bestimmte Zeit nur zu 80% beschäftigen - ein mühseliger Vorgang. Aber das Bündnis für Arbeit bleibt doch so lange eine hohle Phrase, solange auch die öffentlichen Hände nicht in ihrer Verantwortung den Versuch unternehmen, mit dem vorhandenen Geld mehr Menschen zu beschäftigen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies haben wir mit der 80%-Regelung versucht. Mit einem Federstrich nehmen Sie dies nun zurück, aber ich sage Ihnen: Jede Referendarin und jeder Referendar, die oder der in den nächsten Jahren nicht eingestellt werden kann, kann dies darauf zurückführen, dass Sie diese Veränderung jetzt vorgenommen haben.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Wir wollten gleichzeitig eine beschäftigungspolitische Komponente haben.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Bemerkung, Sie wollten Klasse statt Masse, ist außerordentlich zynisch: Klasse also für die Oberen, die entsprechend privilegiert vergütet werden,

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

und die Masse unten, auf die das dann entsprechend abgewälzt wird. Deswegen sage ich: Auch in diesem Punkt haben Sie die Weichen falsch gestellt.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Lassen Sie mich noch einige weitere Punkte anführen. Diese sind viel wichtiger als dieser Nachtragshaushalt, der ja nur an drei oder vier Stellen ein bisschen korrigiert wurde.

Herr Finanzminister, zunächst möchten wir von Ihnen heute hören, wie der Bewirtschaftungserlass morgen aussieht. Das muss heute auf den Tisch. Denn Sie haben die globalen Minderausgaben noch nicht dargestellt.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Wenn Sie aber den Nachtragshaushalt verfassungskonform fahren wollen, dann müssen Sie einen ganz strengen Bewirtschaftungserlass herausgeben. Es geht aber nicht, dass

heute die Würste ins Schaufenster gehängt und morgen durch einen Bewirtschaftungserlass wieder abgeräumt werden. Deswegen müssen Sie hier sagen: Gibt es einen Bewirtschaftungserlass, und wie sieht er konkret aus? Das wollen wir heute hier hören, im Rahmen der dritten Lesung.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Ich habe aufgrund der Eckdaten des Nachtragshaushalts hochgerechnet, was auf Sie zukommt: Sie werden in den nächsten Jahren in Hessen eine Ausgabensteigerung in einer Größenordnung von ca. 3,5% haben. Der Finanzplanungsrat sieht aber nur 2% vor. Das heißt, Sie müssen die Frage beantworten, wie Sie im Rahmen der Vorgaben des Finanzplanungsrats den Haushalt im nächsten Jahr einigermaßen steuern wollen.

Drittens. Wir wollen von Ihnen auch hören - und das ist normalerweise üblich -, wie denn Ihre mittelfristige Finanzplanung aussieht. Sie haben keine vorgelegt - aber schlicht deswegen, weil Sie es nicht können. Sie wären nämlich dann gezwungen, auf der Grundlage der Eckdaten des Nachtragshaushalts 1999 in der mittelfristigen Finanzplanung fortzuschreiben, wie diese Entwicklung in den nächsten vier, fünf Jahren aussieht. Da Ihnen aber Ihre Leute im Ministerium - das sind nach wie vor die soliden Beamten der früheren Regierung - das vermutlich gesagt haben, deswegen hatten Sie nicht den Mut, hier eine mittelfristige Finanzplanung mit vorzulegen. Sie sind nämlich nicht in der Lage, eine solche darzustellen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn ich dann davon ausgehe, dass Sie aufgrund dieser Eckdaten ein Nettofinanzierungsdefizit von 2,2 Milliarden DM haben - das wird ungefähr die Größenordnung sein -, und wenn die verfassungsrechtliche Grenze - das lesen wir heute bei "dpa" - wieder voll ausgeschöpft werden soll, nämlich rund 1,5 Milliarden DM,

(Günter Rudolph (SPD): Hört, hört!)

dann sage ich: Damit Sie nicht auf 1,5 Milliarden DM kommen, haben Sie heute verkünden lassen: 1.440.000.000 DM. Das sieht ein bisschen besser aus. Aber selbst wenn ich davon ausgehe, dann müssen Sie jetzt noch mit einer Deckungslücke von rund 700 bis 750 Millionen DM rechnen.

(Gerhard Bökel (SPD): Hört, hört!)

Dann lese ich heute, dass diese 750 Millionen DM wie folgt dargestellt werden sollen: erstens 120 Millionen DM durch die Einsparung von 1.500 Stellen. Wir wollen heute hier wissen, im Hinblick auf die Haushaltswahrheit und -klarheit -:

(Stefan Grüttner (CDU): Hohoho!)

Wenn der Kultusbereich draußen ist, wenn der Wissenschaftsbereich draußen ist, wenn die Justiz draußen ist und wenn die Polizei draußen ist - das sind die Eckwerte dieses Nachtragshaushalts -, wo können Sie dann noch 1.500 Stellen einsparen,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn gleichzeitig das gelten soll, was Sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrer Regierungserklärung gesagt haben, es gebe keine betriebsbedingten Kündigungen? Oder können wir auch hier draufschreiben "Es gilt das gebrochene Wort"?

Dazu wollen wir heute eine Auskunft haben. Denn sonst ist der Nachtragshaushalt im Grunde genommen bereits heute Makulatur - wenn Sie im Hinblick auf diese 120 Millionen DM im nächsten Jahr 1.500 Stellen kassieren wollen.

Vierter Punkt. Bei "dpa" lese ich heute, dass Sie 300 Millionen DM aus dem Etat des Finanzministers darstellen wollen. Der Etat des Finanzministers ist weitgehend ein Verwaltungshaushalt. Da können Sie vielleicht noch 10, 15 oder 20 Millionen DM herausholen. 300 Millionen DM aus dem Verantwortungsbereich des Finanzministers herauszuholen - wissen Sie, welche Vermutung das nahe legt? - Dass Sie den Ausverkauf, die Verschleuderung des Tafelsilbers des Landes Hessen fortsetzen wollen.

(Beifall bei der SPD)

In Ihrer Regierungserklärung haben Sie von "Vermögen gegen Vermögen" gesprochen. Ich habe schon damals gefragt: Was bedeutet diese Sprechblase? Sie wollen jetzt aus dem Verantwortungsbereich des Finanzministers 300 Millionen DM "zur Konsolidierung" beitragen. Das ist aber gar keine Konsolidierung, sondern genau die Politik von Waigel. Wenn man aber das Vermögen verschleudert, dann holt einen das im Laufe einer Legislaturperiode wieder ein. Wir wollen heute von Ihnen hören, was es mit diesen 300 Millionen DM auf sich hat.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, Sie wollen weitere 330 Millionen DM bei den übrigen Ressorts einsparen. Hierfür machen Sie entsprechende Vorgaben. Bei Hans Eichel haben Sie dieses Verfahren kritisiert und gesagt, das sei das Prinzip des Rasenmähers.

Gestern habe ich zwei wehleidige Pressemeldungen gelesen. Die eine stammt von Herrn Hahn, die andere von Herrn Weimar. Darin wird beklagt, dass die in Bonn beschlossene Steuerentlastung Auswirkungen auch auf die Länder habe.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, wo leben wir denn? Ich denke an die 50-Milliarden-DM-Entlastung, die Ihre Steuerpolitik eigentlich hätte bringen sollen. Da kann ich nur sagen: Entweder haben Sie keine Ahnung, oder Sie sind aus den Oppositionsschuhen noch nicht herausgekommen. Das haben Sie einfach noch nicht gelernt.

(Zurufe von der CDU)

Ich bleibe bei den 330 Millionen DM, die Sie bei den verschiedenen Ressorts einsparen wollen. Wir lesen: Die Hochschulen werden 40 Millionen DM erbringen müssen, der Kulturbereich wird mit 20 Millionen DM dabei sein. Was heißt denn das? Das heißt, dass die 10 Millionen DM, die Herr Posch, und die 20 Millionen DM, die Frau Wagner beim letzten Koalitionspoker bekommen haben - sonst wäre der Nachtragshaushalt nicht zustande gekommen, und keiner weiß besser als ich, was das bedeutet hätte -, mit der Aufstellung des Haushalts 2000 wieder einkassiert werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Clauss, Ihre Redezeit ist bereits abgelaufen.

Armin Clauss (SPD):

Herr Präsident, ich eile zum Schluss. - Ich will nur noch vier Zahlen nennen. Wenn Sie 330 Millionen DM bei der Aufstellung des Haushalts 2000 erbringen wollen, dann werden rund 100 Millionen DM - das sage ich Ihnen heute schon - im Bereich der Sozialpolitik eingespart werden. Das heißt, die Sozialpolitik verkümmert zu einer Restgröße des Haushalts.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Sozialministerin, die gerade auf der Flucht ist, sage ich als ehemaliger Sozialminister: Wir können auf eine Sozialministerin verzichten, die bereits vor ihrem Amtsantritt ihr Ressort zum Steinbruch erklärt. Wir brauchen eine Sozialministerin, die die Interessen der Kranken, der Schwachen und der Behinderten in diesem Lande vertritt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ich prophezeie Ihnen - das ist die zweite Zahl -, dass von diesen 330 Millionen DM 80 Millionen DM im Bereich des Wirtschaftsressorts eingespart werden. Was ist denn dann mit dem Straßenbau und mit all den Sprüchen, die wir gerade im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt gehört haben?

Ich prophezeie Ihnen drittens, dass der Umweltminister trotz der Abschaffung der Grundwasserabgabe mit 60 Millionen DM abkassiert werden wird. Ich frage mich, wie dann noch Umweltpolitik in diesem Lande gestaltet werden soll.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Clauss, bitte die Zahlen, nicht die Begründung für die Zahlen.

Armin Clauss (SPD):

Herr Präsident, ich will die letzte Zahl nennen. Ich bin aber überzeugt, dass der Herr Ministerpräsident länger reden muss, als es vorgesehen war. Dann wird sich das wieder ausgleichen.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Justizressort werden 50 Millionen DM einkassiert werden. Wie sieht es dann mit dem "härtesten und flottesten Strafvollzug in dieser Republik" aus?

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Herr Ministerpräsident, der Nachtragshaushalt war eine Art Zwischenprüfung. Die haben Sie nicht bestanden. Wer die Zwischenprüfung nicht besteht, dem wird auch das Gesellenstück, nämlich der Haushalt 2000, nicht gelingen. Wer aber keinen Gesellenbrief hat, der bekommt auch keinen Meisterbrief. Wer keinen Meisterbrief hat, der kann kein Unternehmen führen. Herr Ministerpräsident, Sie haben die Zwischenprüfung nicht bestanden, das Gesellenstück wird schief gehen, und einen Meisterbrief bekommen Sie nicht - Pleiten, Pech und Pannen. Die Diskrepanz zwischen dem, was Sie gesagt haben, und der Realität könnte größer nicht sein.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Koch.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Clauss, aus Gesprächen mit den parlamentarischen Geschäftsführern weiß ich, dass Sie bis gestern Nachmittag gezögert haben, ob Sie heute durch Ihre Rede eine Generaldebatte einleiten sollten. Ich gebe zu: Nach Ihrer Rede habe ich Verständnis für Ihr Zögern.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Man sollte ja fair bleiben: Jeder Betrachter mag sich überlegen, wie Sie aus der Situation hätten herauskommen wollen, mir sagen zu müssen, dass ich meine Hausaufgaben gemacht habe.

(Heiterkeit bei der CDU und der F.D.P.)

Sie werden zwar wahrscheinlich nicht mein Herausforderer sein, aber trotzdem: Ein solches Vorgehen hätte man vonseiten der SPD nicht einmal bei einer Zwischenbilanz erlaubt.

In der demokratischen Auseinandersetzung wird sich nichts daran ändern, dass Sie behaupten, dass Sie Recht haben und wir alles falsch machen. Das Einzige, was sich geändert hat: Ein Wahlergebnis, ein aus Ihrer Sicht schmerzlich knappes Wahlergebnis, hat festgelegt, dass für die nächsten vier Jahre die Politik, die wir für richtig halten, und nicht mehr die Politik, die Sie für richtig halten, eine Mehrheit in diesem Hause hat. Das tut Ihnen weh. Das hört und sieht man. Das kann ich für die nächsten vier Jahre aber nicht ändern, Herr Clauss. Damit müssen Sie leben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Nein, wir messen Sie nur an Ihren Sprüchen!)

Deshalb lohnt es sich, darüber zu sprechen, was wir in den ersten Monaten unserer Amtszeit getan haben. Was wird durch diesen Haushalt in Politik umgesetzt? Was hat das mit unseren Zusagen zu tun? Sie haben darauf interessanterweise keinen einzigen Satz verwandt.

Unser zentrales Ziel ist eine Veränderung des Stellenwerts der Bildungspolitik in unserem Lande, denn das haben die Schüler und die Eltern verdient. Genau das haben wir in den ersten Monaten gemacht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Der Nachtragshaushalt wird 1.400 neue Stellen allein für Lehrer im Regelunterricht schaffen. Wir werden über Ersatz-einstellungen für in Pension gehende Lehrerinnen und Lehrer zum 16. August kommenden Jahres mehr als 2.500 neue Lehrer in den Beruf führen. Damit werden innerhalb des kommenden Schuljahres in Hessen mehr Lehrer eingestellt werden, als das in irgendeinem Schuljahr in den letzten 20 Jahren der Fall war. Wir sind stolz darauf, dass wir das organisieren konnten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich komme darauf zu sprechen - da brauchen Sie nicht die geringste Sorge zu haben -, dass das eine große finanzielle Kraftanstrengung erfordert. Wir haben diese Kraftanstrengung angekündigt. Ich und viele meiner Kolleginnen und

Kollegen haben auf jeder Veranstaltung vor der Wahl ausdrücklich den Satz gesagt: Wenn wir jetzt für die Ausbildung unserer Kinder sorgen - das müssen wir tun, weil sie nichts mehr davon haben, wenn wir Ihnen erst in zehn Jahren, wenn wir vielleicht wieder genügend finanzielle Mittel haben, eine Ausbildung anbieten -, dann bedeutet das, dass die Erwachsenen in unserer Gesellschaft an manchen Stellen bereit sein müssen, eine Zeit lang zurückzustecken, z.B. die finanzielle Förderung einer Einrichtung langsamer ansteigen zu lassen und bestimmte Förderprogramme möglicherweise für eine bestimmte Zeit sogar zurückzunehmen.

Das wird sehr schmerzhaft werden, und Sie werden sich in den Wunden suhlen wollen. Ich werde Ihnen darauf nicht immer antworten, dass ich jedes Programm, das wir streichen, schlecht finde, sondern ich werde Ihnen häufig antworten: Auch ich finde dieses Programm gut, aber ich kann es in fünf Jahren noch durchführen, während die Ausbildung der Kinder, die zurzeit in die Schule gehen, nicht fünf Jahre warten kann. - Deshalb setzen wir Prioritäten und schaffen Ihre Rasenmäher-Methode ab.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das gilt übrigens nicht nur für den Bereich Schule, sondern auch für das, was die Kollegin Wagner im Bereich der Hochschulen vorgefunden hat. Das Wort vom "Kaputtsparen der hessischen Hochschulen" stammt nicht von einem christdemokratischen Politiker, sondern aus Ihren Reihen. Wir haben die Situation vorgefunden, dass Hessen nicht mehr in der Lage ist, wettbewerbsfähig um die Berufung neuer Professoren in Wissenschaftsbereichen der Zukunft mitzubieten.

(Armin Clauss (SPD): Das ist Unsinn!)

Wir haben die Tatsache vorgefunden, dass Sie es zugelassen haben, dass seit zwei Jahren die Bibliotheken des Landes Hessen selbst regelmäßig erworbene Periodika nicht mehr beschaffen können, obwohl diese für diejenigen, die Examen machen wollen, wichtig wären.

Dies wird mit diesem Nachtragshaushalt beendet, weil er etwas mit Zukunft dieses Landes zu tun hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich sage es Ihnen schon jetzt, bei allem, was Sie über den Haushalt vom nächsten Jahr erzählen: Herr Clauss, es ist ein interessanter Trick, zu sagen, zum Nachtragshaushalt fällt Ihnen nicht sonderlich viel ein; deshalb versuchen Sie, die Nachtragshaushaltsdebatte zur Haushaltsdebatte des Jahres 2000 zu machen.

(Zurufe der Abg. Armin Clauss und Manfred Schaub (SPD))

Ich sage Ihnen in aller Ruhe: Heute kriegen Sie die Antwort auf den Nachtragshaushalt. Sie kriegen auch Prinzipien für den Haushalt 2000. Dann kriegen Sie im Herbst im ordentlichen Verfahren einen verfassungsgemäß ausgeglichenen Haushalt mit allem, was Sie wissen wollen. Ich sage Ihnen nur eines schon heute: In diesem Haushalt werden Sie sehen, dass die Haushalte für Kultur und Hochschulen wachsen werden - nicht so stark, wenn es allein um die Summe geht, weil wir prozentual die Haushaltssteigerung für das nächste Jahr berechnet und gesagt haben, dass wir da ein bisschen herunter müssen. Die Volumina der Haushalte im Kultur- und im Hochschulbereich werden nächstes Jahr deutlich höher sein als in diesem Jahr. Aber das wird nicht für alle anderen Ressorts gelten können. Deshalb unternehmen wir da große Kraftanstrengungen.

Herr Eichel ist im Augenblick in der Situation, 30 Milliarden DM einsparen zu wollen, die Herr Lafontaine vor vier Monaten ausgegeben hat. Das war Ihre eigene Politik.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch nicht wahr!)

Ich komme gleich noch einmal darauf zurück, welche Finanzen wir hier vorgefunden haben und wer dafür die Verantwortung trägt. Aber ich will zunächst sagen, dass das erste Ziel war, Bildung über diesen Nachtragshaushalt in die angemessene Position zu bringen.

Das zweite Ziel war: Wir wollen mit Entschlossenheit in den Fragen der Infrastrukturpolitik zeigen, dass dieses Land wieder gestaltet und nicht mehr in rot-grüner Blockade verharrt. Dafür ist der Straßenbau ein zentrales Beispiel. Was haben Sie denn in Wahrheit gemacht? Bei allen Veränderungen von Haushaltspositionen haben Sie sicherlich in vielen Etatpositionen auch einmal aus 15 Millionen DM 12 Millionen DM gemacht, aus 150 Millionen DM 140 Millionen DM, und zwar im Rahmen von Einsparungen des Finanzministers. Das kritisiere ich nicht, das muss eine Regierung tun. Man kann nicht alle Positionen fortschreiben.

Im Straßenbau ist der Kollege Klemm mit segnender Hand und leeren Taschen herumgelaufen und musste hinnehmen, dass von 140 Millionen DM Landesstraßenbaumitteln, die seine Amtsvorgänger - Sie hatten mehrere - von der CDU/F.D.P.-Regierung vorgefunden haben, am Ende nicht einmal 40 Millionen DM ausgabewirksam im letzten Jahr übrig geblieben sind. Das ist Ihre Bilanz für Infrastruktur, insbesondere im ländlichen Raum, gewesen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das ist für uns gar nicht so einfach zu kompensieren, weil wir in der Tat zugeben müssen, dass wir den Zustand, der notwendig wäre, in kurzer Zeit nicht wiederherstellen können,

(Manfred Schaub (SPD): Bauen Sie jetzt einen Panzer auf?)

sondern dass wir jetzt mühsam mit 10 Millionen DM im Nachtragshaushalt mit dem Ziel, diese Summe innerhalb einer Wahlperiode zu verdoppeln, wenigstens dazu kommen, dass wir wieder etwas mehr machen können als nur Straßenerneuerung. Denn in Wahrheit reicht das, was Sie bereitgestellt haben, nicht einmal mehr dazu aus, die gesetzlich verpflichteten Straßenerneuerungsmaßnahmen in diesem Land zu bezahlen. Das ist die Ausgangsposition.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe der Abg. Armin Clauss und Manfred Schaub (SPD) - Wortmeldung des Abg. Armin Clauss)

Im Übrigen höre ich, was der Kollege Schlitzberger in diesen Tagen sagt. Er ist, glaube ich, bei der SPD.

(Zurufe von der CDU: Noch!)

- Nein, er fühlt sich da oben noch sicher. Das werden wir erst in ein oder zwei Jahren hinbekommen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Frage des Kollegen Clauss zu?

Roland Koch, Ministerpräsident:

Nein, sonst kritisiert Herr Clauss nachher, wie lange ich geredet habe. - Die entscheidende Frage ist doch: Haben in den letzten Jahren eigentlich alle geschlafen, oder waren sie nur sozialdemokratisch stumm? Ich sehe derzeit, was beim Flughafen Kassel-Calden passiert. Es ist doch so, dass offensichtlich ein Aufatmen der Befreiung herumgeht, dass nicht mehr das rot-grüne Koalitionspapier gilt, in dem steht, dass zwar jeder grüne Abgeordnete, in der letzten Legislaturperiode z.B. für eine Motorradreise in Kanada, das Flugzeug benutzen darf, aber ansonsten Flugzeuge so böse sind, dass wir jedenfalls die Nordhessen nicht mit einem leistungsfähigen Flughafen ausstatten dürfen. Diese Position haben wir innerhalb von drei Monaten beendet.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hätten Sie zu der Veranstaltung in Nordhessen gehen sollen! Es waren keine GRÜNEN, die Widerstand leisteten!)

Ich sage Ihnen: Jenseits der Entscheidung für die A 44, jenseits der Entscheidung für die A 49 wird sich in dieser Legislaturperiode zeigen, dass alleine die Tatsache, dass die Landesregierung bereit ist, ideologische Blockaden aufzugeben und dafür zu sorgen, dass man der Stelle auch mit der Wirkung der Symbolik sagt: "Wir setzen auf diese Region, wir glauben, dass diese Region Entwicklungschancen hat", sich mehr bewegen lassen wird als mit Ihrem larmoyanten Gerede der letzten Jahre.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Die Rede wird Ihnen noch Leid tun! Warten wir es ab! - Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

- Herr Kollege Clauss, ich korrigiere da gar nichts. Ich arbeite mit den Sozialdemokraten in Nordhessen zusammen, wenn sie den Flughafen wollen. Ich sage auch ganz klar: Wenn sie den Flughafen nicht wollen, dann sollen sie es der nordhessischen Bevölkerung erklären. Ich sage nur, ich helfe ihnen dabei. Ihre Vorgängerregierung hat es Ihnen verboten. Sie waren nicht einmal bereit, dem Flughafen 200.000 DM pro Jahr für Flugsicherungsmittel zur Verfügung zu stellen, um ihn bei den Start- und Landepreisen einigermaßen wettbewerbsfähig zu machen. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An der Stelle weiß ich genug und bin auch sehr sensibel:

Die zehn Jahre, die Sie an dieser Stelle durch Blockaden an allen Ecken und Enden verschenkt haben, die tun uns verdammt weh im Spannungsfeld zwischen Paderborn und Erfurt. Die müssen wir aufholen, aber das ist viel schwieriger, als wenn Sie eine richtige Politik gemacht hätten zu dem Zeitpunkt, als die deutsche Einheit gekommen ist und wir die notwendigen Voraussetzungen hätten schaffen können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, es ist doch für jedermann spürbar, auch an Ihrer Auseinandersetzung darüber: Wir haben in diesen ersten Wochen begonnen, die Politik zur inneren Sicherheit in diesem Lande zu verändern.

(Lachen der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der hessische Justizminister hat als eine seiner ersten Amtshandlungen "versprochen - gehalten" genau das gemacht, was wir immer gesagt haben. Wir haben den hessi-

schen Staatsanwälten die Chance gegeben, sich so zu verhalten wie alle Staatsanwälte in den übrigen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, dass sie nämlich, wenn ihnen ein Urteil eines Gerichtes zu milde erscheint, genauso dagegen Berufung einlegen können, wie es ihr Sachverstand erfordert, und nicht mehr danach handeln müssen, dass der Justizminister in Hessen eigentlich keine Berufungsverfahren durch die Staatsanwaltschaft will. Die Hessen-Privilegien für Straftäter werden abgeschafft, und den ersten Punkt davon haben wir schon realisiert.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich meine, Sie haben unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit in der vergangenen Woche in der Plenarsitzung schon eine hinreichende Debatte gehabt, in der die Sozialdemokraten es für opportun gehalten haben, nicht mehr mitzukämpfen, sich aber noch nicht getraut haben, zu sagen, dass wir Recht haben, was die Frage der Abschiebung angeht. Zwei Tage später hat es auch Herr Schily eingesehen.

Die GRÜNEN wollten von uns noch jetzt, in der Opposition, dass wir einen Straftäter, der 52 Straftaten in Deutschland begangen hatte, den man binnen zwei Tagen abschieben konnte, nicht abschieben, obwohl wir alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen haben. Es gibt auch keine Hessen-Privilegien mehr für Leute, die sich rechtswidrig in diesem Lande aufhalten und abgeschoben werden müssen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Da wir gerade dabei sind, mit anderen zu diskutieren, ob das vielleicht nicht doch etwas schnell geht -- Da fällt mir übrigens ein, Herr Kollege Clauss: Natürlich schwindet Gedächtnis im Laufe der Zeit, was die aktuelle Erinnerung angeht.

(Armin Clauss (SPD): Das kann ich bei Ihnen feststellen!)

Das ist bei uns auch so. Aber die Behauptung, die Einbringung eines Fraktionsgesetzes am Anfang einer Legislaturperiode sei sozusagen ein Verstoß gegen alle demokratische Kultur --

(Armin Clauss (SPD): Das habe ich nicht so gesagt! Es ist ein Verstoß gegen Ihre Sprüche!)

Erinnern Sie sich doch an Ihre eigene Gesetzgebungsmechanik hier im Landtag. Schauen Sie sich einmal an, ob Sie bei der Rentenreform, der Gesundheitsreform und allen anderen Gesetzen der Regierung Schröder nur ein einziges finden, das bisher die Bundesregierung in den deutschen Bundestag eingebracht hat und nicht auf Vorlage der Bundesregierung die Fraktionen eingebracht haben. Hören Sie auf mit der Scheinheiligkeit an einer solchen Stelle, wenn Sie keine Argumente haben!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Aber: Ich war bei dem Begriff Schnelligkeit. Ja, wir werden in diesen Tagen den Kommunalen Spitzenverbänden die erste Möglichkeit zur Anhörung im Regierungsverfahren, also mit Zeit, zur Veränderung des Kommunalwahlrechts in Hessen geben.

Das wird eine spannende Debatte werden, weil Sie jetzt so verkrampft, wie Sie bei der Einführung der Direktwahl der Bürgermeister in den Zeiten des Jahres 1990 waren, offensichtlich wieder eine Debatte über die Frage von mehr Bürgerrechten bei der Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente aufbauen. Das werden wir

Ihnen nicht ersparen. Wir sind fest davon überzeugt - in den Festschriften der Friedrich-Ebert-Stiftung steht das übrigens auch -

(Heiterkeit bei der CDU)

dass es in einer Zeit von mehr Freizeit der Bürger, von besserer Ausbildung, von mehr - wie das neudeutsch heißt - Partizipation Wollen, d. h. mehr Interesse, an bestimmten Dingen, die einen persönlich betreffen, mitzuwirken, einen Sinn macht, vor Ort, wo jeder es gut übersehen und damit leben kann, möglichst viele Chancen zur Mitgestaltung zu geben. Deshalb ist in der Mehrheit der deutschen Länder, in nahezu allen neuen Bundesländern, die es nach den Erfahrungen in Baden-Württemberg, in Bayern, in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen übernommen haben, inzwischen ein System eingeführt, das besagt: Wir Parteien nehmen uns auf der kommunalen Ebene ein Stück zurück. Wir machen den Bürgern Vorschläge, aber zwingen sie nicht mehr, hinnehmen zu müssen, dass alle Wahlvorschläge unabwendbar diejenigen bezeichnen, die ins Parlament kommen. Die Bürger haben vielmehr die Chance, z. B. zu sagen: "Ich will die CDU wählen, aber es gibt zwei Sozialdemokraten, von denen ich will, dass sie unbedingt auch hinkommen".

(Petra Fuhrmann (SPD): Was hat das mit dem Haushalt zu tun?)

Dann können sie das auf ihrem Wahlzettel ankreuzen. Wovor haben Sie eigentlich Angst? Wir christlichen Demokraten sind auch nicht immer so, dass wir fröhlich jubelnd da hineingehen und Rechte an die Bürger abgeben. Es gibt bei uns auch manchen, der sagt: "Ei wei, ei wei, was wird da passieren?"

(Petra Fuhrmann (SPD): Herr Ministerpräsident, was sagt er z. B. zum Haushalt?)

Wir haben aber am Ende den Mut, zu sagen, wir und unsere Kandidatinnen und Kandidaten sind so gut, dass wir diese Auseinandersetzung so bestehen werden, wie wir sie bei der Direktwahl der Bürgermeister bestanden haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Petra Fuhrmann (SPD): Zur Sache!)

Deshalb fordere ich Sie an dieser Stelle auf: Hören Sie auf damit!

(Armin Clauss (SPD): Wir reden über den Nachtragshaushalt und nicht über die Änderung des kommunalen Verfassungsrechts!)

- Das ist eine Generaldebatte über die Politik in diesem Lande zum Haushalt, so wie immer. Herr Kollege Clauss, da führen wir eine Generaldebatte auch an den Punkten, die Ihnen wehtun.

(Armin Clauss (SPD): Sie sind ausgewichen!)

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie auf: Hören Sie damit auf, und lassen Sie uns gemeinsam, vernünftig, konstruktiv über die Frage eines modernen Kommunalwahlrechts in Hessen reden.

(Armin Clauss (SPD): Zuerst beschimpfen und dann die Gemeinschaft anrufen - das ist eine Arbeitseilung!)

Die Zeit ist dafür noch da. Wenn aber zur Sache sozialdemokratische Bürgermeisterkollegen nach dem Motto "Die Chefs werden auch nicht von der Belegschaft gewählt" dazu sagen: "Das mit der Direktwahl war schon falsch, und jetzt wird es noch problematischer", dann - das kündigt ich

Ihnen an - führen wir in diesem Lande eine sehr intensive Auseinandersetzung, wer wie viel Mut hat, Bürgerinnen und Bürger an den konkreten Entscheidungen von Parlament und Verwaltung in diesem Lande zu beteiligen. Bei dieser Debatte befinden wir uns in einer sehr modernen und Sie sich in einer sehr alten Position.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Kollege Clauss, deshalb sage ich Ihnen, ich werde nie dahin kommen, zu bestreiten, das habe ich übrigens auch in der Regierungserklärung - vorletzter Satz, wenn Sie es nachlesen wollen - gesagt: Wir werden natürlich auch Fehler machen. - Sie werden mich nie davon abbringen, zu behaupten, eine Regierung würde nicht auch in dem Risiko sein, sich bei täglichen Entscheidungen von Parlamentsfraktionen, auch in grundsätzlichen Fragen an bestimmten Stellen einmal korrigieren zu müssen. Bei dem, was Sie gestern aber dankenswerterweise in den Parlamentsfraktionen zum Gesetz erhoben haben, was wir erarbeitet und bisher an Strukturen geschaffen haben, bleibe ich bei dem Satz: Wir glauben, dass das ein Beispiel dafür ist, dass man in der Regierung etwas bewegen kann, was die Menschen bei den Wahlen erwartet haben. Darauf sind wir stolz, und das wollen wir in den nächsten Jahren fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen sage ich Ihnen, nur der Vollständigkeit halber: Der Wähler hat natürlich auch in einem anderen Punkt einen Erfolg gehabt, einen nicht so großen, wie ich ihn wollte, einen hinreichend großen, wie ihn die Kollegen der F.D.P. wollten, nämlich in der Frage des Staatsbürgerschaftsrechts. Ich kehre das nicht unter den Teppich. Die hessische Wahl, das muss jeder Bürger so wie andere auch wissen, hat auch die Konsequenz gehabt, dass aus einem aus meiner Sicht katastrophales Gesetz ein aus meiner Sicht immer noch schlechtes - die F.D.P. sagt: "Das ist für uns ein Gesetz, das wir für brauchbar halten" -, aber ganz unbestreitbar wesentlich weniger Gefahren für die Bundesrepublik Deutschland mit sich bringendes Gesetz, als das, was Sie vorher vorgeschlagen haben, geworden ist. Das ist auch ein Ergebnis der hessischen Landtagswahl. Das mag Ihnen wehtun, aber in der Summe sind CDU und F.D.P. gemeinsam froh, dass sie das mit der hessischen Wahl durch die Veränderung der Mehrheit im Bundesrat erreicht haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich habe über das gesprochen, was wir an politischen Zielen dabei sind zu realisieren und wie weit wir damit schon gekommen sind. Zu so einer Debatte über Fragen der Haushaltspolitik gehört auch, darzustellen, was wir vorgefunden haben. Da gebe ich zu - Sie haben dankenswerterweise meine Reden zu dieser Frage als Oppositionsvertreter hier zitiert -, wir wussten, dass das alles ziemlich trickreich ist. Wir haben aber gesehen, dass die Fantasie der Opposition nicht ausgereicht hat, um nachzuvollziehen, was sich die Regierung alles leisten kann.

(Armin Clauss (SPD): Das erzählen Sie alles im Hinblick auf Weihnachten!)

- Nein, Herr Kollege Clauss, ich rede über sehr konkrete, nicht langfristige Strategien von Haushaltspolitik.

(Armin Clauss (SPD): Bisher haben Sie zum Haushalt noch gar nichts gesagt!)

- Sie wollten es ja hören. - Ich nenne einmal die Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt des Landes Hessen von 1995

bis 1999. Im Jahre 1995: Soll 2,283 Milliarden DM, am Ende der Haushaltsabrechnung 71 Millionen DM Nettokreditaufnahme mehr, als Sie angekündigt haben.

(Armin Clauss (SPD): Schuld von Theo Waigel!)

1996: 1,9 Milliarden DM auf 2,171 Milliarden DM - 242 Millionen DM Nettoneuverschuldung mehr. Im Jahre 1997 waren wir dann schon bei 991 Millionen DM Nettoneuverschuldung mehr, als im Jahr geplant.

(Armin Clauss (SPD): Schuld von Theo Waigel! - Gegenrufe der CDU)

Jetzt stand Minister Starzacher vor einem gewaltigen Problem. Wenn er das im Haushalt seriös fortgeschrieben hätte, hätte er einpacken können. Also haben Sie versucht, uns einen Haushalt vorzulegen, in dem Sie sagen: "Wir haben einen gigantischen Fortschritt beim Abbau der Nettoneuverschuldung gemacht", und sind an die Milliardenengrenze herangekommen. Ich sage das nur, dass wir uns einig sind, auch nachdem, was Ihnen nicht gefällt, was wir im Haushalt gemacht haben.

(Armin Clauss (SPD): Geldwäscherei nennt man das!)

- Herr Clauss, Atem anhalten! Wir sind immer noch unter der Nettoneuverschuldungsrate, die Sie in Ihrem Haushalt für das letzte Jahr geplant haben.

(Dr. Peter Lennert (CDU): Hört! Hört!)

Wir wollen das immer ganz ruhig sagen, weil Ihnen hier ein bisschen viel Blut in den Kopf steigt.

(Heiterkeit bei der CDU - Armin Clauss (SPD): Das ist doch wieder ein Trick! Vorher die Bruttosumme und hinterher Netto!)

Vor dem Hintergrund war die Frage, wie er das geschafft hat. Herr Kollege Clauss, da ist es schon ein starkes Stück, dass wir hier vorfinden, dass Sie in einer Größenordnung von 660 Millionen DM Investitionen suggeriert haben, die Sie in Wahrheit im Jahr nicht erbracht haben und blind in den kommenden Haushalt fortschreiben wollten.

(Armin Clauss (SPD): Nein!)

Die fallen damit als ausgabewirksam an.

(Armin Clauss (SPD): Auch das haben Sie nicht verstanden!)

- Herr Kollege Clauss, im Übrigen, damit wird auch das abgerechnet: Die Nettoneuverschuldung, die jetzt im Haushalt von 1998 mit 1,4 Milliarden DM fortgeschrieben ist, ist selbstverständlich die Nettoneuverschuldung, die möglich ist, unter Abzug der 660 Millionen DM. Wir machen nicht Ihre Buchhaltertricks in zweiter Potenz. Wir haben den Haushalt insgesamt aufgeräumt und erst festgestellt, was Sie nicht richtig gebucht haben. Auf der Grundlage dieser Tatsache haben wir dann unsere Zahlen festgestellt. Da bleibt jetzt eine saubere Zahl.

Das ist nur ein Beispiel für die Wahrheit. Sie haben nicht nur viel weniger ausgegeben, als Sie dem Parlament versprochen haben. Sie haben Investitionsmittel in Höhe von 600 Millionen DM nicht ausgegeben und sich am Ende gebrüstet, Sie hätten 500 Millionen DM im Gesamthaushalt eingespart. Das heißt allein, Sie haben im letzten Jahr in die Konsumtion neben den Investitionen 100 Millionen DM mehr ausgegeben, als Sie vom Parlament aus ausgeben durften,

(Armin Clauss (SPD): Jetzt weiß ich, dass Sie es nicht verstanden haben!)

obwohl Sie die Investitionen, die Ihnen vom Parlament zu machen aufgegeben waren, nicht getätigt haben. Das ist die Ausgangsposition, mit der wir in den Haushalt gegangen sind.

(Beifall bei der CDU)

Dann haben Sie einen zweiten Trick zum Reichrechnen benutzt.

(Armin Clauss (SPD): Sie sind dabei, zu tricksen!)

Sie haben nämlich die außergewöhnlich gute Steuereinnahmesituation des letzten Jahres, über die wir uns gemeinsam freuen wollen, vollständig zusätzlich eingestellt. Die Tatsache, dass Sie schon allein durch das Nichtinvestieren Geld gespart hatten, zeigt, wie viel Sie in Wahrheit mehr in die Konsumtion ausgegeben haben. Sie wussten aber genau, dass im darauf folgenden Jahr daraus Hunderte von Millionen DM für den Länderfinanzausgleich entstehen.

Sie haben dafür null Vorsorge getroffen. Sie haben keine Rücklage im letzten Jahr aus den Steuermehreinnahmen in Höhe der Summe gebildet, die zwingend aus den Steuermehreinnahmen im kommenden Jahr als Abführungsbeiträge zum Länderfinanzausgleich notwendig geworden sind. Sie wissen, dass das eine Summe von Mehrausgaben von rund 400 Millionen DM in diesem Jahr ist.

Sie haben keine Vorsorge getroffen, obwohl Sie im letzten Jahr wussten, dass Sie mit den Summen von Gehaltserhöhungen - Vertrag über zwei Jahre - und von Beihilfen und anderen nicht zurechtkommen können. Bevor die CDU im Finanzministerium überhaupt Guten Tag gesagt hat, bevor irgendeine Idee von Lehrern, Straßenbau und was Sie noch alles inkriminieren, durchgesetzt wurde, hatte der Haushalt, den wir vorgefunden hatten, durch nicht gebuchte Forderungen ein offenes Defizit von 1,1 Milliarden DM. Das ist die Bilanz, die wir vorgefunden haben.

(Widerspruch bei der SPD - Armin Clauss (SPD): Das ist eine Legende, die Sie hier stricken! Sie bauen einen Popanz auf!)

- Das ist kein Popanz. Kommen Sie hierher, nehmen Sie die Zahlen. Es sind alles Zahlen, die vor Wochen veröffentlicht worden sind. Ich nenne keine neuen Zahlen. Sagen Sie, welche Zahl davon falsch ist. Wenn eine Zahl falsch wäre, dann haben Sie genug veritables Fachwissen, schon bereits eine gehabt zu haben.

(Armin Clauss (SPD): Sie stellen es falsch dar!)

Sie haben alle Forderungspunkte, in denen Sie Freiheit haben könnten, überbucht. In der Frage, was die verehrte Frau Ministerin a. D. Hinz getan hat, haben wir schon öfters eine Diskussion geführt. Es sind 250 Millionen DM jährlich Einnahmen aus der Grundwasserabgabe gewesen, aber Sie haben aus meiner Sicht Personal damit rechtswidrig bezahlt und Förderzusagen für die nächsten Jahre bereits rechtsverbindlich in Höhe von mehr als 800 Millionen DM gemacht. Das ist so im Großen.

(Armin Clauss (SPD): Warum setzen Sie diese Rechtswidrigkeit dann fort?)

Herr Kollege Bökel, der im Augenblick den Bezirk Hessen Süd regiert, macht rechtsverbindliche Zusagen bei der Feuerwehr für rund 70 Millionen DM, obwohl er nach dem Haushaltsplan des Finanzministers nur 48 Millionen DM hat, um sie auszugeben. Er rennt jetzt nach dem Motto eines emeritierten Brandstifters durch das Land und sagt, dass die böse Regierung die Zuschüsse für die Feuerwehnhäuser immer noch nicht gegeben hat.

(Lebhafter Beifall der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Billigste Polemik! Eines Ministerpräsidenten unwürdig ist das!)

- Herr Kollege Clauss, jetzt sind Sie im richtigen Aufregungszustand, das ist völlig in Ordnung.

(Armin Clauss (SPD): Eines Ministerpräsidenten unwürdig ist es, mit einem früheren Kollegen so umzugehen!)

Herr Kollege Clauss, Sie können doch nicht ernsthaft glauben, dass wir hierher gehen und dies nicht sagen. Wir schultern viel und bringen dies auch in Ordnung, damit es keine Irritationen gibt. Es ist unser gemeinsames Land. Wir werden das alles in Ordnung bringen.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie werden nur nicht umhinkommen, aufgrund einer sauberen Eröffnungsbilanz zu erkennen, was wir vorgefunden haben. Dann werden wir Ihnen in vier Jahren sagen, was wir daraus gemacht haben. Das ist die Rollenverteilung zwischen Regierung und Opposition, wenn diese gewechselt haben. Da hilft das Nebelkerzenwerfen nicht.

(Armin Clauss (SPD): Sie haben doch mit Nebelkerzen geworfen!)

Das sind harte Zahlen. 1,1 Milliarden DM - das wusste der Herr Finanzminister - waren mehr, als er mit zulässiger Nettoneuverschuldung im Jahre 1999 in den Haushalt noch hineinbekam. Deshalb hat er schon vor der Wahl in Panik gegen den Willen des SPD-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Haushaltsbewirtschaftungserlasse aufgestellt. Nun, meine Damen und Herren, wenn Sie wie vorhin von Betrug gesprochen haben, dann muss ich sagen, in jedem normalen Unternehmen würde sich die Staatsanwaltschaft mit dem beschäftigen, was dort in den Monaten vorher passiert ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Armin Clauss (SPD): Das ist unerträglich!)

Die Bilanz ist gefälscht. Das ist für Sie unerträglich, dass kann auch unerträglich bleiben.

(Beifall bei der CDU - Armin Clauss (SPD): Eines Ministerpräsidenten unwürdig! Mit dem Staatsanwalt haben Sie sich schon in der letzten Sitzung vergaloppiert!)

Das ist aber die Wahrheit. Sie haben Forderungen in Höhe von 1,1 Milliarden DM nicht korrekt verbucht, obwohl Sie jede einzelne Mark der Forderungen kannten. Sie haben nicht rechtzeitig das Parlament und die Wähler unterrichtet. Obwohl Sie die Möglichkeit gehabt hätten, die notwendige Vorsorge zur Abfinanzierung zu treffen, haben Sie die notwendige Vorsorge nicht getroffen. Das ist die Ausgangssituation.

Wir machen daraus nun durch den Nachtragshaushalt 1999 einen Haushalt, der von der Verfassung gedeckt ist, der die Anforderungen erfüllt, die Sie hinterlassen haben, und der es trotzdem noch ermöglicht, die wichtigsten politischen Zielsetzungen der Union und der F.D.P. in ersten Schritten durchzuführen. Meine Damen und Herren, darauf sind wir stolz und brauchen uns dafür nicht zu entschuldigen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Kollege Clauss, ich fordere Sie wirklich auf, damit aufzuhören, an dieser Stelle den Versuch zu machen, mit Legendenbildung alles in die Vergangenheit zu holen.

(Armin Claus (SPD): Sie stricken doch Legenden! Sie haben einen Popanz aufgebaut, der unerträglich ist!)

Wir nennen die Zahlen. Ich nenne die Zahlen heute hier. Der Finanzminister hat sie hier im Parlament auch schon genannt. Sie haben genug Zeit gehabt, darauf zu antworten. Sie wissen genau, dass Sie darauf nicht antworten können.

Sie wissen auch, warum, denn Sie kannten die Zahlen alle. Aber Sie wussten, dass Sie in der prekären Situation der ersten Monate dieses Jahres es nicht riskieren konnten, den Offenbarungseid Ihrer großen Versprechungen und Ihrer gescheiterten Finanzpolitik zu leisten. Deshalb haben Sie es so gemacht. Das ist ein mieser Stil. Das ist ein Stil, den Sie in anderen Fragen, wie beim Umgang mit Volker Bouffier, auch haben.

Bei der Gelegenheit möchte ich zu diesem Thema noch eines sagen: Wir diskutieren z.B. in unserem innenpolitischen Programm seit langem streitig über die Frage, ob wir einen freiwilligen Polizeidienst haben wollen oder nicht. Aber ich halte Ihnen jetzt vor: Wenn der Herr Kollege Karwecki, Ihr innenpolitischer Sprecher, hergeht und das mit einer Sturmbannführerbinde versieht und - so, wie er meint, es noch bezeichnen zu können -

(Zurufe von der CDU: Pfui!)

in die öffentlichen Zeitungen bringt, dann sage ich Ihnen, erinnern Sie sich in der Summe der Sache einmal an Ihre Worte in einer der ersten Plenarsitzungen. Sie wollten einen Stil von Opposition machen, der jenseits von Diffamierung in der Politik liegt. Bisher sind Sie in dieser Frage so gescheitert, dass Sie gar nicht mehr zum Ablegen der Gesellenprüfung zugelassen werden, Herr Kollege Clauss.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dann möchte ich an dieser Stelle der Vollständigkeit halber nur noch sagen, was die aktuelle Politikdiskussion, die Sie angesprochen haben, meines Amtsvorgängers und jetzigen Bundesfinanzministers für uns alle bedeutet. Dazu möchte ich zunächst einmal feststellen, Herr Kollege Clauss, ich mache dies, was die Finanzauswirkungen angeht, in der ersten Runde jedenfalls ohne Lamentation. Ich bin dafür, dass wir sparen. Das müssen wir aber gemeinsam tun.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur in Hessen nicht!)

Ich finde das ganz lustig, dass es jetzt als eine gigantische Sparleistung bezeichnet wird, dass man es innerhalb von acht Monaten durch zwei Haushaltskorrekturen schafft, wieder die Summe zu erreichen, die Theo Waigel schon vor zwei Jahren hatte. Aber das ist Ihre Sache. Es ist ein Fehler gewesen. Hans Eichel hat den Fehler auch eingeräumt und gesagt, der einzige Fehler, den er zubilligen kann, ist, dass er dies noch nicht schon vor sechs Monaten getan hätte. Ich finde, man kann darunter einen Schlussstrich ziehen. Es ist immerhin der dritte Start der Regierung innerhalb von acht Monaten. Das deutsche Volk ist möglicherweise fair. Wie fair es ist, das werden wir unter dem Gesichtspunkt sehen, wie viel Starts man erlaubt.

Man muss aber feststellen, es wird nach dem Motto gehandelt: Hier ist jetzt ein 30-Milliarden-Paket, da, Hund, friss oder stirb. - Was Sie hier zu den Informationspflichten verlangen, da muss ich sagen, wir sollen jetzt im Aufstellungsverfahren die Details des Haushaltsplan 2000 sagen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihr Landesvorsitzender und jetziger Bundesfinanzminister hat den Bundestagsfraktionen von SPD und GRÜNEN, also den eigenen Freunden,

nicht einmal die Zahl seiner Vorschläge genannt, die er gehabt hat, bevor er dem Kabinett beigetreten ist. Gegenüber dem, was Herr Eichel zu dem Planungsverfahren gesagt hat, in dem er in den nächsten zwei Wochen ist, ist das, was Karlheinz Weimar in der Presse jetzt schon öffentlich erklärt hat, geradezu ein vollständig gläserner Haushaltsplan. Hören Sie doch auf, hier Krokodilstränen zu weinen. Natürlich wissen Sie nicht so viel wie die Regierung. Das ist auch in Ordnung, Sie sind im Augenblick die Opposition. Aber Sie werden es zum richtigen Zeitpunkt erfahren, ganz nach einem geordneten Verfahren.

(Beifall der CDU und der F.D.P.)

Zu diesem Wissen möchte ich noch etwas hinzufügen, mit aller Vorsicht, die wir derzeit haben müssen, weil die große Offenheit des Bundesfinanzministeriums dazu führt, dass man die Zahlen im Wesentlichen aus Presseerklärungen summieren muss. Das machen wir aber. Das Sparprogramm muss immer auch Steuererleichterungen mitfinanzieren; die geplanten 30 Milliarden DM spart der Haushalt nicht. Das ist in Ordnung, da ist kein Streit, sondern damit werden Kindergeld, Familienlastenausgleich und andere Maßnahmen korrigiert. Nach dem Sparprogramm bleibt dem Bund ein Plus von 15 Milliarden DM im Jahr 2000, den Ländern ein Ausfall von 6,8 Milliarden DM. Nach dem Sparprogramm, das auf vier Jahre gerechnet wird, bleibt dem Bund im Jahre 2001 ein Überschuss von 18 Milliarden DM, den Ländern ein Minus von 11 Milliarden DM. Im Jahre 2002 bleibt dem Bund ein Überschuss von 9 Milliarden DM - dieser sinkt, weil die Steuerreform kommt -, den Ländern ein Minus von 14 Milliarden DM. Im Jahre 2003, in dem man auf die ersten besseren Erträge aus der Steuerreform rechnet, bleibt dem Bund ein Vorteil von 17 Milliarden DM, den Ländern ein Nachteil von weiteren rund 14 Milliarden DM.

(Zuruf von der CDU: Sauerei!)

Es mag sein, dass der Bundesfinanzminister die Fraktionen von SPD und GRÜNEN unter dem Motto, es sei der dritte Start und damit unwiderruflich der letzte, dazu bringen kann, dass Sie alles beschließen, ohne es zu lesen. Das weiß ich nicht, das werden wir über die Sommerpause sehen. Die Erwartung, dass ein Bundesrat, egal, wie er zusammengesetzt ist, bei der Situation der Länderhaushalte mit ihrer Finanzstruktur und ihrer Personalstruktur stillschweigend hinschaut, wie die Bundesregierung und der Bundeskanzler behaupten, Sie hätten die Nation gerettet, indem Sie sich reichrechnen und die Länder dabei in ihren strukturellen Problemen allein lassen, kann ich nicht erkennen. Ich sage das ruhig. Deshalb werden wir in den nächsten Monaten über die Frage der Finanzen und des Einsparens reden müssen. Wir müssen darüber reden, dass wir Lasten so teilen, wie es möglich ist.

Wir wollen die Lasten teilen. Das heißt: Ich sage nicht, dass wir nicht bereit wären, Lasten zu tragen. - Aber die Tatsache, dass der eine in etwa so viel gewinnt, wie der andere verliert, ist eine etwas ungewöhnliche Definition des Prinzips der Lastenteilung. Ich denke, das gilt für die sozialdemokratische Partei ebenso wie auch für alle anderen. Wir werden das so nicht akzeptieren können.

In diesem Paket gibt es etwas Zweites. Dieses Zweite betrifft die Punkte, in denen es um die zukünftigen Strukturveränderungen in Deutschland geht. Es geht also um die Frage, was bei der Rentenreform und der Steuerreform geschieht. Vielleicht sollte man dazu auch fragen, was bezüglich der Gesundheitsreform passiert. Aber das betrifft nicht unmittelbar den Haushalt. Darüber werden wir sehr enga-

giert streiten. Herr Kollege Clauss, ich wundere mich manchmal schon, was die SPD in der Lage ist, zu ertragen. Sie sind zum zweiten Mal dabei - Herr Ehrenberg hat das schon einmal gemacht -, das Prinzip zu durchbrechen, dass die Renten Eigentum sind. Das erschließt sich nicht, weil sie monatlich bezahlt werden. Wer bezahlt sein Eigentum schon monatlich? Aber das Bundesverfassungsgericht hat uns gesagt, die Renten seien Eigentum, weil sie erarbeitet worden sind.

(Armin Clauss (SPD): Die Beiträge!)

- Nein, die Anwartschaft stellt das Eigentum dar, nicht der Beitrag. Also das, was man später bekommen wird, ist das Eigentum.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das ist jetzt zu schwierig!)

Dieses Eigentum ist sozialpflichtig. Deshalb ist es in seiner Höhe nicht uneingeschränkt garantiert. Das ist unbestritten. Aber es ist Eigentum. Herr Ehrenberg hat es einmal gemacht, und Sie machen es mit Herrn Eichel und Herrn Riester wieder. Sie sagen: Wir gehen ab von der Logik des Prinzips, in der der Eigentümer zuverlässig kalkulieren kann, was der Staat mit ihm in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vorhat.

(Armin Clauss (SPD): Was hat denn Herr Blüm vorher gemacht?)

- Herr Blüm hat ein präzise formuliertes Modell für die nächsten 20 Jahre vorgelegt. Mit der Einführung der demographischen Komponente hat er den Rentnern gesagt, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums bedeute in dem Fall, dass das Älterwerden in unserer Gesellschaft auf Jahrzehnte hin gemeinsam von den Älteren und den Jüngeren getragen werden wird, und zwar auf eine kalkulierbare und nachvollziehbare Weise. Meine Damen und Herren, damit hatte er Recht. Dieses haben Sie aufgehoben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Was machen Sie stattdessen? Im Wesentlichen machen Sie jetzt Folgendes: Nachdem Sie den anderen Teil, nämlich die Privatfinanzierung, die ich für falsch halte - aber das ist jetzt völlig egal - weggenommen haben, haben Sie nur noch den Beschluss, dass Sie den Rentnern zwei Jahre lang keinen Eigentumszuwachs geben wollen, der den Rentnern nach der Entwicklung der Nettolöhne zustünde. Das ist es und sonst nichts. Sie werden in zwei Jahren genau so weit sein wie jetzt. Sie führen keine neue Struktur ein. Sie sagen den Menschen nicht ehrlich, was das bedeutet. Sie sagen ihnen nur: In diesem Jahr und in den nächsten Jahren kostet das natürlich mehr als das, was Herr Blüm vorhatte. Wir wollen erst einmal sehen, was es danach kosten wird.

(Zuruf von der SPD: Das ist falsch!)

Ich sage Ihnen. Das ist mit uns vom Prinzip her schon nicht zu machen. Da braucht man nicht über einzelne Zahlen zu streiten. Mit dieser Regierung, mit der Christlich Demokratischen Union und den Liberalen werden Sie nichts machen können, was aus einer Rente mit Eigentumsanspruch eine Rente nach Art der Gutsherren und Kassenlage macht. So sagen Sie es im Augenblick.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Ich will damit ein Angebot verbinden. Wir wollen über private Vorsorge als zusätzliches Standbein sprechen. Wir freuen uns, dass die Sozialdemokraten nach 20 Jahre langem Widerstand bereit sind, ein kapitalgedecktes Alterssicherungsverfahren als Teil der Alterssicherung zu akzeptie-

ren. Meine Damen und Herren, was bringt Sie aber eigentlich dazu, zu sagen, die private Altersvorsorge könne auch nur wieder unter Zwang geschehen? Was bringt Sie auf den Gedanken, dass man den Menschen z.B. durch steuerliche Anreize oder durch Zuschüsse nicht einen Anreiz dafür geben kann, freiwillig etwas für ihre Altersvorsorge zu tun? Bei der Vermögensbildung haben wir ja seit langen Jahren so etwas. Warum müssen Sie immer wieder zu dem alten Glauben zurückkehren, dass es keiner machen würde, wenn der Staat das Sparen nicht zwangsweise anordnet? Sie wissen doch, dass das nicht stimmt. Geben Sie den Menschen Freiheit. Aber lassen Sie den Menschen in den Sozialsystemen auch so viel Luft, dass ein eigener Beitrag zur Altersvorsorge möglich wird, damit die Menschen diese Freiheit auch leben können.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Roland Koch, Ministerpräsident:

Nein, im Augenblick nicht. - Wenn Sie einen Zwangsbeitrag von 2,5 Prozent erheben, machen Sie das doch bezüglich des Geringerwerdens der freien Geldmenge genauso. Sie sagen doch sozusagen kraft Gesetzes, dass der Bürger dafür genug Geld hat. Wenn das so ist, warum sagen Sie ihm dann nicht, dass Sie von ihm erwarten, dass dieses Geld zur Altersvorsorge eingesetzt wird? Warum schaffen Sie denn nicht die Rahmenbedingungen mit dem Vorlegen von Pensionsfond-Modellen angefangen bis hin zu klassischen Sparmodellen? Warum sagen Sie nicht, dies solle die dritte Säule sein? Jeder junge Mensch, der heute 30 oder 35 Jahre alt ist, muss vorsorgen. Aber wie er es machen soll, verdammt noch einmal, davon versteht der Staat zu wenig. Davon verstehen die Bürger und die Privaten mehr. Lassen wir sie das also in Freiheit machen. Wenn Sie das machen, erhalten Sie unsere Partnerschaft. Wenn Sie glauben, ein neues Modell mit Zwangsfinanzierung aufbauen zu können, dann werden Sie unseren engagierten Widerstand finden. Denn wir wollen innerhalb Deutschlands kein neues Zwangssystem.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Herr Kollege Clauss, zwei letzte Bemerkungen will ich noch machen. Herr Kollege Clauss, vielleicht kann man darüber noch einmal in Ruhe nachdenken. Was um Himmels Willen hat sich die sozialdemokratische Partei eigentlich dabei gedacht, neben der Abschaffung der originären - -

(Armin Clauss (SPD): Wir sind im Hessischen Landtag!)

- Sie haben das Meisterwerk von Hans Eichel vorhin in die Debatte eingebracht. Herr Clauss, da können Sie jetzt nicht rufen: "Wir sind im Hessischen Landtag!"

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Dass Sie sozusagen eine Lobpreisung für Herrn Eichel vornehmen und wir nicht den Hinweis darauf geben, was das bedeutet, wäre eine Aufgabenteilung, die für Sie zwar bequem wäre. Aber das wäre eine Zwangsbewirtschaftung des Parlamentes. Eine Zwangsbewirtschaftung wollen wir bei der Rente, aber auch beim Parlament nicht. Deshalb diskutieren wir das schon in Ruhe.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vielleicht ahnen Sie, was ich Sie fragen will. Ich mache es deshalb noch einmal. Was hat die sozialdemokratische Partei dazu gebracht, nicht nur die originäre Arbeitslosenhilfe in dieser Form zu streichen, sondern vor allem auch die Langzeitarbeitslosen damit zu "beglücken", dass ihre Rentenbeiträge in Zukunft nur noch zur Hälfte finanziert werden? Die Tatsache, dass sie lange arbeitslos sind, führt damit zwingend zu einer Rente, die sich auf der Ebene bewegt, die Sie als Grundsicherung bezeichnen. Was in aller Welt hat Sie dazu gebracht? Das ist bisher nicht Ihre Politik gewesen. Dann müssen Sie sich dazu aber auch bekennen. Hören Sie dann mit dem sozialen und liebevollen Gerede auf. Wenn die sozial-ökologische und auf Effizienz ausgerichtete Revolution des Hans Eichel, mit der er hier schon begonnen hat und die er jetzt in Bonn fortführt, bedeutet, dass Sie bei der Rente etwas von der Zwangsrente bis hin zu der Rente nach Gutsherrenart haben wollen, dass Sie die Abschaffung der originären Arbeitslosenhilfe und am Ende auch die Halbierung der Krankenversicherungs- und Rentenbeiträge für Langzeitarbeitslose haben wollen, dann, meine Damen und Herren, muss ich Ihnen sagen: Hören Sie auf, zu behaupten, dies sei eine soziale Politik. Hören Sie auf, mit dem Finger auf andere zu zeigen, die bezüglich dieser Politikfelder gestalten. Das ist dann nämlich Heuchelei, weil es mit Ihrer praktischen Politik gar nichts mehr zu tun hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich möchte zum letzten Gedanken in diesem Zusammenhang kommen. Sie machen eine Steuerreform, bei der Sie im Ergebnis wieder versuchen, Altes festzuschreiben. Ich will gar nicht über die vielen Details reden. Sie wissen, dass ich einen Spitzensteuersatz von 48% für private Einkommen für einen halte, der nicht mehr von dieser Welt ist. Das ist wie bei einem Geisterfahrer auf der Autobahn, der sich wundert, dass alle auf der falschen Fahrbahn fahren. Das kann man nicht mehr diskutieren. Das aber wissen auch die GRÜNEN. Das kann man auch nicht mehr mit Frau Scheel oder anderen diskutieren, die davon etwas verstehen. Das wird sich abschleifen. Aber wie kann man in einer Zeit, in der alle Beteiligten wissen, dass das Leben weltweit darin besteht, dass Menschen Kapital investieren, sagen: "Wir privilegieren ökonomisch gesehen den nicht entnommenen Gewinn gegenüber dem entnommenen."? Ihr ehemaliger Wirtschaftsminister, Lothar Klemm, hat einen großen Risikokapitalfonds aufbauen wollen. Er hat dafür die Voraussetzungen geschaffen. Wir werden ihn nutzen. Wir haben darüber nachgedacht, mit der HELABA Risikokapital und Kapital für Joint Ventures zur Verfügung zu stellen. Das Lebenselixier von Kapital ist, dass es zu verträglichen Bedingungen wieder entnommen werden kann. Sonst wird es niemand investieren.

(Beifall des Abg. Klaus Peter Möller (CDU))

Das ist das gleiche Modell wie bei der Scheinselbstständigkeit, das zu der Tötung der jungen Bill Gates in diesem Lande führen wird. Überall ist es das Gleiche. Sie glauben, man könnte die alte Welt festhalten oder festschreiben, indem man sagt: Es soll so bleiben, wie es vor 25 oder 30 Jahren war. Keiner darf in ein anderes Beschäftigungsverhältnis. Wenn er sich selbstständig macht, muss er gleich ein großer Unternehmer sein. - Wer damals Geld in einem Unternehmen hatte, durfte es niemals wieder ungestraft herausnehmen und in ein anderes Unternehmen hineinbringen. Wer, glauben Sie, soll denn das Geld für die tausenden neuen Unternehmen, die wir in diesem Land ha-

ben, bereitstellen, wenn man es nicht mehr fungibel und frei in der Welt hat?

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich nutze dieses Thema, weil es eine Brücke zu dem bildet, was wir diskutieren. Überall ist es das Gleiche. Von der Regelung bezüglich der 630-Mark-Jobs über die der Scheinselbstständigkeit bis hin zur Steuerreform kann man feststellen, dass Sie als sozialdemokratische Partei immer noch in dem Glauben leben, dass es früher sehr schön war und man es genau so wieder machen könne wie es war. Dabei vergessen Sie, dass es nach meiner festen Überzeugung - ich weiss, auch nach mancher Überzeugung von einigen in Ihrer Partei - eine sehr faire Chance unter ganz gewandelten Bedingungen, unter anderen Lebensverhältnissen, als es sie von 1975 bis 1985 gegeben hat, dafür gibt, dass man in der Welt ebenso sozial ausgleichend und ebenso ökonomisch erfolgreich und ebenso beständig sein kann, wenn man bereit ist, die heute aktuellen Formen mit genau derselben Kreativität und Aufgeschlossenheit zu nutzen, wie man es damals in diesen Jahren getan hat.

Das ist die Chance. Dazu gehört aber, dass die Menschen dem Staat in den Grundbedingungen einigermaßen vertrauen, zu denen Sicherheit gehört, dass der Staat will, dass aufgrund der Leitentscheidungen, an denen er mitwirken kann, die ökonomische Entwicklung dynamisch nach vorne geht und nicht mit Stahlseilen angehalten wird und man den Eindruck hat, der Staat will gar nicht, dass er sich mitbewegt. Dazu gehört, dass wir wissen, dass die Chance der Zukunft in einer Wissensgesellschaft liegt, in der bestausgebildeten Welt von morgen, an Schule und Hochschule.

Das ist der Grund für die Eckpfeiler, wie wir den Haushalt verändern, wie wir Menschen sagen, dass wir für sie weniger ausgeben werden als in der Vergangenheit, und anderen sagen, dass wir mehr Geld aufwenden als in der Vergangenheit, wie wir Menschen sagen, ihr müsst in den persönlichen Bedingungen wieder sicher leben können, wie wir sagen, wir nehmen die Leitprojekte des Staates und der Infrastruktur mit Engagement auf, damit die Menschen sehen, es tut sich etwas. Wir sagen ihnen, die nächste Generation in diesem Land hat das Recht und den Anspruch, so gut gebildet zu sein wie kaum woanders in diesem Land und vielleicht auf der Welt.

Der erste Nachtragshaushalt ist nicht das Ziel, aber er ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir finden ihn sogar gekonnt gemacht. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Meine Damen und Herren, zur Geschäftsfrage: Den Oppositionsfraktionen stehen fünfzehneinhalb Minuten zusätzliche Redezeit zur Verfügung.

Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Hinz für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Inge Velte (CDU): Sie müssen aber nicht gleich so lange reden!)

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Meine Damen und Herren! Die Rede des Ministerpräsidenten könnte man auch damit überschreiben, dass man sagt, dies war mehr Schein als Sein,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

genauso wie es mit den Ankündigungen zur Koalitionsvereinbarung und auch zum Nachtragshaushalt 1999 war. Denn mit der vorgesehenen Verabschiedung dieses Nachtragshaushalts heute hatte die Regierung erstmals die Chance, sowohl finanzwirtschaftlich als auch politisch ihren Kurs zu markieren. In der Koalitionsvereinbarung und auch in der Regierungserklärung, die der Ministerpräsident im April hier gegeben hat, hieß es so schön: "Chancen nutzen".

Doch was erleben wir nun seit dem Regierungsantritt, sehr geehrter Herr Koch? Teils schöne Worte, sehr unverbindlich, nebulös, wie auch der Schluss Ihrer heutigen Rede, teils heftiges Zurückrudern vor Wahlversprechen, die Sie gegeben haben. Herr Ministerpräsident, eine erste Bilanz Ihres Handelns, wie man nicht nur an den Zahlen im Nachtragshaushalt sehen kann, ist schlicht und einfach das Motto: Chance verpasst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben schon mit dem Schlagwort "Unterrichtsgarantie" als Wahlkampfversprechen und der Unterschriftenliste gegen die doppelte Staatsbürgerschaft die Wahl gewonnen, indem Sie Stimmungen aufgenommen oder geschürt haben. Man muss Ihnen zugestehen, das können Sie hervorragend. Aber wie nun das Konzept aussieht, wie Sie Hessen voranbringen wollen, wie Ihre Regierungsarbeit aussehen soll, da ist bislang nur Fehlanzeige zu verzeichnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Haben Sie denn überhaupt nicht zugehört?)

Wahlkampfreden sind das Eine, Regierungshandeln ist das Andere. Nur mit populistischen Sprüchen ist nichts gewonnen. Wenn Sie erzählen, dass die Infrastruktur des Landes Hessen allein am Flughafen Kassel-Calden hängt, muss man doch fast in Hohnlachen ausbrechen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mir sagen lassen, dass mehrere hundert Menschen vorgestern bei einer Veranstaltung dort oben waren, die heftig gegen diese Ausbaupläne sind. Das können nicht nur GRÜNE gewesen sein. Ich bin gespannt, wie Sie sich dazu verhalten werden, wo Sie hier doch immer so die Bürgergesellschaft beschworen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Straßenbaumittel werden um 10 Millionen DM erhöht. Das ist wirklich eine grandiose Leistung dieser neuen Hessischen Landesregierung und führt dazu, dass alle Landtagsabgeordneten allerorten Straßen und Ortsumgehungen versprechen, die weder durch diesen Nachtragshaushalt finanziert sind noch durch den neuen Haushalt finanziert werden können. Dazu versprechen Sie jetzt auch noch den Ausbau aller Bundesstraßen, die im Bundesverkehrswegeplan stehen, aber dort durch Waigel und Co. hoffnungslos unterfinanziert sind. Das ist die Politik, die Sie draußen im Lande machen, und die ist schlicht und einfach unwürdig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Änderung des Kommunalwahlrechts ist wieder so eine populäre Masche. Wir GRÜNEN haben nichts dagegen, das Kumulieren und Panaschieren einzuführen. Aber dann sollten Sie bitte schön auch das Wahlrecht für Sechzehnjährige lassen, und dann sollten Sie auch die Hürde auf 0%

senken - denn das ist das eigentlich bürgernahe Element, dass jeder, der gewählt ist, dann auch seinen Sitz einnehmen kann - und nicht eine 3%-Hürde einführen, nur weil die F.D.P. das wollte.

(Norbert Kartmann (CDU): Brauchen Sie die 0%-Hürde?)

Wenn Sie schon den Schritt gehen wollen, dann gehen Sie ihn auch richtig und nicht halbherzig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in den Koalitionsvereinbarungen versprechen Sie, die Landesfinanzen auf solide Basis zu stellen, aber mit dem Nachtragshaushalt tun Sie das genaue Gegenteil. Ein Flickwerk auf Pump wollen Sie heute verabschieden, das mehr Probleme schafft als löst. Wenn das stimmen sollte, was Sie heute über die Haushaltspolitik der alten Landesregierung vorgetragen haben, dann - kann ich Ihnen nur sagen - ist das, was Sie jetzt mit dem Nachtragshaushalt machen, nämlich eine Rücklage auflösen, konsumtive Ausgaben weiter steigern und zusätzlich noch Personalkosten ohne Ende draufsatteln - nicht die versprochenen Lehrerstellen, sondern Höhergruppierungen, wo es die alte Regierung aus Konsolidierungsgründen zurückgenommen hat, und Stellenbesetzungssperren aufheben -, völlig verantwortungslos. Daran werden Sie auch gemessen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben schon in den bisherigen Debatten des Nachtragshaushaltes nachgewiesen, dass für Sie in den Fragen der Haushaltssanierung schlicht und einfach gilt: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern? Wer in der Opposition immer die Nettoneuverschuldung senken wollte und sie jetzt an den verfassungsmäßigen Rand bringt und auch rückwirkend noch die Verschuldung hochfährt, ist in Fragen der Haushaltssanierung völlig unglaubwürdig.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Falls Sie klammheimlich für Ihre erste Haushaltsaufstellung gehofft haben sollten, dass es doch eine Mehrwertsteuererhöhung im Bund gibt, haben Sie Pech gehabt.

(Roland Koch (CDU): Das war Ihre Politik, nicht meine!)

Damit wird Ihnen bei der nächsten Haushaltsaufstellung nicht geholfen werden. Wenn Sie hier dem Kollegen Clauss vorwerfen, dass er über den Haushalt 2000 spricht,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das hat er nicht vorgeworfen! - Norbert Kartmann (CDU): Bedankt haben wir uns dafür!)

dann kann man Ihnen erstens nur sagen, dass der Nachtragshaushalt heftige Auswirkungen auf den Haushalt 2000 haben wird. Daher muss man darüber ein paar Worte verlieren. Zweitens. Wer hat denn ein Hintergrundgespräch über die Aufstellung des Haushaltes 2000 geführt? Das war doch Ihr Finanzminister.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN): Wo ist er eigentlich? - Armin Clauss (SPD): Wo ist er denn? Hat er es nicht nötig, bei Haushaltsdebatten da zu sein?)

Hierzu passt, was heute in der Zeitung steht. Wir können doch nur konstatieren, dass aufgrund des Nachtragshaushaltes die Personalkostenquote immens steigen wird - ent-

gegen dem, was Sie hier in den letzten Jahren immer von der alten Regierung eingefordert haben.

(Armin Clauss (SPD): Das ist doch das Mindeste, was man erwarten kann! - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo ist denn der Finanzminister?)

Wir konnten heute der Presse entnehmen, dass sie ab dem nächsten Jahr kräftig einsparen wollen. Dann wollen Sie Haushaltskonsolidierung betreiben. Sie wollen 1.500 Stellen abbauen.

(Armin Clauss (SPD): Herr Ministerpräsident, machen Sie hier kein Krisenmanagement, sorgen Sie dafür, dass Ihr Finanzminister bei der Debatte da ist! - Norbert Kartmann (CDU): Haben Sie auch was Vernünftiges vorzutragen?)

Da wünsche ich Ihnen viel Vergnügen, wenn Sie Schule, Hochschule, Justiz und Polizei ausnehmen wollen.

(Armin Clauss (SPD): Was ist das denn für ein Stil? Weder der Finanzminister noch der Staatssekretär ist da!)

Wir hatten schon größte Probleme und dabei immer mit heftigen Angriffen zu tun - auch des Kollegen Weimar, der damals finanzpolitischer Sprecher war und heute abwesender Finanzminister ist. Wir hatten damit zu tun, 850 Stellen oder deren Kostenäquivalent einzusparen. Jetzt wollen Sie 1.500 Stellen abbauen, aber gleichzeitig keine Kündigungen aussprechen. Dazu, wie Sie dieses Kunststück fertig bringen wollen, hätten Sie hier einmal etwas sagen sollen. Aber vor solchen unbequemen Dingen drücken Sie sich gerne.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Da reden Sie lieber wolkig über sonstige Dinge, Joint Ventures und Ähnliches, aber zu den wichtigen Haushaltsfragen nehmen Sie hier keine Stellung.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da weiß er nichts drüber!)

Kürzungen, die im nächsten Jahr erfolgen müssen - und zwar deshalb, weil in diesem Jahr die konsumtiven Ausgaben hochgefahren werden -, sollen nicht nur in der Finanzverwaltung stattfinden, sondern vor allen Dingen im Sozial- und Umweltbereich.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hört, hört!)

Das ist das, was wir schon befürchtet hatten, als die Sozialministerin hier antrat, ihre erste Pressekonferenz gegeben hat und gleich kleinlaut eingestanden hat, dass ihr Ressort leider nicht den Stellenwert hat wie das Kultusressort und dass bei ihr auf jeden Fall eingespart werden muss. Eine Sozialministerin - das habe ich damals schon gesagt -, die nicht bereit ist zu kämpfen, hat schon verloren. Das konnten wir heute in der Zeitung nachlesen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie zeigen gern mit dem Finger nach Bonn. Das haben Sie auch heute wieder getan. Nach Ihrer Lesart wird dort allenthalben Unheil angerichtet.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ja!)

Wir geben auch zu, dass nicht alles so glanzvoll ist. Auch wir finden, einiges könnte man besser machen. Aber das

Kunststück, 30 Milliarden DM im Bundeshaushalt einzusparen, macht Ihnen vor, wie Haushaltskonsolidierung stattfinden kann. Es wird in Bonn ein Signal gesetzt, die Ausgaben zu begrenzen und nicht die Mehreinnahmen durch den Steuerzahler zu steigern. Immerhin hat Herr Waigel als Herr über die schwarzen Löcher der neuen Bundesregierung ein strukturelles Defizit in Milliardenhöhe hinterlassen - mehr als 30 Milliarden strukturelles Defizit. Das sind die Umstände, unter denen eine neue Bundesregierung angetreten ist. Jetzt werden in einem Kraftakt 30 Milliarden DM eingespart. Herr Weimar sollte sich daran ein Beispiel nehmen und nicht an dem ehemaligen Bundesfinanzminister Waigel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es hieß eigentlich immer, die Konservativen könnten gut mit Geld umgehen. Aber weder in Bonn ist das damals bewiesen worden noch ist das jetzt in Hessen bewiesen worden. Im Gegenteil, das ist nicht der Fall.

Ich möchte noch einmal kurz daran erinnern - wenn wir schon in Bonn sind -, wer wann wo und warum am 27. September in Bonn abgewählt wurde. Das war der Fall, weil die Bundesregierung nur noch mit dem Wort Reformstau identifiziert wurde. Das war der Fakt. Wer hat denn die soziale Ungerechtigkeit wie die mangelnde Unterstützung der Familien zu verantworten, die zum Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts geführt hat, und wer hat den Bundeshaushalt in Milliardenhöhe belastet und neu verschuldet? Oder wollen Sie ernsthaft behaupten, es sei Rot-Grün gewesen, die 16 Jahre regiert und für die Familie nichts getan hätten und dann so ein Urteil hätten kassieren müssen? - Nein, es waren Waigel und Kohl.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer hat denn vor der Bundestagswahl die Steuerreform mit einer Nettoentlastung versprochen, die dann aber über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden sollte, wie die unglückselige Frau Nolte kurz vor der Wahl ausgeplaudert hat? Rot-Grün bringt dagegen die Steuerreform voran. Die Reform des Einkommensteuergesetzes ist bereits beschlossen. Das ist ein wesentliches Vorankommen. Der Eingangsteuersatz wird von 25,9% auf 19,9% im Jahr 2002 gesenkt. Der Spitzensteuersatz wird im gleichen Zeitraum um 4,5 Prozentpunkte auf 48,5 Prozentpunkte gesenkt. Das bringt für die Bürgerinnen und Bürger in den Jahren 2000 und 2001 Entlastungen von jeweils 13,5 Milliarden DM und im Jahr 2002 27 Milliarden DM an Erleichterung.

Herr Koch, es ist sicher richtig: Die GRÜNEN hätten sich vorstellen können, den Spitzensteuersatz weiter zu senken. Aber selbst mit diesem Kompromiss sind wir in kürzester Zeit weiter gekommen als die alte Bundesregierung unter Kohl in 16 Jahren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Norbert Kartmann (CDU): Selbst als Märchen ist das schlecht!)

Auch die für das Jahr 2001 geplante große Unternehmenssteuerreform wird zu Verbesserungen in der Wirtschaft führen, von denen zu Ihrer Regierungszeit niemand zu träumen wagte. Mit einem maximalen Steuersatz von 25% plus der Gewerbesteuer wird es eine Nettoentlastung von 8 Milliarden DM für die Unternehmen geben. Das ist doch ein wesentliches Vorankommen dieser Bundesregierung. Vielleicht sollte sich Roland Koch einmal ein Beispiel an einem anderen Ministerpräsidenten nehmen als immer nur dem von Bayern, nämlich an Herrn Biedenkopf. Er hat in der

„Bild“-Zeitung am Sonntag, den 27. Juni, Herrn Eichel gelobt. „Biedenkopf lobt Eichel: Die Richtung stimmt.“ Nehmen Sie sich doch daran einmal ein Beispiel, und schauen Sie nicht immer nach Bayern!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wer hat denn die Trendwende bei den Lohnnebenkosten geschafft? Nicht Waigel und Kohl. Während Ihrer Regierungszeit sind die Abgaben in die Höhe getrieben worden. Alle Unternehmen haben über die hohen Lohnnebenkosten gejammert.

(Michael Denzin (F.D.P.): Jetzt wollen Sie es über die Ökosteuer!)

Bis heute ist die CDU nicht in der Lage, eigene Vorschläge zu machen, wie sie denn die Lohnnebenkosten hätten senken wollen. Sie haben bis heute überhaupt keinen einzigen konstruktiven Vorschlag dazu gemacht, während die neue Regierung gehandelt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Ich sage Ihnen: Wir haben lieber eine Regierung, die Darstellungsprobleme hat, aber immerhin das Kindergeld erhöht, den Familienleistungsausgleich beschließt,

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

die Gesundheitsreform angeht und eine Rentenreform unter dem Thema Generationengerechtigkeit zur Diskussion stellt und zur Entscheidung bringt, als eine, die aus Angst vor der eigenen Courage permanent den Kopf in den Sand steckt.

Herr Koch, natürlich können wir gerne darüber diskutieren, wie die Rentenreform tatsächlich stattfinden soll. Wir können gerne darüber diskutieren - und ich würde mich darüber freuen, wenn Sie es wirklich täten -, wie man eine dritte Säule in die Rente hineinbringt, wie man es schafft, die Leute zur privaten Vorsorge zu bringen - nicht zwangsweise, sondern freiwillig. Dafür bin ich zu haben, und dafür sind die GRÜNEN zu haben. Aber hören Sie auf, schon wieder eine Kampagne zu starten, mit der Sie Rentnerinnen und Rentner verunsichern! Gehen Sie in die parlamentarischen Debatten, und diskutieren Sie dort die Konzepte, lassen Sie die Rentnerinnen und Rentner in Ruhe, und treiben Sie nicht schon wieder die Verunsicherung voran!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Aber Sie sollten auch an das Sprichwort denken: Mit jedem Finger, mit dem Sie auf andere zeigen, zeigen vier wieder auf Sie zurück. - Deswegen ist es schon bedenklich, dass Sie in den letzten Wochen am liebsten hier Debatten bestritten haben, die sich mit Bonner Themen auseinandergesetzt haben. Es ist für Sie nämlich unbequem, sehr viel über Hessen zu reden. Denn dann müssten Sie über Ihre Versäumnisse in der Landespolitik sprechen. Aber wir lassen Sie nicht aus der Verantwortung. Sie müssen schon hier im Landtag deutlich machen, wohin hier in Hessen die Reise gehen soll und ob Ihre Politik Stückwerk auf Pump bleiben soll. Alle Ausflüchte in die Bundespolitik werden Ihnen da nicht helfen. Allein die Schlagzeilen der veröffentlichten Meinung der letzten zwei Wochen zeigt schon, wie Ihr Fehlstart von den Hessen beurteilt wird.

(Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

„Frauenbeauftragte sauer auf die Landesregierung“, „900 Schüler protestieren gegen Bildungspolitik“

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): 900?)

- die Wahlperiode hat doch erst angefangen, Herr Hahn, warten Sie einmal ab -,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ach nee!)

„Landesbehindertenbeirat kritisiert Vorgehen bei Schulgesetzen“, „Hessische Landkreise kritisieren fehlerhaften Entwurf“, „Pädagogen kritisieren Kultusministerin“, „Personalräte gegen geplante Gesetzesnovelle“. Ich könnte hier noch einiges Weitere anfügen. Das sind nur die Überschriften der letzten zwei Wochen.

Herr Ministerpräsident, am Anfang der Wahlperiode haben Sie versprochen, dass Sie für eine aktive Bürgergesellschaft eintreten. Was Sie aber inzwischen geschafft haben, das ist: in kürzester Dienstzeit jede Menge Menschen erst einmal vor den Kopf zu stoßen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Armin Clauss (SPD))

Das hat mit der von Ihnen proklamierten Bürgergesellschaft überhaupt nichts zu tun. Dort nämlich wären Mitwirkung und Mitbestimmung gefragt, nicht aber Ausgrenzung von Behinderten im Unterricht, von Eltern und Studenten aus der Mitbestimmung, Abbau von Demokratie in Betrieben und Behörden und von Frauenrechten. Das passt nicht zusammen. Gefragt wäre heute das, was Sie am Anfang Ihrer Amtszeit proklamiert haben, nämlich mit allen Beteiligten, mit sämtlichen Betroffenen die Diskussion zu führen und dann erst zu entscheiden. Was aber Sie gemacht haben, das ist, in kürzester Zeit Gesetze durch den Landtag zu peitschen und dadurch Anhörsrechte zu missachten - nicht nur solche der Opposition, sondern vor allen Dingen der Betroffenen. Deswegen haben Sie so viel Widerstand bekommen,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

nicht nur, weil die Inhalte der Gesetze falsch sind.

Aber in anderen Bereichen ist es so, dass Sie schlicht und einfach Missmanagement betreiben. Das kann man am Beispiel des Verkaufs der Frankfurter Messe sehen.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Haben wir denn schon verkauft?)

Dazu durften wir doch jetzt mit Erstaunen lesen, dass Sie - Herr Hahn, Sie wollen die Anteile der Messe verkaufen,

(Michael Denzin (F.D.P.): Das ist das Missmanagement des Wollens!)

falls Sie das inzwischen wieder wollen; bei Ihnen weiß man das ja nie, das ist in der einen Woche so, in der anderen wieder anders.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich gehe davon aus, dass Sie jetzt wieder dazu stehen. - Wir durften mit Erstaunen lesen, dass Sie in Sachen Verkauf der Messe noch nicht einmal das Gespräch mit dem Geschäftsführer gesucht haben.

(Roland von Hunnius (F.D.P.): Der verkauft auch nichts!)

Bislang waren Sie auch nicht in der Lage, überhaupt ein Konzept vorzustellen, wie der Verkauf vonstatten gehen soll, unter welchen Konditionen und wie trotzdem der Standortvorteil der Messe in Frankfurt und damit auch die

Wirtschaftskraft in Frankfurt gesichert werden können. Dazu konnten Sie bis heute überhaupt kein Konzept vorlegen.

(Michael Denzin (F.D.P.): Und das noch nicht einmal nach zwei Monaten!)

Das kann man nur als ein stümperhaftes Vorgehen betrachten. Aus lauter Not wird nun heute der Geschäftsführer der Messe einbestellt. Sie müssen aber selbst in der Lage sein, hier vor dem Parlament und der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen - nur dann werden Sie Mehrheiten finden. Sie wissen doch, dass wir offen sind. Wir sind offen für den Verkauf der Landesanteile, aber wir wollen genau wissen, worum es geht. Und niemand kann Ihnen diese Verantwortung abnehmen, dazu vor dem Parlament Stellung zu nehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein anderes Stichwort: Scheinselbstständigkeit. Wie Sie wissen, sind wir mit dem Gesetz in dieser Form nicht glücklich. Wir sind der Meinung, dass einiges geändert werden müsste, um in diesem Land tatsächlich Existenzgründungen besser zu ermöglichen. Es ist aber eine andere Sache, Institutionen dazu aufzurufen, Rechtsbruch zu begehen. Hierzu müssen wir feststellen, dass in Hessen die damit befassten Sozialversicherungsträger gesetzestreu sind als die hessische Sozialministerin. Jene haben gestern erklärt, dass sie das Bundesgesetz anwenden. Aber die Sozialministerin erklärt ihrerseits, dass sie das Verhalten der regionalen Betriebskrankenkassen oder der AOK Hessen tolerieren werde. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Was ist denn das für ein Vorgang? Die Behörden und Institutionen sind rechtstreu, und die Regierung stimmt dem gnädig zu! So weit sind wir in Hessen gekommen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist der neue Stil!)

Frau Sozialministerin, warum richten Sie ein solches Chaos an?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Armin Clauss (SPD))

Ist Ihnen gesagt worden, dass Sie das auch tun sollen?

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Wer hat denn das Chaos angerichtet? Rot-Grün in Bonn!)

Warum stürzen Sie die Betroffenen in eine derartige Unsicherheit? Das Gesetz sieht bestimmte Verfahrensweisen vor, und selbst die IHK hat gesagt: Wenn Hessen dieses Gesetz jetzt nicht anwenden sollte, dann wird das Chaos perfekt werden,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.) Es kann keiner damit umgehen!)

weil nämlich die Leute hier in Hessen dann anders behandelt würden als in den anderen Bundesländern; dann wären keine Beratungen mehr möglich. Deswegen hat die IHK vor dem Chaos in Hessen gewarnt,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das Chaos ist schon da!)

nicht vor dem Chaos im Bund, sondern vor dem Chaos in Hessen. Das ist Fakt, lieber Herr Hahn.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Armin Clauss (SPD) - Michael Denzin (F.D.P.): Dann kommen die ganzen Betriebsprüfer nach Hessen!)

Es ist schon ein skurriler Vorgang, dass eine Landesregierung dazu aufgefordert werden muss, gesetzestreu zu bleiben. Das hat es wirklich noch nicht gegeben. Aber bei dieser Sozialministerin ist es fast kein Wunder, dass sie auch in diesem Fall arg daneben liegt - denn bislang lag sie fast immer daneben: Zum Beispiel hat sie bei der Drogenpolitik lange hin und her laviert. Einmal war sie der Meinung, die Drogenabhängigen müssten beim Heroinversuch stationär behandelt werden; dann war sie wiederum der Meinung, es dürften nur 20 Personen in den Versuch aufgenommen werden.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Ahnung!)

Dann ließ sie sich langsam hochschrauben. Inzwischen ist es soweit, dass sie zwar zustimmt, aber immer noch nicht sagt, wieviel Geld sie eigentlich dafür in den Haushalt einstellen möchte. Im Nachtragshaushalt ist nicht einmal ein Leertitel dazu zu finden, um deutlich zu machen, dass es diese Sozialministerin mit diesem Thema ernst meint. Auf eine solche Sozialministerin kann man eigentlich dankend verzichten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in der Frauenpolitik ist hier wirklich der Niedergang zu verzeichnen. Eine Frauenministerin, die erklärt, sie habe mit der Änderung des Frauengleichberechtigungsgesetzes nichts zu tun, weil bei Beschleunigungsverfahren der Innenminister zuständig sei, eine Frauenministerin, die in einer Aktuellen Stunde zur Schwangerschaftskonfliktberatung kein Wort über betroffene Frauen verliert - die haben hessische Frauen wahrlich nicht verdient.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Bei der Arbeitsmarktpolitik wollten wir ihr nun wahrlich oft genug helfen: Wer hat denn zu dem ureigensten Thema, das die CDU hier immer hochgehalten hat - den Kombilohnmodellen -, hier Vorschläge eingebracht? Natürlich wissen wir GRÜNEN, dass weiterhin auch staatliche Programme sein müssen, da es eine bestimmte Personengruppe gibt, die auf staatliche Unterstützung angewiesen ist, sowohl bei der Ausbildung als auch auf dem Arbeitsmarkt. Aber wir wollen auch Kombilohnmodelle. Wir haben entsprechende Anträge eingebracht - aber bis heute weiß die Sozialministerin nicht, wofür sie sich eigentlich entscheiden soll. Im Ausschuss konnte sie dazu nicht Rede und Antwort stehen, im Haushalt steht nichts über Kombilohnmodelle. Bis heute wissen wir nicht, wohin es in der Arbeitsmarktpolitik gehen soll.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Totalausfall in der Arbeitsmarktpolitik!)

- Das ist wirklich ein Totalausfall in der Sozialpolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, für diesen Personalausfall tragen Sie die politische Verantwortung.

Meine Damen und Herren, auch die Justizpolitik ist durch Versäumnisse gekennzeichnet. Die alte Landesregierung arbeitete bereits an einer Planung für neue Haftplätze. Wir erinnern uns doch, wie groß das Geschrei der Oppositionspoliker Wagner, Hamer und Rösler hier im Landtag zur Schaffung neuer Haftplätze war, vor allen Dingen von Herrn Rösler.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die könnte er jetzt selbst brauchen!)

Inzwischen ist Herr Rösler deshalb verurteilt, weil er vertrauliche Informationen herausgab, nur um den ehemaligen Justizminister in Misskredit zu bringen.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Was aber ist jetzt aus diesem Ruf nach einer neuen Haftanstalt geworden? Bislang nichts. Im Nachtragshaushalt ist noch nicht einmal ein Ansatz für die Planung des Baus einer neuen Strafanstalt vorgesehen. Warum? Aus ideologischer Verblendung will der neue Justizminister nicht rasten und ruhen, bis er endlich weiß, ob er eine private Haftanstalt nicht nur bauen, sondern auch betreiben lassen kann. Darüber aber vergisst er seine eigentliche Aufgabe - nämlich umgehend und sofort neue Haftplätze hier in Hessen zu bauen. Das ist seine Aufgabe, nicht die Überprüfung irgendwelcher ideologischer Rechtsfragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dadurch nehmen Sie in Kauf, dass die Überbelegung in den hessischen Strafanstalten weiter zunimmt. Warum stimmen Sie von der Regierungsfraktion unserem Antrag für mehr Haftplätze eigentlich nicht zu, wenn der Justizminister nicht die Kraft dazu hat, sich endlich dafür zu entscheiden?

Eine Entlastung der überfüllten Gefängnisse wird es auch nicht durch die neuerlichen Verirrungen des Justizministers geben, wenn er jetzt die elektronische Fußfessel als Modell zur Verschärfung von Bewährungsstrafen einsetzen will. Endlich hat sich die Justizministerkonferenz dazu durchgerungen, solche Modellversuche zur elektronischen Fußfessel einzuführen.

Auch wir waren dafür, dass diese eingeführt werden. Jetzt soll die elektronische Fußfessel nicht zur Entlastung der Gefängnisse und zur Verbüßung geringfügiger Freiheitsstrafen in häuslicher Umgebung, sondern zur Verschärfung von Bewährungsstrafen verwendet werden. Damit wird weder die Resozialisierung von Inhaftierten gefördert noch die Beengtheit in den Haftanstalten vermindert. Die Resozialisierung kommt insgesamt nicht nach vorn. Das ist ein eklatantes Versäumnis des Justizministers.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Haftanstalten überfüllt sind und nicht resozialisiert wird, dann ist auch die Sicherheit der Bevölkerung bedroht. Das haben Sie hier vormals immer heftigst beklagt.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Eure Vergangenheit ist eine andere!)

Jetzt sind Sie nicht in der Lage, Ihren eigenen Worten Taten folgen zu lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch, ich denke an Ihr Sicherheitskonzept und an Ihre markigen Sprüche vor der Wahl. Sie wollten den "härtesten Strafvollzug der Welt", jedes auch noch so kleine Vergehen sollte rigoros und gnadenlos verfolgt und abgestraft werden. Herr Ministerpräsident, seit dem Regierungsbeginn schleppen Sie in Ihren Reihen Sicherheitsrisiken mit sich:

(Lachen bei der CDU)

einen unwilligen Finanzminister - der von Anfang an nicht nur unmotiviert war, sondern auch in Parlamentsausschüssen nicht Rede und Antwort stehen wollte und nur darauf hinwies, dass man die Antworten auf alle Fragen in den

Haushaltsunterlagen nachlesen könne -, eine inkompetente Sozialministerin, einen untätigen Justizminister und - als Krönung Ihres unmotivierten Kabinetts - einen Kollegen, der sich seit Amtsantritt mit einer Affäre herumquält.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das musste ja noch kommen!)

"Der Innenminister vor dem Aus" titelt die "Neue Presse".

(Michael Denzin (F.D.P.): Die stärkste aller Zeitungen!)

- Wir sind gespannt, wann diese Überschrift endlich Realität wird.

Der Versuch des Ministerpräsidenten, Mitgliedern dieses Hauses in der letzten Plenarsitzung mit Maßnahmen des Justizministers zu drohen - Herr Koch, das war mehr als eine sprachliche Entgleisung -

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

zeigt, wie dünnhäutig die Landesregierung in der Affäre Bouffier geworden ist. Eines macht Sie völlig unglaubwürdig: Ihr Hauptargument war, es sei selbst dann, wenn dem Anwalt Bouffier etwas vorzuwerfen sei, von der Opposition unredlich und für sie unstatthaft, dies aufzugreifen, da die vermuteten Verfehlungen vor seiner Zeit als Minister lägen. Herr Koch, haben Sie immer noch nicht gemerkt, dass der Maßstab, den Sie in den letzten acht Jahren eingefordert haben, für jede, selbst kleinste Verfehlung müsse die Verantwortung übernommen werden, jetzt auch für Sie gilt? Wollen Sie das nicht merken, oder haben Sie das nicht gemerkt?

Zur weiteren Entlastung Ihres Innenministers haben Sie Medienschelte betrieben und Vorverurteilungen dementiert, die niemand ausgesprochen hat. Außerdem haben Sie die Familie des Innenministers vor der Öffentlichkeit in Schutz genommen. Meine Damen und Herren, im Falle Bouffier geht es uns um Aufklärung. Aber, Herr Ministerpräsident, was war denn aufzuklären, als Sie Rupert von Plottnitz als ein Sicherheitsrisiko plakatieren ließen, ohne Rücksicht auf dessen Familie zu nehmen?

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das war er auch!)

Sie haben die Person Rupert von Plottnitz in der Manier von Fahndungsfotos diffamiert, obwohl ihm - im Gegensatz zum amtierenden Innenminister - kein persönlicher Vorwurf gemacht werden konnte. Ich kann mir nicht vorstellen, Herr Ministerpräsident, dass Sie Ihrem damaligen parlamentarischen Geschäftsführer mit dem Hinweis Einhalt geboten haben: Der Mann hat Familie; was sagt dessen Mutter, was sagt dessen Frau dazu?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schon dreist, dass Sie sich im letzten Plenum hier hingestellt und eine derartige Rede gehalten haben. Wie gesagt: Moral zu predigen, ist das eine, selbst Moral zu haben, das andere.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, ich möchte nur darauf hinweisen, dass die vereinbarte Redezeit abgelaufen ist und dass Sie bislang zwei Minuten von Ihrer zusätzlichen Redezeit verbraucht haben.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke schön. - Herr Koch, es ist kein Wunder, wenn Sie nicht vorankommen, weil Sie Ihren Innenminister mit-schleppen müssen. Der hat sich bisher nur durch seine Affäre ausgezeichnet. Er hat nicht den Mumm, in der Sache Klartext zu reden.

Ich komme zu einem weiteren vermeintlichen Glanzstück der neuen Regierung: der Unterrichtsgarantie als Kernstück schwarz-gelber Bildungspolitik.

Sie haben vorhin gesagt, der Stellenwert der Bildungspolitik ändere sich. Was ist tatsächlich passiert? Sie haben ein Versprechen abgegeben und Erwartungen geweckt. Der Nachtragshaushalt und Ihre vornehme Zurückhaltung beweisen allerdings schon jetzt überdeutlich, dass Ihre Versprechen nicht gehalten werden.

(Ministerpräsident Roland Koch: Was?)

- Sie halten Ihre Versprechen nicht. - Sie haben eine Unterrichtsgarantie versprochen. Jetzt kommen zwar neue Lehrkräfte - das finden wir sehr gut -, aber es wird keine Unterrichtsgarantie gegeben.

Ich sage Ihnen noch eines: Ein Gesetz, das mit "Qualitätssicherung an hessischen Schulen" überschrieben ist, kann nicht schlicht und einfach auf die Zahl der gehaltenen Stunden reduziert werden. Das ist zuwenig für eine Bildung der Zukunft. Da kann es nicht nur darum gehen, dass Stunden gehalten werden. Es muss vielmehr auch um die Qualität des Unterrichts gehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Schulprojekte nicht mehr stattfinden können, Lernbereiche nicht mehr zusammengeführt werden können, Theatergruppen und Schüleraustausch nicht mehr wichtig sind, die Drogenberatung zurückgefahren wird, weil nur noch die Zahl der gehaltenen Stunden von Bedeutung ist, dann ist das keine Bildungspolitik für die Zukunft. Damit werden Sie Schiffbruch erleiden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden - das kann ich Ihnen versprechen - Eltern, Lehrern und Schülern immer wieder deutlich machen: Die neue Landesregierung hält auch bezüglich der Unterrichtsgarantien nicht, was sie versprochen hat. Das wird sich schon zum 16. August beweisen.

Die Umweltpolitik ist nach wie vor perspektivlos. Sie verfolgen keine innovativen Ansätze. Sie haben jetzt beschlossen, die Grundwasserabgabe stufenweise zurückzuführen. Schon für den nächsten Haushalt wird weniger Geld zur Verfügung stehen. Das heißt, Programme werden zusammengestrichen. Bislang ist aber überhaupt keine Rede davon, dass neue Schwerpunkte gesetzt werden. Der Umweltminister konnte sich mit seinem Begehren, eine Zusicherung zu bekommen, dass nach dem Wegfall der Grundwasserabgabe wichtige und notwendige Umweltprogramme weiterhin Bestand haben werden, nicht durchsetzen. Das ist das eigentliche Versagen in der Umweltpolitik. Die neue Mehrheit hat aber überhaupt kein Interesse mehr an diesem Thema. Das haben wir bereits feststellen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in der Sozialpolitik können wir nur Versagen verzeichnen. Damit steht die Landesregierung vor dem Problem, dass sie als Bilanz der ersten 100 Tage - die Sie noch nicht einmal ganz geschafft haben - nichts, aber auch gar

nichts vorzuweisen hat, was für die nächsten vier Jahre wegweisend sein könnte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Passend zu ihrer Regierung präsentieren sich auch die Koalitionsfraktionen konzeptlos. Wer sich einer Kritik nicht stellen kann und keine Argumente hat, der rettet sich - das werden wir wahrscheinlich auch heute wieder erleben - in Polemik. Bislang gibt es drei Sprachmuster, die Sie immer wieder verwenden.

(Norbert Kartmann (CDU): Sprechblasen sind schlimmer!)

-Von mir aus kann man sie auch als Sprechblasen bezeichnen, Herr Kartmann. - Die erste Sprechblase lautet, die Opposition trauere ihrer Wahlniederlage nach und habe ihre Rolle noch nicht gefunden. Das halten Sie uns immer vor. Dazu sage ich Ihnen: Unsere Rolle, die wir im Übrigen selbst bestimmen, ist die, Ihre Fehler aufzudecken und uns Ihrem für Hessen schädlichen Politikkurs zu widersetzen. Ich kann nur konstatieren: Sie haben uns bislang reichlich Gelegenheit gegeben, diese Rolle auszufüllen.

Das zweite Sprechmuster: Rot-Grün in Bonn sei der Untergang des Abendlandes, für dessen Bewahrung allein Sie hier in Hessen kämpfen, und deswegen müssen Sie in Hessen die Fahne hoch halten. - Bei dieser Polemik vergessen Sie stets den desolaten Zustand unserer Republik nach 16 Jahren Kohl und Kinkel. Wer sich hier ans Aufräumen macht, wird mit Widerständen kämpfen und Widersprüche ausräumen müssen und hat keinen leichten Job. Ich kann Ihnen von dieser Stelle aus nur sagen: Waigel ist gescheitert, Seehofer ist gescheitert, Blüm ist gescheitert. Soll ich die Reihe fortsetzen?

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Lafontaine, Trittin, Hombach! - Norbert Kartmann (CDU): Wer ist Trittin? Ist der noch im Amt?)

Wir dagegen - das habe ich Ihnen vorhin vorgetragen - haben schon vieles beschlossen, das auch für Hessen, für die Unternehmenskultur hier in Hessen wichtig ist. Wir können nur froh sein, wenn dies in Bonn so weitergeführt wird; denn davon wird auch die Wirtschaftskraft in Hessen weiter profitieren können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Das dritte Sprechmuster: Rot-Grün hätte es jetzt entweder genauso gemacht wie Sie in Hessen oder sei auf jeden Fall verantwortlich für das, was Schwarz-Gelb machen müsse. - Das haben wir eben auch schon vom Ministerpräsidenten gehört. Aber Sie haben im Wahlkampf Versprechen abgegeben, die Sie jetzt brechen. Das ist der Punkt, auf den wir immer hinweisen werden.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Welche?)

Wir hatten z. B. in der Schulpolitik eine nicht so populäre, aber dafür realistische Perspektive genannt und die notwendigen Finanzmittel dafür zurückgelegt.

(Roland von Hunnius (F.D.P.): Überhaupt keine Perspektive!)

Sie, und zwar Sie allein, tragen die Verantwortung für alle Ihre Entscheidungen, gerade auch für die ruinöse Finanzpolitik, die Sie hier mit der Vorlage des Nachtragshaushaltes eingeläutet haben und die Sie mit der Verabschiedung heute erstmals zu Ende bringen werden.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, darf ich Sie noch einmal unterbrechen? Sie haben jetzt über die Hälfte der zusätzlichen Redezeit verbraucht.

(Roland von Hunnius (F.D.P.): Ich könnte stundenlang zuhören!)

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss, sehr geehrte Präsidentin. - Sie stehen hier vor einem riesigen Problemberg und Sie werden durch Ablenkungsmanöver diese Probleme alleine nicht lösen können. Wir sind sehr gespannt, wie Sie es über die Sommerpause fertig bringen wollen mit all den Finanzproblemen, die Sie sich mit dem Nachtragshaushalt aufgebürdet haben, mit all den Problemen, die Sie mit Ihren Kabinettsmitgliedern haben, und den Vorhaben, die entweder nicht geglückt sind oder die in die falsche Richtung weisen und damit Widerstände provoziert haben. Wir sind gespannt, wie Sie in der Sommerpause diesen Problemberg abbauen wollen.

Wir werden ganz gespannt erwarten, wie der Haushalt 2000 aussieht und werden Ihnen ganz genau nachweisen, wo Sie über Ihre Verhältnisse gelebt haben und warum Kürzungen stattfinden müssen, die bei einer weiteren Haushaltskonsolidierung auf dem Kurs, den wir eingeschlagen haben, nicht hätten stattfinden müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie haben jedenfalls keine Zeit, sich auf Lorbeeren auszuruhen. - Danke schön.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Hahn für die F.D.P.-Fraktion.

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist noch keine zwölf Wochen her - es war ungefähr um 12.55 Uhr am 7. April 1999, es ist also noch keine zwölf Wochen, sondern nur knapp zwölf Wochen her -, dass dieses Haus mit der Mehrheit von F.D.P. und CDU Roland Koch zum Ministerpräsidenten gewählt hat und am selben Tag das Kabinett Koch/Wagner hier vereidigt wurde.

(Stefan Grüttner (CDU): Eine gute Entscheidung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 84 Tage Regierungsverantwortung von F.D.P. und CDU in Hessen zeigen uns - so auch die Kommentare und Überschriften in den Zeitungen heute -, dass F.D.P. und CDU auf dem richtigen Weg sind. Hessen handelt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Das ist der gravierende Unterschied zu dem Stillstand, der acht Jahre lang von Rot-Grün hier in Hessen verwaltet wurde und der den Namen Hans Eichel trägt.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN, wir wollen regieren, und wir können regieren. Wir nehmen jeden Vergleich mit dem Kollegen in Bonn gerne auf.

(Zuruf des Abg. Ernst-Ludwig Wagner (SPD))

Wir haben in den vergangenen 84 Tagen - "wir" heißt die Regierung Roland Koch/Ruth Wagner und die sie tragenden Fraktionen von F.D.P. und CDU - etwas bewerkstelligt, auf das Sie neidisch sind, worüber Sie sich ärgern, was Sie dazu bringt, derartige Reden zu halten, wie Kollege Clauss und Frau Kollegin Hinz es eben getan haben. Wir haben es nämlich geschafft, sämtlichen Obstruktionen der Opposition zum Trotz in den drei wichtigsten Politikfeldern noch vor der Sommerpause unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Hessen deutlich zu machen: Wir als F.D.P. und CDU haben die Probleme erkannt, und wir lösen diese Probleme.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Da kann ich sehr gut nachvollziehen, wenn Sie grimmig sind, Herr Kollege Clauss, dass wir Derartiges geschafft haben.

(Armin Clauss (SPD): Überhaupt nicht! Wir sind sehr fröhlich!)

Ich kann nur mit Humor zur Kenntnis nehmen, dass Sie sagen: Das ist alles ganz schlecht, und jetzt spielen wir einmal den Prozesshansel und rennen beim ersten Gesetz sofort zum Staatsgerichtshof.

(Armin Clauss (SPD): Sie sind der Oberprozesshansel!)

Das ist ganz offensichtlich die Politik, die die Sozialdemokraten nach der für sie deprimierenden Wahl vom 07.02.1999 in den nächsten Jahren hier aufgreifen will.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage es gerade den Kollegen von den Sozialdemokraten und den GRÜNEN noch einmal: Wir wollten in Hessen regieren. Die Wähler haben uns am 7. Februar 1999 - ich gebe zu, es war eine Zitternacht, gerade für uns Liberale - eine Mehrheit in diesem Hause gegeben. Wir können mit dieser Mehrheit umgehen, und die ersten 84 Tage machen deutlich, dass wir dies, einmal abgesehen von ein bisschen Gerumpel, erfolgreich für unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen in Hessen geleistet haben. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Welche Landesregierung hat es denn vor uns geschafft, trotz der Obstruktionsversuche der Opposition im Bereich Hochschule, im Bereich Schule, im Bereich Beschleunigung der Abläufe der Verwaltung derart Konkretes in einer so kurzen Zeit zu verabschieden?

Wir haben bei den Hochschulen die Problemlage vorgefunden, dass dort Mehrheitssysteme vorhanden waren, die nichts mit dem Wunsch und Willen von Forschung und Lehre gemein haben, die aber eine Blockade bei den Wahlen von Hochschulgremien zur Folge hatten. Diese Blockade haben wir abgebaut. Es kann seit dem gestrigen Tage wieder vernünftig in Hessen gewählt werden. Das heißt, die Präsidentenstellen, die an der GhK in Kassel und an der Musikhochschule in Frankfurt offen sind, können nun wieder besetzt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie hatten das blockiert. Das war der Streit, den Sozialdemokraten und GRÜNE hatten, den die Vorgängerin von Ruth Wagner, die jetzige Verfassungsrichterin, Frau Hohmann-Dennhardt, mit ihrem eigenen Fraktionsvorsitzenden, Armin Clauss, hatte, der dazu geführt hat, dass Stillstand eingetreten ist.

Ruth Wagner hat dieses Problem aufgegriffen. Wir haben es hier gemeinsam gelöst, und wir werden - das sage ich noch einmal ganz deutlich für die F.D.P.-Fraktion - nicht

stillhalten bei der Novellierung im Hochschulbereich. Unsere Regierung und die sie tragenden Fraktionen werden im Herbst zur Stärkung der Eigenständigkeit der Hochschulen eine neue Novelle in diesem Hause vortragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, welche Landesregierungen und Koalitionen, die erst 84 Tage im Amt sind, haben es geschafft, in derart umfänglicher Art und Weise eine Novellierung beim Personalvertretungsrecht und beim Gleichstellungsrecht und damit zur Beschleunigung der Verwaltung vorzunehmen? Wir reden nicht nur davon, meine Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten, oder machen Aktenvermerke, wie das der ehemalige Innenminister Gerhard Bökel im Hinblick auf die uns vom Bundesverfassungsgericht vorgegebene Pflicht getan hat, das im Personalvertretungsgesetz in Hessen umzusetzen, was dort geschrieben ist. Wir handeln, und wir haben diese Novellierung durchgeführt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ich sage ganz bewusst im Rahmen dieser Generaldebatte für die F.D.P.-Fraktion an dieser Stelle: Unsere Einladung - hier vom Ministerpräsidenten im Rahmen der Regierungserklärung und von den beiden Fraktionsvorsitzenden, Norbert Kartmann für die Union und Jörg-Uwe Hahn für die F.D.P., ausgesprochen - an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Hessen-Verwaltung, konstruktiv mit uns zusammen den Umbau dieser Verwaltung vorzunehmen, sie effizienter zu machen, sie effektiver zu machen, sie kundenorientierter zu machen, steht. Die Beratungen um das Gesetz haben gezeigt, dass trotz einigen Theaterdonners, den die Funktionäre ablassen mussten, die Zusammenarbeit bereits jetzt in einem sehr gedeihlichen Rahmen stattfindet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage noch einmal ganz bewusst: Unsere Herkulesaufgabe der Modernisierung der Verwaltung werden wir gemeinsam mit den Mitarbeitern leisten. Da stört uns die eine oder andere Protestdemonstration nicht, die hier in Wiesbaden presswirksam gehalten wird, sondern wir wissen, dass es viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Verwaltung leid sind, nicht zu wissen, wo es hingehet, es leid sind, keine konkreten Vorgaben und keine konkrete Organisation vor sich zu haben. Deshalb wird dieser Prozess, der inhaltlich bereits begonnen hat - dazu komme ich gleich noch -, jedenfalls organisatorisch durch das Gesetz umgesetzt werden, das wir gestern verabschiedet haben.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abg. Rudolf Haselbach (CDU))

Zum Thema Schule hat der Ministerpräsident schon das Genügende gesagt. Welche Koalition, welche Regierung hat es in 84 Tagen geschafft, in dem zentralen Problembereich von Hessen, nämlich in der Frage der Ausbildung unserer Kinder, derartige Fortschritte zu erzielen? Wir haben nicht nur mit dem Qualitätssicherungsgesetz mehr Qualität in die Schulen gebracht bzw. die Voraussetzungen geschaffen, dass das jetzt gebracht werden kann. Wir haben darüber hinaus auch wieder mehr Auswahlmöglichkeiten in die Schullandschaft hineingebracht. Bildungsvielfalt ist unser Credo und nicht Bildungseinfalt, so wie es bei Rot-Grün die letzten 10 Jahre modern gewesen ist.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn dann gestern - und das war von den GRÜNEN ein Schuss in den Ofen - hier namentliche Abstimmung beantragt wird und es vollkommen klar ist, dass sämtliche 56 Abgeordnete der CDU und der F.D.P. dafür sind, und wir zur Kenntnis neh-

men, dass Sie noch nicht einmal 50 Oppositionsabgeordnete zur Abstimmung gebracht haben, dann wird deutlich, wie es um die Opposition im Hessischen Landtag, wie es um SPD und GRÜNE tatsächlich steht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir haben - Roland Koch hat auch schon darauf hingewiesen - bereits bevor Roland Koch, Ruth Wagner und ihr Kabinett die Verantwortung übernehmen konnten, allein durch das Wahlergebnis am 07.02. und die Art und Weise, wie wir uns danach verhalten haben, in einem zentralen innenpolitischen Thema dieses Landes eine Entscheidung herbeigeführt, die für alle von uns gut ist. Die war insbesondere deshalb notwendig, damit die Konfliktlage und der Streit in unserer Bevölkerung nicht noch größer werden. Ich meine die Frage des Staatsangehörigkeitsrechts für hier geborene ausländische Kinder.

Das war doch die Ursache unseres Wahlsieges - ich muss hier korrekterweise sagen: des Wahlsieges der Union und von Roland Koch - indem er in einer Art und Weise, die ich im Ergebnis hier bewundere, bei der Begleitung dieser Aktion teilweise sehr skeptisch war, was aber eine Grundlage darin hatte, dass wir ein Bundesgesetz von SPD und GRÜNEN zur Vorlage hatten, das nun einmal den Doppelpass für fast alle zur Regelnormalität in Deutschland machen wollte. Das will die Mehrheit der Bevölkerung nicht.

Deshalb war es gut und richtig, dass durch die Verhaltensweise von F.D.P. und CDU nach dem 07.02. hier in Hessen die Weichen gestellt werden konnten, dass wir nunmehr in Bonn eine Rückbesinnung hatten und der Vorschlag der F.D.P. fast in Gänze übernommen wurde. Ich sage nicht nur aus dem Stolz eines Parteipolitikers heraus: "Hier haben wir ein Gesetz durchgebracht aus der Opposition in Bonn heraus", weil wir nunmehr ein Gesetz gemeinsam in Bonn schaffen konnten. Wenn ich "wir" sage, habe ich zur Kenntnis zu nehmen, dass sich das Land Hessen im Bundesrat an dieser Entscheidung nicht beteiligt hat. Wir haben nun ein Gesetz vorliegen, das die Interessenlagen der deutschen Wohnbevölkerung beachtet und andererseits die Problemlagen einer bestimmten Zahl von Kindern, die hier in Deutschland geboren sind, ebenfalls beachten und diese beiden Probleme zusammenführen.

Das heißt, die Hessische Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen - Herr Clauss und Frau Hinz, das ärgert Sie, das merkt man an Ihren Reden - haben, bevor die Landesregierung vor 84 Tagen inthronisiert werden konnte, bereits auf die Bundespolitik eingewirkt.

Ich will es nicht dabei belassen, nur diese drei Gesetz Revue passieren zu lassen, die wir am gestrigen Tage jeweils mit 56 Stimmen gegen manchmal nur ein paar vierzig verabschiedet haben, sondern ich will Ihnen auch noch sagen, wo weitere Schwerpunkte insbesondere im Zusammenhang mit dem Nachtragsetat liegen.

Punkt eins: Hochschulen. Ruth Wagner hat als Oppositionsabgeordnete immer wieder von diesem Pult aus für die F.D.P. erklärt, dass die Sozialdemokraten das Ressort des Hochschulministers - er war in letzter Zeit meistens weiblichen Geschlechts - zum Steinbruch für die Finanzierung der Misswirtschaft rot-grüner Politik in Hessen machen. Wir hatten das alle immer wieder zur Kenntnis genommen, aber nie so ganz richtig geglaubt. Als aber bei den Nachtragshaushaltsberatungen die Zahlen auf den Tisch kamen, wunderte ich mich eigentlich, dass Sozialdemokraten und GRÜNE in den letzten Jahren überhaupt noch die Frechheit besessen haben, zu behaupten, dass sie für Forschung und Lehre in Hessen seien.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wie Sie die Finanzmittel in diesem Ressort heruntergefahren haben, wie Sie die Handlungsunfähigkeit in diesem Ressort erhöht haben, das hat überhaupt nichts mit nach vorne gerichteter Politik zu tun, sondern ist nach hinten gerichtete sozialdemokratische Politik, die meint, lieber ein Sozial- oder Umweltsöpfchen mehr zu füllen, damit aber auf gar keinen Fall die Ausbildungsqualität unserer Kinder größer wird - eine Schande, die wir mit dem Nachtragshaushalt mit einem finanziellen Kraftakt beginnen aufzuräumen,

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

wo wir aber in den nächsten Jahren noch erheblichen finanziellen Handlungsspielraum benötigen, den wir uns durch die kluge Finanzpolitik von Karlheinz Weimar auch gemeinsam erarbeiten werden.

Zweiter Punkt: Straßenbau. Jetzt stellt sich Frau Hinz hier hin und sagt: "Da haben Sie nun mal 10 Millionen DM bekommen." Es ist ein schwerer Akt, 10 Millionen DM in einem Haushalt zu bekommen, der so desolat geführt worden ist, wie ihn Karl Starzacher und Hans Eichel geführt haben.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Es kann doch nicht angehen, dass wir nur noch 40 Millionen DM pro Jahr für diese Maßnahme zur Verfügung hatten, wenn allein ein Investitionsrückstau für Reparaturen - da ist keine Gasse auch nur einen Meter neu gebaut - von über 100 Millionen DM in den Büchern steht. Herr Kollege Clauss, wie wollten Sie eigentlich Hessen regieren, hätten Sie die Wahl gewonnen?

An dieser Frage kann man es einmal sehr deutlich machen. Wie perfide sind Sie, dass Sie gestern in der Fragestunde meinten, mit einer nicht ganz ungezielten Art der Fragestellung gegenüber dem Wirtschaftsminister die eine oder andere Straßenbauprojektion bereits abfragen zu können? Jawohl, Dieter Posch ist 84 Tage im Amt. Jawohl, Dieter Posch hat jetzt durch den Nachtragshaushalt 10 Millionen DM mehr, statt 40 nunmehr 50 Millionen DM.

(Gerhard Bökel (SPD): Was hat er im Frühjahr 2000?)

- Herr Bökel, Sie haben noch 12 Minuten Zeit. Herr Unterbezirksvorsitzender, wenn Sie Ihre Kronprinzenrolle üben wollen, kommen Sie gleich nach mir ans Pult und sagen das, was Sie eigentlich dazwischenrufen wollen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Kollege Clauss möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Nein. Ich schließe mich meinen Vorrednern auch in dieser Frage an.

Wenn allein 100 Millionen DM zur Verfügung stehen müssten, um die Schlaglöcher zu reparieren, Sie aber pro Jahr nur 40 Millionen DM zur Verfügung gelassen haben, so wird deutlich, dass Sie für den Straßenbau nichts übrig hatten, dass Sie darüber hinaus aber auch für die mittelständische Industrie, gerade im Tiefbau, nichts übrig haben, sondern meinten, diese Mittel bei anderen Projekten vergeuden zu können.

Ein dritter Punkt: Die Wirtschaftsförderung. Es ist schon spannend, wenn man auf der einen Seite nachliest, mit welcher Schärfe insbesondere Kollege Lothar Klemm in den letzten eineinhalb, zwei Jahren durch die Landschaft gezogen ist und erklärt hat, Hessen sei innovativ. Ich weiß gar nicht, wie er alle Versprechungen hätte einlösen wollen, wäre er weiter Wirtschaftsminister geblieben. Es ist nun unsere Aufgabe. Als Liberale nehmen wir die auch gerne an.

Wir sind dafür, dass die Wirtschaftsförderung verbessert wird. Wir sind dafür, dass insbesondere im innovativen Bereich auch der Staat zunächst eine helfende Hand zur Seite gibt, wenn wir jetzt erst mehrere Millionen DM in den Haushalt hineingeben müssen, damit die Programme überhaupt finanziert sind, die der Bund in diesem Bereich anbietet.

Auch hier: glattes Versagen der Vorgängerregierung. Ich sage es an dieser Stelle ganz deutlich: Herr Kollege Clauss, wir Liberale haben den Eindruck, dass bei der Abwicklung des Haushalts 1998 Karl Starzacher und andere schon gemerkt haben, dass das mit der rot-grünen Regierung den Bach hinuntergeht, und sie sich deshalb so verhalten haben, wie sie sich verhalten haben.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Zur EDV-Ausstattung. Der werde - und das sage ich überhaupt nicht zynisch - Kollege Bökel hat schon seit mehreren Jahren gefordert, dass es mehr Geld für die EDV-Ausstattung gibt, für HEPOLAS und anderes. Ich will mich jetzt auch gar nicht mit irgendeinem hier im Raum darüber streiten, ob es glücklich war, das System HEPOLAS einzuführen. Da haben wir alle unsere Verantwortung zu tragen - SPD, GRÜNE, F.D.P., CDU. Wenn aber auf der einen Seite Kollege Karwecki im Wahlkampf noch lostönt, dass wir auf alle Fälle zusätzliche Mittel für eine flächendeckende EDV-Ausstattung brauchen - 15.01.1999 -, da sonst die Verbrechensbekämpfung in Hessen nicht organisiert werden kann, dann sage ich: Meine sehr verehrten Damen und Herren, stimmen Sie dem Nachtrag zu. Dort ist eine Erhöhung der Mittel um über 10 Millionen DM für eine flächendeckende EDV-Ausstattung enthalten.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Innenminister Volker Bouffier hätte noch mehr Mittel gebraucht, um das Problem zu lösen. Das möchte ich auf den kritischen Blick von Herrn Bökel gleich antworten. Aber immerhin ist es bei den wenigen Umschichtungsmöglichkeiten, die wir hatten, eine Leistung.

Es kommt nun die spannendste aller Übungen. Sie wollen gegenüber den Medien und den Bürgern ein bestimmtes Klima schaffen, wenn sich der Kollege Armin Clauss hier hinstellt, ganz entspannt, und sagt, er wolle aber wirklich einmal wissen - dabei hat er zum stellvertretenden Präsidenten des Rechnungshofes hochgeschaut -, ob dieser Nachtragshaushalt verfassungsgemäß sei oder nicht. Herr Kollege Clauss, erstens wissen wir das schon, da der Landesrechnungshof bereits entsprechende Informationen herausgegeben hat, zweitens meine ich, wenn man eine derartige Frage stellt, sollte man wenigstens der Ehrlichkeit halber dazu sagen, es war verfassungswidrig, wie die Haushalte 1994/1995/1996/1997 unter Hans Eichel hier in Hessen abgewickelt worden sind.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wenn Sie schon meinen, öffentlich das Bild zeichnen zu müssen, dass der erste Nachtragshaushalt der bürgerlichen

Regierung von F.D.P. und CDU verfassungswidrig sein könnte, was Ihr Schlenker ist - ich schreibe das einmal nach Darmstadt und gebe das in die Presse -, so gehört dazu, zu sagen, dass die Finanzminister Starzacher und Welteke 1994, 1995, 1996 und 1997, das heißt in den entscheidenden vier Jahren der rot-grünen Regierung, jedes Mal im Vollzug einen verfassungswidrigen Haushalt in Hessen gefahren haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Das ist für uns kein Vorbild. Wir wollen es anders machen. Nur, dass Sie nun meinen, uns nach 84 Tagen ein derartiges Etikett an das Revers heften zu können, halte ich schon, mit Verlaub gesagt, Herr Kollege Clauss, für ein bisschen sehr mutig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben neben dem Nachtragshaushalt und drei Gesetzen in den letzten 84 Tagen weitere Maßnahmen angestoßen, ergriffen und umgesetzt. Die erste Maßnahme ist die Abschaffung der Grundwasserabgabe. Das war ein Versprechen von F.D.P. und CDU im Wahlkampf. Das war eine der zentralen Forderungen der Wirtschaftsverbände. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wegen der desolaten Finanzsituation bedaure ich es auch, dass wir die Grundwasserabgabe nicht bereits insgesamt zum 01.01.2000 abschaffen können. Das hätte ich als Klasse empfunden. Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir mussten einen Weg finden. Wir haben einen Weg gesucht und haben ihn gefunden. Wir werden in zwei Tranchen die Grundwasserabgabe bis zum Ende dieser Legislaturperiode auf Null reduzieren. Die hessischen Unternehmungen wissen nun, dass sie mit belastbaren Plandaten ihre Aufstellungen für die nächsten Jahre vornehmen können. Dies allein ist schon eine Sicherheit für unseren Wirtschaftsstandort Hessen.

Auch eben war zu hören, dass Sie immer wieder fragen, wie wir den Umweltbereich finanzieren. Ich sage Ihnen dazu zunächst einmal: jedenfalls nicht auf Kosten von Pleiten von mittelständischen Unternehmen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

So wird der Bereich Umwelt nicht finanziert. Hier ist eine Vielzahl von Firmen betroffen. Frau Hinz, da gibt es sicherlich Listen, die Sie als Ministerin lesen konnten, über Unternehmen, die nicht nur im Bereich der Papierverarbeitung, aber insbesondere dort tätig waren. Ich weiß, wovon ich rede, denn das ist mein Kreis. Herr Kollege Dietz ist der dort direkt gewählte Abgeordnete. Nicht nur im Bereich der Papierverarbeitung hat diese unsägliche Hessensteuer zu Belastungen von Unternehmen geführt, die eigentlich zwangsweise zum Konkursverwalter führten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da macht es mich doch zufrieden, dass der ehemalige Vizepräsident dieses Hauses in seinem Job als Konkursverwalter dort einige Arbeiten zu erledigen hatte. Nur, dass ein Unternehmen bereits zum zweiten Mal nicht wegen Missmanagement in Konkurs gehen musste, sondern wegen dieser unsäglichen Hessensteuer, macht deutlich, dass Sie einen Teil Ihrer Umweltausgaben auf dem Rücken mittelständischer Industrien vollzogen haben und damit Arbeitsplätze gefährdet haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Völliger Quatsch!)

Das muss an dieser Stelle auch gesagt werden.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist wirklich völliger Unfug!)

Wir haben ein anderes Staatsverständnis, Frau Kollegin Hinz. Wir fragen nicht zunächst danach, wie wir den Umweltsektor finanzieren können,

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Umweltminister fragt sich doch selbst!)

und kommen dann zu dem Ergebnis, wir lassen deshalb die Grundwasserabgabe bestehen. Nein, wir machen es anders.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie machen doch keine Umweltpolitik!)

- Frau Hinz, Sie haben danach noch Zeit. Ich habe mich bemüht, relativ zurückhaltend mit Zwischenrufen zu sein.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nur relativ!)

Wir haben als F.D.P. die Auffassung, dass wir den Bürgern und den Unternehmen das Geld im Portemonnaie belassen sollen, was ihnen zusteht. Wir haben nicht wie Sie die Überlegung, dass wir Ausgaben planen und dann suchen, wie wir diese finanzieren können, wie wir den Bürgern das Geld aus der Tasche ziehen können. Das unterscheidet uns in der Grundphilosophie über diesen Staat.

(Beifall der F.D.P.)

Wenn ich jetzt höre, dass über 180 Stellen über die Grundwasserabgabe finanziert werden, meine sehr verehrten Damen und Herren von GRÜNEN und SPD, so hat dies nun überhaupt nichts mit den Sprüchen zu tun, mit denen Sie den Menschen draußen weismachen wollten, warum die Grundwasserabgabe so gut ist. Das hat doch nichts mit Energiesparen zu tun. Das hat doch nichts damit zu tun, dass Wasser besser eingesetzt wird, wenn man 180 Menschen bezahlt. Hier sollte ganz offensichtlich insbesondere grüne Klientel befriedigt und mit den notwendigen Jobs versehen werden.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Dies werden der zuständige Minister, das zuständige Kabinett und die sie tragenden Fraktionen von F.D.P. und CDU verändern.

Ein weiterer Punkt, bei dem wir bereits begonnen haben, nicht nur im Haushalt zu arbeiten, ist die Frage der Verwaltungsreform. Ich darf noch einmal daran erinnern, dass wir in Hessen endlich wieder ein vernünftig organisiertes Kabinett haben. Das hat acht Jahre lang gedauert. Wir haben nur noch ein Sozialministerium. Wir führen künftig im Rechtspflegebereich all das bei Christean Wagner zusammen, was mit dritter Gewalt in Hessen zu tun hat. Dies alleine ist schon etwas Besonderes, was man zur Kenntnis nehmen sollte. Dies hat Rot-Grün beides nicht geschafft, sondern hat mit der Hampelei zweier Sozialministerien nebeneinander gearbeitet, wo keiner genau wusste, wer für was zuständig ist. Im Zweifelsfall wurden beide Ministerien und drei Referatsleiter eingeschaltet, damit auch wirklich alles sicher war. Das ist bereits beendet.

(Beifall der F.D.P.)

Ich nehme mit Freude zur Kenntnis, dass die Staatssekretärsrunde am vergangenen Montag unter Leitung von Staatsminister Dr. Jung die Frage der Verwaltungsreform angegangen ist. Es sind nicht nur ein paar Papierchen geschrieben worden - wie das unter der Regierung von Herrn Eichel und Herrn Suchan passiert ist, und Herr Bökel hat sie dann liegen lassen bzw. konnte sich mit anderen darüber nicht einigen -, sondern sie enthalten ganz konkrete Arbeitsaufträge an die Ministerien. Ich bin der festen Über-

zeugung, dass wir es in den nächsten 18 Monaten schaffen werden, z. B. bei der Landwirtschaftsverwaltung, bei den Regionalverwaltungen, Ihnen ein Konzept nicht nur vorzulegen. Wir laden Sie vielmehr ein, daran mitzudiskutieren und es mit zu verabschieden.

(Gerhard Bökel (SPD): Da mache ich gerne mit!)

- Wir laden Sie ein, konstruktiv mitzuwirken,

(Gerhard Bökel (SPD): Das mache ich gerne!)

so, wie das die F.D.P. bei der Frage der Polizeiorganisation in Ihrer Amtszeit getan hat.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

- Bei den Regierungspräsidien von mir aus auch. - Wir sollten ein System erbringen, in dem diese Verwaltung effektiv zusammengeführt wird, in denen dezentral die Aufgaben der Flächenverwaltung wahrgenommen werden und in dem nicht das Nebeneinander so ist, wie dies leider unter der rot-grünen Landesregierung über viele Jahre lang war.

Ich war überrascht, mit Herrn Kollegen Heidel Anfang der Woche ein Gespräch mit dem Landesvorstand des BUND führen zu dürfen, in dem der BUND jedenfalls in diesem Punkt auf unserer Seite steht und sagt, dass wir endlich einmal eine vernünftige Umwelt-, Naturschutz-, Landwirtschafts- und Forstverwaltung in Hessen machen sollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden es machen. Gleiches gilt z. B. für das Katasterwesen, die Grundbuchämter usw.

Sie merken, dass die Regierungsfractionen von F.D.P. und CDU darauf drängen, dass unsere Minister und Staatssekretäre auch die Ausführungen in der Koalitionsvereinbarung umsetzen, wobei ich bisher noch an keinem Punkt das Problem gesehen habe, dass wir die Minister oder Staatssekretäre dazu treiben mussten.

Ein weiterer Punkt betrifft den Justizvollzug. Frau Kollegin Hinz, es gibt wenige Themenbereiche, in denen ich mir einbilde, hier im Raume einer der wenigen zu sein, die die Geschichte und die Entwicklung relativ gut beurteilen können. Ich kann mich gut daran erinnern - da war ich noch gar nicht hier, sondern Kreistagsabgeordneter der Wetterau und Landesvorstandsmitglied und Mitarbeiter von Eberhard Weghorn -, dass es hier eine Diskussion im Hessischen Landtag gab. Dies war Anfang der Achtzigerjahre. Es wurde darüber diskutiert, wo denn in Hessen eine Justizvollzugsanstalt gebaut werden sollte.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Butzbach!)

Der damalige Justizminister, Herr Dr. Herbert Günther, schlug einen Standort im Main-Kinzig-Kreis vor. Die F.D.P., die damals in der Opposition war, war dafür. Aber die GRÜNEN, die damals der Tolerierungspartner der SPD waren - Herr Kollege Armin Clauss wird sich daran noch erinnern -, waren dagegen. Sie haben einen Tumult veranstaltet. Es konnte nicht sein, dass zum ersten Male GRÜNE in einem Landesparlament waren und sich dann für den Bau einer Justizvollzugsanstalt ausgesprochen hätten. Das passte mit der Ideologie nicht überein. Manche saßen ja auch dort, vielleicht auch nur als Verteidiger. Das alles passte nicht zusammen. Sie haben das verhindert. Sie haben damit die Ursache dafür gelegt, dass wir eine desolante Situation im hessischen Justizvollzug haben.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Die Sozialdemokraten werden mir darin zustimmen. Jedenfalls machen sie es immer dann, wenn keine Mikrofone laufen: Ausschließlich die GRÜNEN haben den notwendigen Bau von Haftplätzen in der Mitte der achtziger Jahre verhindert. Sie haben damit als Folge produziert, dass wir jetzt diesen Mangel haben. Frau Hinz, dass Sie sich hier hinstellen und uns erklären wollen, wir seien in diesem Bereich nicht fit und würden dort nichts machen - -

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann bauen Sie doch jetzt eine!)

- Hören Sie doch ganz entspannt zu. Herr Müller, ich weiß, es ärgert Sie, wenn man die GRÜNEN an ihre Wurzeln erinnert. Aber die Menschen in Hessen müssen daran erinnert werden, was die GRÜNEN für Wurzeln haben. Das hatte in den Achtzigerjahren doch mit Rechtsstaatlichkeit nichts zu tun.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben doch nur Randalen gemacht. Eine der Folgen Ihrer Politik werden wir jetzt ausbügeln. Frau Hinz und Herr Clauss, ich kann aber nicht verstehen, warum Sie für die Haftanstalt im Entwurf des Nachtragshaushaltes nachschauen. Es ist doch klar - und muss doch auch für Sie klar sein -, dass wir den Weg gehen werden, dass das privat finanziert gebaut werden wird. Da wir dies so tun wollen, müssen wir kein Geld in den Nachtragshaushaltswahlentwurf einstellen. Frau Hinz, wo leben wir eigentlich, dass Sie uns so eine Frage stellen? Das so zu machen, ist Aufgabe des Justizministers. Ich bin mir sehr sicher - ich weiß es -, dass die notwendigen Vorarbeiten zur Zeit von ihm sehr intensiv gemacht werden. Es wird ein Ausschreibungsverfahren gemacht werden. Dann wird in Hessen eine Justizvollzugsanstalt, privat finanziert, gebaut werden. Lassen Sie die Krokodilstränen. Frau Hinz, Ihnen nimmt sie sowieso keiner ab. Denn das stimmt nicht mit der Geschichte Ihrer Partei überein.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Lassen Sie mich noch zwei Dinge nennen. Ich sehe, dass meine Zeit - ich meine meine Redezeit und nicht meine Zeit als politisch Tätiger - dem Ende entgegengeht. Ich möchte zum Thema Flughafen kommen. Man kann einen Menschen bewusst missverstehen. Insbesondere Frau Hinz hat dies beim Ministerpräsidenten bezüglich der Frage Flughafen Kassel-Calden getan.

Die neue Regierung hat in der Öffentlichkeit nach dem Regierungswechsel ein Bild erzeugt - wir laden die Sozialdemokraten dazu auch ganz bewusst immer wieder ein und wissen, dass sie da mitmachen -, aus dem für die Luftverkehrsgesellschaften in Europa und darüber hinaus belastbar klar wird, dass das Kapazitätsproblem des Rhein-Main-Flughafens gelöst werden wird. Bis zum 7. Februar 1999 war das nicht klar. Vielmehr war der Koalitionspartner von Herrn Clauss, Herrn Klemm und Herrn Starzacher dagegen. Nun gibt es eine Mehrheit von CDU und F.D.P., die, wie ich es eben gesagt habe, von den Sozialdemokraten darin unterstützt wird, die eine Kapazitätserweiterung für richtig hält. Allein durch diese Entscheidung schaffen wir es, die Fluggesellschaften an Frankfurt zu binden. Das haben wir mit Gesprächen, u. a. mit dem Vorsitzenden der BARIG, deutlich gemacht. Dies wollen wir nicht, weil wir der Gigantomanie nachjagen, sondern weil wir wissen, dass wir so viele Gesellschaften wie möglich an den Flughafenstandort Rhein-Main binden müssen, wenn wir die Drehkreuzfunktion des Rhein-Main-Flughafens erhalten wollen.

Das ist uns gelungen. Das Mediationsverfahren wird in diesem Jahr zum Abschluss gebracht werden. Dann müssen die Gremien der FAG überlegen. Danach müssen sie entscheiden, welche Variante der Planungen sie in die Form eines Antrags gießt. Dann hat das Parlament, haben wir alle zu entscheiden, ob wir mit dieser Variante der Planung einverstanden sind oder nicht.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Frau Präsidentin, ich darf noch um zwei Minuten Redezeit bitten.

Mit dieser Art der Arbeit werden wir jetzt auch die Frage des Flughafens Kassel-Calden angehen. Der Herr Ministerpräsident und insbesondere der Herr Wirtschaftsminister Dieter Posch werden die dort vorhandenen Probleme anfassen, die über 10 Jahre lang liegen geblieben sind.

Einen zweiten Punkt möchte ich nennen. Er betrifft die Messe. Der Spruch von Frau Hinz, die F.D.P. wisse nicht, was sie wolle, ist mehr als flapsig. Wir, die F.D.P. in Hessen, wollen, dass die Anteile des Landes an der Messe verkauft werden. Wir wollen für sie aber einen angemessenen Preis erzielen. Es ärgert mich maßlos, wie der Vorsitzende der Geschäftsleitung in den letzten Tagen öffentlich versucht, den Preis der Messe-GmbH zu drücken.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abg. Norbert Kartmann und Martina Leistenschneider (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was für ein Verantwortungsbewusstsein verspürt denn dieser Mensch? Weil er mental etwas nicht drauf hat, meint er, durch öffentliches Reden den Wert einer Einrichtung reduzieren zu müssen. Das wird im Aufsichtsrat der Messe-GmbH sicherlich noch zu entsprechenden Diskussionen führen.

Frau Präsidentin, ich komme damit zum Schluss meiner Rede. Mein Weltbild ist ein ganz einfaches. Wir als Liberale möchten insbesondere den Unternehmungen, in denen wir als Land Hessen beteiligt sind, den Weg in die Privatisierung ermöglichen. Wir möchten dies aber nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter tun. Wir möchten das tun, um den Unternehmungen Möglichkeiten am Markt zu eröffnen. Mir schwebt genauso wie dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Wirtschaftsminister vor, dass die Flughafen-AG nicht nur in absehbarer Zeit einer der vier oder fünf größten weltweit tätigen Betreiber von Flughäfen ist. Vielmehr schwebt uns auch vor, dass die Frankfurter Messe-AG - und damit die Frankfurter Messe - einer der fünf oder sechs größten Anbieter von Messen ist. Dazu gehört Dynamik. Diese Landesregierung hat in den letzten 84 Tagen Dynamik gezeigt. Ich kann Ihnen sagen: Es macht uns Freude. Denn wir verstehen uns alle gut. Wir stehen alle hintereinander. Das war bei Ihnen anders. Die ersten 84 Tage waren der Auftakt. Wir werden noch viele 84 Tage erfolgreich für Hessen regieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Kartmann, der Vorsitzende der CDU-Fraktion.

Norbert Kartmann (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in den letzten 84 Tagen erfolgreiche Arbeit geleistet und können zufrieden in die Sommerpause des Parlamentes eintreten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Wir haben dies trotz der nicht gerade sachlichen Begleitung durch die Opposition dieses Hauses erreicht.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meinen Sie jetzt uns?)

Wir haben dies auch gegen Widerstände erreicht, die vielleicht aus Sicht derer, die Widerstand geleistet haben, in der Sache begründbar waren. Aber wir haben es am Ende erreicht. Wir haben damit deutlich gemacht, dass die Wählerinnen und Wähler am 7. Februar 1999 a) richtig entschieden haben und dass sie b) in den nächsten Jahren eine stabile Regierung in diesem Lande haben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, diese Erklärung klingt nach Selbstverständlichem. Aber das ist schon von Wichtigkeit, auch im Hinblick auf die noch folgende Zeit, für die wir uns noch viele Ziele vorgenommen haben, die in der Koalitionsvereinbarung niedergeschrieben sind. Das ist eine Vereinbarung, von der ich glaube, dass sie an Klarheit bei den Zielvorgaben nichts zu wünschen übrig lässt. Jeder weiß, was kommen wird und woran man ist. Sie besagt, welche Ziele die Landesregierung von CDU und F.D.P. nach vier Jahren erreicht haben werden. Genau dies war die Absicht dieser Koalitionsvereinbarung.

Weil das Parlament nicht nur die Regierungsseite, sondern auch die Oppositionsseite hat, müssen wir festhalten, dass wir in Hessen eine etwas diffuse Opposition haben. Das hat auch Gründe.

(Stefan Grüttner (CDU): Diffus ist übertrieben!)

- Ich bin ein vorsichtiger Mensch. Kurz vor der Sommerpause möchte man nicht sehr verletzend sein. Zunächst reicht als Beschreibung einmal "diffus". Wir werden dann mal sehen.

Meine Damen und Herren, von der Euphorie nach der Wahl im September 1998 ist nichts mehr zu spüren. Sie hätten wissen müssen, dass man selbst nach glanzvollen Siegen nicht vier Jahre lang Sekt trinkt, sondern das Trinken von Selters sich sehr schnell einstellt.

(Armin Clauss (SPD): Das merkt man bei Ihnen!)

Sie trinken mittlerweile abgestandenes, schales Wasser. Das ist eine sehr dramatische Entwicklung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Sie haben die Landtagswahl verloren und waren davon überrascht, dass es so geschehen ist. Sie waren wirklich der Meinung und hatten gehofft, es werde eine zweite Bundestagswahl geben. Sie haben in Bonn seit Beginn Ihrer Regierungszeit Dauerstreit über die Sachen in Ihrer Koalition.

(Armin Clauss (SPD): Herr Kollege, wir reden gerade über den Nachtragshaushalt! Ich weiß nicht, welches Manuskript Sie erwischt haben!)

- Ich darf daran erinnern, dass heute Morgen, zu Beginn dieser Veranstaltung, der Vorsitzende der SPD-Fraktion in Ermangelung eigener Themen gemeint hat, mit der Erwähnung der Politik von Herrn Eichel noch Restbestände an

Mut in die Truppe der SPD hineinblasen zu können. Er hat damit die bundespolitischen Themen in die Diskussion eingeführt. Frau Hinz hat Wesentliches zur Bundespolitik gesagt. Ich sage das vorab, weil ich noch einige Dinge dazu sagen möchte.

Ich will nur sagen, dass der von Herrn Clauss hoch gelobte Finanzminister Eichel dieses Amt nur ausüben kann, weil ihn die Wählerinnen und Wähler in Hessen weggeschickt haben. Das zu nennen, ist in diesem Zusammenhang nicht unbedingt falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, Sie haben bei der Europawahl ein Desaster besonderer Qualität erlebt. Ich muss sagen, das war wohl überraschend. Aber wenn man näher hinschaut, stellt man fest, was aus Ihrer Sicht besonders dramatisch ist, dass Ihnen nunmehr sogar schon die Jungwähler weglaufen.

(Beifall bei der CDU)

Damit wird deutlich, dass Ihre These von der Zukunftsfähigkeit Ihrer Politik völlig falsch ist; denn Ihre Politik ist Vergangenheitspolitik. Ihnen glauben die jungen Menschen in diesem Land nicht mehr. Wenn sie hier säßen, würden Sie es Tag für Tag, Stunde für Stunde bestätigt bekommen. Herr Kollege Clauss, Sie haben heute Nostalgiepolitik betrieben und keine zukunftsgerichtete Politik.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie haben sich schon nach kurzer Zeit mit den Rentnern in diesem Land zerstritten, weil Sie ihnen etwas versprochen haben, was Sie jetzt nicht halten können und auch nicht halten wollen.

(Stefan Grüttner (CDU): Es gilt das gebrochene Wort!)

Wir haben eine ganz dramatische Entwicklung der Verweigerung der SPD in Sachpolitik, aber auch in Wählerstimmen. Meine Damen und Herren, Sie wissen, wovon ich rede. Sie haben kein Konzept in diesem Land, das Sie den Vorhaben dieser Regierung und dieser Koalition entgegenzusetzen könnten. Sie ersetzen als Opposition gestaltende Politik durch Geschäftsordnungstricks. Das wird am Ende nicht gut gehen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das mag am Anfang unter Umständen freudiges Erregen auslösen und am Abend zwei, drei Schoppen mehr bewirken. Aber auf Dauer stellt es keinen Politikersatz dar. Sie werden sich schon irgendwann einfallen lassen müssen, was Sie zu dem zu sagen haben, was wir an zukunftsfähiger Politik in diesem Land gestalten wollen.

Meine Damen und Herren, über Stil will ich heute nicht streiten. Ich komme trotzdem zu dem Ergebnis: In diesem Hause ist die Opposition führungslos, aber auch die Sozialdemokraten in diesem Land sind führungslos, ohne Konzept. Wie lange das dauert, kann ich nicht beurteilen.

(Gerhard Bökel (SPD): Na, na!)

- Herr Bökel protestiert. Er wähnt, er sei die Zukunft.

(Gerhard Bökel (SPD): Nein!)

Aber ich sage Ihnen noch einmal - das ist ein guter Ratsschlag, obwohl ich Ihnen den gar nicht geben dürfte -: Solange Sie das Ergebnis vom 7. Februar in Ihren Köpfen und Ihren Reden als Betriebsunfall behandeln, werden wir als Koalition damit gut leben können. Dies ist eindeutig.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben drei Gesetze und den Nachtragshaushalt, den wir nachher beschließen werden, durch den Landtag gebracht und haben damit die ersten Zeichen im Sinne dessen gesetzt, was wir vorhaben. In der Sache ist fast alles gesagt worden. Herr Clauss, der Ministerpräsident hat Ihnen den Weg gewiesen. Herr Hahn hat deutlich gemacht, dass die Koalitionsfraktionen an dieser Stelle von Koalitionsvereinbarung bis Regierungshandeln völlig im Konsens sind.

Ich will einige Daten einbringen, um dann zur Mittagspause einzuleiten. Das ist wahrscheinlich das zusätzlich Angenehme, was die Koalitionsfraktionen bieten können, dass Sie nicht zu spät zur Mittagspause kommen. Wir denken nur an Sie, wir sind wirklich fürsorglich Ihnen gegenüber.

(Armin Clauss (SPD): Sie freuen sich zu früh!)

- Die anderen sind schon in der Mittagspause. Ich sehe, Sie sind noch hier, Herr Kollege Clauss. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, die Tatsache, dass wir einen Nachtragshaushalt machen mussten, ist deutlich geworden. Selbst ohne die eigenen Akzente wäre das nötig geworden. Aber man muss noch einmal sagen, um es ins Protokoll zu bringen: Die alte Landesregierung hätte die Verpflichtung gehabt, von sich aus einen Nachtragshaushalt einzubringen, weil sich Daten verändert haben, auf die Sie hätten reagieren müssen, aber schlicht nicht reagiert haben. Das war Feigheit vor dem 7. Februar und damit Nachlässigkeit beim ordnungsgemäßen Vollzug des Haushalts. Das ist unbestritten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.))

Sie haben die notwendigen Korrekturen nicht angebracht. Das Ergebnis ist ein Korrekturbedarf in riesiger Höhe, der letztendlich dazu geführt hat, dass dieser Haushalt bis an die vorgegebene Grenze der Nettoneuverschuldung gefahren werden musste. Sonst hätten wir die Korrekturen nicht anbringen können, die z. B. dadurch entstanden sind, dass die Steuermindereinnahmen in Höhe von 186 Millionen DM nicht eingerechnet waren, dass der Mehrbedarf im Länderfinanzausgleich nicht eingerechnet war, dass die vermehrten Personalkosten nicht eingerechnet waren, und viele kleinere Dinge mehr.

Meine Damen und Herren, das ist keine parteiprogrammatische Behauptung, sondern das sind Fakten. Hier haben Sie schlichtweg nachlässig gehandelt nach dem Motto: "Nach uns die Sintflut". Auch ich stelle die Frage: Wie hätten Sie denn hier regieren wollen, wenn Sie das, was Sie angerichtet haben, selbst hätten korrigieren müssen? Dann wären Sie in ein tiefes Loch gefallen. Der Wähler hat klug entschieden, dass er denen die Verantwortung gibt, die a) Ihren Trümmerhaufen aufräumen und b) daraus noch ein neues Haus bauen werden. Daran sind wir, und der Weg ist richtig beschrieben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

1,1 Milliarden DM, die korrekturbedürftig waren, sind kein Pappenstiel. Insofern ist das, was der Finanzminister auf den Weg gebracht hat, eine schwierige Aufgabe gewesen. Er hat sie glänzend gemeistert. Ich will ihm und seiner gesamten Beamenschaft ausdrücklich dafür danken, dass dies bis heute so gelungen ist. Vielen Dank an den Herrn Finanzminister.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, die Frage der Verfassungswidrigkeit des Haushalts ist wirklich spannend. Ich will sie noch mit Zahlen konkretisieren. Was Herr Hahn hier gesagt hat, ist völlig richtig. Am meisten wundert mich: Woher nimmt man den Mut, ständig die Verfassungsgrenze überschritten zu haben und dann mit dem moralischen Zeigefinger anderen zu sagen: "Wehe, wenn ihr es macht, dann gehen wir zum Staatsgerichtshof."?

(Beifall bei der CDU - Petra Fuhrmann (SPD): Sie haben es schon bei der Aufstellung des Haushalts gemacht! - Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie werden noch unter Ihrer Messlatte hindurchkriechen!)

- Unsere Messlatte liegt immer so, dass wir darüberkommen, nur keine Angst. - Ich habe Politik immer so betrieben, dass ich dann, wenn ich ein schlechtes Gewissen hätte haben müssen, schlichtweg die Klappe gehalten habe, um es einmal auf Oberhessisch zu sagen. Sie beklagen hier etwas, was Sie selbst die ganzen Jahre gemacht haben: 1994 um 560 Millionen DM. Das sind keine kleinen Beträge. Hätten wir die jetzt brutto für netto in der Kasse, könnten wir noch mehr Lehrer einstellen.

(Armin Clauss (SPD): Sie haben es immer noch nicht verstanden, Herr Kollege!)

1995 waren Sie im Ergebnis um 332 Millionen DM über der zulässigen Höchstgrenze, 1996 um 133 Millionen DM, und 1997 waren es sogar 938 Millionen DM. Das sind keine Portokassenbeträge, sondern das ist der Beweis dafür, dass Ihre gesamte Haushaltspolitik höchst unseriös war - was Sie uns nun versuchen vorzuwerfen, obwohl das nicht der Fall ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wer denn Ohren hat zu hören und Augen hat zu lesen, was hier steht, dem muss auffallen, dass es höchste Zeit geworden ist, dass mit dieser unseriösen Haushaltspolitik Schluss gemacht wird. Meine Damen und Herren, die Frage der Sparsamkeit bzw. des Haushalts ist natürlich verbunden mit der Bundespolitik. Ich darf daran erinnern, dass wir in den letzten acht Jahren hier keine Haushaltsdebatte hatten, in der nicht jeder Redner der damaligen Regierungsfractionen nach dem Motto begonnen hat: Das ist alles die Schuld der Regierung Helmut Kohl.

(Armin Clauss (SPD): Das war aber auch so!)

Es fiel ihnen nichts anderes mehr ein, in keiner Kreistagsdebatte, keiner Stadtverordnetendebatte, nirgends. Sie haben dann gemeint, vielleicht ist auch die UNO schuld, die EWG, die EU oder wer auch immer.

(Armin Clauss (SPD): Sie werden an den Rahmenbedingungen, die die hinterlassen haben, noch lange zu knapsen haben!)

Immer haben Sie damit begonnen, und nie haben Sie auch nur einen Beweis dafür angetreten.

(Armin Clauss (SPD): Den Beweis haben Sie; gucken Sie doch, wie der Haushalt aussieht! - Klaus Peter Möller (CDU): Sie sind doch ganz traurig über die Entwicklung in Bonn!)

Ich will ganz kurz einige Daten nennen. Die Debatte, die wir jetzt hier und demnächst auch in den Kommunalparlamenten führen, wird spannend sein. Da müssen einige Genossinnen und Genossen sowie GRÜNE ihre Redetexte umschreiben. Denn sie können natürlich nicht einfach aus dem Namen Kohl den Namen Schröder machen. Das geht

nicht, das wäre zu wenig. Aber sie hätten allen Grund, es zu tun. Denn das, was beispielsweise aufgrund des so genannten Sparpakets von Herrn Eichel auf die Kommunen niederprasselt, ist auch nicht von schlechten Eltern. Das muss man sehr deutlich sagen. Wir haben 4 Milliarden DM zu erwarten, die letztendlich im Jahr 2000 auf Länder und Gemeinden verschoben werden. Der Versuch, auf der Grundlage der kommunalen Kassen Bundespolitik zu machen, ist in dieser Form, wie er uns hier vorgelegt wird, schändlich.

(Beifall bei der CDU)

Das bedeutet nichts anderes, als dass Sie die Kommunen in einer Weise belasten, dass ihre Bewegungsmöglichkeit noch mehr eingeschränkt wird. Dann sollten Sie sich einmal in Klausur begeben, was Ihnen Ihre SPD-Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister dazu sagen werden. Die sind bis jetzt jedenfalls ruhig. Vielleicht kommt das noch.

Meine Damen und Herren, die Finanzierung des Eichel-Haushalts über andere Kassen ist System in Bonn.

Ich möchte des Weiteren, weil sich Frau Hinz hier sehr ausführlich zur Bundessozialpolitik unter der Regierung Kohl geäußert hat, einmal anmerken: Von 1982 bis 1998 haben wir als CDU/F.D.P.-Bundesregierung den Familienleistungsausgleich um rund 50 Milliarden DM verbessert.

(Zurufe von der SPD)

Das ist doch kein Pappentier. Es war Fortschritt in höchster Güte, dass wir in diesem Maße den Familienleistungsausgleich nach vorne gebracht haben, unabhängig von dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

(Beifall bei der CDU - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Müder Beifall aus den eigenen Reihen!)

Nur werden Sie das mit dem, was Sie vorhaben, auch nicht erfüllen. Insofern werden Sie auch nicht umhinkönnen, sich die Frage stellen zu lassen, ob das, was Sie jetzt wirklich hier machen, am Ende Zielerreichung im Hinblick auf das Urteil ist. Nein, diese 50 Milliarden DM lassen sich sehen. Deswegen möchte ich sie auch hier erwähnt haben.

Meine Damen und Herren, der Bundesbuchhalter Eichel legt einen Haushalt unter dem Titel "Steuerentlastung für Bürger und Unternehmen" vor.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für den hat er allgemein Lob gekriegt!)

- Na ja, wissen Sie, der erste Satz war, dass die Richtung stimmt. Die letzten Sätze aber waren, dass es nur Peanuts seien, die dabei herausgekommen sind. Das muss man an dieser Stelle auch einmal ein bisschen sortieren.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Bei der Steuerentlastung für Bürgerinnen und Bürger in Unternehmen ist das Ergebnis dessen, was er einbringt: Die Belastungen, die Sie nie mit einberechnen - Sie reden immer nur von den Entlastungen -, betragen bei der ersten und zweiten Ökosteuer rund 112 Milliarden DM. Das müssen Sie mit einberechnen, um zu wissen, dass am Ende alle dafür bezahlen - vor allen Dingen die so genannten kleinen Leute, die Sie angeblich vertreten. Das sind die Opferstöcke, die Sie jetzt einkassieren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Bei den Rentnern ist es besonders schlimm. Die Rentner werden aufgrund von Herrn Riesters Plan letztendlich - es

gibt diesen "Eckrentner" mit 45 Rentenversicherungsjahren - 100 DM im Monat weniger haben. Sie haben keine Entlastung durch die Ökosteuer. Sie werden von Ihnen doppelt geschöpft. Da kann ich nur sagen: Welch eine Vertretung dieser Menschen durch SPD und GRÜNE in diesem Land!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Nein, mir geht es einfach darum, an dieser Stelle ein Stück Heuchelei deutlich zu machen, die hier passiert. Es wird immer der andere vorgezerrt und gesagt, er sei unsozial, aber selbst ist man in einer Art und Weise unsozial und ungerecht wie kaum eine andere Partei in diesem Lande. Das dürfen wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

Folgendes habe ich mir aufgeschrieben, als ich es gehört habe. Frau Hinz hat bemerkenswerterweise einen Begriff hier als Vorwurf an die Landesregierung eingebracht, den ich bis jetzt eigentlich immer nur mit ihr verbunden habe. Das ist der Begriff "Missmanagement".

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Mehr will ich dazu nicht sagen, Frau Hinz. Auch Sie sollten überlegen, welche Begriffe Sie verwenden. Wenn ich daran denke, was wir bei der Grundwasserabgabe an Missmanagement vorfinden, die Verwendung einer Abgabe, die ein ökologisches Steuerungsinstrument sein soll und die Sie schlichtweg für die Haushaltsfinanzierung benutzt und Personalausgaben damit abgedeckt haben, dann muss ich sagen: von wegen Lenkungsfunction der Ökosteuer. Das war Absahnermentalität, Frau Hinz. Von wegen Missmanagement in diesem Lande!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Da gäbe es im Einzelnen noch vieles zu sagen, was Sie betrifft. Aber das müssen wir alles noch aufarbeiten. Wir haben noch viel Zeit zum Aufarbeiten.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sollen nicht aufarbeiten, Sie sollen regieren!)

Wir haben das Hochschulgesetz in einem ersten Schritt novelliert. Herr Kollege Hahn hat darauf hingewiesen. Wir haben den Straßenbau aufgestockt. Dies ist zum einen ein stolzer Betrag und zum anderen ein Zeichen dafür, wohin die Richtung geht. Ich möchte die Detaildebatten über einzelne Straßenobjekte nicht weiter fortführen. Nur eines, was uns sehr gewundert hat, muss ich schon einmal loswerden: Es gab eine Zeit, in der Herr Klemm hier erklärte, er sei immer dafür, eine Straße zu bauen, aber die GRÜNEN wollten es nicht. Damit war die Debatte beendet. Es ist eine besondere Art der Koalition, dass die einen erklären, sie wollen, und die anderen verhindern es. Damit wird natürlich ganz deutlich, dass diese alte Regierung in einem Maße handlungsunfähig war wie diese neue Regierung es in den nächsten Jahren nie sein wird.

Zur Grundwasserabgabe habe ich bereits etwas gesagt. Zum Verfahrensbeschleunigungsgesetz wurden unwahrscheinliche Dinge aufgetischt. Horrorszenarien wurden entworfen, was wir alles machen wollten. "Abbau der Demokratie" war sozusagen das Highlight des Vorwurfs. Ich möchte eines deutlich machen. Die öffentlichen Verwaltungen sind Dienstleistungseinrichtungen für Bürgerinnen und Bürger. Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, dass kostengünstig und schnell entschieden wird, wenn sie ein Anliegen haben. Die öffentlichen Einrichtungen sind kein Selbstzweck. Vor diesem Hintergrund muss man die Überlegungen ansetzen und sagen: Wir wollen den Bürge-

rinnen und Bürgern dienen und müssen dafür schnell entscheiden. Unter diesem Aspekt ist dieses Gesetz richtig gewesen und zeigt in die richtige Richtung. Es wird von viel mehr Menschen akzeptiert, als Sie überhaupt auf irgendeinem Platz hier in Wiesbaden zusammentreiben können. Auch hier müssen einmal einige Legendenbilder weggenommen werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Viel mehr Menschen sehen das ein. Sie können das bei den Kommunalen Spitzenverbänden abfragen. Kein Mensch hat etwas dagegen, dass es auch andere gibt, die das anders sehen. Aber hier ist schlichtweg einfach versucht worden, ein Horrorszenario aufzubauen, welches letztendlich in den Ausführungen des Gesetzes nicht den Tatsachen entspricht.

Zum Justizbereich möchte ich feststellen, dass der Justizminister Schritt für Schritt konsequent das umsetzt, was wir in der Koalitionsvereinbarung geschrieben haben. Das sind Maßnahmen, die in der Bevölkerung sehr deutlich zur Kenntnis genommen werden. Die Menschen sagen, endlich geschieht auf diesem Gebiet der inneren Sicherheit etwas. Auch dafür will ich hier ganz deutlich das Lob der CDU-Fraktion aussprechen.

Gleiches gilt für den Bereich des Innenressorts. Hier haben wir natürlich im Modernisierungsbereich und im Ausstattungsbereich aufstocken müssen, damit wir die teilweise mittelalterlichen Zustände in den Polizeistationen verhindern können. Dieser Weg ist angegangen worden. Hier wird es weitergehen müssen.

(Gerhard Bökel (SPD): Oh!)

- So bedeutend war es nicht, was ich eben gesagt habe. Aber Herr Bökel war gleich aufgeregt. Vielen Dank dafür.

Der größte Batzen, den wir letztendlich finanzieren mussten, haben wir für die Unterrichtsgarantie aufgewendet. Hier wird permanent von SPD und GRÜNEN der Versuch unternommen, den Menschen aufzuschwätzen, wir hätten unsere Zusage nicht gehalten. Die Unterrichtsgarantie ist ein Projekt. Ich habe es immer einstecken, damit das jeder weiß.

(Abg. Norbert Kartmann (CDU) hält eine Chipkarte hoch.)

- Das ist die Unterrichtsgarantie, Herr Kollege Bökel. Das ist die Chipkarte dafür.

(Gerhard Bökel (SPD): Hochheben!)

- Ich habe sie dabei. Wollen Sie für die nächsten Debatten welche haben?

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte sofort!)

Wir haben gesagt: In den nächsten vier Jahren werden wir

(Zuruf von der SPD: Vorsicht!)

die Deckungslücke im Unterricht in Hessen schließen.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben gesagt: Sofort!)

Wir haben bereits im ersten Ansatz die Hälfte davon erreicht. Das haben wir selbst erst nicht geglaubt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die Wahrheit. Dies wird gemerkt. Die Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und die Schulleiter reiben sich die Au-

gen, dass plötzlich neue Lehrer kommen, die sie schon seit Jahren von Herrn Holzapfel und von Ihnen gefordert haben.

(Zurufe von der SPD: Sie haben gelogen!)

Sie haben den Mangel gemanagt, aber mehr nicht. Sie haben damit letztendlich weniger Unterricht gemacht, Sie haben ihn verweigert, und Sie haben Schlimmes bei der Generation angerichtet, die unter Ihnen in die Schule gehen musste. Das ist eine riesige Tat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Hälfte des Unterrichtsausfalls, den wir von Herrn Holzapfel übernommen haben, werden wir ab dem 01.08. erledigen.

(Zurufe von der SPD: Sie wollten ihn sofort erledigen!)

Dann gibt es immer noch Lücken. Das war von vornherein klar. Aber auf vier Jahre angelegt, wird am Ende die Unterrichtsgarantie erfüllt sein. Wir werden den Unterricht nach Stundentafel erteilen und haben damit --

(Gerhard Bökel (SPD): Wenn das so weitergeht, gebt ihr viel mehr, als wir brauchen!)

- Herr Bökel, weil Sie den Sachzusammenhang zwischen Unterricht an sich und Qualität von Schule nicht verstehen, lasse ich es heute erst einmal dabei bewenden, es Ihnen auch nicht weiter zu erklären.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können es nicht erklären!)

Wir haben einen wesentlichen Pfeiler von Qualität für die Schulen in Hessen wieder stabilisiert, nämlich die Tatsache, dass schlichtweg die Zeit von Lehrern für Schüler da sein muss, damit sie ihnen die Erziehungsziele und die inhaltlichen Ziele beibringen können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Diesen Zusammenhang haben Sie nie kapiert - nach dem Motto: je weniger Unterricht, desto mehr Zeit für andere Dinge im Leben. Deswegen ist dies ein wesentlicher Schritt. Er kostet Geld, und er kostet im nächsten Jahr noch mehr Geld. Er wird auf vier Jahre finanziert werden. Unter diesem Aspekt sage ich: Dieses große Unterfangen des Ersetzens der Lehrer, die ausscheiden, und des zusätzlichen Suchens, Findens und Einstellens von Lehrerinnen und Lehrern, die aufgrund unserer Unterrichtsgarantie zusätzlich hineinkommen, ist ein riesiges Paket für die Ministerin, ihren Staatssekretär, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - auch in den Schulämtern. Deswegen sage ich: Liebe Ministerin Wolff, das ist eine große Arbeit, die Sie leisten. Das wird draußen gemerkt. Die Menschen sind Ihnen dafür dankbar, dass Sie das machen. Deswegen auch von dieser Seite herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir dann darüber hinaus angefangen haben, auch inhaltliche Qualitätsmerkmale neu einzubauen - angefangen von der Organisationsstruktur bis hin zu Inhalten, bis hin zu der Frage von Abschlüssen -, möchte ich nur erwähnen. Dieses Gesetz trägt die Handschrift --

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Ihre Rede von gestern!)

- Ja, wissen Sie, da Sie Vergangenheit und Gegenwart bei dem wenigen Deutschunterricht, den Sie hatten, sowieso

nicht auseinander halten können, ist das ein Problem. - Das ist die Zukunft, lieber Herr Kaufmann, dass sich jetzt die Qualität bestimmen lässt, dass messbar wird, was Qualität am Ende einer Schullaufbahn sein soll, dass nicht nur Lehrer das ermesen können, weil sie fachlich Ahnung haben, sondern dass es auch die Eltern messen können, dass die Schüler es messen können und dass sie eine Orientierung haben - Wo stehe ich? Wie weit bin ich? Wo ist mein Weg? Wo endet er? -, damit diejenigen, die letztendlich dafür da sind, die jungen Menschen zu übernehmen - Hochschule und Betriebe - wissen, wen sie übernehmen, welche Perspektiven sie mit ihm haben. Das ist Zukunftssicherung für die Menschen - nicht für die SPD und nicht für die GRÜNEN. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie reden die hessische Jugend schlecht, und das nennen Sie verantwortungsvoll!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner ist Herr Kollege Clauss, Vorsitzender der SPD-Fraktion. Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

Armin Clauss (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich mich dem Ministerpräsidenten zuwende, möchte ich gerne vorweg drei Dinge erwähnen, weil diese so nicht stehen bleiben können.

Die erste Bemerkung geht an den Kollegen Hahn und an den Fraktionsvorsitzenden der CDU, den Kollegen Kartmann. Meine Herren, es ist ein Unterschied, ob ich im Haushaltsvollzug am Ende feststelle,

(Barbara Stolterfoht (SPD): So ist das!)

dass ich die verfassungsrechtlich zulässige Grenze überschritten habe,

(Zurufe von der CDU)

oder ob ich bei der Aufstellung des Haushalts bereits weiß, dass die verfassungsrechtliche Grenze überschritten ist.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.) - Lebhaftige Zurufe von der CDU)

Die zweite Bemerkung, die ich machen möchte, ist die folgende: Der Kollege Hahn hat die Behauptung aufgestellt, die Grundwasserabgabe habe viele hessische Unternehmen in den Ruin, in den Konkurs getrieben. Herr Kollege, ich sage Ihnen: Die Grundwasserabgabe ist ein ganz tolles Mittelstandsförderungsprogramm.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Wenn Sie die Grundwasserabgabe abschaffen, dann werden Sie viele mittelständische Betriebe, die sich gerade auf diesem Gebiet spezialisiert haben und gute Arbeit machen, in den Ruin treiben.

(Widerspruch bei der CDU - Zustimmung der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die dritte Bemerkung. Es ist schon ein bemerkenswerter Vorgang, wie der Ministerpräsident der CDU und der wirtschaftspolitische Sprecher, Herr Reif, mit dem Vorgang Frankfurter Messe und der Position, die dort Herr Zitzewitz eingenommen hat, umgehen.

(Zurufe der Abg. Dr. Franz Josef Jung (CDU) und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn zurzeit etwas der Messe schadet, dann ist es diese öffentliche Auseinandersetzung.

(Beifall bei der SPD)

Wenn etwas zurzeit der Messe schadet, dann ist das die Art und Weise - und das ist offensichtlich auch ein neuer Stil -, wie diese Landesregierung über Pressemitteilungen und Zeitungsnotizen mit Managern umgeht,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das ist ja kaum zu glauben, Herr Clauss!)

die das Vertrauen der Gesellschafter haben. Ich möchte nur die Bemerkung machen - Herr Zitzewitz ist ja nun nicht gerade ein Sozialdemokrat, der da in Position gekommen ist -:

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das ist mir vollkommen egal!)

Ich bin gespannt, wie die Verantwortliche, die Oberbürgermeisterin in Frankfurt, nämlich die Mehrheitsgesellschafterin, die diesen Herren installiert hat und der ihr Vertrauen hat, wie die sich vor diesen Herrn stellt. Zurzeit schaden Sie jedenfalls der Frankfurter Messe, und das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der mir noch verbleibenden Zeit will ich mich jetzt dem Ministerpräsidenten zuwenden. Herr Ministerpräsident, die Tragik Ihrer Rede am heutigen Tag war es, dass Sie schlicht die Rollen verwechselt haben: Sie sind hier nicht als Ministerpräsident aufgetreten, sondern als Wahlkämpfer - und da gibt es einen Unterschied. Die Rede, die Sie im Hinblick auf die ehemaligen Kabinettskollegen gehalten haben, ist schlicht unwürdig.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Widerspruch bei der CDU - Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Ich möchte das konkretisieren. Es ist ein mieser Stil, der Frau Kollegin Hinz - damit haben Sie begonnen - gegenüber den Vorwurf zu erheben,

(Stefan Grüttner (CDU): Das ist schlicht ehrlich!)

sie habe Mittel aus der Grundwasserabgabe gesetzeswidrig verwendet. Wenn dies so ist, dann frage ich Sie: Wo ist denn dann im Nachtragshaushalt dieses gesetzeswidrige Verhalten geändert worden?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Logik Ihres Vorwurfs - - Ach, Franz Josef Jung ist wieder in den Reihen der CDU, das ist ja herrlich!

(Norbert Kartmann (CDU): Ich habe ihn extra geholt!)

Herr Ministerpräsident, die Logik Ihres Vorwurfs, da würden Mittel rechtswidrig verwandt - wenn dies richtig wäre, dann muss ich doch feststellen: Ihr Nachtragshaushalt ist rechtswidrig, weil Sie Mittel aus der Grundwasserabgabe rechtswidrig verwenden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Sie können heute doch keinen rechtswidrigen Haushalt verabschieden. - Soviel zu diesem Teil.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Jetzt gibt es aber Taschenspielertricks!)

Der zweite Punkt. Dass Sie die Finanzierung der Investitionen durch die Brandschutzsteuer und durch die Ansätze im Haushalt nicht verstanden haben, das will ich Ihnen durchgehen lassen.

(Zurufe von der CDU)

Aber dass Sie dann den bisherigen Innenminister als "emeritierten Brandstifter" bezeichnen, das ist unwürdig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, diesen Stil können Sie vielleicht beim Kommersabend einer schlagenden Verbindung anwenden, wo sich die Leute im Bierdunst auf die Schenkel klopfen, aber nicht hier im Hessischen Landtag gegenüber einem ehemaligen Kollegen. Sie sollten sich schämen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe und Unruhe bei der CDU)

Der dritte Punkt. Herr Ministerpräsident, man kann im Hinblick auf die Frage der Darstellung des Abschlusses des Haushalts 1998 unterschiedlicher Auffassung sein. Das kann man auch fachlich sehr leidenschaftslos diskutieren. Man kann auch politisch darüber reden, das ist gar keine Frage. Aus der Wirtschaft werden Sie wissen, dass man Bilanzen so oder so darstellen kann. Da gibt es lange Diskussionen mit dem Wirtschaftsprüfer, man nennt das schlicht Bilanzkosmetik. Darüber ist mit mir zu streiten. Darüber ist auch politisch zu streiten, das ist gar keine Frage.

(Unruhe bei der CDU)

Was aber nicht geht, ist, dass Sie dann am Ende die Bemerkung machen: In einem ordentlichen Unternehmen wäre der Staatsanwalt gekommen. - Wissen Sie, was Sie da gemacht haben, in dem gleichen Stil, wie Sie das gegenüber meinem parlamentarischen Geschäftsführer gemacht haben? Sie sind mit solchen Äußerungen sehr leichtfertig. Sie kriminalisieren damit den bisherigen Finanzminister.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen, Herr Ministerpräsident, fordere ich Sie auf, dass Sie sich noch heute an diesem Pult bei Karl Starzacher entschuldigen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Wenn Sie dazu nicht die Kraft haben, wenn Sie nicht die Größe dazu haben, dies zurückzunehmen, dann sage ich Ihnen: Sie sollten sich schämen! Es ist eines Ministerpräsidenten unwürdig, in dieser Weise mit Menschen umzugehen, die in der Verantwortung waren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Im Übrigen darf ich feststellen, auch wenn das nicht mein Thema ist: Ich habe sehr wohl beobachtet, Herr Kollege Hahn, wie mit Teilen der F.D.P. umgegangen wurde. Sie müssen sich schon fragen lassen - und das sage ich, damit Sie darüber nachdenken -, ob Sie, der liberale Teil dieser Koalition, auf Dauer so mit sich umgehen lassen, wie das

heute der Fall war. Denn der Ministerpräsident ist heute hier als Wahlkämpfer auf einer CSU-Linie aufgetreten und hat seinen Stahlhelmflügel befriedigt - und die F.D.P. ist dabei völlig untergemastet worden. Sie sollten sich einmal überlegen, wie lange das noch so weiter geht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Nun die letzte Bemerkung. Herr Ministerpräsident, weil Sie zur Landespolitik nichts zu sagen hatten, haben Sie einen großen Ausflug in die Bundespolitik gemacht. Wir haben heute hier keine rentenpolitische Debatte. Wir drücken uns nicht vor ihr, und ich finde es rührend, wenn die CDU plötzlich ihr Herz für die kleinen Leute entdeckt - das ist ja eine ganz neue Qualität.

(Zurufe von der CDU)

Aber, Herr Ministerpräsident, es ist ein Unterschied, ob ich mit Hans Eichel und seinem Reformpaket populistisch als Wahlkämpfer umgehe, oder ob ich mich ernsthaft damit auseinandersetze und dann gegebenenfalls hier Alternativvorschläge unterbreite.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Gerhard Bökel (SPD): So ist es!)

Es wird sich sehr schnell zeigen - nämlich bei den verantwortungsbewussten Leuten innerhalb der CDU/CSU, z.B. Herrn Biedenkopf oder anderen; und die "FAZ" diskutiert ja schon darüber -, wie Sie sich als Ministerpräsident des Landes Hessen mit dem Gegenstand der Konsolidierung des Bundeshaushalts, der das Ergebnis sechzehnjähriger CSU/CDU-Politik ist, hier auseinandersetzen. Wenn man Ihre populistische Position einnimmt, dann ist die Bundesrepublik Deutschland reformunfähig. Damit haben Sie heute den Nachweis erbracht, dass Sie zu der Gruppierung derjenigen Politiker gehören, die reformunfähig sind, weil sie nur in Populismus machen.

Deswegen sage ich Ihnen zum Schluss: Herr Ministerpräsident, die Rede, die Sie heute hier gehalten haben, wird uns noch sehr viel nützen. Wir werden auf sie zurückkommen und werden Sie für den Rest Ihrer Regierungszeit an den Sprüchen messen, die Sie heute losgelassen haben. Dann wird sich relativ schnell herausstellen, dass Sie nicht nur kein Gesellenstück abgelegt haben, sondern auch unfähig sind, mit Ihrer Politik in diesem Land einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Bundesrepublik zu leisten. Das ist heute deutlich geworden.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren, Herr Finanzminister Weimar hat noch einmal um das Wort gebeten.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, eine Damen und Herren! Herr Clauss, jeder hatte heute die Chance, sich so darzustellen, wie er sich darstellen konnte.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich will angesichts Ihrer Aufregung daran erinnern, dass Sie von dieser Stelle aus mit erhobenem Zeigefinger und mit einem Klopfen auf das Pult erklärt haben, die Europawahl und die nachfolgenden Wahlen seien ein Plebiszit

über die Leistung dieser Landesregierung, wir würden sehr schnell merken, wo wir enden. Ich sage Ihnen an der Stelle: Das hat für uns gut geendet. So, wie Sie sich das vorgestellt haben, ging die Wahl jedenfalls nicht aus.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist auch die Prognosegenauigkeit Ihrer vehement vorgetragenen Beschimpfungen ziemlich schwierig zu beurteilen.

Lassen Sie mich eine Bemerkung zu dem Thema machen, das heute und in den vorangegangenen Wochen diskutiert worden ist. Für mich ist wichtig und entscheidend - das wird im Moment von der Opposition nicht akzeptiert -, dass wir anfangen, die für den Landeshaushalt geltenden Prinzipien zu ändern, sodass wir auf mittlere Sicht eine Chance haben, den Landeshaushalt wieder in Ordnung zu bringen. Wir werden diese Diskussion beim Haushalt 2000 forzusetzen haben, und wir werden diese Diskussion gerne mit Ihnen führen.

Herr Präsident, ich habe eigentlich deshalb noch einmal um das Wort gebeten, weil ich mich sehr herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums und der übrigen Ministerien bedanken möchte. Sie haben in aller kürzester Frist eine hervorragende Arbeit geleistet.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Nicht nur aufgrund einiger wichtiger Umsteuerungen und neuer Schwerpunktsetzungen im Haushalt, sondern auch aufgrund der Zusammenlegung von Ministerien musste hier ein enormer Arbeitsaufwand geleistet werden.

Ich möchte mich sehr herzlich auch bei den Abgeordneten bedanken. Ich weiß aus Gesprächen, wie schwer es war, die vielen Sitzungen zu koordinieren. Die Beratungen sind sehr engagiert geführt worden. Die Bedanke mich dafür, dass in einem sehr schmalen Zeitkorridor ausreichend Zeit für Sitzungen geschaffen worden ist.

Außerdem bedanke ich mich bei der Landtagsverwaltung, die immer einen Teil dieser Last zu tragen hat. Sie sorgt dafür, dass alle Abgeordneten des Hessischen Landtags die umfangreichen Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt bekommen und dass hervorragend Protokoll über die Beratungen geführt wird. Ich denke, dafür ist an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön angebracht.

(Allgemeiner Beifall)

Zum Schluss sage ich - mit ein bisschen persönlichem Stolz -: Ich bin überzeugt davon - das sage ich auch im Namen der ganzen Landesregierung -, dass dieser Nachtragshaushalt den richtigen Weg in eine gute Zukunft des Landes zeigt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Weitere Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 3 liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Aussprache.

Wir beginnen mit der Abstimmung. In einer dritten Lesung wird zuerst über die Änderungsanträge zu einem Gesetzentwurf abgestimmt. Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD ab, der den Einzelplan 04 betrifft und die Drucksachenummer 15/285 trägt. Wer ist für die Annahme dieses Änderungsantrags? - SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geschlossen. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Gibt es Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. ab, der den Einzelplan 07 betrifft und die Drucksachenummer 15/287 trägt. Wer ist für die Annahme dieses Änderungsantrags? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Änderungsantrag einstimmig angenommen.

Wir stimmen jetzt in dritter Lesung über den Gesetzentwurf in der Fassung der Drucksache 15/281 unter Berücksichtigung des soeben einstimmig beschlossenen Änderungsantrags ab. Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Maßgabe zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dafür gestimmt haben die Koalitionsfraktionen von CDU und F.D.P., dagegen gestimmt haben die Oppositionsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ersteres war die Mehrheit. Damit ist der Nachtragshaushalt in dritter Lesung angenommen und Gesetz geworden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich unterbreche die Sitzung bis 14.15 Uhr.

(Unterbrechung von 13.16 bis 14.18 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Wir fahren fort mit Tagesordnungspunkt 7:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend moderne Familienpolitik - Drucks. 15/130 -

15 Minuten Redezeit je Fraktion; wir sind 15 Minuten im Rückstand, also freiwillig 12 Minuten. Aber ich dulde 15. - Das Wort hat Frau Kollegin Schönhut-Keil für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für eine zeitgemäße und moderne Familienpolitik spielt die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit eine wichtige Rolle. Wir wissen, dass viele Mütter aus ökonomischen Gründen arbeiten gehen müssen, sei es, weil sie allein erziehend sind, sei es, um ihrer Familie das wirtschaftliche Überleben zu sichern oder eben nur Extras finanzieren zu wollen. Wir wissen aber auch, dass viele und gerade junge Mütter, die über eine gute Ausbildung verfügen oder einen guten Job haben, nicht mehr bereit sind, auf Erwerbstätigkeit zu verzichten.

So sind 54% aller Mütter mit Kindern unter 18 in Hessen erwerbstätig. Das ist rund ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen. Die Erwerbsquote liegt bei allein erziehenden Müttern mit 67% sehr viel höher als bei verheirateten Müttern. Es ist aber auch ein verändertes Rollenverständnis von Müttern zu verzeichnen. Blieben im Jahr 1987 noch 61% der Frauen mit Kindern zu Hause, sind es mittlerweile weniger als die Hälfte.

Die zentrale Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, dass verlässliche, qualitätsorientierte und bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote vorhanden sind und auch wahrgenommen werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, laut Zweitem Familienbericht waren in Hessen Ende 1997 rund 225.000 genehmigte Kindertagesstättenplätze registriert. Die Zahl wird sich nach den Schätzungen noch einmal um mehr als 12.000 Plätze erhöht haben, vor allem durch die enormen Finanzierungsanstrengungen des Landes in den letzten Jah-

ren, um den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in Hessen umsetzen zu können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in den letzten acht Jahren sind rund 63.000 neue Kindergartenplätze geschaffen worden. Auch wenn die CDU stets versucht, die rot-grüne Politik der letzten Jahre mies zu machen, so können auch Sie an diesen Fakten nicht vorbei.

Die Förderprogramme des Landes waren so angelegt, dass eine Vielfältigkeit der Angebote entstehen konnte. So sind Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren vor allem durch das Sofortprogramm Kinderbetreuung entstanden. Mittlerweile werden von kleinen Trägern rund 12.000 Plätze für Kinder aller Altersgruppen angeboten.

Eine verlässliche Halbtagsbetreuung von Schulkindern wird in Hessen nicht nur durch die Kitas, sondern auch durch das Konzept der Grundschule mit festen Öffnungszeiten, das Sie als ideologisches Thema hier immer anprangern, realisiert. Tagespflegemodelle, betriebsnahe Kooperationsformen und Angebote der hessischen Mütterzentren vervollständigen die vorhandenen Betreuungsformen. Meine Damen und Herren, Hessen ist auf diesem Gebiet Spitze.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eines ist aber auch klar, Frau Familienministerin: Wer es ernst meint mit einer modernen Familienpolitik, muss jetzt die vorhandene Vielfalt sicherstellen und konzeptionell weiterentwickeln. Das ist unseres Erachtens die Aufgabe der Zukunft. In unseren Augen gehört zu einer Sicherstellung des hessischen Angebotes auch ganz klar die Fortführung der Integration von behinderten Kindern in Regelkindergärten.

Meine Damen und Herren, allen Kindern und somit auch den behinderten Kindern stehen gleiche Entwicklungschancen zu. Der Grundgedanke der Integration, dass behinderte und nicht behinderte Kinder alle in ihrer Persönlichkeit gefördert werden und sich an ein unbefangenes Miteinander gewöhnen, ist sowohl unter pädagogischen wie auch unter demokratischen Prämissen unstreitig. Es darf für behinderte Kinder keinen Rückschritt in dieser Hinsicht geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Kinder mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen brauchen die Möglichkeit, so normal wie möglich aufzuwachsen, ohne dass hier auf eine auf ihre Behinderung zugeschnittene Förderung verzichtet würde. Frau Ministerin, auch an diesem besonderen Punkt werden wir Sie in Ihren Leistungen sehr kritisch begleiten.

Die Fortführung bzw. der bedarfsgerechte Ausbau des 1992 erfolgreich initiierten Sofortprogramms Kinderbetreuung ist ein zweiter Baustein zur Absicherung der vorhandenen Angebote und zur Realisierung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Idee des Sofortprogramms, mit unbürokratischen Mitteln Eltern, die eine Betreuungsmöglichkeit suchen, zu unterstützen, hat sich nicht nur bezahlt gemacht, sondern auch bewährt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich frage, Frau Ministerin: Wie wollen Sie in Zukunft damit umgehen?

Des Weiteren: Die Öffnungszeiten von Kindergärten müssen über den traditionellen Rahmen von vier Stunden hi-

nausgehen, um für Mütter zumindest eine regelmäßige Teilzeitarbeit möglich zu machen. Vor allem auf dem flachen Lande sind noch Halbtagskindergärten zu finden, die mit ihren Öffnungszeiten nicht den Bedürfnissen der Eltern entsprechen. Wenn Sie tatsächlich berufstätige Mütter unterstützen wollen, müssen Sie realistischere die üblichen Arbeitszeiten berücksichtigen. "Bedarfsgerecht" ist hier das Zauberwort, Frau Ministerin. Das ist für uns einer der Knackpunkte einer familienpolitischen Offensive, die Sie uns bis heute schuldig gelieben sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir teilen Ihre Koalitionsaussage, dass die Sicherstellung einer verlässlichen Kinderbetreuung vor allem durch eine Erhöhung der Betriebskostenförderung umzusetzen ist. Nachdem wir in den letzten Jahren konsequent auf den Ausbau von Betreuungsplätzen gesetzt haben, kann es jetzt auch um die Verbesserung der finanziellen Förderung bei den laufenden Betriebskosten gehen. Frau Ministerin, wir fragen Sie: Wie wollen Sie das weiter fortsetzen und umsetzen?

Unter Rot-Grün sind in den letzten acht Jahren insgesamt über 1,3 Milliarden DM in den Erhalt, die Verbesserung und den Ausbau von Betreuungseinrichtungen investiert worden, da - wie Sie alle wissen - ein erheblicher Nachholbedarf bestand. Wir haben zu unseren Regierungszeiten immer deutlich gemacht, dass, solange das Defizit an Plätzen in Hessen so hoch ist, wie es am Anfang der Achtzigerjahre war, der Ausbau oberste Priorität hat. Wir haben 63.000 neue Kindertagesstättenplätze geschaffen. Frau Mosiek-Urbahn, auf diesen gewaltigen Fortschritt in der Kinderbetreuung können Sie jetzt aufbauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, was haben Sie in Ihrer Oppositionszeit immer für Krokodilstränen wegen angeblich unzureichender Landesförderung vergossen. Sie forderten noch im letzten Jahr, weil es aktuell war, sofortiges Handeln und Erhöhen der Betriebskostenzuschüsse. Herr Milde, und nun? Am 10. Juni musste das Ministerium zugeben, dass noch nicht einmal Gespräche über dieses Thema geführt worden sind. Im Nachtragshaushalt steht keine müde Mark mehr für die Kinderbetreuung.

Am 29. Januar hat sich die damals designierte Sozialministerin noch sehr bedrückt gezeigt, dass im Jahre 1999 so wenig Landesmittel für die Betriebskostenförderung zur Verfügung stünden und Hessen das Schlusslicht darstelle. Und nun? Nichts ist passiert. Wir erwarten von dieser Landesregierung, dass sie schnellstens ein Konzept hier vorstellt, aus dem hervorgeht, wie und mit welchen Mitteln eine Erhöhung der Betriebskostenförderung realisiert werden kann, wobei eine Prämisse die Gleichstellung kommunaler und freier Träger in der Förderung sein muss. Meine Damen und Herren, das ist das Mindeste, was Sie den hessischen Kindern und Eltern an diesem Punkt schulden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir bieten Ihnen heute mit unserem Antrag einen inhaltlichen Dialog über die Weiterentwicklung der hessischen Kinderbetreuungspolitik an. Wir schlagen eine Änderung und Deregulierung des Betriebserlaubnisverfahrens in Kindertagesstätten vor. Die im SGB VIII zwingend vorgeschriebene Verpflichtung, in jedem Einzelfall bei Öffnung oder Änderung ein Erlaubnisverfahren durchzuführen, ist zeitraubend und angesichts der bestehenden Rechtsvorschriften aus dem Bau-, Gesundheits-, Brandschutz- und

Unfallversicherungsrecht in unseren Augen nicht mehr zeitgemäß und durchaus entbehrlich.

Der Zweck, den Betrieb zum Wohle des Kindes zu gestalten und zu kontrollieren, kann durch andere Prüfverfahren und durch verbindliche Mindeststandards gewährleistet werden. Eine Vereinfachung des Betriebserlaubnisverfahrens - z. B. lediglich durch Meldefrist - erlaubt den Behörden vor Ort eine bedarfsgerechte und flexible Vorgehensweise bei der Genehmigung von Kitas oder Kindergruppen und entlastet das Landesjugendamt von bürokratischem Verwaltungsvorgehen. Sie sehen, Sie finden uns dann an Ihrer Seite, wenn Sie das machen.

(Norbert Kartmann (CDU): Endlich!)

- Herr Kartmann, das haben wir nie bestritten. Da irren Sie sich.

(Norbert Kartmann (CDU): Die SPD wollte!)

Ich sage es noch einmal: Wir wollen eine Vereinfachung und Deregulierung des Betriebserlaubnisverfahrens, und da trennen sich unsere Wege. Wir sind aber gegen eine generelle Deregulierung der pädagogischen Standards. Es müssen in diesem Bereich Mindeststandards gesetzt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen alle von dem Kostendruck und davon, welche Gefahren damit verbunden sind. Durch Rechtsverordnung sollen zumindest die Qualifikation des Fachpersonals in den Einrichtungen, die Gruppengrößen je nach Einrichtungsart - Krippe, Kindergarten, Hort - und der Mindestraumbedarf je Kind als Mindeststandard verbindlich geregelt sein. Wir meinen auch, dass eine Weiterentwicklung der hessischen Kinderbetreuungslandschaft langfristig in ein anderes Bedarfssystem münden muss.

Wir schlagen ein pauschales System vor, in dem nur die tatsächlich genutzten Plätze, auf denen alle Kinder von 0 bis 14 Jahren betreut werden, einen Zuschuss bekommen. Bedingung ist, dass die Einrichtung mindestens sechs Stunden am Stück geöffnet hat. Es soll lediglich entsprechend der Länge der Öffnungszeiten differenziert werden. Für besondere pädagogische Anforderungen soll es einen Zuschlag geben. Die jeweiligen örtlichen Jugendhilfsträger erhalten die pauschalen Mittel mit der Verpflichtung, sie an die jeweiligen Träger weiterzuleiten. Über die Höhe des Zuschlages für besonderen pädagogischen Förderbedarf entscheidet dann der örtliche Jugendhilfsträger.

Meine Damen und Herren, der Vorteil eines solchen Förderverfahrens liegt meines Erachtens auf der Hand. Es gibt keine unterschiedliche Förderung von freien und kommunalen Trägern. Die nicht mehr zeitgemäße Förderung von Halbtagskindergärten wird zugunsten einer an der Vereinbarkeit von Familie und Beruf orientierten Öffnungszeit umgewandelt. Alle betreuten Kinder werden gefördert, und die örtliche Entscheidungskompetenz wird gestärkt. Ich hoffe, dass in diesem Hause Einvernehmen existiert, dass dies der richtige Weg ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluss erwarten wir den bedarfsgerechten Ausbau von Krippen- und Hortplätzen - ein ganz wichtiger Bereich -, wobei die Kooperation von bestehenden Tagespflegemodellen und Schulangeboten gesucht werden soll. Wir sind uns sicher, das ist natürlich nicht von heute auf morgen zu erreichen. Doch um die von allen beklagte strukturelle Rücksichtslosigkeit, von der Eltern und Kinder betroffen sind, zu beseitigen, ist staatlich geförderte Kin-

derbetreuung für alle Altersstufen auszubauen. Das muss der Schwerpunkt in den nächsten vier Jahren sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Grundsätzlich vertreten wir die Auffassung, dass Eltern die Wahlfreiheit zwischen institutioneller Betreuung, Betreuung im privaten Bereich wie Tagespflege oder -initiative und der Möglichkeit, ihre Kinder selber zu betreuen, haben müssen. Aus diesem Grunde treten wir für die Vielfalt der Betreuungsformen ein. Uns geht es darum, die gesellschaftliche Verantwortung für das Aufwachsen der Kinder politisch umzusetzen. Dafür sollte das Land auch weiterhin qualitative Zielvorgaben entwickeln.

Meine Damen und Herren, nutzen Sie die hessischen Erfahrungen und bauen Sie darauf auf. Versuchen Sie nicht, das Rad neu zu erfinden. Die hessische Kinderbetreuungslandschaft hat einiges zu bieten, auf dessen Grundlage weitergedacht und weiter gearbeitet werden kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren - das sage ich zum Schluss mit großer Sorge -, betrachten Sie die Kinderbetreuung nicht als Steinbruch für Ihre haushaltlichen Defizite. - Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Kollege Milde für die Fraktion der CDU.

Gottfried Milde (CDU):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Mütter und Väter in diesem Hause! Ich will gleich einmal auf den letzten Punkt eingehen, dass die Familienpolitik Steinbruch im Haushalt für die Sanierung anderer Posten sein könnte. Sie können ganz sicher sein, dass das nicht der Fall sein wird.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Ministerin hat es angekündigt!)

- Sie können ganz sicher sein, dass das in der Summe nicht der Fall sein wird.

Die Einleitung Ihres Antrages ist praktisch ein Originalzitat aus dem Bericht der Enquete-Kommission "Familienfreundliches Hessen".

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht verboten!)

Wir wollen einmal festhalten, dass dies die gemeinsame Basis für das Handeln der Familienpolitik in diesem Hause ist.

(Beifall bei der CDU)

In der Koalitionsvereinbarung von CDU und F.D.P. wurde die Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommission fest beschlossen. Insofern kann ich nur sagen, Sie haben eben mit vielen Bemerkungen im Prinzip aus unserem Herzen und für die Koalitionsvereinbarung gesprochen. Das ist ein Lob für unsere Koalitionsvereinbarung. Das freut mich auch.

(Beifall bei der CDU)

Insofern begrüße ich es, wenn die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jetzt Anträge im Sinne unserer Koalitions-

vereinbarung stellt. Wir sollten den Antrag deswegen zur weiteren Behandlung an den Ausschuss geben, denn darin sind wirklich einige nachdenkenswerte Ansätze enthalten.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum stimmen Sie nicht gleich zu?)

Wenn man sich inhaltlich damit auseinandersetzt, entnehme ich dem Antrag aber auch - dies zeigt die Tatsache, dass gerade auch Sie jetzt solche Anträge stellen -, dass die Enquete-Kommission dringend notwendig und geboten war. Ich möchte an der Stelle Karin Schmidt noch einmal in Erinnerung rufen und dafür danken, dass sie erkannt hat, dass es in der Familienpolitik in Hessen nicht so vorangegangen ist, wie es hätte sein müssen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben tolle Ergebnisse bekommen. Im Ergebnis dieser acht Jahre, die Sie in Hessen regiert haben und in denen Sie hätten handeln können, muss man feststellen, dass sich freie Träger zunehmend aus der Finanzierung von Kindergärten zurückgezogen haben, dass die Öffnungszeiten von Kindergärten nach wie vor unflexibel sind, dass die Kommunen über extrem hohe Betriebskosten der Betreuungseinrichtungen klagen. Ich habe die Bürgermeister in meinem Wahlkreis alle besucht, die mir dies bestätigt haben. Die Betriebserlaubnisverfahren sind zu kompliziert, und die Kommunen haben bei den Bemühungen um flexible Lösungen kaum Entscheidungsfreiheit und werden permanent gegängelt. Deshalb haben CDU und F.D.P. auch beschlossen, die Kindergartenträger bei den Betriebskosten weiter zu entlasten, Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und den Trägern bei der Gestaltung der Öffnungszeiten flexiblen Spielraum zu geben.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, von Familie und Erwerbstätigkeit herzustellen, ist für uns eine herausragende Aufgabe auch in der Landespolitik.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern tatsächlich die freie Wahl zwischen Familie oder Beruf zu ermöglichen eine wesentliche Aufgabe der Politik sein muss.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein Widerspruch!)

Hier ist die konsequente Weiterführung der durch die CDU/F.D.P.-Regierung in Bonn eingeführten Erziehungsgeldleistungen dringend geboten. Ein Familiengeld, oder wie immer man das am Ende nennen wird, würde übrigens auch viele Probleme in der Kinderbetreuung vor Ort lösen, zumindest die Finanzierung sicherstellen und die Vielfalt der Betreuungsangebote erhöhen.

Ich möchte aber noch kurz auf die einzelnen Forderungen Ihres Antrages eingehen. Sie sprechen von der Erweiterung von ausreichenden Öffnungszeiten; dies war zumindest in dem Ursprungsentwurf Ihres Antrages enthalten. Darüber gibt es keine Diskussion. Ja, wir wollen die historisch gewachsenen Angebotsstrukturen von Halbtagskindergärten zu flexiblen Öffnungszeiten hin entwickeln, die möglichst lange in Anspruch genommen werden können.

Es muss die Faustregel sein, je länger und flexibler die Öffnungszeiten sind, desto höher muss der Betriebskostenzuschuss sein.

Der Landesanteil an der Betriebskostenförderung soll erhöht werden. Hier sagen Sie, freie und kommunale Träger sollen gleichgestellt werden. Bisher ist es so, die freien Träger bekommen etwa 70 Millionen DM, die kommunalen

Träger etwas über 41 Millionen DM. Wir haben in der Koalitionsvereinbarung auch gesagt, dass nicht mehr benötigte Mittel für Investitionskosten in Betriebskostenförderungen umgeschichtet werden. Wir werden darüber diskutieren müssen, wie wir diese verteilen. Ich sage aber klipp und klar, wenn es uns gelingt, einen Sozialvertrag mit freien Trägern zu schließen, und wenn es uns gelingt, dass das wirklich unten bei den Kindern und den Trägern vor Ort ankommt, dann bedeutet dies eine massive Entlastung der Kommunen. Auch das darf man bei diesem Punkt nicht außer Acht lassen. Insofern bin ich sehr dafür, dass wir an diesem Sozialvertrag arbeiten, denn er wird die Kommunen eindeutig entlasten.

Sie reden vom "Sofortprogramm Kinderbetreuung". Hier stehen weiterhin 3 Millionen DM im Haushalt zur Verfügung.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stehen sie weiter drin? Ist das auch weiter der Fall?)

Sie stehen im Moment im Haushalt. Wir werden das Programm auch weiterführen. Man muss über das Programm an sich nachdenken. Trotzdem muss es weitergeführt werden, weil gerade die Eigeninitiative der Eltern ein unschätzbare Beitrag ist, der in der Familienpolitik in Hessen geleistet wird.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist auch ein gutes Programm!)

Sie reden von der Betreuung behinderter Kinder in Regeleinrichtungen und wollen, dass sie fortgeführt wird. Da sage ich klipp und klar, das muss sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Betreuung behinderter Kinder ist gesellschaftlich absolut sinnvoll - das steht außer Frage -, sofern es für die Betroffenen, jetzt rede ich einmal von den betroffenen behinderten Kindern, Sinn macht. Dies bedeutet einen hohen Betreuungsaufwand. Es macht keinen Sinn, ein behindertes Kind in einen Kindergarten zu setzen und es nicht anständig zu betreuen. Dann ist es in dieser Einrichtung falsch aufgehoben. Die Betreuung wird in jedem Fall fortgeführt. Über die Kosten dieser intensiven Betreuung wird man reden müssen. Man wird mit dem LWV, mit den kommunalen Spitzenverbänden und auch mit der freien Wohlfahrtspflege reden müssen.

Sie reden von dem Betriebserlaubnisverfahren, das vereinfacht werden soll. Ich sage Ihnen ganz deutlich, alle Diskussionen mit den Trägern vor Ort, mit den kommunalen und den freien, haben ergeben, dass dieses Betriebserlaubnisverfahren zu kompliziert ist. Es muss vom Landesjugendamt auf die örtliche Ebene verlagert werden, weil dort die Kenntnisse des individuellen Bedarfs am größten sind. Grundsätzlich muss man aber sagen, dass auf Erlaubnisverfahren für Kindertagesstätteneinrichtungen verzichtet werden könnte. Im Prinzip brauchen wir das nicht. Dagegen steht im Moment noch ein Bundesgesetz. Deswegen sage ich, solange dies im KJHG geregelt ist, muss man zunächst einmal so viel Entscheidungskompetenz wie möglich an die Kommunen geben und später ganz darauf verzichten, überhaupt eine solche Entscheidung herbeizuführen.

Sie reden dann von den Mindeststandards. Ich sage Ihnen, richtig ist, dass die bisherigen Kindertagesstättenrichtlinien die Träger gängeln und ersetzt werden müssen. Das ist überhaupt keine Frage. Darüber müssen wir Einigkeit ha-

ben. Grundsätzlich haben wir es aber in Hessen - nicht nur dort - in diesem Bereich mit zu vielen Standards zu tun. Insofern brauchen wir nicht mehr Standards, sondern weniger Standards. Ich erinnere gerne noch einmal an die Kleiderhaken.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach nein, das haben Sie bis heute nicht verstanden!)

Das ist nur ein Synonym für andere Dinge - ich werfe es Ihnen doch gar nicht vor -, die dort geregelt sind. Insofern sage ich, wir müssen nur die wenigen Eckdaten zur Personalbesetzung, Raumausstattung und Gruppenstärke regeln und den Rest den Entscheidungsträgern vor Ort überlassen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Was ist mit einer pädagogischen Ausbildung?)

- Darüber reden wir im Ausschuss. Da bin ich jetzt nicht dafür.

Ich komme nun zum pauschalen Fördersystem.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

- Ich bin nicht der Meinung, dass wir das als Mindeststandard bei unserem Hochschulsystem und bei unseren Ausbildungsrichtlinien, die wir haben, speziell regeln müssen. Aber wir können darüber reden. - Ich rede jetzt einmal von der Pauschale. Das pauschale Fördersystem ist grundsätzlich richtig. Ich möchte hier aber nur einschränkend sagen, ob wir das von 0 bis 14 Jahren oder von 0 bis 12 Jahren festlegen sollten, muss man in der Ausschussdiskussion noch entscheiden. Der Sozialvertrag mit den freien Trägern ist auch in diesem Bereich ein erster, wichtiger Schritt.

Ich möchte zum Schluss meiner Rede kommen und zusammenfassen: Eltern, Kinder, Kindergartenträger und alle, die damit zu tun haben, können sich über den Regierungswechsel in Hessen freuen. Frau Marlies Mosiek-Urbahn und Herr Roland Koch, die so einträchtig nebeneinander sitzen, werden zusammen mit F.D.P. und CDU dafür sorgen, dass Hessen ein familienfreundliches Land bleibt und dass das weiter entwickelt werden wird. - Ich danke Ihnen ganz herzlich.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kollegin Hartmann für die Fraktion der SPD.

Karin Hartmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag greift zwei wichtige Bereiche der künftigen Diskussion um die Kinderbetreuung auf. Zum einen ist das die Frage der Finanzierung, zum anderen die Frage nach der Entwicklung der Qualität. Ich bin erfreut, dass sich Herr Milde weitgehend den in dem Antrag formulierten Forderungen angeschlossen hat.

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN))

Das Thema Kinderbetreuung darf in der landespolitischen Diskussion nicht auf die Dimension reduziert werden, welcher Träger für wie viele Kinder wie viel Zuschuss erhalten kann. Ich finde es sehr erfreulich, dass Sie eindeutig erklärt haben, dass die Kinderbetreuung von Einsparungen ausgenommen werden soll. Denn ich bin der Ansicht, dass trotz

der Notwendigkeit von Sparmaßnahmen gewährleistet sein muss, dass die hier in Hessen bestehende, im Landesdurchschnitt hohe Qualität der Kinderbetreuung nicht schleichend ausgehöhlt werden darf. Wenn wir in anderen Bereichen über Verwaltungsvereinfachung und die Delegation der Aufgaben auf die untere Ebene reden und das dann auch auf die Kinderbetreuung anwenden wollen, werden wir nicht umhin kommen, mit der Festlegung von Mindeststandards eine Qualitätssicherung einzubauen. Diese Mindeststandards können sich aus meiner Sicht nicht nur auf die Gruppengröße beziehen. Vielmehr müssen diese Mindeststandards ganz zwingend eine Festlegung beinhalten, wie es mit der Ausbildung des Fachpersonals aussehen soll. So wird das auch von den Fachverbänden gefordert.

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann (SPD), Priska Hinz und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Festlegung, dass zumindest die erste Kraft in einer Gruppe eine ausgebildete Erzieherin sein muss, halte ich für eine notwendige Voraussetzung.

Wenn wir uns über die künftige Kinderpolitik unterhalten, dann gehört für mich unabdingbar dazu - das ist schon ausgeführt worden -, dass wir auch die erfolgreich praktizierte gemeinsame Betreuung von behinderten und nicht behinderten Kindern fortsetzen. Ebenso sollte das erfolgreiche Sofortprogramm fortgeführt werden.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, Sie führen doch die Diskussion um die Notwendigkeit einer Standardisierung im Bildungswesen. Wenn es Ihnen damit ernst ist und Sie im Bildungswesen Qualitätsverbesserungen erreichen wollen, dann werden Sie davon auch die Kindergärten nicht ausnehmen können. Die Kindergärten sind nach meiner Ansicht ebenso eine pädagogische Einrichtung, wie es auch die Schulen sind. Wenn ich hier Qualitätsstandards für Kindergärten fordere, dann geht es mir dabei nicht um formalistische Dinge. Sie nennen in diesem Zusammenhang immer wieder die Höhe der Kleiderhaken und Ähnliches. Mir geht es nicht um formalistische Dinge im baulichen oder brandschutztechnischen Bereich. Das kann genauso gut von anderen Institutionen überprüft werden. Vielmehr geht es mir um Mindeststandards, die sich auf das Personal und die Gruppengröße beziehen. Die Delegation der Aussprache der Betriebserlaubnis auf die untere Ebene und die Verlagerung dieser Aufgabe vom Landesjugendamt weg, hin auf die untere Ebene, halte ich für unproblematisch. Aus meiner Sicht wäre das tatsächlich eine wesentliche Erleichterung des Verfahrens zur Erteilung der Betriebserlaubnis, und es sollte angepackt werden.

Bereits im Kindergartenalter werden die wichtigsten Weichenstellungen für den künftigen Bildungsweg getroffen. Um Missverständnissen vorzubeugen, sage ich: Ich will keine Verschulung des Kindergartens. Ich will auch nicht, dass die Kindergärten in Vorschulen umfunktioniert werden. Aber ich will gewährleistet sehen, dass die hohe Qualität auch in Zukunft sichergestellt ist. Ich habe es vorhin schon einmal ausgeführt. Hierzu gehört einfach das Vorhandensein qualifizierten Fachpersonals. Dies muss ein Fachpersonal sein, das wirklich in der Lage ist, den Kindern sowohl durch Betreuung als auch mit Bildung und Erziehung den Erwerb einer sozialen Kompetenz und einer Sachkompetenz zu ermöglichen. Die Kinder sollen später als wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Bewältigung verschiedener Lebenssituationen die Möglichkeit haben, diese soziale Kompetenz und die Sachkompetenz auch anzuwenden.

Wenn wir uns über eine moderne Familienpolitik unterhalten, dann müssen wir uns auch für Überlegungen öffnen, wie sie in den Modellprojekten "Orte für Kinder" erfolgreich dargestellt wurden. Das wurde in den letzten vier Jahren auch im Ausschuss und in der Enquetekommission "Familienfreundliches Hessen" des Öfteren diskutiert. Ich denke, wir müssen in die Regelbetreuung die Elemente aufnehmen, die aus den Modellprojekten "Orte für Kinder" erfolgversprechend hervorgegangen sind. Das setzt aber voraus, dass wir auch eine Fachberatung haben, die Erzieherinnen und Erzieher dahin gehend qualifiziert, sich diesen Änderungen, dieser Öffnung hin zum Gemeinwesen zu stellen. An den vielen Orten, an denen diese Modellprojekte schon lange installiert sind, wird die Öffnung der Kindergärten auch erfolgreich betrieben. Das heißt, es ist dort die Regel, dass Kinder unter drei und über sechs Jahren in den Regeleinrichtungen mit betreut werden. Dort findet eine starke Kooperation mit den Grundschulen statt. Dies hat nicht zu einer Verschlechterung der Kinderbetreuung der Drei- bis Sechsjährigen geführt. Wenn wir diese Elemente in die Regelbetreuung einfließen lassen, wird sich dies mit Sicherheit belebend und qualitativ verbessernd auswirken.

Was die finanzielle Seite anbelangt, kann ich sagen, dass es eine Umfrage bei den Jugendämtern bezüglich des dringenden Umbau- und Modernisierungsbedarfs der bestehenden Betreuungseinrichtungen gibt. Diese Umfrage hat ergeben, dass, statistisch gesehen, zwar der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz umgesetzt ist, dass es aber noch die Notwendigkeit zu erheblichen Modernisierungen gibt. Wir sollten uns im Ausschuss auch darüber unterhalten, ob es nicht notwendig ist, auch in den nächsten Jahren noch ein bestimmtes Maß an investiven Mitteln bereit zu stellen, um die notwendigen Modernisierungsmaßnahmen finanzieren zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ebenso wie Sie halten wir die Inhalte des Antrags betreffend moderne Familienpolitik für diskussionswürdig im Fachausschuss. Denn damit wird nicht nur der Aspekt der Finanzierung, sondern auch der inhaltliche angesprochen. Wir hoffen, dass im Fachausschuss demnächst auch Klarheit darüber geschaffen wird, wer in den Sozialvertrag einbezogen werden soll. Aus den Äußerungen von Herrn Milde konnte ich eher schließen, dass alle freien Träger einbezogen werden sollen. Einem Pressebericht vom 16.06.1999 hingegen konnte ich entnehmen, dass sich der Herr Ministerpräsident eher einen Sozialvertrag mit den Kirchen vorstellt. Ich denke, den Trägern - vor allem den freien, nicht kirchlichen Trägern - muss so schnell wie möglich Sicherheit darüber gegeben werden, wie der Sozialvertrag aussehen soll.

Was die Struktur der Finanzierung angeht, halte ich die seitherige Finanzierung bezüglich der Betriebskosten für gerecht. Wenn die neue Landesregierung über das bestehende Maß hinaus eine weitere Privilegierung der freien Träger will, darf dies auf keinen Fall zu Lasten der Kommunen gehen.

(Beifall des Abg. Dieter Nolte (SPD))

Anders als in dem Antrag der GRÜNEN formuliert, halte ich eine Gleichstellung der kommunalen und freien Träger nicht für sinnvoll. Wenn der Gesamtbetrag nicht erhöht wird, ergäbe sich damit eine Verschlechterung für die freien Träger. Wenn es zu einer Gleichstellung der kommunalen und freien Träger kommen sollte, dann nach meiner Ansicht nur darüber, dass die freien Träger nicht herabgestuft

werden. Vielmehr sollten die Zuschüsse für die kommunalen Träger auf das Niveau der freien Träger angehoben werden.

(Gottfried Milde (CDU): Dann müssen Sie 30 Millionen DM extra aufbringen! Geben Sie mir die!)

Was die Struktur der Betriebskostenförderung anbelangt, sehe ich keine Notwendigkeit, eine Umverteilung vorzunehmen.

Die Träger erwarten eine verlässliche Finanzierung. Das ist das, was wir in den letzten acht Jahren gewährleistet haben, und das ist das Wichtigste für alle Träger, nicht nur für die freien.

Ich kann zusammenfassen, dass eine moderne Familienpolitik ein breites Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen voraussetzt, nicht nur für drei- bis sechsjährige, sondern auch für jüngere und ältere Kinder. Mit der Erfüllung des Rechtsanspruchs haben wir in den vergangenen Jahren eindeutige Prioritäten auf die Schaffung von Betreuungseinrichtungen für die Gruppe der Drei- bis Sechsjährigen gesetzt. Jetzt, nachdem der Rechtsanspruch verwirklicht ist, muss es darum gehen, die älteren und die jüngeren Kinder einzubeziehen, bestehende Strukturen zu vernetzen, auch Vernetzungen mit Grundschulen herzustellen. Es gibt genügend Projekte, wo das dargestellt ist.

Wenn wir uns mit den Begriffen Familienfreundlichkeit und Vereinbarung von Familie und Beruf brüsten, dann müssen wir auch bereit sein, hierfür die Rahmenbedingungen zu schaffen. Das setzt aus meiner Sicht auch ein Qualitätssicherungskonzept voraus, das sich an den veränderten Bedürfnissen der Familien zu orientieren hat. Das Allerwichtigste für Familienfreundlichkeit ist sicherlich ein Bewusstseinswandel, der sich noch in vielen Köpfen vollziehen muss, dass Kinderbetreuungskosten nicht ein notwendiges Übel sind, sondern ein wesentlicher Beitrag für die Sicherung der Zukunftschancen der künftigen Generationen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kollegin Henzler für die Fraktion der F.D.P.

Dorothea Henzler (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Schönhut-Keil, Sie müssen sich in den letzten acht Jahren in der Koalition mit der SPD unheimlich verbogen haben. Denn alles das, was Sie heute hier fordern und was auch in Ihrem Antrag steht, ist in den letzten vier Jahren von meiner Fraktion immer wieder vorgetragen worden und in Anträgen nachzulesen. Ich kann mich genau erinnern, meine allererste Rede in diesem Plenum beschäftigte sich mit unserem Antrag, die Regulierungen für Kindergärten und die Richtlinien von 1963 abzuschaffen bzw. zu verändern.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollen sie aber nicht abschaffen, das ist der Unterschied! Wir haben immer von Mindeststandards geredet!)

Damals haben Sie vehement dagegen gesprochen und gesagt, das sei alles wichtig. Heute bieten Sie einen Dialog an. Wir sollten wirklich in diesen Dialog eintreten und das alles ausführlich im Ausschuss diskutieren. Wir haben in

der Opposition immer gefordert, dass wir deregulieren, dass wir von den festen Vorschriften wegkommen. Wir haben das in der Koalition festgelegt, und wir werden es auch Schritt für Schritt umsetzen.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es kommt immer darauf an, auf welches Niveau man dereguliert!)

- Das Niveau ist bei uns, wie immer, sehr hoch.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Kollegin, geradezu schwindelerregend!)

Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz hat dazu geführt, dass auch in Hessen in sämtlichen Kommunen vehement Neubauten für Kindergärten und Kinderbetreuungseinrichtungen geschaffen worden sind. Ich möchte daran erinnern, dieser Rechtsanspruch hat nichts damit zu tun und ist nicht entstanden wegen irgendeines Gedankens der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist bei dem Thema entstanden, über das wir uns heute Morgen unterhalten haben, nämlich bei der Reform des § 218. Der kinderfreundliche und familienfreundliche Gedanke lag damals dem Bau der Kindergartenplätze gar nicht zugrunde.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir haben in Hessen sehr viele Kindergärten neu gebaut.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir gemacht!)

Im Nachhinein denke ich, man hat damals mehr Masse statt Klasse geschaffen und hat einfach nur gesagt - das ist jetzt kein Vorwurf an diese Regierung, sondern das ist in anderen Ländern auch geschehen -, zur Erfüllung dieses Rechtsanspruchs brauchen wir Kindergartenplätze, Kindergartenplätze, Kindergartenplätze. Man hat sich damals nicht überlegt, dass man diese neuen Einrichtungen vielleicht erstens platzsparender bauen könnte, zweitens vielfältiger bauen könnte und drittens hinterher auch ganz anders nutzen können müsste. Wenn heute neu gebaut wird, überlegen sich manche Kommunen schon, ob sie z.B. in einer Reihenhaussiedlung zwei Reihenhäuser zu einem Kindergarten umfunktionieren, die sie in späteren Jahren durch relativ einfache Umbauten zurück in Reihenhäuser verwandeln können. Oder man sieht zu, dass man Einrichtungen auch für Schulkinder nutzen kann, dass sie nicht von vornherein mit Vorschriften belegt und wirklich nur auf Kinder zwischen drei und sechs Jahren ausgerichtet sind.

Zum Zweiten hat man in diese Kindergärten nach Schema F in jeden Raum die gleichen Spielsachen, das gleiche Angebot und die gleiche zweite Etage eingezogen. Was macht man heute? Heute beginnt man, die Kindergärten leerzuräumen, und macht Versuche mit spielzeugfreien Kindergärten. Heute nimmt man Gruppen heraus und geht mit ihnen wochenlang in den Wald, um den Kindern ganz andere Möglichkeiten zu bieten und sie nicht mit dem riesigen Materialangebot totzuschlagen, das wir in den Kindergärten für sie bereithalten.

Insgesamt sollte man viel weniger Wert auf Raum und Ausstattung und meinetwegen auch auf Quadratmeter legen, dafür viel mehr Wert auf das Personal, die Qualität und die Fortbildung des Personals in den Einrichtungen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört für meine Begriffe auch ein zusätzlicher Anteil der Sonderpädagogik in der Ausbildung der Erzieherinnen,

um Früherkennung und Frühförderung viel früher durchführen zu können und um auch die Betreuung behinderter Kinder in Regelkindergärten auf das Niveau zu stellen, das sie eigentlich haben müsste, aber nicht hat.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will jetzt nichts mehr zu festen Öffnungszeiten und flexibleren Angeboten sagen. Sie wissen genau, die F.D.P. forciert ein Einkaufsmodell, das eben nicht feste Zeiten vorschreibt und nicht den Vormittag als Grundlage einer Kindergartenbetreuung ansieht, auf das man zusätzlich aufbauen kann. Wir sagen, die Eltern müssen nach Bedarf ihre Stunden einkaufen können.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie für das 24-Stunden-Modell?)

- Ich forciere immer noch das 24-Stunden-Modell, nicht Aufenthaltsdauer eines Kindes am Stück im Kindergarten, sondern Einkaufsmöglichkeiten für den Bedarf, wenn wirklich gearbeitet wird. Denn die Krankenschwester arbeitet nachts und muss auch irgendwann einmal die Möglichkeit haben, zu ihrem Kind ins Bett zu kriechen, wenn sie nach Hause kommt.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Wir werden in den nächsten vier Jahren hoffentlich ein solches Modellprojekt in Hessen verwirklichen können, an dem man einmal sehen kann, was moderne Kinderbetreuung wirklich ist. Wir müssen aber auch eine Qualitätsoffensive in der Pädagogik des Kindergartens bekommen, in der Ausbildung der Erzieherinnen. Das Thema Früherkennung und Frühförderung habe ich schon angesprochen. Die Aufgabe der Erzieherinnen muss wieder verstärkt in dem liegen, was ihr Name besagt, sie müssen die Kinder auch erziehen. Das Problem tritt heute in den Schulen auf, obwohl die Kinder schon drei Jahre lang im Kindergarten waren und in der Gruppe zumindest gelernt haben sollten, wie das Sozialverhalten und der Umgang mit anderen auch auf verbaler Ebene ohne Aggression und ohne Gewalt funktionieren. Da hat die Kinderbetreuung vor der Schule eine viel größere Aufgabe zu übernehmen, als wir sie heute noch sehen. Betreuung allein kann es nicht mehr sein, es müssen schlicht und ergreifend auch Prägung und Bildung sein.

(Beifall bei der F.D.P.)

Bei Kindern müssen in der Zeit des Kindergartens erheblich mehr Fähigkeiten geweckt werden. Man beginnt dies jetzt; ich habe vorhin den spielzeugfreien Kindergarten erwähnt. Eltern beobachten dies sehr deutlich. Wenn Kinder diesen Versuch mitgemacht haben, beginnen sie plötzlich, zu Hause viel mehr zu sprechen. Sie treten in den Dialog mit den Eltern ein. Sie sind selbstbewusster, weil sie sich plötzlich auch verbal viel besser verständigen können. Das ist eine Entwicklung von Fähigkeiten nach dem Prinzip "Kinder stark machen", die uns auch in der Prävention und hinterher in der Drogenpolitik sehr viel Arbeit abnehmen wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

Zum Zweiten liegen bei Kindern im Kindergarten viele Fähigkeiten brach, die man gerade in dem Alter rein spielerisch ausprägen könnte. Bei uns in Oberursel gibt es einen Versuch "Französisch im Kindergarten", der unheimlich erfolgreich läuft. Die Kinder fahren, noch bevor sie zur Schule gehen, zum Austausch nach Frankreich zu Familien, und das mit fünf bis sechs Jahren. Dadurch, dass sie

in ein fremdes Land gehen, werden die Kinder selbstständiger. Dies ist eine Anforderung, die die Kinder mit Bravour bewältigen und die ihnen unheimlich viel Spaß macht. Dazu gehört auch ein Stück weit gespielter Umgang mit Technik, insbesondere für Mädchen, dass man nicht nur die Puppenecke nimmt, sondern auch den Legoteppich, dass man einmal das eine wegnimmt, damit man sich zwangsweise mit dem anderen beschäftigen muss. Auch das erste Heranführen an Bücher und vielleicht sogar ein bisschen Buchstabenerkennen könnten im Kindergarten viel früher geschehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das sind nur einige Gedanken, über die wir uns intensiv im Ausschuss unterhalten sollten. Wir sollten das alles in den nächsten vier Jahren in Ruhe umsetzen. Familienpolitik in Hessen sollte modern, zukunftsorientiert sein und wirklich den Bedürfnissen von Vätern und Müttern angepasst werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Sozialministerin Mosiek-Urbahn.

Marlies Mosiek-Urbahn, Sozialministerin:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich mir den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anschau, dann frage ich mich in vielen Punkten, warum sie das nicht selbst verwirklicht haben. Es handelt sich in vielen Punkten genau um unser Koalitionsprogramm.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In anderen Punkten gibt es durchaus Abweichungen. Ich möchte jetzt nicht auf alle Einzelheiten eingehen, zumal die Abgeordneten Milde und Henzler dies getan haben. Mir kommt es auf etwas anderes an. Mir ist wichtig, dass wir Familienpolitik nicht nur unter den bis jetzt angerissenen Aspekten diskutieren, sondern dass wir Familienpolitik sehr viel komplexer unter drei Aspekten diskutieren.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann erklären Sie es doch einmal!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Ministerin, ich darf Sie um eine kurze Unterbrechung bitten, damit ich zwei Gäste auf unserer Tribüne begrüßen kann: Herrn Chris Cramer. Herr Chris Cramer ist Präsident von CNN International.

(Allgemeiner Beifall)

Er wird begleitet von Frau Angelika Bergmann. Sie ist Vice President und Director Germany and Austria für Turner Broadcasting System.

(Allgemeiner Beifall)

Beide sind Gäste des Landtages und der Landesregierung, weil heute das Büro von CNN in Frankfurt eröffnet wird. Damit ist Deutschland das zweite Land nach den USA, das zwei solche CNN-Büros hat. Wir sind ein Stück weiter auf dem Weg in eine Mediengesellschaft in Hessen.

(Zuruf von der SPD: Jetzt müssen wir nur noch Englisch lernen!)

Marlies Mosiek-Urbahn, Sozialministerin:

Als Familienministerin geht es mir darum, auf der Grundlage eines komplexen Ansatzes Hessen zu einem familien- und kinderfreundlichen Land zu machen. Die Lebensbedingungen für Kinder und Familien müssen dringend verbessert werden. Die Landespolitik muss bis hin zur Ebene der Landkreise, der Städte und der Gemeinden ein umfassendes Verständnis für Familienfreundlichkeit als Leitgedanken für alle Entscheidungen und Angebote entwickeln.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Machen Sie es doch einmal ein bisschen konkreter!)

Aufgabe der Politik wird sein, materielle und immaterielle Hemmnisse abzubauen, damit sich junge Menschen für Kinder entscheiden und in ihrer Lebensplanung nicht deshalb zurückstehen müssen, weil die gesellschaftlichen Bedingungen kinderfeindlich sind.

(Beifall bei der CDU - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt das ganz genau?)

Deshalb möchte ich Familienpolitik unter drei Aspekten diskutieren.

Der erste Aspekt ist der Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darunter fallen all die Punkte, die sich einerseits mit Vereinbarkeit von Familie und Beruf befassen, was die Bedingungen des Arbeitsmarktes betrifft, all die Umstände, die es ermöglichen müssten, dass sich Eltern partnerschaftlich ihre Aufgaben in Familie und Beruf teilen können. Auf der anderen Seite steht der Bereich, der sich damit befasst, dass ein flexibles Betreuungsangebot der Kinder immer dann, wenn es erforderlich ist, deckend gegeben ist.

(Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der zweite Aspekt betrifft die finanzielle Sicherheit und die finanzielle Sicherstellung für die Familie. Stichworte sind: Kindergeld, Steuerfreibeträge, Ehegattensplitting, Familiengeld, Familiengehalt, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu dem Familienlastenausgleich und alle damit zusammenhängenden Themen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das regeln Sie alles hier in Hessen, ja?)

Aber das ist nur der zweite Aspekt. Der dritte Aspekt ist mir besonders wichtig, und zwar ist das der Weg zu einem kinderfreundlichen Klima. Wir wollen in unserem Land eine Veränderung dieses Klimas erreichen. Kinder dürfen nicht zu lästigen Anhängseln unserer Gesellschaft verkümmern, sondern ihnen muss unsere gesamte Fürsorge zuteil werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Machen wir eine Hauswurfsendung? So viele Plattheiten aneinander gereiht!)

Denn Kinder, auch wenn es eine Binsenweisheit ist, sind und bleiben die Zukunft unseres Landes. Deswegen müssen wir alles investieren, was notwendig und sinnvoll ist, um ihnen nicht nur eine unbekümmerte und unbeschwerte Kindheit zu ermöglichen, sondern um ihnen auch eine gesunde Basis für ihr späteres Leben zu legen.

Kinder machen Freude.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht immer, nur meistens!)

Sie sind eine Bereicherung des Lebens.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Unter diesem Aspekt müssen wir Familienpolitik neu definieren. Diese Neudefinition geht mit einer politischen und gesellschaftlichen Klimaveränderung einher, die wir in der Praxis durch konkrete Maßnahmen umsetzen wollen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das sind jetzt konkret welche Maßnahmen?)

Das Ziel der Hessischen Landesregierung lautet daher: Kinder sind in Hessen überall erwünscht und überall und zu jeder Zeit willkommen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut, jetzt aber Schluss mit diesen allgemeinen Dingen, jetzt werden Sie konkret!)

Dabei geht es um die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und Familien im Wohnungsbau, die Steigerung der Attraktivität des Wohnumfeldes und all die vielen Punkte, die zum Teil in dem Bericht der Enquetekommission Familie zusammengetragen worden sind.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie machen Sie es denn?)

Das wird unsere Grundlage sein. An ihr werden wir anknüpfen und für ein verbessertes Familienklima in Hessen sorgen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war alles? - Lachen der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sind sprachlos vor Staunen! - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ist doch schön!)

Ich schließe die Aussprache.

(Zurufe von der SPD)

- Wer möchte? Ja, hier vorne ist die Front, auch für die Herren der Schöpfung. Vite, vite. Sind wir uns einig über Überweisung, oder muss ich gongen? - Ja.

Das Wort hat Herr Abg. Nolte für die SPD-Fraktion.

Dieter Nolte (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich nicht gemeldet, weil ich noch etwas Neues oder etwas Grundsätzliches zum Thema sagen möchte.

(Stefan Grüttner (CDU): Das wissen wir ja! Das wäre auch ganz neu! - Zuruf von der CDU: Sondern?)

Ich möchte nur meiner Freude Ausdruck verleihen, dass wir über die Fraktionen hinweg bei diesem Thema so viel Übereinstimmung und so viel guten Willen zeigen.

(Zuruf der Abg. Dorothea Henzler (F.D.P.))

Ich werde natürlich das, was Frau Henzler und Herr Kollege Milde heute gesagt haben, vergrößern und bei mir tra-

gen und immer angucken, wenn es in den nächsten Wochen und Monaten darum geht, das umzusetzen.

(Lachen bei der CDU)

Ich werde es Ihnen vorhalten und sagen: Das haben Sie zugesagt.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ja!)

Ich freue mich darauf, dass wir an dieser Stelle dann hoffentlich etwas Gutes für die Familien und für die Kinder im Hessenland hinkriegen - tatsächlich.

Auf einzelne Aussagen, denke ich - wir wollen es kurz halten -, können wir im Ausschuss noch einmal zurückkommen. Nur, Frau Ministerin, ich will es wieder ein bisschen salopp sagen: Trotz Instruktionen durch Ihren Ministerpräsidenten und der Hilfe aus dem Odenwaldkreis für Frau Velte ist es bei der Ankündigung eines besseren Klimas geblieben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Konkretes habe ich leider nicht erfahren, was aus Ihrem Hause kommen sollte. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Hat noch einer einen Wortmeldezettel in der Hinterhand? - Nein.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Dann kommen wir zum Schluss der Aussprache und zur Abstimmung. Beantragt wurde, diesen Antrag Drucks. 15/130 an den Sozialpolitischen Ausschuss zu überweisen. - Dem stimmen alle zu. Dann ist das einstimmig beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend erleichterte Gründung von Handwerksbetrieben - Drucks. 15/205 -

Vereinbart wurde eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion. Wer wünscht das Wort? - Herr Kollege von Plottnitz für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Jetzt kommt die Handwerkersitzung! - Clemens Reif (CDU): Ich dachte, Sie seien ein Mundwerker! - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Kopfwerker!)

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jawohl, es ist mir eine Ehre und ein Vergnügen, hier in Fragen des Handwerks das Wort ergreifen zu dürfen,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zumal das Thema, um das es geht, ebenso wie das Thema, das wir gerade debattiert haben, vom Ansatz her eigentlich auch alle Chancen auf Konsensfähigkeit haben müsste. Worum geht es? - Es gibt bekanntlich in Fragen der Selbstständigkeit und der Existenzgründung in der Bundesrepublik manch alte, zugegebenerweise auch manch neue Zöpfe, die dem Richtigen den Weg versperren. Über manches neue Zöpfchen haben wir uns unlängst im Zusammenhang mit der Frage der Scheinselbstständigkeit unterhalten

können. Auch da waren wir uns einig, dass in Einzelbereichen und Einzelregelungen Dinge verbessert werden müssten,

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

gerade deswegen, weil sie der Existenzgründung und der Selbstständigkeit im Lande im Wege stehen könnten. Allerdings gibt es einen uralten Zopf, der immer noch das Sagen hat und der bis dato auf erstaunlich viele Verteidigerinnen und Verteidiger im politischen Bereich stößt. Was meine ich? - Ich meine die Regelung, dass sich in der Bundesrepublik nur derjenige im Bereich des Handwerks selbstständig niederlassen kann, der über einen Meisterbrief verfügt. Diese Regelung, die in der Tat ein gewaltiges Hemmnis für Selbstständigkeit und Existenzgründungen ist, wird von Leuten in der Bundesrepublik nach wie vor verteidigt, die ansonsten in allererster Reihe zu stehen wünschen, wenn es um den Anspruch der Deregulierung geht. Da gibt es bekanntlich Menschen, die z.B. die Sicherheitsvorkehrungen im Atomgesetz für ein Standorthemmnis und für einen Ausdruck von blindem Regulierungswahn halten.

(Widerspruch bei der CDU - Zurufe der Abg. Norbert Kartmann und Inge Velte (CDU))

- Ja, so etwas gibt es. Frau Velte, ich habe nicht gesagt, dass Sie dazu gehören. Dass Sie für strikte Regelungen im Atomgesetz sind, das will ich gar nicht bestreiten. Aber es gab doch in den Reihen der F.D.P. einmal einen Bundeswirtschaftsminister namens Rexrodt, und der hat z.B. in Fragen der Sicherheit im Umgang mit Atomunternehmen allergrößten libertären Maßstäben das Wort geredet. Wenn es allerdings um die Frage der Selbstständigkeit im Bereich des Handwerks geht, dann hat er sich strikt geweigert, irgendetwas zur Erleichterung der Existenzgründungen zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht nur das. - Herr Hahn, hören Sie zu, es geht um Ihre Mannen, nicht um Ihre Frauen, aber um Ihre Mannen. - Dieser Wirtschaftsminister hat sich nicht nur geweigert, irgendetwas zu unternehmen, um Existenzgründungen und Selbstständigkeit im Bereich des Handwerks zu erleichtern - indem er eben einen alten Zopf abschneidet -, nein, er ist in der vergangenen Legislaturperiode in Bonn hergegangen und hat sogar nach neuen Ausbildungsberufen in bestimmten Technologiebereichen gerufen, um auch dort im Zweifel für weniger Selbstständigkeit und Existenzgründung zu sorgen, als dies nach derzeitiger Rechtslage schon möglich ist.

Meine Damen und Herren, das sollte geändert werden, das muss geändert werden - schon aus einem ganz simplen Grund, der etwas mit Gerechtigkeitsüberlegungen zu tun hat. Wenn Sie sich einmal in der Europäischen Union umsehen, dann werden Sie feststellen, dass mit Ausnahme von Österreich nur noch die Bundesrepublik über derart alte, im doppelten Sinn des Wortes zünftige Regelungen verfügt.

(Zurufe von der CDU: Na, na, na!)

die besagen, dass im Land derjenige nicht selbstständig werden kann, der nicht über einen Meisterbrief verfügt. Alenthalben geht es hier liberaler und deregulierter zu. Die Folge davon ist, dass z.B. ein Franzose, ein Spanier oder ein Niederländer, aber auch ein Schwede, der "nur" ein Geselle ist, in die Bundesrepublik kommen kann, sich hier mit einem Handwerksbetrieb selbstständig machen kann und damit etwas tun kann, was seinem deutschen Kollegen verwehrt ist. Das ist nicht sonderlich gerecht, und das sollte

auch im Sinne einer europäischen Harmonisierung von der Bundesrepublik aus beseitigt werden, damit diejenigen, die in der Bundesrepublik jetzt schon darüber nachdenken, ob sie sich nicht als Gesellen in Frankreich niederlassen, um dann in Rheinland-Pfalz einen Handwerksbetrieb aufmachen zu können, gar nicht mehr solche Umwege gehen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Meine Damen und Herren, mir ist vorhin gesagt worden, dass mit Rücksicht auf den letzten Tag vor der Sommerpause vom Präsidenten ein Wettstreit in der Kürze von Redebeiträgen angeregt worden sein soll. Ich halte mich daran.

(Clemens Reif (CDU): Sehr gut!)

Ich fordere Sie auf: Unterstützen Sie die Bemühungen, die jetzt in Bonn auf den Weg gebracht werden sollen, diesen alten Zopf hier abzuschneiden. Haben Sie da Mut. Machen Sie endlich einmal Ernst mit Ihrem Selbstanspruch, dort wo es bei Fragen der Deregulierung sinnvoll ist. - Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich danke Ihnen besonders dafür, Herr Kollege von Plottnitz, dass Dinge, die der Präsident nur insgeheim erhofft und kaum auszusprechen wagt, von Ihnen so aufgenommen werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt da eine Vermittlung!)

Das Wort hat Herr Kollege Boddenberg für die Fraktion der CDU.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt bin ich einmal gespannt, was die Deregulierer machen!)

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass Herr Clauss wieder hier vorne sitzt.

(Armin Clauss (SPD): Ich war die ganze Zeit da!)

- Ich habe Sie gesehen, Sie haben nur nicht hier vorne gegessen, Herr Clauss. - Ich möchte Sie ausdrücklich für einen Satz oder für ein Thema loben, das Sie heute Morgen in der Haushaltsdebatte angeführt haben. Sie haben nämlich die Meisterprüfung auch für Landesregierungen gefordert und damit den Stellenwert der Meisterprüfung enorm aufgewertet. Herr Clauss, ich wünsche mir, das würde an anderer Stelle auch passieren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Ich darf Ihnen versichern, dass der juristische Terminus Meisterprüfung, großer Befähigungsnachweis, mit Sicherheit von dieser neuen Landesregierung eines Tages auch abgelegt werden wird

(Armin Clauss (SPD): Eines Tages?)

und schon abgelegt worden ist. Ich erinnere mich an eine ganze Reihe von Themen, die wir heute Morgen im Zusammenhang mit der Bundespolitik diskutiert haben. - Herr Clauss, lachen Sie nur. - Ich erinnere mich auch daran, dass

Sie in Ihrem seinerzeitigen Koalitionspapier - das ist das Papier, das nicht nur die GRÜNEN, die heute mit dem Antrag kommen, sondern auch die SPD unterschrieben haben - schon in diese völlig falsche Richtung tendieren. Dort fordern Sie, dass eine Meisterprüfung zukünftig nicht mehr grundlegende Voraussetzung für die Selbstständigkeit sein soll, sondern im Verlauf von zehn Jahren absolviert werden kann und dass dann auch noch Ausnahmetatbestände dazu führen können, dass diese Zehnjahresfrist nicht eingehalten wird.

Eigentlich will ich jetzt nicht in den gleichen Zynismus verfallen, den Sie wahrscheinlich in den letzten Wochen und Monaten schon öfter gehört haben. Aber nach dem, was Herr von Plottnitz eben angesprochen hat, fällt mir ein - ich glaube, Herr von Plottnitz, Sie sind von Hause aus Jurist -, vielleicht denken wir einmal darüber nach, auf Staatsexamina bei Juristen zu verzichten und es ihnen anheim zu stellen, das freiwillig zu absolvieren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der ehemalige Justizminister ist dagegen Sturm gelaufen!)

Wenn Sie also deregulieren wollen, dann müssen wir über eine ganze Reihe von Bereichen reden, lieber Herr von Plottnitz, und nicht nur immer über den gleichen Bereich, über das Handwerk.

Präsident Klaus Peter Möller:

Lassen Sie eine Frage von Herrn von Plottnitz zu?

Michael Boddenberg (CDU):

Nein, ich lasse keine Fragen zu.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Angsthase!)

- Herr Müller, warten Sie ab, Sie dürfen dann gleich noch eine Frage stellen. - Ich komme zu dem, was der Bundeskanzler gesagt hat: "Wir haben verstanden." Ich frage mich, wen oder was Sie verstanden haben. Ich komme dazu, weil auf die Frage: "Wer ist denn eigentlich die neue Mitte?" von den Kabinettsmitgliedern nicht einer eine vernünftige Antwort liefern kann. Ich stelle nur eines fest: Das Handwerk scheint nicht dazu zu gehören.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bringen Sie doch einmal ein Sachargument, eines nur!)

- Herr Kaufmann, ich komme mit Sachargumenten, aber es gibt keine Sachargumente, die vonseiten der GRÜNEN vorgetragen wurden.

(Beifall bei der CDU)

Die Menschen in diesem Land erwarten von der neuen Bundesregierung nicht etwa, dass sie verunsichert, dass sie in bewährte Teile dieser in Deutschland funktionierenden Wirtschaft eingreift. Ich stelle fest, dass die Menschen klare politische Ziele und übersichtliche Politik einfordern, zu Recht einfordern. Ich stelle auch fest, dass Hunderttausende Beschäftigte im Handwerk und Hunderttausende Auszubildende im Handwerk kein Verständnis dafür haben, dass Sie dem Handwerk die Basis für seine handwerkliche Existenz nehmen wollen.

(Beifall bei der CDU - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist so ein Quatsch! Das Gegenteil ist richtig!)

Alles, was wir bisher von Ihnen gehört haben, dient keineswegs der Förderung des Wettbewerbs, sondern es ist dazu da, um bestehende Existenzen zu vernichten.

Da gibt es den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Clauss, der in den letzten Wochen wiederholt in der Presse davon gesprochen hat, der Meisterbrief sei ein Markthemmnis, verhindere Existenzgründungen und gefährde damit Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, es ist eine unwiderlegbare Tatsache, dass gerade von Meistern geführte Handwerksbetriebe weit über 30% niedrigere Insolvenzquoten aufweisen, als das Betriebe gleicher Größe tun, die nicht von Meistern geführt werden. Wir reden deswegen über sichere Arbeitsplätze im Handwerk, weil eine Meisterprüfung die Qualifikation in fachlicher wie auch in betriebswirtschaftlicher Hinsicht vermittelt, die an anderer Stelle nicht stattfindet.

Wir reden über eine Ausbildungsleistung des Handwerks mit nahezu 40% aller Auszubildenden in der Republik, die es nur deswegen gibt, weil Handwerksmeister in ihrem Curriculum der Meisterprüfung nicht nur fachlich-pädagogisch zum Ausbilder ausgebildet werden, sondern auch gesellschaftspolitisch sensibilisiert werden und über Kammer- und sonstige berufsverbandliche Organisationen ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung nachkommen. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass der Jung-Geselle, der in die Selbstständigkeit geht, bereit ist, eine gleiche Verantwortung zu übernehmen, wie das der Handwerksmeister tut, der über Wochen und Monate, teilweise über Jahre, sich mit diesen Fragen auseinander gesetzt hat.

Herr Clauss, ich bitte auch Sie, zukünftig nicht darum heruzureden: Wir reden nicht über die Auflösung einzelner Teilbereiche, wir reden hier über die Abschaffung der Meisterprüfung - sagen Sie das doch bitte.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

Wir reden über die Abschaffung der Meisterprüfung insofern, als Sie heute mit dieser Thematik, die Sie seit Jahren wachhalten, jungen Menschen das Signal geben: Handwerkliche meisterliche Qualifikationen werden zukünftig nicht mehr bewertet und von unserer Gesellschaft nicht mehr in dem Maße geachtet, wie das heute der Fall ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Herr von Plottnitz, jetzt fangen Sie an, einzelne Berufe herauszugreifen.

(Armin Clauss (SPD): Das stimmt doch alles gar nicht! - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie lesen?)

Präsident Klaus Peter Möller:

Lassen Sie jetzt eine Frage zu?

Michael Boddenberg (CDU):

Nein. - Ich kenne nicht einen einzigen Handwerksberuf, dem ich weniger Verantwortung und - sagen wir es ruhig negativ - weniger Risikopotenzial zuordne als anderen Berufen im Handwerk. Es gibt keinen handwerklichen Beruf, den ich innerhalb der heute vorhandenen Berufsbilder, die in der Anlage A angesprochen sind, in seiner Qualität nicht beeinträchtigt sehe.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die so genannten Sitzmeister gibt es nicht?)

Präsident Klaus Peter Möller:

An sich hat der Redner gesagt, dass er keine Frage zulässt. Oder wollen Sie jetzt doch eine zulassen?

(Michael Boddenberg (CDU): Doch, eine Frage lasse ich zu!)

Eine Frage des Herrn von Plottnitz.

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Kollege. - Herr Kollege, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es uns mitnichten um die Abschaffung der Meisterprüfung geht, sondern lediglich um die Beseitigung der Voraussetzung der Meisterprüfung für die Selbstständigkeit und Existenzgründung? Das ist etwas völlig anderes, und das scheint an Ihnen vorbei gegangen zu sein.

Michael Boddenberg (CDU):

Sehr geehrter Herr von Plottnitz, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie einigermaßen naiv sind,

(Beifall bei der CDU - Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn Sie erwarten, dass eine gleich große Zahl junger Menschen den Weg der Qualifikation und der Prüfungsvorbereitung - die auch Geld kostet - beschreiten wird, wenn es auch auf anderem Weg geht. Sie reden weiterhin um den heißen Brei herum. Das Signal ist eindeutig, und deshalb können Sie uns nicht von unserem Weg ablenken.

Ich will noch etwas anderes ansprechen. Sie haben den internationalen Wettbewerb thematisiert. Sie haben angedeutet, dass in anderen Ländern der Meisterbrief nicht Voraussetzung sei, ein Geschäft zu eröffnen. Ich sage Ihnen: Eine Meister-Qualifikation gab es in den anderen EU-Ländern nie. Im Gegenteil, in anderen Ländern, z. B. in Frankreich, macht man sich Gedanken darüber, ob man nicht einen ähnlichen Weg einschlagen solle wie in Deutschland. Ich besuche möglicherweise häufiger als Sie internationale Kongresse, auf denen darüber gesprochen wird, welche Vorteile die Handwerksordnung in der Form, die heute in der Bundesrepublik gilt, hat. Das erkennen die Franzosen, die Österreicher - die eine ähnliche Handwerksordnung haben - und auch die Holländer an. Die Einzigen, die sich absolut weigern, darüber auch nur zu reden, sind die Briten.

Dieser Vergleich hinkt also. Er hinkt allein schon deswegen, weil eindeutig belegt ist, dass in keinem anderen Land der Europäischen Union in den vergangenen 30 Jahren derart viele handwerkliche Betriebe gegründet wurden wie in der Bundesrepublik. Er hinkt auch deshalb, weil die Jugendarbeitslosigkeit in keinem anderen europäischen Land so gering ist wie in der Bundesrepublik, obgleich sie natürlich immer noch zu hoch ist. Das sind Erfolge, die nach wie vor u. a. darauf beruhen, dass das Handwerk bestimmten Verpflichtungen nachkommt und dass die Meisterprüfung auf junge Leute als ein Aufbruchssignal wirkt, in die Selbstständigkeit zu gehen.

Reden wir über einen weiteren Aspekt, nämlich die qualitativen Merkmale, die mit einem Meisterbrief verbunden sind. Da ich nun einmal aus der Nahrungsmittelwirtschaft

komme, erinnere ich mich sehr gut an Ihre aufgebrachten Schreie in der letzten Woche, als es um die Verurteilung des belgischen Dioxinskandals ging. Herr von Plottnitz, nennen Sie mir einen einzigen Fall dieser Art, der jemals in einem deutschen Handwerksbetrieb passiert ist. Sie beklagen auf der einen Seite die Massentierhaltung, ungenügende Kontrollmöglichkeiten bei der Nahrungsmittelerzeugung und das Verhalten der Großindustrie, ihren Lobbyismus in der Politik. Auf der anderen Seite machen Sie aber die kleinen Betriebe kaputt, indem Sie falsche Signale geben. Herr von Plottnitz, entwickeln Sie bitte eine etwas sensiblere Ader gegenüber den Mittelständlern in dieser Republik.

(Beifall bei der CDU)

Herr von Plottnitz, auch außerhalb des Handwerks und außerhalb der CDU gibt es Menschen, die sich mit dem Sinn und Zweck von Meisterprüfungen beschäftigen. So hat sich z. B. das Institut für Wirtschaftsforschung in Essen in einem Gutachten intensiv mit dieser Frage beschäftigt. In dem Gutachten kommt das Institut zu dem Schluss, dass wir mit der Abschaffung des großen Befähigungsnachweises wenig gewinnen, aber vieles verlieren würden.

Ich appelliere an Sie, diese Diskussion einzustellen. Es ist nicht etwa so, dass wir nicht bereit wären, strukturelle Änderungen vorzunehmen. Die Handwerksordnung ist seit 1953 19 Mal geändert worden.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege, Sie müssten zum Schluss kommen.

Michael Boddenberg (CDU):

Wir haben vor wenigen Jahren eine Änderung vorgenommen, die zugegebenermaßen viele festgefahrene Pfade innerhalb der Handwerksorganisation beseitigt hat. Zurzeit herrscht weithin eine große Zufriedenheit. Das Handwerk ist ein stabiler Faktor der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, zurzeit leider der einzige stabile Faktor.

Geben Sie keine falschen Signale. Hören Sie auf, jungen Menschen zu sagen, dass sie sich in diesem Bereich nicht mehr qualifizieren müssen. Beenden Sie die Diskussion über dieses Thema. Sie haben keinen einzigen konstruktiven Vorschlag eingebracht. Sie haben weder die Frage beantwortet, ob man ausschließen kann, dass durch die Abschaffung der Meisterprüfung die Qualifikation der Handwerker beeinträchtigt wird - ich sage Ihnen, sie würde beeinträchtigt, weil uns eines Tages in den mittelständischen Unternehmen an allen Ecken und Enden die Fachleute fehlen würden -, noch haben Sie die Frage beantwortet, wie man mit den zukünftig höheren Insolvenzquoten umgehen sollte. Sie sollten besser über andere, viel wichtigere Themen diskutieren - das sage ich auch im Anschluss an das, was wir heute Morgen diskutiert haben -, nämlich darüber, wie wir mit tatsächlichen steuerlichen Entlastungen den Mittelstand in dieser Republik wieder dorthin bringen, wo er hingehört.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Kollege Riege für die Fraktion der SPD.

Bernd Riege (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Boddenberg, selbst wenn man all das unterschriebe, was Sie hier vorgetragen haben, dann änderte das nichts an den Absurditäten, die der Kollege von Plottnitz geschildert hat, und auch nichts an den Zuständen auf den Baustellen, wo Sub-Sub-Subunternehmer mit Mitarbeitern irgendwelcher Handwerksbetriebe aus irgendeiner Ecke Europas zugange sind und deutschen Handwerkern erhebliche Probleme machen. Dazu haben Sie nichts gesagt.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Darüber muss aber geredet werden. Es ist völlig klar, dass die Meisterprüfung nicht abgeschafft werden muss. Das ist auch die Auffassung der jetzigen Bundesregierung. Das steht nicht nur in der Koalitionsvereinbarung. Damit das niemand in Zweifel ziehen kann, lese ich die entsprechende Passage wörtlich vor.

Sie wird die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für Mittelstand, Handwerk und Existenzgründungen, für Freiberufler und Selbstständige verbessern. ... Der große Befähigungsnachweis bleibt Voraussetzung für die Selbstständigkeit im Handwerk.

Das steht in der Koalitionsvereinbarung, und das nehme ich zunächst einmal zur Kenntnis, nicht zuletzt deshalb, weil der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Dr. Tacke, am 20. Mai dieses Jahres Folgendes bekräftigt hat:

Die Meisterprüfung trägt wesentlich dazu bei, dass sich das Handwerk als ein stabiler Wirtschaftsbereich erweist und uns anerkannt hohe Ausbildungsleistungen bringt.

Daher ist auch in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, dass der große Befähigungsnachweis als Voraussetzung für die Selbstständigkeit im Handwerk erhalten bleibt.

Die Handwerksordnung ist vor gar nicht allzu langer Zeit novelliert worden. F.D.P. und CDU haben den Zustand herbeigeführt, den wir jetzt beklagen, beispielsweise die Absurdität, dass Bürger anderer EU-Staaten auch ohne Meisterbrief einen Betrieb eröffnen können, während das Deutsche nicht können, und auf den Baustellen ein Durcheinander herrscht, wie es das früher nicht gegeben hat. Diesen Problemen müssen wir uns stellen.

Speziell an Ihre Adresse sagt ich: Die Äußerung von Zweifeln daran, dass die Bundes-SPD den großen Befähigungsnachweis erhalten will, dient ausschließlich der Profilierung anderer Parteien und sonst niemandem.

Eine sachbezogene Betrachtung kann nicht ignorieren, dass die Monopolkommission der EU im Sommer 1998 - wie schon 1991 - die deutsche Meisterprüfung als Voraussetzung für die Zulassung zur Führung eines Handwerksbetriebs kritisiert und gesagt hat, dieses Erfordernis stelle einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in die Wettbewerbsfreiheit dar. Diesem Votum für einen deutlich erleichterten Zugang zur Gewerbeausübung im Handwerk haben sich im November 1998 - das muss Ihnen entgangen sein - der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Bundesverband der Deutschen Industrie sowie die Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer angeschlossen.

Als zweiten Gesichtspunkt in dieser Diskussion sehe ich die Tatsache, dass infolge des eingeschränkten Wettbewerbs der Umfang der Schwarzarbeit und der Selbstversorgung zunimmt. Sie alle kennen die boomenden Heimwerkermärkte.

Drittens gibt es nicht unbegründete Erwartungen, Existenzgründungen im Handwerk könnten erleichtert werden, wenn der Erwerb eines Meisterbriefs berufsbegleitend nach einer Existenzgründung erfolgen würde.

Jeder einzelne dieser Gesichtspunkte rechtfertigt ein Nachdenken über die deutsche Handwerksordnung und in diesem Zusammenhang natürlich auch über die Bedeutung des Meisterbriefs. Beschwörungsformeln und Grußadressen an das Handwerk helfen in Wahrheit niemandem.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer das Durcheinander auf den Baustellen einmal miterlebt hat, der wird mir sicher Recht geben. Ich will hinzufügen: Die Frage, ob das jetzt geltende Ausnahmerecht für Handwerker aus EU-Ländern eingefordert werden kann, wird erstens nicht einheitlich beantwortet, und zweitens droht uns ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs in dieser Sache. Der EuGH hat diese Problematik in einer Vorentscheidung zur Beurteilung angenommen. Wenn der EuGH feststellen sollte, dass die deutsche Praxis ein Verstoß gegen EU-Recht darstellt, was machen Sie dann? Dann bricht Ihnen alles zusammen.

Ich denke, wenn die weitere Anwendung der oben genannten Regelungen für die Ausnahme von europäischen Handwerkern, wenn sie in Deutschland tätig werden wollen - sie müssen etwas bezahlen und sich eintragen lassen -, durch Verwaltung und Gerichte sehr bedenkliche Folgen hat, weil das eine Gericht so und das andere Gericht anders urteilt, dann fordern Sie förmlich die europäischen Handwerker dazu auf, in Deutschland einmal zu probieren, was geht. Das bedroht unseren Mittelstand und unser Handwerk mehr, als Sie sich eingestehen wollen. Wer bei dieser Sachlage noch Zweifel daran hat, dass eine Klärung der Rechtslage für die EG-Handwerker auf Bundesebene dringend erforderlich ist - deswegen ist es richtig, dass die neue Bundesregierung angekündigt hat, sie wolle sich diesem Problem stellen -, dem geht es offensichtlich nur um Effekthascherei. Meine Fraktion, die SPD-Fraktion, schlägt daher vor, den Wirtschaftsausschuss mit einer sorgfältigen Überprüfung unserer Möglichkeiten als Landesparlament zu beauftragen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Riege, lassen Sie eine Frage von Herrn Kollegen Boddenberg zu?

Bernd Riege (SPD):

Sofort, ich bin gleich fertig. - Es geht darum, eine sorgfältige Überprüfung unserer Möglichkeiten vorzunehmen und einen begründeten Standpunkt, vor allem mit Argumenten zu den aufgeworfenen Problemen, zu finden und hier im Parlament vorzutragen. - Jetzt bitte ich, antworten zu dürfen.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Riege, ist Ihnen bekannt, dass der Europäische Gerichtshof bereits 1995 festgestellt hat, dass mit dieser deut-

schen Regelung keinerlei Diskriminierung inländischer Wettbewerber oder Handwerker verbunden ist und dass es kein aktuelles Urteil gibt, das diese Einschätzung des EuGH anders sieht?

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann sich schnell ändern!)

Bernd Riege (SPD):

Das bin ich gerne bereit zur Kenntnis zu nehmen. Nur nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die Verhältnisse auf dem deutschen Markt sich dadurch nicht geändert haben, sondern sie haben sich dramatisch verschlechtert, weil sich niemand an diese Regeln zu halten scheint und es genügend Umwege gibt, wie schon geschildert, als Geselle aus Frankreich kommend in Deutschland einen Meisterbetrieb zu eröffnen, ohne dass man eine Meisterprüfung hat.

Wie wollen Sie das denn unterbinden? Das muss geregelt werden. Da nützen uns auch positive Urteile des EuGH nichts. Es gibt nicht wenige Sachverständige, die sich in diesem Zusammenhang vor einem erneuten Urteil des EuGH fürchten, weil sich die Verhältnisse verschlechtert haben in den fünf Jahren, die Sie ansprechen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Lassen Sie noch eine Frage zu, Herr Kollege?

Bernd Riege (SPD):

Moment, ich will das gerade zu Ende führen. - Es kann doch durchaus sein, dass dieses Urteil in der jetzigen Situation nicht wiederholt wird oder nicht bestätigt wird. Es gibt jedenfalls ernst zu nehmende Fachleute, die daran Zweifel haben, ob unser Recht Bestand hat.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Boddenberg.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Riege, sind Sie nicht auch der Meinung, dass diese Frage, die uns alle stört - das gebe ich gerne zu -, besser auf anderem Plateau erledigt werden sollte, z.B. durch Neugestaltung von Vergabekriterien, übrigens auch auf europäischer Ebene, bzw. durch kleinere Lose, mittelstandsfreundliche Lose und anderes mehr?

Bernd Riege (SPD):

Der Meinung bin ich natürlich, aber das wird schon laufend probiert und ändert nichts an den illegalen Zuständen, die ich hier dauernd beschreibe.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen uns dem Problem so stellen, dass eine dauerhafte Lösung, die vor allem die Qualitätssicherung unserer Arbeit und unserer Ausbildung im Handwerk sicherstellt, auch irgendwann eintritt. Alles andere hat keinen Sinn.

Was Sie in meinen Augen machen, ist, zu beschwören, dass es bleiben muss, wie es ist. Dabei ignorieren Sie vollständig, dass die Wirklichkeit sich jeden Tag verschlechtert. Dem müssen wir uns stellen, und da, meine ich, sind unsere Einflussmöglichkeiten als Landesparlament nicht übertra-

gend. Aber zumindest wäre es wünschenswert, auch um der Ehrlichkeit der Diskussion draußen willen, und um der Unterstellung entgegenzutreten, SPD und GRÜNE wollten den Nachweis abschaffen, und die CDU und die F.D.P. wollten ihn aufrechterhalten.

Das ist nicht so, und das kann auch nicht so sein. Denn wir müssen uns einer neuen Lage mit neuen Regelungen stellen. Daran geht kein Weg vorbei. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Kollege Denzin für die Fraktion der F.D.P.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Endlich einer, der die Wahrheit sagt! - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bewegt euch mal! Etwas Bewegung!)

Michael Denzin (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich lasse erst einmal das Pult sich bewegen und gehe das in Ruhe an.

Herr Riege, fangen wir bei Ihnen an. Die Schiefelage am Bau mit den geschilderten wirklich misslichen Dingen wie Subunternehmen, dem Auspressen wie eine Zitrone bei der Preisgestaltung, all das verurteilen wir hier wahrscheinlich gemeinsam. Nur, das ist nicht Folge davon, dass es Handwerksbetriebe gibt, sondern die Handwerksbetriebe sind diejenigen, die am meisten darunter leiden. Das ist doch die Situation.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Zweiter Punkt. Die alte Koalition hat die derzeitige Situation nicht hergestellt, sondern sie hat bei der Novellierung im letzten Jahr nur das, was die GRÜNEN jetzt begehren, nicht gemacht. Das heißt, sie hat als Eingangsvoraussetzung, einen Betrieb zu gründen, den großen Befähigungsnachweis belassen, wie er vorher war.

Meine Damen und Herren, Herr von Plottnitz hat angemahnt, dass wir flexibler sein müssen, dass wir mehr deregulieren müssen. Jawohl, ich unterschreibe beides. Aber das kann nicht zum Selbstzweck werden, und es kann nicht unkritisch laufen.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz neue Töne!)

Wir laufen sehr schnell Gefahr, dass wir unter Modebegriffen alles, aber auch alles niederrennen, auch das, was sich bewährt hat.

(Lachen des Abg. Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bei der Frage, bei der wir jetzt sind, geht es genau darum. Man muss feststellen, dass deutsche Handwerksbetriebe nach Neugründung zu zwei Dritteln länger als fünf Jahre leben, d. h. dass sie dann leben und leben bleiben, dass es in Frankreich, wo es diese Eingangsvoraussetzungen nicht gibt, etwas über ein Drittel ist. Damit müssen wir feststellen, dass das deutsche duale Ausbildungssystem, das damit zusammenhängt und auch eine Folge aus diesen Eingangsvoraussetzungen ist, weltweit gelobt wird und weltweit als Modell hingestellt wird und dass das Handwerk etwa 40%

der Ausbildungsplätze stellt. Das hängt auch damit zusammen.

Das heißt, ein durchaus bewährtes, funktionierendes System muss man nicht in Frage stellen, nur weil ich anfangs, darüber nachzudenken, wo ich überall zu deregulieren habe.

Die Argumentation von Herrn von Plottnitz ist in einem Punkt nachzuvollziehen, nämlich beim EU-Recht. Sie haben es auch angesprochen, Herr Riege. Aber da stellt sich für uns nicht die Frage, ob wir ein bewährtes, besseres System als in Frankreich, als in England nur deshalb aufgeben müssen, weil andere Länder es noch nicht haben. Das können wir auch einmal anders herum diskutieren, wie es im Übrigen in Frankreich diskutiert wird. Das haben wir eben richtigerweise gehört.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, jetzt kommt die Frage an den Liberalen, Herr Müller, nach Wettbewerb usw.

(Armin Clauss (SPD): An welchen Liberalen?)

Da wird sehr viel unter das liberale Mäntelchen oder den liberalen Tenor geschoben, was damit eigentlich gar nichts zu tun hat. Haben wir hier Wettbewerbsbeschränkungen, weil wir hohe Eingangsvoraussetzungen haben? Nein, wer diese Eingangsvoraussetzungen erfüllt, kann am Wettbewerb teilnehmen, kann einen Betrieb gründen. Genauso müssen Sie das Abitur für bestimmte Dinge haben. Es ist eine Eingangsvoraussetzung. Genauso brauchen Sie den Gesellenbrief, wenn Sie als Handwerker oder in einem Beruf als Facharbeiter arbeiten wollen. Das sind ebenfalls Eingangsvoraussetzungen und nichts anderes.

Hier haben wir eine Eingangsvoraussetzung zur Marktteilnahme als Selbstständiger, die sich bewährt hat gegenüber dem Kunden. Da können wir dem Handwerksbetrieb die hohen Löhne und die Schwarzarbeit, die Sie angesprochen haben und die natürlich beklagenswert sind, nicht zurechnen bzw. auf diese Meisterprüfung zurückverweisen. Die hat damit nichts zu tun. Das sind Verwerfungen in unserem Lohn- und unserem Lohnnebenkostenniveau, in unserem Gesamtkostenniveau. Ich habe Ihnen schon oft genug hier vorgetragen, wo wir mit den Durchschnittslöhnen in Deutschland im Vergleich zu den Wettbewerbsländern in Europa liegen.

Noch ein Letztes. Wenn es sich in den deregulierten Ländern wie England, Frankreich und anderen europäischen Staaten so bewährt hätte, wie es hier dargestellt wird, dann frage ich Sie: Dann müssten wir geradezu überschwemmt sein mit handwerksähnlichen Betrieben aus diesen anderen Ländern, die hier erfolgreich tätig sind. - Sie sind es nicht. Sie sind es deshalb nicht, weil das Handwerk heute immer noch - ich denke, auch in Zukunft, wie in der langen Tradition - ein Qualitätsgarant ist, auch für die Leistung, für das, was abgewickelt wird, weil es in unserer Wirtschaftsgesellschaft eine Stütze ist. Ich meine, gerade zu dem Zeitpunkt, zu dem wir wegen jedes Arbeitsplatzes, wegen jedes Ausbildungsplatzes Leute motivieren müssen und nicht demotivieren dürfen, ist dieser Antrag falsch. Wir werden ihn jedenfalls ablehnen. - Danke.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Wirtschaftsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen. Herr von Plottnitz, ich habe durchaus Verständnis dafür, dass man darüber diskutiert, ob Derartiges als alter Zopf zu bezeichnen ist, den man verändern will. Allerdings müssen Sie dann auch berücksichtigen, dass in der letzten Legislaturperiode diese Frage sehr ausgiebig im Deutschen Bundestag diskutiert worden ist. Auch in diesem Diskussionsprozess haben damals die Handwerksorganisationen ein hinreichendes Maß an Flexibilität gezeigt, die in die Novellierung der Handwerksordnung eingeflossen ist, sodass ich glaube, dass man den Herausforderungen, die Sie hier nennen, mit der Novellierung durchaus Rechnung getragen hat.

Sie sagen, Sie wollten etwas Neues einbringen. Das ist nicht so ganz richtig. Das, was Sie hier als Antrag einbringen, ist genau das Gleiche, was Sie im Gesetzgebungsverfahren in der letzten Legislaturperiode im Deutschen Bundestag eingebracht haben. Damals wurden diese Vorstellungen mit der Bundestagsmehrheit von CDU, CSU, SPD und F.D.P. verworfen. Es gab damals eine breite Mehrheit, die die Novellierung so beschlossen hat, wie ich das eben kurz skizziert habe.

Herr Riege, ich habe auch Verständnis dafür, dass Sie auf die Situation hinweisen, die an deutschen Baustellen stattfindet. Dazu sage ich, dass ich das teile, was Kollege Denzin gesagt hat. Das hat nichts mit der Frage der obligatorischen Meisterprüfung zu tun, sondern hat andere Ursachen, wo wir uns möglicherweise in dem einen oder anderen Punkt streitig auseinander setzen oder vielleicht auch einig sind. Ich glaube, diese Tatsache ist eher damit in den Griff zu kriegen, dass man kleinere Lose vorsieht. Das ist auch das, was Kollege Boddenberg eben angesprochen hat, um so etwas zu vermeiden. Es hat für meine Begriffe mit der Frage der obligatorischen Meisterprüfung nichts zu tun.

Deswegen will ich in diesem Zusammenhang, weil Sie auch diesen Punkt angesprochen haben, darauf hinweisen: Herr Kollege Boddenberg hat eben in der Zwischenfrage auf die Entscheidung des EuGH Bezug genommen. Wir haben auch nationale Rechtsprechung, die das Erfordernis des großen Befähigungsnachweises in Deutschland nicht in Zweifel gestellt bzw. ausdrücklich gesagt hat, dass der große Befähigungsnachweis mit dem europäischen Recht im Einklang steht.

Wir wissen auch, dass es Ausnahmegenehmigungen für Europäer gibt, die sich in der Bundesrepublik Deutschland niederlassen wollen. Ich will jetzt nicht die einzelnen Voraussetzungen definieren. Die sind je nach Vorbildung derer, die sich in der Bundesrepublik niederlassen wollen, unterschiedlich. Aber auch diese Ausnahmegenehmigungen zeigen, dass dem Bedürfnis, europäischen Ausländern die Betriebsgründung zu erleichtern, durchaus Möglichkeiten gegeben sind.

Lassen Sie mich vor dem Hintergrund dieser Vorbemerkung für die Landesregierung feststellen, die obligatorische Meisterprüfung hat sich bewährt und ist aus ökonomischer und gesellschaftspolitischer Sicht ein geeignetes Regulierungsinstrument. Zumindest nach der letzten Novellierung besteht für uns kein Grund für eine Änderung dieser Kernvorschriften der Handwerksordnung. In der Diskussion ist bereits darauf hingewiesen worden, der Meisterbrief bleibt für den wirtschaftlichen Erfolg von Handwerksbetrieben unverzichtbar. Es wird im Grunde genommen von niemanden bestritten, dass die fachliche Qualifikation der Füh-

rungskräfte im Handwerk auch die Basis für eine wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft des Handwerks ist.

Natürlich wissen wir, wie der große Befähigungsnachweis - der Meisterbrief - entstanden ist und dass Traditionen hier eine Rolle spielen. Ich glaube aber, dass aufgrund der Änderungen, die vorgenommen worden sind, keine Veranlassung besteht, erneut in eine Grundsatzdiskussion einzutreten.

An der Diskussion ist eines richtig, dass es in Europa leistungsfähige Volkswirtschaften mit unterschiedlichen Regulierungssystemen im Handwerks- und Gewerbebereich gibt. Wie der Vergleich auf EU-Ebene zeigt, sind in Europa alle Varianten vertreten: von der totalen Gewerbefreiheit bis hin zur obligatorischen Meisterprüfung. Allerdings ist in diesem Zusammenhang doch ein Sachverhalt bemerkenswert, dass nämlich in der Relation zur Bevölkerungsdichte die Anzahl der selbstständigen Handwerksbetriebe überall annähernd gleich ist.

Diesen Sachverhalt möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen: In der Relation zur Bevölkerungsdichte ist die Anzahl selbstständiger Handwerksbetriebe überall annähernd gleich. Von daher ist es eigentlich nicht nachvollziehbar, welchen Effekt ein erleichterter Zugang zur Selbstständigkeit im Handwerk noch bewirken sollte. Herr von Plottnitz, insoweit besteht in dieser Frage gar kein Deregulierungsbedarf. Wenn hier ein Missverhältnis zwischen den anderen EU-Ländern und Deutschland zu konstatieren wäre, dann könnte man diese Prämisse aufstellen. Das ist eben nicht der Fall.

(Beifall bei der F.D.P.)

Für unsere Volkswirtschaft ist der große Befähigungsnachweis von beachtlichem Nutzen. Auch darauf ist hingewiesen worden - ich will es aber wiederholen -: Für eine Volkswirtschaft ist nicht nur die bloße Zahl von Existenzgründungen wichtig, sondern auch das Überleben der Betriebe am Markt. In völlig deregulierten Märkten gibt es zwar Neugründungen in großer Anzahl, von diesen ist aber ein Großteil innerhalb weniger Jahre wieder verschwunden, zumeist verbunden mit finanziellen Folgelasten für die Allgemeinheit.

Das Beispiel von Frankreich ist schon genannt worden. Ich will es präzisieren. Während in Frankreich 60% aller Existenzgründungen im Handwerk nach fünf Jahren wieder vom Markt verschwunden sind, liegt die Quote in Deutschland nur bei 34%. Das ist meines Erachtens u.a. darauf zurückzuführen, dass wir diesen großen Befähigungsnachweis in Deutschland haben, denn ansonsten könnte das Ergebnis nicht so aussehen. Das zeigt, dass die Existenzgründer bei uns aufgrund der obligatorischen Meisterprüfung weitaus besser als andernorts auf die Selbstständigkeit vorbereitet sind.

Die Tatsache, dass wir den großen Befähigungsnachweis haben, ist nicht ein Existenzgründungshindernis, sondern führt dazu, dass diese Existenzgründer eine wesentliche bessere Prognose für die Existenzgründung als andere haben. Was auch noch besonders wichtig ist, das sind - was wir gemeinsam immer am Handwerk loben - die Arbeitsplatzeffekte und die Ausbildungseffekte, die das Handwerk an den Tag legt.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch noch eine Zahl ansprechen, die die besondere wirtschaftliche Bedeutung des Handwerks in Hessen dokumentiert. Mit rund 59.000 Betrieben, über 540.000 Beschäftigten und etwa 39.000 Auszubildenden sind die handwerklichen Betriebe

für Hessen und seinen Arbeitsmarkt ein wichtiger Motor. Diese Zahlen kann ich nennen, weil es diesen großen Befähigungsnachweis gibt.

Mindestens genauso wichtig ist die Bedeutung des großen Befähigungsnachweises für unser Bildungssystem. Die handwerkliche Meisterausbildung ist Grundlage für die Nachwuchsausbildung. In anderen Volkswirtschaften ist allein der Staat für die berufliche Bildung verantwortlich. Wir werden zu Recht um unser duales Ausbildungssystem beneidet.

Das duale Ausbildungssystem setzt aber voraus, dass ausbildungsbereite und -berechtigte Betriebe in großer Zahl zur Verfügung stehen. Handwerksmeister sind, das wissen wir, automatisch ausbildungsberechtigt. In anderen Wirtschaftszweigen muss hingegen die Ausbildungsbefähigung zusätzlich durch Prüfung erworben werden, was sich vielfach als ein großes Ausbildungshindernis erweist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang gerade bei der Ausbildung auf den Praxisbezug hinweisen, der durch den Meisterbrief gewährleistet ist. Handwerksmeister wissen aufgrund ihres persönlichen Weges - denn sie haben sämtliche Phasen durchlebt, vom Auszubildenden über den Gesellen zum Meister - über den Wert der beruflichen Bildung und um ihre soziale Verantwortung für den beruflichen Nachwuchs. Das Handwerk steht daher schon immer an der Spitze der Ausbildungsleistung der deutschen Wirtschaft. Ich bezweifle, dass das Handwerk seine herausragende Stellung in der Berufsausbildung bei einem Verzicht auf die obligatorische Meisterprüfung tatsächlich beibehalten könnte.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Aufgrund der Änderungen in der letzten Legislaturperiode ist eine ausreichende Flexibilität gewährleistet. Für uns besteht keine Veranlassung, zum gegenwärtigen Zeitpunkt in diese Diskussion erneut einzusteigen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, schließe die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und nehme an, wir überweisen ihn an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr. Ja? - Niemand widerspricht. Das ist einstimmig.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend Übernahme der Fachhochschule Dieburg der Telekom AG; hier: Zustimmung des Landtags - Drucks. 15/282 zu Drucks. 15/234 -

Auf Berichterstattung durch Frau Abg. Herrhausen wird verzichtet, ebenso auf Aussprache.

Wer ist für die Annahme der Beschlussempfehlung? - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltung? - Ebenfalls keine. Damit ist diese Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 12 der Tagesordnung auf:

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Ablösung des Frankfurter Polizeipräsidenten - Drucks. 15/286 -

Ist eine normale Redezeit vorgesehen?

(Armin Claus (SPD): Normal!)

Es steht die in der Geschäftsordnung vorgesehene Redezeit zur Verfügung. Wer wünscht das Wort? - Herr Kollege Franz für die SPD-Fraktion.

Dieter Franz (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube zunächst einmal aufgrund der Erkenntnisse, die wir in der Vergangenheit über Personalentscheidungen des hessischen Innenministers gewonnen haben, dass es durchaus sinnvoll wäre, Behördenleitern in diesem Zusammenhang einen Rat zu geben. Sie sollten morgens einmal sehr intensiv die Zeitung studieren, damit sie vielleicht etwas über ihre berufliche Zukunft erfahren können. Gerade das, was sich momentan abspielt, deutet darauf hin, dass das Gespräch mit den Betroffenen nicht gesucht wird.

(Armin Claus (SPD): Den Rat können Sie dem Minister selbst geben, wenn es um seine eigene Zukunft geht!)

Seit dem Amtsantritt des Innenministers Bouffier herrschen Unruhe und Unsicherheit bei der hessischen Polizei, insbesondere natürlich bei den Polizeipräsidenten.

(Beifall bei der SPD)

Gerüchte und Hinweise auf Entlassungen und Neubesetzungen gab es von Anfang an. Wir haben dies zum Anlass genommen, in der Fragestunde der 3. Sitzung des Landtags am 4. Mai 1999 entsprechende Fragen zu stellen. Ich zitiere aus der Antwort des hessischen Innenministers:

Für entsprechende Entscheidungen sind intensive Prüfungen und sorgfältige Abwägungen erforderlich. Zum Schutz der Betroffenen und zur Wahrung des Ansehens des Amtes werde ich mich zum jetzigen Zeitpunkt, da noch keine Entscheidungen getroffen sind, zu einzelnen Personen oder zu Amtsinhabern nicht äußern, sondern zu gegebener Zeit alle Beteiligten über die Ergebnisse meiner Prüfungen unterrichten.

So der Innenminister am 4. Mai 1999. Dann kam eine Pressemitteilung in der "Bild"-Zeitung. In der Veröffentlichung vom 28. Juni 1999 stand: "Aus für den Frankfurter Polizeipräsidenten. Entscheidung schon vor Ende April angeblich gefallen." Es stellt sich dann natürlich die Frage, was mit der Aussage am 4. Mai 1999 gewesen ist. Ich glaube, wenn die Entscheidung schon gefallen war, hätten Sie das auch hier im Hessischen Landtag schon damals erwähnen können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist mitnichten so, dass es um intensive Prüfungen, sorgfältige Abwägungen, Schutz der Betroffenen, Wahrung des Ansehens des Amtes gegangen wäre. Diese Aussagen waren zum damaligen Zeitpunkt hier nur Schall und Rauch. Schon damals war letztendlich die Entscheidung gegen den Frankfurter Polizeipräsidenten gefallen. Es wurde kommentiert, es sei eine spektakuläre Personalentscheidung. Das ist richtig. Die Entscheidung ist durchaus spektakulär, weil sie aufgrund der fachlichen Qualifikation des Frankfurter Polizeipräsidenten einer vernünftigen Argumentation meiner Meinung nach nicht zugänglich ist.

Es stellt sich natürlich in diesem Zusammenhang auch die Frage, ob auf diesem Wege etwas nachgeholt werden sollte, was durch einen Untersuchungsausschuss und durch ein Ermittlungsverfahren nicht erreicht worden ist. Die Kom-

mentierung dieses Vorganges gipfelt also auch darin, dass dies generell in der Öffentlichkeit als schlechter Stil kritisiert worden ist, meiner Meinung nach auch zu Recht. Gerade politische Beamten, wie es die Polizeipräsidenten sind, haben Anspruch auf einen fairen Umgang miteinander.

(Beifall bei der SPD)

Wir möchten gerne an dieser Stelle auch wissen, welche Gründe letztendlich zu Ihrer Entscheidung, wenn sie denn so gekommen ist, geführt haben. Dies möchten wir natürlich hier in diesem Parlament wissen, darauf haben wir als Parlamentarier auch einen Anspruch.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch einmal darauf hinweisen, dass es nicht darum geht, jemanden nur zu entlassen, weil er vielleicht das falsche Parteibuch hat. Ich erinnere einmal an die Entscheidung des damaligen Innenministers Bökel, der einen CDU-Mann, nämlich Herrn Kilb, zum Polizeipräsidenten in Darmstadt gemacht hat, nicht, weil er das Parteibuch hat, sondern weil er fachlich qualifiziert ist. Ich glaube, von einer solchen souveränen Entscheidungskompetenz ist der amtierende Innenminister Bouffier meilenweit entfernt.

(Beifall bei der SPD)

Es taucht natürlich in der Presse auch die Frage auf, die man hier ebenfalls stellen kann - führende Gewerkschafter wie Herr Stein und auch der Personalratsvorsitzende, Herr Hohmeier, zweifeln dies sogar an -, ob der Innenminister, der momentan selbst im Gerede ist, eigentlich der Mann sein kann, der über andere einen Stab brechen und eine Qualifizierungsbewertung in dieser Form vornehmen kann.

(Zurufe von der CDU)

Wir möchten gerne hier und heute vom Herrn Innenminister erfahren, welche Gründe zu dieser Entscheidung geführt haben. Wir sind auf Ihre Aussagen gespannt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Innenminister Bouffier.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den letzten Tagen sind in der Presse Berichte über die Zukunft einiger politischer Beamten des Landes Hessen erschienen, insbesondere auch Berichte über die Polizeipräsidenten. Es ist das gute Recht der Presse, Spekulationen zu üben, auch Namen zu nennen, über wirkliche oder vermeintliche Entscheidungen der Landesregierung zu berichten oder sie zu kommentieren. Es ist aber auch das Recht der Landesregierung, ihre Prüfung und Entscheidung so vorzubereiten und durchzuführen, wie sie dies erörtert und festgelegt hat. Ich möchte zu der eben gestellten Frage ganz klar sagen, Entscheidungen der Landesregierung sind noch nicht getroffen.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber der vermeintliche Nachfolger gibt schon lustig Interviews! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Sie wollten eine klare Antwort. Ich habe sie Ihnen erteilt.

Ich füge Folgendes hinzu: Es geht hier nicht um einzelne Personalentscheidungen. Es geht um eine Konzeption.

Diese Überlegungen sind weitgehend abgeschlossen. Die entsprechenden Gespräche sind geführt oder vereinbart. Ich gehe deshalb davon aus, dass die Landesregierung die Öffentlichkeit in Kürze über Entscheidungen unterrichten wird.

Meine Damen und Herren, im Übrigen gehen die Bewertungen und Verknüpfungen, die Sie eben hier angedeutet haben und die in dem Antrag noch etwas deutlicher zum Ausdruck kommen, an der Sache vorbei. Gemäß § 57 des Hessischen Beamtengesetzes können politische Beamte - Beamte als solche sind auch die Polizeipräsidenten - jederzeit ohne Angabe von Gründen in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Das wissen Sie, aber ich trage es nur noch einmal vor, damit die Debatte keine falsche Schlagzeile bekommt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum brauchen Sie dann so lange, um das zu entscheiden?)

Diese Tatsache hat ihren Sinn in der besonderen Vertrauensstellung des Amtsinhabers zu seinem jeweiligen Dienstherrn. Sie ist Ausdruck des besonderen politischen Vertrauens, das über die von jedem Beamten zu fordernde Loyalität hinausgeht. Es ist mir wichtig, dass Sie das aufnehmen. Der Verbleib in oder die Abberufung aus einem Amt als politischer Beamter stellt daher keine Bewertung der persönlichen Leistung des Betroffenen dar, sondern ist Ausdruck dieses besonderen politischen Vertrauens der jeweiligen Landesregierung. - Genau das habe ich Ihnen am 4. Mai 1999 vorgetragen. Das kann eigentlich nicht streitig sein. Deshalb ist die Frage, die Sie gestellt haben, ob man das kann oder nicht, seit vielen Jahren völlig geklärt. Deshalb sind auch die Verwicklungen, die Sie dort vorgenommen haben, neben der Sache.

(Armin Clauss (SPD): Das Thema ist, ob Sie einen fähigen Polizeipräsidenten austauschen!)

Genau aus diesen Gründen ist bei jeder Landesregierung und auch bei der, der Sie als Minister angehört haben und die Sie später als Fraktionsvorsitzender mit vertreten haben, in gleicher Weise geprüft und gegebenenfalls gehandelt worden.

(Armin Clauss (SPD): So viel Unsinn wie Sie haben wir in zwölf Jahren nicht gemacht!)

Die Bundesregierung hat so gehandelt. Die rot-grüne Vorgängerregierung hat so gehandelt. Die rot-grüne Vorvorgängerregierung hat die Polizeipräsidenten ohne jede Begründung abgelöst.

(Manfred Schaub (SPD): Wir haben sie nicht monatelang warten lassen und es dann in die Zeitung getragen!)

Wenn dies damals die Entscheidung der Landesregierung war, die Sie getragen haben - ich habe das nicht zu kritisieren -, dann wurde sie getroffen, weil Sie der Überzeugung waren, dass dieses besondere politische Vertrauen nicht gegeben war.

(Manfred Schaub (SPD): Darum geht es überhaupt nicht! - Günter Rudolph (SPD): Es geht doch überhaupt nicht darum!)

Herr Kollege Rudolph, der Vorgang entbehrt also jeder Dramatik.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Sie bringen Dramatik hinein!)

Ich bitte Sie darüber hinaus um Verständnis - dass wissen Sie doch alles besser -, dass es schon allein aus Fürsorgegründen nicht möglich ist, das zu machen, was Sie fordern, nämlich hier Bestimmtes darzulegen.

(Armin Clauss (SPD): Sie reden von Fürsorgegründen! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Herr Kollege Clauss, ich komme noch einmal darauf zurück. Es sind beamtenrechtliche Gründe, es sind fürsorgerechtliche Gründe, und letztlich sind es auch Fairnessgründe.

(Armin Clauss (SPD): Reden Sie einmal mit Ihrem Staatssekretär, was das für ein qualifizierter Mann ist!)

Herr Kollege Clauss, dass Sie mir gegenüber keine Fairness wahren, das habe ich zur Kenntnis genommen. Aber Sie sollten wenigstens den Beamten gegenüber Fairness wahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

- Schauen Sie: Sie haben Auskunft begehrt. Ich trage Ihnen dazu vor. Hören Sie dann doch wenigstens zu.

Ich gehöre dem Hause seit 1982 an - mit Ausnahme der Zeit von 1987 bis 1991, als ich Staatssekretär war. Aber auch während dieser Zeit konnte ich das Geschehen hier verfolgen. In dieser Zeit hatte es eine Fülle öffentlicher Spekulationen über bevorstehende Personalentscheidungen gegeben. Bevor eine Landesregierung Personalentscheidungen getroffen hat, hat sich keine Landesregierung jemals zu solchen Entscheidungen geäußert oder dazu gar detailliert vor dem Landtag vorgetragen. Dies ist nicht ein einziges Mal geschehen. Ich sage: Das war richtig so. Das habe ich nicht zu kritisieren. - Meine Damen und Herren, nehmen Sie aber zur Kenntnis, dass diese richtige und aus meiner Sicht auch gebotene Verhaltensweise auch von dieser Landesregierung eingehalten werden wird. Was Sie für sich in Anspruch genommen haben, werden wir ebenfalls tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Manfred Schaub (SPD): Die Rede wird mit zunehmender Zeit nicht besser!)

- Herr Kollege Schaub, das hätten Sie vielleicht jetzt nicht sagen sollen. Wissen Sie, es macht schon einen Unterschied, ob man eine Sache prüft. Im Übrigen ist es vom Zeitraum her ziemlich genau so lange wie bei der Landesregierung von der SPD und den GRÜNEN. Es handelt sich um ziemlich genau den gleichen Zeitraum. Auch damals waren es fünf Monate. Ich habe das extra noch einmal nachgeschaut.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht die Vorgeschichte!)

Man sollte die Entscheidung abwarten. Dann kann man sie kritisch bewerten. Das steht Ihnen frei.

Ich finde es nicht richtig, dass man sozusagen das Thema selbst hochzieht und sich anschließend über die Verwirrung oder, wie Sie es eben gesagt haben, die öffentlich entstandene Fragestellung beklagt bzw. den Vorwurf erhebt, in den Polizeipräsidien sei man völlig durcheinander, um dann hinterher den Minister anzugehen und zu sagen, er sei verantwortlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen jetzt aus einem Schreiben vorlesen. Sie haben sich zu diesem Thema mehrfach geäußert. Ich lese Ihnen jetzt einmal aus einem Schreiben eines hessischen Polizeipräsidenten an die SPD-Landtagsfraktion vor. Dieses Schreiben hat er mir auf dem Dienstweg zur Kenntnis gebracht.

(Armin Clauss (SPD): Sagen Sie nicht "eines Polizeipräsidenten", sondern des Offenbachers!)

- Herr Kollege Clauss, Sie werden mich damit nicht davon abbringen, das hier jetzt vorzulesen. - Er schreibt an die SPD-Fraktion:

Sehr geehrte Damen und Herren!

In Ihrer Parlamentsinformation vom 12. Mai 1999 führen Sie unter anderem aus,

- ich zitiere wörtlich -

in den letzten Tagen häufen sich die Hinweise, dass die Arbeit im Polizeipräsidium unter der ungeklärten Zukunft des Polizeipräsidenten leidet, und begründen dies an Herrn Staatsminister Bouffier mit der Forderung, kurzfristig Klarheit in der anstehenden Personalfrage erlangen zu wollen.

Mir ist unverständlich, wie Sie zu einer derartigen Behauptung gelangen können, die dem Ansehen des Polizeipräsidiums Gießen in der Öffentlichkeit sehr abträglich ist. Sie haben mich auch vor Ihrer Presseveröffentlichung nicht kontaktiert, um eine solche Aussage belegen zu können.

(Rudolph Haselbach (CDU): Unerhört! - Weitere Zurufe)

Es geht noch weiter.

(Weitere Zurufe)

Wir sind noch nicht fertig. Ich zitiere weiter.

(Weitere Zurufe)

- Verzeihung, ich möchte das gerne zu Ende bringen.

Ich bin bestürzt, dass Sie in einer noch ausstehenden Personalentscheidung eine derartige, auf meine Person zugespitzte Polarisierung vornehmen, die Zweifel an meiner Loyalität gegenüber Herrn Staatsminister Bouffier aufkommen lässt. Zur Wahrung der Dienst- und Fachaufsicht durch die oberste Behörde ... habe ich mir erlaubt, eine Durchschrift ... zur Kenntnisnahme zu übersenden.

So viel möchte ich zu dem Thema Verwirrung und dazu sagen, wie man sich ein Thema selbst aufbaut.

(Manfred Schaub (SPD): Was heißt das jetzt? - Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich hier Folgendes sagen. Wenn die Landesregierung entschieden hat, werden wir das der Öffentlichkeit und damit dem Parlament mitteilen.

(Manfred Schaub (SPD): Man beachte die Reihenfolge!)

Selbstverständlich besteht dann Gelegenheit, dies in aller Form miteinander zu erörtern. Wir nehmen aber schon in Anspruch, dass wir das Verfahren so durchführen, wie wir es uns als Landesregierung gemeinsam vorgenommen haben. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Kollege von Plottnitz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zurufe von der CDU: Ei! - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Herr Plottnitz, jetzt können Sie gleich noch die Entschuldigung sagen!)

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion der Bündnisgrünen des Hessischen Landtags hat nach meiner Kenntnis keine Briefe von irgendeinem Polizeipräsidenten dieser Republik erhalten.

(Zuruf von der CDU: Wer soll auch an Sie schreiben!)

Ich will hier jetzt auch gar nicht der Frage nachgehen, ob der Polizeipräsident, von dem ein Schreiben eben vorgetragen wurde, das offensichtlich dienstinterner Art war, den Innenminister darum gebeten hat, das hier öffentlich zu machen. Auch das wäre ein interessanter Punkt. Das interessiert mich gar nicht. Für uns steht etwas ganz anderes im Mittelpunkt der Debatte. Das ist etwas, woran der Herr Innenminister gerade wortreich

(Manfred Schaub (SPD): Gestenreich!)

und mit großem Aufwand vorbei zu reden versucht hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Staatsminister Bouffier, es geht hier nicht um Ihr unbestrittenes Recht, politische Beamte jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzen zu können. Mein erster Punkt ist, dass es ausschließlich darum geht, ob Sie das in einer Art und Weise tun, die unnötigen Schaden für die Person vermeidet, um deren Entsetzung es geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Als Abgeordneter aus Frankfurt denke ich in diesem Zusammenhang besonders an den noch im Amt befindlichen Frankfurter Polizeipräsidenten. Das haben Sie nicht getan. Sie waren und sind dabei, wie ich finde, diesen Polizeipräsidenten ohne Not zu beschädigen. Das ist es, was wir Ihnen zum Vorwurf machen. Sie handeln in dieser Angelegenheit hochgradig unprofessionell und amateurhaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Gerade weil es Ihr unbestrittenes Recht ist, nach Kriterien der politischen Loyalität politische Beamte in den Ruhestand zu versetzen, haben Sie im Zweifel eben auch die Aufgabe, die Entscheidung nicht über Wochen und Monate mit der Folge hinzuschleppen, dass in regelmäßigen Abständen entsprechende Presseberichte mit all den entsprechenden Auswirkungen für die Betroffenen veröffentlicht werden. Sie müssen sich eben früher entscheiden. Die Frage ist, warum Sie das nicht tun. Was steckt denn dahinter?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich will einen zweiten Punkt nennen, der hier zu monieren ist. Zu dieser Sache hat man natürlich gerade eben in den Darlegungen des Herrn Staatsministers auch kein Wort gehört. Das betrifft die Frage, nach welchen Kriterien, abgesehen von dem Kriterium der politischen Loyalität, ansons-

ten die Auswahlentscheidung getroffen wird. Sie wissen ganz genau, politische Loyalität kann und muss hier eine Rolle spielen. Aber ich habe den Eindruck, dass wir in Hessen erstmals mit einer Landesregierung konfrontiert sind, die in solchen Fragen ausschließlich nach dem Kriterium der parteipolitischen Loyalität zu handeln gedenkt.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU)

- Entschuldigen Sie, ich lese, dass beim Hessischen Landesamt für Verfassungsschutz der Vertreter den jetzigen Chef ablösen soll. Die Begründung dafür lautet, der, der jetzt kommen soll, sei CDU-Mitglied, der andere nicht. Da scheinen doch nicht mehr Eignung und fachliche Leistung eine Rolle zu spielen. Da scheint es nur noch nach den parteipolitischen, mit anderen Worten "privaten" Vorstellungen der hessischen CDU zu gehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dazu kann ich nur sagen: Sie tun damit niemanden einen Gefallen. - Wenn Sie sich damit nur selbst beschädigen würden, sollte mir das recht sein. Nur, es ist so: Seit 15 Jahren erleben wir in dieser Republik eine Debatte, die kritisch gerade feststellt, wie sehr in der Vergangenheit die großen politischen Parteien dabei waren, sich alle staatlichen Bereiche parteipolitisch unter die Krallen zu reißen.

(Stefan Grüttner (CDU): Das ist ausschließlich Ihre Denkart, die Sie jetzt zum Besten geben! Sie müssen das nicht übertragen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Das ist doch die Kritik daran gewesen. Das führt zu Parteiverdrossenheit. Meine Damen und Herren, Sie sind augenscheinlich dabei, das fortzusetzen. Das genau ist der Punkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Im Falle des Frankfurter Polizeipräsidenten, zu dem Sie jetzt sagen, es sei noch keine Entscheidung gefallen, möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Ich weiß nicht, ob es gestern oder heute gewesen ist.

(Stefan Grüttner (CDU): Wo sind Ihre Cousinen?)

Ich las, dass derjenige, der dort als Nachfolger im Gespräch ist, schon munter öffentliche Erklärungen darüber abgibt, wie sehr er sich auf diese Aufgabe freut.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, so sieht es aus. Mich würde dabei z.B. interessieren, ob der amtierende hessische Innenminister und die Hessische Landesregierung der Meinung sind, dass jemand, der sich sicherlich große und vielfältige Verdienste auf dem Gebiet der Strafverfolgung erworben hat, aber nicht über einen Deut Erfahrung in der polizeilichen Arbeit verfügt, der geeignete Mann ist, um ein so gewichtiges Polizeipräsidium mit all seinen gewichtigen Aufgaben zu führen, wie es in Frankfurt der Fall ist. Ich gestehe, ich hätte da erhebliche Zweifel. Aber vielleicht kann man dazu von Ihnen einmal noch etwas hören. - Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner ist Herr Kollege Hahn für die F.D.P.-Fraktion.

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege von Plottnitz, nach Ihrem Auftritt eben kann ich mich nicht enthalten, Sie daran zu erinnern, dass Herr von Plottnitz noch etwas gegenüber Herrn Bouffier zu leisten hat, was Sie zu Beginn Ihrer Rede hätten tun sollen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was denn?)

Wenn Sie jetzt schon fragen "Was denn?", dann ist offensichtlich die Halbwertszeit nicht nur Ihrer Aussagen, sondern auch Ihrer Auffassungsgabe sehr gering. Wer in der letzten Woche wie Sie an diesem Pult versucht hat, den hessischen Innenminister Volker Bouffier in eine Ecke zu stellen als Mensch, dem Leib und Leben anderer scheißegal sind, der sollte sich nicht in einer derartigen Art und Weise hier aufbauen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, das war nicht sehr parlamentarisch.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja unerträglich!)

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Herr von Plottnitz, es war unerträglich, was Sie in der vergangenen Woche getan haben, als Sie nämlich gemeint haben, von diesem Platz aus sagen zu müssen, dass die Entscheidung des hessischen Innenministers, Abschiebungen von kriminellen Ausländern vorzunehmen, Leib und Leben dieser Menschen gefährde oder, wie es Frank Kaufmann in einer Presseerklärung gesagt hat, dass er damit den Tod in Kauf nehme.

(Stefan Grüttner (CDU): "Billigend"!)

Es wäre erst einmal Ihre Aufgabe gewesen, hier zu sagen: Werter Innenminister, wenn ich zu einem Thema spreche, das Sie betrifft, so entschuldige ich mich für das, was letzte Woche passiert ist.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war auch Herr Schily, der einen Tag nach der Debatte in diesem Hause - natürlich überhaupt nicht wegen dieser Debatte, sondern weil er genauso überzeugt ist von den Aussagen, die Volker Bouffier gemacht hat - diesen Abschiebestopp aufgehoben hat. Deshalb meine ich schon, bevor man wiederum glaubt, man müsse etwas parteipolitisch nutzen, wie es die GRÜNEN wollen, hätte man wenigstens die Schuld von der vergangenen Woche abtragen müssen. Das haben Sie nicht getan.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Nein. - Punkt zwei. Jawohl, es dauert länger. Dass das alle Beteiligten nicht erfreut, ist klar.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie lange dauert es denn noch?)

Nur, Herr von Plottnitz, es gibt einen Unterschied in der Arbeit, die diese Regierung leistet, und dem, was die Vorgängerregierung seit 1991 geleistet hat. 1991 ging es - um mit meinem Sohnmann zu sprechen - ratzfatz. Da sind alle, die kein SPD-Parteibuch hatten, innerhalb von zehn Tagen von Dr. Herbert Günther nach Hause geschickt worden, ausnahmslos.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Das kann man so machen. Das ist der Stil, parteipolitisch "Kralle nehmen", wie Sie es eben gesagt haben. Mich ärgert, dass gerade ein GRÜNER, der in den letzten acht Jahren nichts anderes getan hat,

(Lebhafter Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unerhört, was Sie da erzählen!)

als mit dafür zu sorgen, dass Cousinen untergebracht werden, dass grüne Frauen und Männer Jobs bekommen haben, uns vorwirft - die wir in 84 Tagen bewiesen haben, dass wir es gerade nicht so machen -, mit dem Staat parteipolitisch "Kralle zu machen", wie Sie es gesagt haben, dass Sie sich erdreisten, hier so etwas zu sagen.

(Lebhafter Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nennen Sie einmal einen grünen Polizeipräsidenten!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Hahn, ich muss noch einmal fragen. Keine Zwischenfragen?

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Nein.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wovor haben Sie Angst?)

Weil wir diesen Weg nicht so gegangen sind wie Sie 1991, alle weg, sondern weil der Minister genau überlegt - auch auf der Grundlage des Gesetzes in Einzelfallprüfung: wo ist das besondere Vertrauensverhältnis, ist es bei dieser Person, ist es bei jener Person? -, dauert es etwas länger. Das bedaure ich. Aber das Verfahren hat nun einmal zur Folge, wenn man es gerecht macht und nicht parteipolitisch abräumt, dass man etwas länger darüber nachdenkt. Das macht Volker Bouffier, und da stehen CDU und F.D.P. in diesem Hause hinter ihm.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gehe davon aus und meine Fraktion geht davon aus, dass nach dem Überlegungsprozess bei der Entscheidung Folgendes beachtet wird:

Erstens. Volker Bouffier geht nicht mit dem Rasenmäher über die politischen Beamten, wie das Herbert Günther getan hat, sondern es wird eine ausgewogene Entscheidung von Person zu Person getroffen.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): "Es wurde" oder "es wird"?)

Zweitens. Ich gehe davon aus, dass Volker Bouffier an den Stellen, wo er das Gefühl hat, dass ein besonderes Vertrauensverhältnis nicht vorhanden ist, einen Vorschlag unterbreitet, der qualitativ die Gewähr dafür bietet, dass Poli-

zeiarbeit und auch Arbeit für den Verfassungsschutz in Hessen ordentlich geleistet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich lade Sie alle ein, dann auch die Frage zu stellen, welches Parteibuch die Frau oder der Mann hat. Ich glaube, Sie werden sich wundern, dass Sie dann mit Ihrer parteipolitischen Krallen überhaupt nicht weiterkommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also ist die Entscheidung doch schon gefallen!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Rudolph für die SPD-Fraktion.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Jetzt kommt der filzpolitische Sprecher!)

Günter Rudolph (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! - Herr Irmer, die Qualität Ihrer Beiträge wird durch Ihre eher dümmlichen Zwischenrufe nicht besser. - Herr Innenminister, die Fragen, die wir Ihnen gestellt haben, sind mehr als legitim. In der Öffentlichkeit wird über betroffene Personen geredet. In Journalistenkreisen hört man, dass die Informationen aus höchsten Regierungskreisen kommen, und Sie werfen hier ständig Nebelkerzen. Das Motto Ihrer Regierung ist doch, ständig Nebelkerzen zu werfen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stefan Grüttner (CDU): Hörensagen!)

Der künftige Polizeipräsident sagt, es sei eine schöne Herausforderung, und gibt dazu Interviews. Es erstaunt mich schon, zu lesen - ich entnehme das der "FR" vom heutigen Tag -, er wolle im Moment keinen Kommentar zu Spekulationen abgeben, man solle doch bitte das hessische Justizministerium fragen. Ich dachte, das Innenministerium sei für die Ernennung von Polizeipräsidenten zuständig. Aber das weiß er noch nicht, das kann er vielleicht noch lernen. Erste Qualitätsprobe offensichtlich nicht bestanden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie haben völlig Recht, Sie können politische Beamte in den einstweiligen Ruhestand versetzen. Das ist in diesem Hause völlig d'accord. Aber wählen Sie doch ein Verfahren, das den Betroffenen gerecht wird. Herr Hahn, Sie haben von der damaligen Opposition doch schon vor Ende des Hoffmann-Untersuchungsausschusses permanent gesagt, der Hoffmann müsse in den Ruhestand versetzt werden, der Thomas gleich dazu. Das ist jetzt offensichtlich die Konsequenz. Dann stehen Sie doch dazu, und suggerieren Sie nicht den Beamten, dass sie ein faires Verfahren, eine faire Chance bekommen. Es ist pure Polemik, die Sie mit den betroffenen Menschen betreiben, und das ist eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur fachlichen Qualifikation. Oberbürgermeisterin Frau Roth sagt: eine unbestritten hohe Qualifikation. Der Frankfurter Magistrat einschließlich Herrn Corts hat gesagt: ein guter Mann. Ich glaube, Sie haben damals Herrn Hoffmann mit empfohlen. Auch die Entwicklung der Kriminalitätsrate in Frankfurt ist deutlich nach unten gegangen. All das zeigt doch, Herr Hoffmann ist ein exzellen-

ter Polizeipräsident. Ich will gar nicht verhehlen, dass wir uns im Zusammenhang mit dem Ausschuss über das eine oder andere geärgert haben. Aber er ist fachlich qualifiziert. Da brauchen Sie drei Monate. Was wollen Sie noch ein halbes Jahr weiter prüfen, meine Damen und Herren von der Regierung?

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ihnen passt entweder die Nase nicht, das Parteibuch oder sonst etwas. Aber dass der Mann qualifiziert ist, ist unstrittig. Wenn Sie sagen, Sie haben kein Vertrauen, so haben Sie das doch schon vor Monaten erklärt. Deswegen hören Sie auf, hier Nebelkerzen zu werfen. Es ist eine Unverschämtheit, wie Sie mit den Mitarbeitern im Präsidium umgehen, etwa Polizeipräsident Thomas, der in Wiesbaden einen sehr guten Ruf bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genießt.

Sie streuen Unsicherheit in die Behörden. Wann ist der Prüfungsprozess denn abgeschlossen, nach der Sommerpause, wenn Sie glauben, die Opposition oder die Öffentlichkeit hört nicht hin? Sie informieren dann großzügigerweise irgendwann einmal den Innenausschuss über ein Gesamtkonzept. Sie wollen den RP abwickeln und Aufgaben von ihm wegnehmen; aber gleichzeitig werden neue Regierungspräsidentinnen und -präsidenten ernannt.

Meine Damen und Herren von der Regierung, wo ist denn da die Konzeption? Das ist ein unerträgliches Verfahren. Aber es passt zu Ihrer Politik des gebrochenen Wortes - nach außen den Gentleman machen und unten mit der Sense durchgehen. Nein, wir lassen Ihnen das nicht durchgehen. Sagen Sie klipp und klar, wann Sie Herrn Hoffmann ablösen wollen oder ob Sie ihn im Amt behalten wollen. Die Prüfung haben Sie intern längst abgeschlossen. Wir lassen Ihnen nicht durchgehen, dass Sie hier etwas darlegen, was längst politisch entschieden ist. Stehen Sie zu Ihrer politischen Meinung. Damit können die Betroffenen leben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner, Herr Kollege Klein für die CDU-Fraktion.

Armin Klein (CDU):

Verehrter Herr Rudolph, in den letzten Wochen erweisen Sie sich als politischer Schreihals.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Manfred Schaub (SPD): Grüßen Sie wenigstens die Präsidentin!)

Das gilt für das Hessische Personalvertretungsgesetz sowie für diese Personalentscheidung.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich denke, es ist noch nichts entschieden! - Manfred Schaub (SPD): Ist doch schon entschieden? - Ernst-Ludwig Wagner (SPD): Es gibt doch noch keine!)

Sie gewinnen damit keinesfalls politische Struktur. Sie verlieren sie. Sie haben weder zum HPVG noch hierzu sachliche Gründe angeführt, um ein solches Geschrei, wie Sie es anstellen, in irgendeiner Weise zu rechtfertigen.

(Wortmeldung des Abg. Manfred Schaub (SPD))

- Nein, jetzt nicht, Herr Schaub. - Verehrter Herr von Plottnitz, Ihre Partei besteht im Moment nur aus Postenschachern, und zwar auf allen Ebenen,

(Beifall bei der CDU)

auf kommunaler Ebene und in Bonn. Sie geben jeden Grundsatz auf, um einen Posten zu kriegen. Schauen Sie sich doch einmal Ihren Herrn Trittin an.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Mensch verbiegt sich nicht mehr. Er kriecht auf dem Bauch, um seinen Job zu behalten. Sie wagen es hier, eine Personalentscheidung, die ganz ordentlich geprüft wird und die nach dreimonatiger Regierungsübernahme auch keinesfalls überfällig ist, in dieser Weise zu kritisieren.

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Das ist dumme Polemik. Herr von Plottnitz, Sie sollten sich doch noch an Ihre Regierungszeit erinnern. Sie sollten sich daran erinnern, was Sie in Ihrem Ministerium, angefangen bei Frau Blaul mit ihrem Küchenkabinett, an Personalentscheidungen getroffen haben. Ich hoffe, dass wir auch nicht im Entferntesten nach unseren vier, acht, zwölf oder sechzehn Jahren Regierungszeit, die wir jetzt vor uns haben,

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in irgendeiner Weise in diesen Ruf kommen. Ich bin sicher, dass wir dies nicht zu fürchten haben.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Klein, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Armin Klein (CDU):

Nein, ich gestatte jetzt keine Zwischenfrage.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Jetzt noch einmal ganz nüchtern zur Sache: Alle haben hier heute festgestellt, dass es sich um politische Beamte handelt. Das gilt für den Frankfurter Polizeipräsidenten wie auch für andere.

(Manfred Schaub (SPD): Dann muss das politisch begründet werden!)

Diese politischen Beamten stehen zur Disposition, wenn eine neue Regierung antritt.

(Günter Rudolph (SPD): Wie lange noch?)

- Wie lange noch? Verehrter Herr Rudolph, hören Sie doch mit solchen dummen Zwischenrufen auf! Drei Monate ist diese Regierung im Amt, ich wiederhole das. Da müssen Gespräche geführt werden, da muss ordentlich vorbereitet werden. Wir brechen so etwas nicht übers Knie.

(Manfred Schaub (SPD): Und was habt ihr mit den RPs gemacht?)

Wenn sich die Presse oder Polizeibeamte in der Öffentlichkeit äußern - das gefällt weder dem Innenminister noch mir oder uns -, dann ist so etwas in der heutigen Mediengesellschaft nicht zu vermeiden. Nehmen Sie zur Kenntnis: Der Innenminister wird diese Fragen in kürzester Zeit sehr sauber entscheiden. Sie werden sich wundern. Es werden gute Entscheidungen dabei herauskommen. Ihr Geschrei war unnötig. Ich würde mir noch wünschen, dass Sie Ihren Politikstil ändern und endlich einmal zu einer normalen Oppo-

sitionsarbeit finden. Sie haben sie nicht gelernt, und wenn Sie so weitermachen, werden Sie niemals wieder an die Regierung kommen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Kaufmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der F.D.P., wie groß ist Ihre Not eigentlich,

(Lachen bei der CDU und der F.D.P.)

dass Sie es wirklich nötig haben, Herrn Kollegen Klein hierher zu schicken und ihn das mit einer völlig abstrusen Soße von Blödsinn verteidigen zu lassen, was Sie nicht hinkriegen? Er hat kein einziges Wort zur Sache, über die wir diskutieren, von sich gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir werden uns nicht erst noch wundern. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir wundern uns jetzt schon ein bisschen, dass Sie wirklich nicht mehr zu bieten haben als das, was Sie gerade vorgeführt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu den Ausführungen des Kollegen Hahn, die keineswegs überzeugend, aber im Vergleich zu dem, was Herr Kollege Klein anschließend von sich gegeben hat, geradezu lichtvoll zu nennen sind.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ich bedanke mich für das Lob, Herr Kaufmann!)

Dazu will ich folgende Bemerkungen machen: Herr Kollege Hahn, erstens will ich etwas zum Thema Entschuldigungen sagen. Vielleicht strapazieren Sie einmal Ihre Erinnerung ein kleines bisschen und denken einmal darüber nach, wie oft z. B. der Kollege von Plottnitz in den Zeiten, in denen er hier Staatsminister war, sehr gut und feinsinnig, auch von Ihnen, sehr schön behandelt wurde, als sei er mit der netten Bezeichnung "RAF-Anwalt" heute immer noch zu titulieren. Zu keinem Zeitpunkt war von uns in wehleidiger Art dafür eine Entschuldigung gefordert worden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens zur Aufnahme der parteipolitischen Kralle. Nehmen Sie einfach nur schlicht zur Kenntnis: Es gab und gibt in Hessen keinen Polizeipräsidenten grünen Parteibuchs.

(Widerspruch des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Darüber hinaus möchte ich, wenn Sie die parteipolitische Kralle erwähnen, sagen: Es gab in der letzten Landesregierung in einem Ressort unter grüner Verantwortung eine Staatssekretärin ohne Parteizugehörigkeit. In der jetzigen Landesregierung ist mir dies nicht bekannt.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Cousinenwirtschaft gab es bei euch! Viele Cousinen!)

Aber jetzt zu dem Kernpunkt. Herr Hahn, Sie haben die schöne Bezeichnung "ratzfatz" genannt und das als Vorwurf gewertet.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ja!)

Ich sage Ihnen das in aller Ruhe: Wenn politisches Vertrauen nicht da ist, dann weiß man das sehr schnell. Dann weiß man das insbesondere im Fall des Frankfurter Polizeipräsidenten vonseiten des jetzigen Innenministers in der Tat sehr schnell. Denn wir haben in zwei Untersuchungsausschüssen - 14/3 und 14/4 - zusammengesessen und haben genügend Äußerungen in öffentlichen Sitzungen von dem damaligen Nur-Abgeordneten Bouffier gehört, und wir haben Presseerklärungen gehört. Wenn man dann aber nach Amtsantritt sagt, man müsse alles erst prüfen, dann meint die Öffentlichkeit doch: Aha, das mit dem Vertrauen scheint doch nicht so problematisch zu sein. - Wenn man dann Monate später zu einer Ruhestandsversetzung kommt, fragen doch alle Leute: Ja, was hat denn jetzt der Polizeipräsident gemacht? - Das Zögern schädigt nämlich die Person.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der Vorwurf, der Ihnen zu machen ist. Jeder Mann und jede Frau in diesem Land versteht - nicht jeder findet es vielleicht richtig -, dass die Regeln so sind, dass eine neue Regierung, wenn sie drankommt, sich ihre Leute aussucht, um es einmal ganz volkstümlich zu sagen. Dafür gibt es auch eine rechtliche Bestimmung. Dann beschädigt man niemanden. Er gehört eben nicht dazu, und deswegen hat er nicht das Vertrauen, Ende, aus, und deswegen wird er in Ruhestand geschickt. Aber dieses quälende Verfahren - das ist der Vorwurf, der Ihnen zu machen ist - beschädigt die Leute. Warum müssen Sie dieses quälende Verfahren denn wählen? Erstens wissen wir nicht, welcher Innenminister denn letztendlich den Polizeipräsidenten in Ruhestand schicken wird, ob es der jetzige oder der zukünftige sein wird,

(Lachen bei der CDU und der F.D.P.)

und zweitens scheint es offensichtlich erhebliche Abstimmungsprobleme zu geben, z.B. mit Ihrer Parteifreundin, der Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main, und vielen anderen Fachleuten, die auch ihrer Partei angehören und die feststellen, dass die fachlichen Leistungen des derzeitigen Polizeipräsidenten von Frankfurt aller Achtung wert sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das bringt Sie nämlich in Schwierigkeiten. Deswegen ist das in der Tat ein Streitpunkt. Herr Hahn, ich sage Ihnen, ratzfatz ist in dem Fall besser, denn dann ist für jedermann und jede Frau, die das beobachten, völlig unstrittig: Es ist keine Entscheidung, die etwas mit der Qualität der Person zu tun hat, sondern es ist eine politische Entscheidung, und das muss es auch sein. - Was Sie hier machen, ist eine Beschädigung. Deswegen kritisieren wir Sie.

(Das Mikrophon fällt kurzzeitig aus. - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ich kann es verstehen!)

Deswegen fordern wir, wie es im Antrag der SPD steht, dass Sie hier klar sagen, was Sache ist, um endlich diese Beschädigungen zu beenden. - Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Aussprache.

(Zuruf von der CDU: Auf so einen Blödsinn antworten wir nicht! - Stefan Grüttner (CDU): Direkte Abstimmung!)

Direkte Abstimmung? - Herr Kollege Schaub, zur Geschäftsordnung.

Manfred Schaub (SPD):

Frau Präsidentin, wir wollen natürlich die Überweisung an den Ausschuss.

(Lachen bei der CDU)

Denn in dem Antrag steht, wir möchten eine detaillierte Darlegung. Diese haben wir heute nicht erfahren. Deshalb muss das logischerweise im Ausschuss behandelt werden.

(Clemens Reif (CDU): Ziehen Sie den Antrag zurück!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Grüttner, zur Geschäftsordnung.

Stefan Grüttner (CDU):

Da Kollege Schaub jetzt einen Überweisungsantrag gestellt hat und wir diesem Überweisungsantrag nicht zustimmen werden, damit aber nach unserer Geschäftsordnung ausdrücklich festgestellt ist, dass es keinen Redebedarf in der Sache mehr gibt, denke ich, sollte dieser Antrag durch die Ausführungen des Innenministers für erledigt erklärt werden.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich lasse zuerst über den Überweisungsantrag abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Überweisungsantrag mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt. Herr Grüttner, Sie haben beantragt, den Antrag für erledigt zu erklären. Wird dem widersprochen?

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Wenn widersprochen wird - das hatten wir schon einmal -, muss man in der Sache abstimmen. Also lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer für Annahme des Antrages ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. betreffend keine Abschaffung der Buchpreisbindung - Drucks. 15/288 -

Welche Redezeit ist vereinbart?

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Zwei Minuten! - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kurz!)

Kurze Redezeit. Wie lange wollen Sie reden? Möchte einer reden? Oder wie soll das passieren?

(Manfred Schaub (SPD): Kurz! - Norbert Kartmann (CDU): Alle auf einmal!)

Also jedenfalls kurz. Wer meldet sich zu Wort? - Frau Kollegin Klär für die SPD-Fraktion.

Hildegard Klär (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Karel van Miert, Stehaufmännchen und Wettbewerbskommissar der eigentlich zurückgetretenen EU-Kommission, hat mit der Sitzung des Beratenden Ausschusses für Kartell- und Monopolfragen Anfang Juni zum letzten Schlag gegen die Buchpreisbindung ausgeholt.

Diese Sitzung war der formelle Beginn des Verfahrens zur Abschaffung der Buchpreisbindung, das am 14. Juli endgültig durch die Kommission beschieden werden soll. Karel van Miert hat damit Wortbruch begangen. Denn eigentlich war es abgemacht, dass die zurückgetretene EU-Kommission nur noch die laufenden Geschäfte weiterführen, aber keinesfalls neue Themen beginnen sollte.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Meine Damen und Herren, es ist sehr laut im Saal und sehr unruhig. Würden Sie bitte der Rednerin ein bisschen mehr Ruhe verschaffen.

Hildegard Klär (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Im Zentrum des Verfahrens steht überraschenderweise nicht mehr nur die Preisab-sprache zwischen dem österreichischen und dem deutschen Buchhandel, sondern die Buchpreisbindung schlechthin. Das ist neu. Denn bisher war nur von einer bilateralen Regelung die Rede.

Was ist nun der Kern des Konflikts? Wie so häufig auf EU-Ebene geht es um den Streit zwischen Kulturgut und Wirtschaftsgut, wie wir ihn auch bereits beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen kennen lernen mussten. Van Miert als knallharter Wettbewerbshüter, der er ist, behauptet, dass die Buchpreisbindung keine Verbesserung bei der Erzeugung oder der Verteilung von Büchern bewirke; sie sei nachteilig für den Verbraucher, weil der Buchhändler die ausgehandelten Rabatte bzw. die durch Rationalisierung erreichten niedrigeren Preise nicht an die Leserschaft weitergeben könne. Neue Vertriebswege und Online-Buchhandel als moderne Instrumente des globalisierten Massenmarktes hätten so keine Chance.

Die Folge aber wäre die Abschaffung des kleinen, aber feinen Buchhändlers an der Ecke, den wir sicherlich alle schätzen, weil man dort so hervorragend stöbern kann, weil man sich dort beraten lassen kann und weil man dort fachsimpeln kann. Dieser Buchhändler soll nunmehr einen Computer nehmen, den in sein Wohnzimmer stellen und von dort aus über Internet per E-Commerce dann die Ware Literatur handeln. Damit wird dem Buch als kulturellem Wert endgültig der Garaus gemacht, und das Berufsbild Buchhändler oder Buchhändlerin können wir dann gleichfalls auf den Müll werfen.

Dies ist aber nur die eine Seite der Medaille. Denn die Buchpreisbindung hat auch eine Schutzfunktion für die flächendeckende Erhaltung der kulturellen Vielfalt auf dem Buchmarkt. Sicher, nicht jedes Buch ist ein Kulturgut ersten Ranges. Aber wer weiß denn schon, wenn ein Buch

erscheint, ob es zu einem bedeutenden Kulturgut wird? Deshalb müssen neue deutschsprachige Werke ihren Verleger auch dann finden, wenn sie nicht sofort zum anspruchsvollen Bestseller avancieren und den Marktwert erlangen, den das Preis-Leistungs-Verhältnis abdeckt. Nein, nicht mehr Masse als Klasse ist angesagt. Dass bei einem freien Wettbewerb die Preise purzeln, gilt nicht einmal in den USA. Taschenbücher im Supermarkt - dort zahlreich zu kaufen - sind im Schnitt teurer als bei uns, und die Zahl der Titel hat sich im Übrigen in den Vereinigten Staaten auch drastisch vermindert.

Lassen Sie mich mit einem Vergleich zeigen, mit welchem Mechanismus die Buchpreisbindung bisher ihren Beitrag dazu geleistet hat, dass Buch und Buchdruck einen immensen Beitrag zu unserer Kultur geleistet haben. Der Patentschutz liefert - wie wir wissen - einen Anreiz zur technischen Innovation und Neuerung. Ähnliches gilt auch für die Buchpreisbindung: Die bestehende Preisbindung von Büchern sorgt auf vergleichbare Weise für einen ständigen neuen Anreiz für Autoren und Verlage, Bücher zu veröffentlichen und damit die Vielfalt des deutschsprachigen Buchmarktes zu erhalten.

Meine Damen und Herren, die freieste aller Marktwirtschaften hat schon heute dazu geführt - ich zitiere hier die Zeitschrift "Die Woche" -, dass es "geschmacksfreien Brie zum Schleuderpreis in jedem Supermarkt" gibt, aber versuchen Sie einmal, einen geschmackvollen Cheddar zu kaufen". - Nun, der Leser und die Leserin hatten es noch besser als der Käsefreund.

Sollte Karel van Miert an seinem Vorhaben festhalten und den Beschluss der Kommission zur Abschaffung der Buchpreisbindung fassen, wird - so hat es der Börsenverein bereits angekündigt - vor dem Europäischen Gerichtshof geklagt werden. Kulturstaatsminister Michael Naumann hat bereits angekündigt, dass die Bundesregierung den Börsenverein dabei unterstützen wird.

Meine Damen und Herren, ich freue mich außerordentlich, dass es uns gelungen ist, einen interfraktionellen Antrag gegen die Aufhebung der Buchpreisbindung zu formulieren. Wir sollten gemeinsam dafür einstehen, dass diese Preisbindung, die kulturelle Vielfalt, das anspruchsvolle Buch im deutschen Sprachraum und auch der kleine Buchhändler an der Ecke mit seinen vielen Arbeitsplätzen erhalten bleiben; sie haben es ohnehin schwer genug.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Klaus Dietz (CDU))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner, Herr Kollege Lenz. Die Redezeit von Frau Klär betrug sechs Minuten. Vielleicht könnten wir uns darauf einigen? Wenn jemand drunter bleibt, sehr gut.

Aloys Lenz (CDU):

Vielen Dank für den Hinweis. - Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten uns im Mai letzten Jahres hier im Landtag auf Antrag der CDU-Fraktion einstimmig gegen die Absicht der Brüsseler EU-Kommission ausgesprochen, die Buchpreisbindung in Deutschland abzuschaffen. Erfreulicherweise haben alle vier Fraktionen dieses Hauses dieser Intention des Wettbewerbskommissars widersprochen.

Der Hessische Landtag war bisher das einzige bundesdeutsche Landesparlament, das sich in dieser Frage - noch

dazu übereinstimmend - engagiert hat. Ich hatte damals den Antrag unserer Fraktion mit dem Hinweis begründet, dass Hessen - und das ist der Bezug, weshalb wir hier sprechen - eine herausragende Bedeutung bei der Buchproduktion hat: Über 13% aller Titel in Deutschland erscheinen in hessischen Verlagen; darüber hinaus befindet sich der Sitz des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels in Frankfurt, der des deutschen PEN-Zentrums in Darmstadt, und die jährlich größte Buchmesse der Welt findet noch immer in Frankfurt statt. Somit hat unser Bundesland, wie ich meine, eine besondere Verpflichtung, sich in diesem Streitfall, dessen endgültige Entscheidung derzeit von Brüssel aus betrieben wird, erneut zu Wort zu melden.

Ausdrücklich begrüßen wir den Antrag, den Frau Klär eben begründet hat. Ich teile ihre Freude, dass wir diesen fraktionsübergreifenden Entschließungsantrag hier vorlegen konnten, um damit zu demonstrieren, dass alle politischen Kräfte unseres Landes sich geschlossen gegen das Ansinnen aus Brüssel stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die EU-Kommission will die Abschaffung der Preisbindung für Verlagszeugnisse, wir dagegen fordern den Erhalt der Buchpreisbindung in unserem Land. Die Begründung ist einfach: Die Europäische Gemeinschaft hat sich verpflichtet, bei der Förderung der Kulturen ihrer Mitgliedstaaten auf die Wahrung der nationalen und regionalen Vielfalt zu achten. Gerade diese Vielfalt wird durch die bestehende Buchpreisbindung garantiert. Sie ist ein notwendiges Instrument, um das Kulturgut Buch - das weit mehr ist als ein beliebiges Stück Ware - vor Marktverzerrungen zu schützen. Nur mit ihr gelingt es, die breite Palette des literarischen Angebotes zu fördern, wissenschaftliche Veröffentlichungen sicherzustellen, kleineren Verlagen ihre Existenzgrundlage zu erhalten und vor allem - das ist ein wichtiger Punkt - den mittelständisch strukturierten Buchhandlungen eine Überlebenschance zu geben.

Damit bleibt auch das flächendeckende Netz der Buchversorgung, über das wir erfreulicherweise - im Gegensatz zu anderen Ländern - verfügen, langfristig garantiert. Bücher, das möchte ich nochmals betonen, sind mehr als ein reines Wirtschaftsgut. Sie haben einen geistig-kulturellen Eigenwert. Sie sind lebensnotwendiges Medium für die literarische und kulturelle Entwicklung einer Gesellschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch der zwischenzeitlich vorgeschlagene Kompromiss, die bestehende grenzüberschreitende Preisbindung durch eine rein nationale zu ersetzen - wie sie vorgestern auch in der Sitzung des Kulturrates verhandelt wurde -, ist sehr bedenklich. Denn durch den Export von Büchern ins Nachbarland und den anschließenden Reimport würden zwei unterschiedliche Preise eines Buches auf dem Markt entstehen, und die nationale Preisbindung wäre dann ausgehebelt.

Ich möchte nochmals betonen: Natürlich spricht sich unsere Fraktion für den wirtschaftlichen Wettbewerb aus, auch auf europäischer Ebene, im gemeinsamen Binnenmarkt.

Aber wir müssen bei diesem Thema zwischen zwei wichtigen Zielen abwägen: Förderung des Wettbewerbs und Erhalt unserer Buchkultur. Denn trotz gegenteiliger Behauptungen entspricht die Aufhebung der Buchpreisbindung nicht den Interessen der Verbraucher. Alle Erfahrungen, die im Ausland mit der Liberalisierung der Buchpreisbindung bisher gemacht wurden, waren negativ. Lassen wir einmal einen Fachmann sprechen. Auf die Frage, wie sich die Preisfreigabe auf die Käufer auswirke, antwortete der Wie-

ner Buchhändler Heinz Kolisch sehr klar und prägnant: "Die g'scheiten Bücher werden teurer, die depperten billiger."

Das politische Ziel der CDU-Fraktion ist möglichst viel Deregulierung. Der freie Wettbewerb ist wesentlicher Bestandteil unserer freiheitlichen Marktwirtschaft. Wenn EU-Kommissar van Miert die Buchpreisbindung jedoch als "Kardinalvergehen gegen die Wettbewerbsfreiheit" bezeichnet, dann verkennt er völlig die kulturelle Bedeutung der Verlagsprodukte.

Wir sind dafür dankbar, dass der Hessische Ministerpräsident Roland Koch in seiner Funktion als Präsident des Bundesrates an den derzeitigen Kommissionspräsidenten Jacques Santer geschrieben und die Bitte geäußert hat, diese fundamentale Entscheidung nicht noch in den letzten Amtswochen der derzeitigen Kommissionspräsidentschaft überstürzt zu fällen, sondern sie zu vertagen. Der Herr Ministerpräsident hat mit Recht die Befürchtung geäußert, dass es bei einer Aufhebung der Buchpreisbindung massenhaft zu Schließungen gerade mittlerer und kleiner Buchhandlungen kommen werde. Dies würde einen bedeutenden Verlust an Arbeitsplätzen bei Buchhandlungen und Verlagen bedeuten. Dies würde besonders die Rhein-Main-Region und unser Bundesland insgesamt treffen.

Der Herr Ministerpräsident hat damit auch die geschlossene Position des Hessischen Landtags, die mit der des Deutschen Bundestages übereinstimmt, gegenüber dem Kommissionspräsidenten deutlich vertreten. Es ist schon verwunderlich, dass ein Kommissar, dem das Europäische Parlament das Vertrauen entzogen hat und der von seinem Amt zurückgetreten ist, noch in den letzten Tagen seiner Amtszeit mit einer seltenen Verbissenheit ein Projekt vorantreibt, von dem er weiß, dass es darüber keinen politischen Konsens gibt.

Seit Jahrzehnten bestätigt sich immer wieder - damit komme ich zum Schluss -: Die Buchpreisbindung ist ein notwendiges Instrumentarium der Kulturförderung und ein Garant für die Vielfalt des kulturellen Wettbewerbs. - Deshalb votieren wir für ihre Beibehaltung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Für die F.D.P.-Fraktion spricht Frau Kollegin Beer.

Nicola Beer (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir diskutieren dieses Thema im Hessischen Landtag nicht zum ersten Mal. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass wir uns bereits im Mai 1998 aufgrund der Initiative der Europäischen Kommission, die grenzüberschreitenden Preisabsprachen zwischen Deutschland und Österreich für Verlagszeugnisse abzuschaffen, einstimmig für den Erhalt der Buchpreisbindung ausgesprochen haben.

Auch wir von der F.D.P.-Fraktion haben wenig Verständnis dafür, dass der zuständige Kommissar van Miert diese Frage jetzt nicht liegen lässt und sich nicht auf die laufenden Geschäfte beschränkt, wie es der Selbstverpflichtung, die sich die Europäische Kommission auferlegt hat, entspricht, sondern meint, in den letzten Tagen die Entscheidung über die Aufhebung der Buchpreisbindung vorantreiben zu müssen.

Ich stelle hier vor allem die Frage: Warum sollte etwas geändert werden, was sich in unserem Lande seit über 100

Jahren bewährt hat? Mit der geltenden Buchpreisbindung leben sowohl die Verbraucher bzw. die Leser als auch Autoren, Verlage und Buchhandlungen sehr gut.

Damit sich die Argumentationen nicht allzu sehr wiederholen und wir auch angesichts der fortgeschrittenen Zeit voran kommen, möchte ich nur ganz kurz und stichwortartig zusammenfassen, was wir der Buchpreisbindung, wie sie momentan gilt, zu verdanken haben. Wir haben ihr zum einen eine Vielzahl von kleinen und spezialisierten Verlagen zu verdanken, kleine Auflagen bei Literaturformen, die nicht dem Massengeschmack entsprechen, verschiedenste Angebote auch in den so genannten Nischen, gut sortierte Buchhandlungen mit breitem Sortiment neben Spezialbuchhandlungen, Buchhandlungen, die - anders, als es in Schweden seit der Aufhebung der Buchpreisbindung der Fall ist - ohne staatliche Subventionen auskommen. Wir haben in Deutschland zudem weltweit die höchste Zahl an literarischen Neuerscheinungen und an abrufbaren Buchtiteln.

Gegen was sollen wir das eintauschen, wenn es nach Herrn van Miert geht? - Gegen billige Bestseller in Buch-Supermärkten, gegen den Triumph des Massengeschmacks, gegen das Aussterben kleiner Auflagen in den Bereichen Lyrik und anspruchsvolle Prosa, gegen eine Verteuerung von Sach-, Fach- und Schulbüchern. Lassen Sie mich in Klammern einfügen: Gerade der letzte Punkt hätte Wirkungen bis in den Landesetat hinein; denken Sie an die Schulbücher. - Es käme zur Vernichtung der Existenz kleiner Buchhandlungen und, damit einhergehend, eines Teils der mittelständischen Betriebe inklusive ihrer Arbeits- und Ausbildungsplätze und womöglich - das kann man in Schweden sehr gut beobachten - zur Notwendigkeit der Schaffung neuer Subventionstöpfe.

Wer sich all das klar macht, was ich eben aufgezählt habe, der wird die Initiative aus Brüssel wahrlich nur sehr bedingt nachvollziehen können. Es geht eben nicht an, dass man, wie man es in Brüssel offensichtlich tut, die Preisbindung als eine Form des kulturpolitischen Separatismus betrachtet. Es reicht auch nicht aus, die Aufhebung der Preisbindung bzw. die Liberalisierung des Buchmarktes als einzig maßgebliche Größe in der Kulturpolitik anzusehen. Das wird einem Kulturgut wie dem Buch einfach nicht gerecht.

Das Buch ist ein Kulturträger in mehrfachem Sinne des Wortes. Es gehört zu den Dingen, die wir nicht allein mit einem ökonomischen Maßstab messen dürfen. Herr Kollege Lenz hat schon darauf hingewiesen, dass Herr van Miert auch gegen § 151 des Amsterdamer Vertrages und gegen den dort formulierten Kulturauftrag verstößt. Dieser Kulturauftrag ist eben keine bloße Worthülse. Er muss in die Entscheidung der Kommission einfließen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch noch auf den wahrscheinlichen Verlust von 25.000 Arbeitsplätzen in Deutschland hinweisen. Als Frankfurterin und als Frankfurter Stadtverordnete ist es mir natürlich ein Anliegen, an die Frankfurter Buchmesse zu erinnern, die einen internationalen Ruf genießt. Die hohe Zahl an jährlichen Neuerscheinungen auf dieser Messe zeigt ebenfalls deutlich, wie fruchtbar sich die geltenden Regelungen auf die Vielfalt des Kulturgutes Buch auswirken.

Der Kulturbeauftragte der Bundesregierung hat sich bereits mehrfach bei der Kommission für den Erhalt der Buchpreisbindung eingesetzt. Ich bedaure sehr, dass sein Engagement und auch das Engagement des Ministerpräsidenten Koch noch nicht die erhofften Früchte getragen haben. Van Miert hat an seiner Position unverändert festgehalten.

Allerdings scheint es nach dem, was man gestern hören konnte, und nach unseren weiter gehenden Recherchen von heute zumindest gelungen zu sein, abzuwenden, dass die Buchpreisbindung generell infrage gestellt wird. Die Auflage aus Brüssel heißt nun: nationale Preisbindung ja, aber keine grenzüberschreitenden Preisabsprachen.

Wie wir seit gestern wissen, hat der Börsenverein des Deutschen Buchhandels nun wohl eingelenkt und ist bereit, die Auflagen des Wettbewerbskommissars zu erfüllen. Geplant ist ein rein inländischer Vertrag zwischen Verlagen und Buchhändlern. Das bedeutet den Abschied von grenzüberschreitenden Buchpreisabsprachen mit Österreich. Allerdings will ich hier kritisch anmerken, dass die Österreicher zuletzt keinen Finger mehr gerührt haben, um die deutsche Position zu unterstützen.

Der Börsenverein kann nach eigenem Bekunden mit dieser Lösung leben. Bedingung für diesen Kompromiss war aber - und das ist uns wichtig -, dass van Miert dem Verbot von Reimporten zugestimmt hat. Herr Kollege Lenz hat die Problematik bereits angesprochen. Diese Zustimmung ist erfolgt, wie man hört, und so ist immerhin die Gefahr ausgeschlossen, dass durch solche Reimporte die gebundenen inländischen Ladenpreise unterlaufen werden. Es handelt sich allemal nur um einen Kompromiss; anscheinend war aber unter den gegebenen Umständen keine bessere Lösung zu finden. Wir können also hoffen, dass es hierzulande keine englischen und auch keine schwedischen Zustände auf dem Buchmarkt geben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin Hinz für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Meine Damen und Herren! Wir haben im letzten Jahr eine Debatte zu diesem Thema geführt. Die Auffassungen waren einmütig, und es gab einen einstimmigen Beschluss. Diesmal gibt es sogar einen gemeinsamen Antrag.

Aufgrund der Einmütigkeit in der Debatte will ich mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern anschließen und sagen: Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird dem Antrag zustimmen.

(Beifall)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat die Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Frau Wagner.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Frau Präsidentin! Liebe Frau Abgeordnete, diese Kürze verpflichtet. Ich versuche, mich einigermaßen daran zu orientieren. Deshalb will ich nur ganz kurz sagen: Ich freue mich außerordentlich, dass nicht nur eine einstimmige Beschlussfassung aus dem letzten Jahr, sondern diesmal sogar ein gemeinsamer Antrag vorliegt.

Ich teile die Kritik an einem Kommissar, der eigentlich nichts anderes zu tun hätte, als geschäftsmäßig die Politik zu betreiben und nicht solche weit reichenden Beschlüsse zu fassen. Ich teile die Kritik der Parlamentarier, die noch nicht einmal konstituiert sind im neuen Europäischen Parlament und die auch ihre Rechte erkämpfen müssen, dass sie

an einer so weit reichenden Entscheidung nicht beteiligt sind. Ich bin der Auffassung, dass eine solche Sache auch vom neuen Europäischen Parlament besprochen werden muss. Es ist unerträglich, dass dieser Herr die Sache alleine entscheiden will.

Meine Damen und Herren, das ist ein Beispiel für Eurokratie, das unsere Bürger im Grunde an Europa verzweifeln lässt. Ich sage das noch einmal so hart. Das war im letzten Jahr schon so, und das sage ich auch als Ministerin dieser Regierung.

Ich will nur noch zwei Aspekte hinzufügen. Ordnungspolitisch mag man über diese Dinge unterschiedlicher Meinung sein. Es gibt sicher in jeder Fraktion Leute, auch auf Bundesebene, die fragen: Warum gibt es nicht in allen Bereichen keine Preisbindung mehr? - Ich will Ihnen ein ökonomisches Argument sagen. Der Buchhandel, wie er sich in den letzten Jahren einschließlich des Medienmarktes dargestellt hat, macht in Deutschland - ich habe leider nur Zahlen von vor zwei Jahren - 45 Milliarden DM Umsatz. An diesem Umsatz sind Autoren beteiligt. An diesem Umsatz sind kleinste Buchhandlungen, Selbstständige beteiligt. An diesem Umsatz sind mittlerweile auch Internet-Geschäfte für Buchhandel beteiligt. Alle diese Menschen zahlen Steuern. Deshalb ist das keine Subvention. Deshalb ist dieser Bereich der Kulturpolitik kein weicher Standortfaktor, sondern ein außerordentlich harter Standortfaktor, der auch unter ökonomischer Gesamtberechnung hochinteressant ist.

Wer da die Buchpreisbindung weglässt und am Ende zu englischen Verhältnissen kommt - Frau Beer hat es schon angesprochen -, der wird am Ende auch rein ökonomisch gesehen weniger Erträge aus diesem Bereich haben.

Herr Kollege Lenz, ich glaube eher, es ist kein Problem des Rhein-Main-Gebiets. Es ist ein Problem der ländlichen Bereiche, wo man keine kleinen Buchhandlungen mehr hat,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wo sich am Ende kulturell noch etwas tut, sondern wo in Supermärkten Bestseller verramscht werden. Wenn bei uns im Jahr 60.000 oder 80.000 Buchtitel produziert werden und ein Drittel davon sozusagen für den Ramsch bestimmt ist, dann ist doch die Frage, wie die Buch- und Literaturversorgung in den Bereichen gewährleistet wird, die nicht zu den Ballungszentren gehören. Das hat zwei Seiten, die kulturpolitische wie die wirtschaftspolitische.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch eine Bemerkung machen. Ich teile leider nicht den Optimismus, den ein Teil der Kolleginnen hier gezeigt hat. Ich möchte Ihnen aus der Pressekonferenz, die Herr Naumann in Luxemburg am 28.06. gehalten hat, Folgendes vorlesen. Er hat dort vorgetragen:

Ich habe die Kommission um Auskunft gebeten, ob sie bereit ist, ihre Entscheidung zurückzuziehen, wenn der Börsenverein sich verpflichtet, die entsprechenden Passagen des Sammelrevers des Deutschen Verlagsbuchwesens anzupassen, die die grenzüberschreitenden Aspekte der deutsch-österreichischen Buchpreisbindung betreffen. Dies hat Kommissar van Miert inzwischen im Grundsatz zugesagt und Schritte zu einer möglichen Einigung zwischen Kommission und Börsenverein aufgezeigt, die vom Börsenverein jetzt diskutiert und geprüft werden müssen.

Nun sei es eine Sache des Börsenvereins, diese Frage weiter zu verfolgen.

Meine Damen und Herren, das ist keine Abwehrschlacht mehr, das ist ein Nachhutgefecht. Deshalb bin ich nicht so optimistisch wie ein Teil der Kolleginnen. Es ist schon eine Schande, dass nicht alle deutschsprachigen Länder das so sehen. Wir haben nicht nur die Produktion in Deutschland und in Österreich. Die Schweiz gehört mindestens dazu, andere Länder auch. Natürlich kann man deutschsprachige Bücher auch in England oder Frankreich produzieren. Die Frage des Reimportes wird am Ende das große Problem bleiben, auch wenn bilateral zwischen Österreich und Deutschland etwas zustande kommt.

Was mich noch mehr irritiert, ist eine Bemerkung von Herrn Naumann, dass möglicherweise eine solche Regelung nur auf fünf Jahre befristet ist. Meine Damen und Herren, dann ist das der Tod auf Raten. Deshalb sage ich noch einmal in aller Härte: Wenn wir nicht dafür sorgen, dass in Europa wirklich Subsidiarität herrscht, sondern alles über einen Kamm geschoren wird, dann wird eines Tages auch in anderen kulturellen Bereichen Deutschland derjenige sein, der den Nachteil hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb bin ich der Meinung: Wenn Sie heute einstimmig den Beschluss fassen, müssten wir über unser Europaresort auch die weiteren Schritte gemeinsam mit Herrn Naumann und im Rat der Regionen abstimmen und vor allem die Kolleginnen und Kollegen im neuen Europäischen Parlament bitten, der Kommission auf die Finger zu schauen und das nicht zuzulassen. - Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Aussprache und komme zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag. Wer für Annahme ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag vom Parlament einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Stopp der Aufforderung zum Rechtsbruch durch die Landesregierung - Drucks. 15/289 -

Welche Redezeit ist vorgesehen?

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Fünf Minuten! - Manfred Schaub (SPD): Zehn Minuten! - Petra Fuhrmann (SPD): Acht Minuten wäre ein Kompromiss! - Stefan Grüttner (CDU): Großzügige fünf Minuten!)

- Acht Minuten, also gut. - Das Wort hat Frau Kollegin Fuhrmann zur Begründung des Antrags der SPD-Fraktion.

Petra Fuhrmann (SPD):

Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Was ist das für eine traurige Regierung und eine traurige Sozialministerin, die zum offenen Rechtsbruch auffordern?

(Beifall bei der SPD)

Hier wie schon an anderer Stelle wird keine eigenständige hessische Politik betrieben, sondern man läuft blindlings den Bayern und Baden-Württembergern nach.

Meine Damen und Herren, es ist schon erstaunlich. Wir haben hier eine Sozialministerin, die ihren eigenen Etat in finanzieller Hinsicht zum Steinbruch erklärt, mit der Änderung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes über-

haupt nichts zu tun haben will, bei der Debatte zur Papstweisung heute Morgen eine peinliche und formaljuristische Rede verliert,

(Zurufe von der CDU: Thema!)

in der die betroffenen Frauen nicht einmal vorgekommen sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Ministerin hat bisher ausschließlich Pleiten, Pech und Pannen produziert und will jetzt auch noch hessisches Landrecht einführen.

Meine Damen und Herren, ja, es gibt bei dem Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit Abgrenzungsprobleme und Unschärfen, nämlich da, wo echte Existenzgründungen von jungen Menschen verhindert würden. Aber es geht kein Weg daran vorbei, dass dieser Bereich dringend der Regelung bedarf - wenn z. B. der LKW-Fahrer für eine Firma auf der immer gleichen Route die immer gleichen Firmen anfährt, inzwischen als Selbstständiger gilt und folglich aus den sozialen Sicherungssystemen herausgefallen ist oder wenn man im Eiscafé nicht den Tisch wechseln kann, weil die Bedienung jetzt genau diese vier Tische als selbstständige Unternehmerin betreut. Sie kauft das Eis beim Besitzer des Cafés und verkauft es als selbstständige Unternehmerin. Wer da sagt, wir hätten keinen Regelungsbedarf in Deutschland, der sagt die Unwahrheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier hat der Gesetzgeber in Bonn zu Recht begonnen, einen Riegel vorzuschieben, wie gesagt, bei aller Notwendigkeit zur Nachbesserung in bestimmten Bereichen. Aber wir dürfen diese Erosion - -

(Zuruf von der CDU - Unruhe)

Frau Präsidentin, können wir die CDU ein bisschen leiser stellen?

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Meine Damen und Herren, hören Sie doch der Rednerin bitte mit ein bisschen mehr Ruhe zu. Es stört schon.

(Zurufe von der CDU)

Petra Fuhrmann (SPD):

Ich habe zwar eine laute Stimme, aber das ist doch etwas zu laut.

Bei aller Notwendigkeit zur Abgrenzung in bestimmten Bereichen können wir dieser Erosion der sozialen Sicherungssysteme auf keinen Fall weiterhin tatenlos zusehen; denn sie führt die Betroffenen bei Krankheit oder spätestens im Alter schnurgrade in die Armut.

(Beifall bei der SPD)

Sie führt außerdem in der Gesellschaft zu immer höheren Sozialhilfekosten für Menschen, die zwar Geld verdient und gearbeitet haben, aber keine oder wenigstens keine ausreichende Sicherung erwerben konnten bzw. erworben haben. Das ging und geht so nicht weiter.

Nun gibt es ein neues Gesetz in Deutschland, das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit. Da tut diese Hessische Sozialministerin so, als habe sie zu Bundes-

gesetzen etwas zu sagen. Das ist schon ein bemerkenswerter Vorgang.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Frau Ministerin, Sie haben Bundesgesetze zu befolgen und nicht die Sozialversicherungsträger zum offenen Rechtsbruch aufzufordern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, Sie haben hier kein hessisches Landrecht zu verkünden. Sie haben die Rechtsaufsicht auszuüben und dafür zu sorgen, dass in Hessen nach Recht und Gesetz vorgegangen wird, denn die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes wird nicht von einer Landesministerin festgestellt, die noch nicht einmal ihre eigenen Aufgaben richtig erfüllt, sondern noch immer vom Bundesverfassungsgericht. Das wollen wir doch einmal hier festhalten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das, was ich hier vortrage, hat auch die IHK Frankfurt inzwischen festgestellt und warnt deshalb nachdrücklich vor dem Chaos, das bei Befolgung der Anregung der Ministerin eintreten würde. Ich denke, es ist schon mehr als peinlich für eine Landesregierung oder eine Ministerin, von der IHK aufgefordert zu werden und mitgeteilt zu bekommen, dass in Hessen nach Recht und Gesetz verfahren werden muss.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Ministerin, ich habe es hier schon mehrfach gesagt. Sie sind in Ihrem Amt wirklich vollkommen überfordert. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner, Herr Kollege Reif für die CDU-Fraktion.

(Zurufe von der SPD: Oioioi! - Manfred Schaub (SPD): Der Reif ist jetzt die Landesregierung!)

Clemens Reif (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Gesetz über die so genannte Scheinselbstständigkeit hat zweifelsohne ein einzigartiges Durcheinander und Wirrwarr bei den Betroffenen in der Bundesrepublik Deutschland verursacht.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Nicola Beer (F.D.P.))

Wir bedanken uns ausdrücklich bei der SPD dafür, dass sie uns erneut Gelegenheit gibt, dieses von der Bundesregierung verursachte Durcheinander hier im Landtag zu besprechen.

(Beifall bei der CDU - Petra Fuhrmann (SPD): Wir reden von Rechtsbruch!)

Sie werfen in Ihrem Dringlichen Antrag unserer Sozialministerin Rechtsbruch vor,

(Manfred Schaub (SPD): Das stimmt auch!)

weil sie erklärte, die Prüfung der Sozialversicherungspflicht auf der Grundlage der alten Regelung zu tolerieren. Das bedeutet nicht weniger, sondern mehr Rechtssicherheit.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist Rechtsbruch!)

Dafür danken wir der Sozialministerin ausdrücklich und beglückwünschen sie.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen das kurz begründen, damit Sie es hören und verstehen. Die mit dem Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte getroffenen und zum 01.01.1999 in Kraft getretenen Regelungen zur so genannten Scheinselbstständigkeit sind nicht nur verfassungsrechtlich bedenklich, sondern sie sind auch wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch in höchstem Maße schädlich, wie wir bisher erfahren durften.

(Beifall der Abg. Inge Velte (CDU))

Die Neuregelungen, die Sie durch Ihre Bundesregierung in Kraft gesetzt haben, sind ohne seriöse empirische Erfahrungen im Eilverfahren erlassen worden.

(Zurufe von der SPD)

Sie sind in ihren Auswirkungen unübersehbar. Eine dem Anliegen angemessene Folgeabschätzung fehlt. Sie wurde nicht durchgeführt. Fest steht bereits heute, dass sich die neuen Regelungen zum einen in der Verhinderung des Entstehens selbstständiger Existenzen, zum anderen in der Vernichtung bereits über Jahrzehnte hinweg bestehender Existenzen niederschlagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist zweifelsohne so. Das haben in den letzten sechs Monaten die Erfahrungen bewiesen. Die besonderen Anstrengungen der letzten Jahre, Menschen zur Selbstständigkeit zu ermutigen, wurden durch dieses Gesetz nahezu vollständig zunichte gemacht.

Ein weiteres sehr wichtiges Moment. Die gesetzestechnische Konzeption zur Feststellung der so genannten Scheinselbstständigkeit sieht vor, dass Scheinselbstständigkeit u. a. dann vermutet wird, wenn die erwerbsmäßig tätige Person mit Ausnahme - man höre - von Familienangehörigen keine versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigt.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das Kriterium ist demnach nicht erfüllt, wenn ein nicht ehelicher Lebenspartner angestellt wird. Damit diskriminiert dieses Gesetz unzulässig Familien im Verhältnis zu nicht ehelichen Lebensgemeinschaften.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Es verstößt damit gegen das verfassungsrechtliche Gebot des Schutzes von Ehe und Familie.

(Zurufe von der SPD)

Ein weiterer Punkt. Darüber hinaus nimmt das Gesetz Handelsvertreter, die im Wesentlichen ihre Tätigkeiten frei gestalten und ihre Arbeitszeit frei bestimmen können, willkürlich und ohne sachlichen Grund von der Neuregelung aus.

(Fortgesetzte Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, in anderen Bundesländern, insbesondere in SPD-geführten Bundesländern, mehren sich die Stimmen zu einer Nachbesserung der Neuregelungen zur so genannten Scheinselbstständigkeit und zu arbeitnehmerähnlichen Selbstständigen. Die Bundesregierung selbst

hat inzwischen ein Einlenken signalisiert. Nur Sie haben noch nicht verstanden, wo der Zug hinrollt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Clemens Reif (CDU):

Nein. - Wenn das so ist, dann ist es geradezu ein Gebot der neuen Landesregierung und der zuständigen Ministerin, die Prüfung der Sozialversicherungspflicht auf der Grundlage der alten Regelung zu tolerieren. Hören Sie sich doch einmal an, was die Bundespolitiker aus Ihrer Partei dazu sagen. Wir dürfen doch an Äußerungen wie die des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Herrn Ernst Schwanhold, erinnern, der gegenüber der "Hannoverschen Zeitung" erklärte: "Es geht nicht mehr um die Frage, ob wir es, sondern wie wir es ändern."

Ferner sagte er: "Die Psychologie des Gesetzes ist schlecht." Das Bundesarbeitsministerium sei deshalb - so Schwanhold - gebeten worden, bis zu der angekündigten Korrektur des erst zu Jahresanfang in Kraft getretenen Gesetzes die Überprüfungspraxis zu lockern. Was wollen Sie eigentlich? Die Ministerin tut das, was Ihre eigenen Genossen in Bonn empfehlen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Nicola Beer (F.D.P.))

Der Fraktionsvorsitzende Struck - einen Höheren kann man fast nicht erwähnen - sprach sich nach einer dpa-Meldung vom 20. April eindeutig für Nachbesserungen aus.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Er wird zitiert: "Ich persönlich" - Struck - "sehe Handlungsbedarf." Diese Auffassung vertritt offensichtlich auch der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Rezzo Schlauch, nach einer dpa-Meldung.

Bundeswirtschaftsminister Müller, von der SPD berufen, will sich nach Meldungen des "Berliner Tagesspiegels" vom 20. Mai ebenfalls für eine Neuregelung einsetzen und die derzeitige Regelung auf den Prüfstand stellen. Man höre und staune, wenn er gegenüber dem "Berliner Tagesspiegel" erklärt, das jetzige Verfahren vermindere, was wir ohnehin zu wenig hätten: Selbstständigkeit. Deshalb müsse darüber geredet werden, bevor das Gesetz zu allseits unerwünschten Entwicklungen führe.

(Horst Klee (CDU): Guter Mann!)

Nur der Arbeitsminister Riester schreit noch auf dem falschen Bein hurra. Beim Gesetz für die arbeitnehmerähnlichen Selbstständigkeiten gebe es "aktuell keinen Änderungsbedarf". Vielleicht wollen Sie dem ja helfen.

Fast gleichzeitig wird von Ihrer SPD-geführten Bundesregierung nach dem ganzen Durcheinander eine Kommission "Scheinselbstständigkeit" unter dem Vorsitz des Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts, Herrn Prof. Dr. Dieterich, eingerichtet, die sich aus Vertretern der betroffenen Bundesministerien, der Koalitionsfraktionen, der Wissenschaft und der Wirtschaft zusammensetzt.

Schließlich: Was sagt Gerhard Schröder, der Bundeskanzler? Er hat bereits Änderungen der umstrittenen Neuregelung für Scheinselbstständige und arbeitnehmerähnliche Selbstständige in Aussicht gestellt.

(Armin Clauss (SPD): Es geht um Rechtsbruch in Hessen! Sie werfen Nebel!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da die bisherigen Äußerungen der Bundesregierung und aller wichtigen Persönlichkeiten aus den Koalitionsfraktionen zur Frage einer Gesetzesänderung, wie eben dargestellt, widersprüchlich, ja, verworren sind, wären wir Ihnen von SPD und GRÜNEN hier im Hessischen Landtag sehr verbunden, wenn Sie endlich den Ländern und den Sozialversicherungsträgern, aber vor allem auch den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes eindeutig erklärten, was die Bundesregierung nun eigentlich beabsichtigt. Ein Fortdauern der Rechtsunsicherheit ist nicht mehr hinnehmbar. Bevor Sie von der SPD hier im Parlament durch fragwürdige Dringliche Anträge den untauglichen Versuch unternehmen, unsere Sozialministerin vorzuführen,

(Zurufe von der SPD)

machen Sie endlich dem Wirrwarr und Chaos in dieser Sache in Bonn ein Ende. Das wäre der beste Beitrag, den Sie als Opposition hier im Hessischen Landtag leisten könnten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege von Plottnitz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Von dem Herrn Kollegen Reif haben wir gerade einen hochinteressanten Beitrag zum dem Thema

(Stefan Grüttner (CDU): Richtig!)

- einen Augenblick - Rechts- und Verfassungsbruch als neue Regierungsaufgabe in Hessen gehört.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Reif, zur Sache haben wir uns über Sinn und Unsinn der neuen bundesgesetzlichen Regelung im Bereich der Scheinselbstständigkeit hier bereits reichlich auseinandergesetzt. Das soll deshalb gar nicht mehr mein Thema sein. Da beziehe ich mich auf alles, was z. B. die Frau Kollegin Fuhrmann gesagt hat.

Uns interessiert in dem Zusammenhang eine ganz andere Frage, nämlich die, wie die selbst ernannte Law-and-Order-Partei, die CDU in Hessen, als Regierungspartei mit Bundesrecht und Bundesgesetz umgeht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Da gibt es dann doch erstaunliche Befunde. Wie sieht die Lage bis dato aus? Wir haben uns in der Bundesrepublik Deutschland alle an ein bestimmtes politisches Phänomen gewöhnt, genannt Linksautonome. Das sind bekanntlich diejenigen Leute, die im Umgang mit Bundesgesetz und Bundesrecht den Standpunkt vertreten: legal, illegal, schegal - alles andere wäre nicht sonderlich parlamentarisch. Wie gesagt, das ist ein mehr oder weniger unerfreuliches Phänomen. Aber daran haben wir uns alle gewöhnt. Neu ist, dass es jetzt in Hessen, und zwar mit den Mitteln einer Regierungspolitik, plötzlich Rechtsautonome gibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es gibt Rechtsautonome, die politisch so stark sind, wie es Linksautonome noch nie in der Geschichte dieses Landes vermocht haben zu sein. Sie verfügen über eine veritable Exbundesrichterin, die es in Hessen zu Ministerehren gebracht hat und die sich für berechtigt hält, per Presseerklärung am 16. Juni 1999 Folgendes mitzuteilen: "Das Hessische Sozialministerium toleriert es rechtsaufsichtlich, wenn die zuständigen Sozialversicherungsträger nach alter Rechtslage prüfen, ob eine Person als scheinselbstständig und damit als versicherungspflichtiger Arbeitnehmer einzu-stufen ist".

(Ernst-Ludwig Wagner (SPD): Darum geht es, Herr Reif!)

Das ist in verdeckter Form die Anstiftung zum Rechtsbruch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn die Landesregierung unter ausdrücklichem Hinweis auf ihre rechtsaufsichtlichen Funktionen die entsprechenden Sozialversicherungsträger, mit denen wir es hier zu tun haben, darauf hinweist, dass etwas toleriert werden soll, dann kann dies doch nichts anderes heißen als Folgendes: Bitte verfass nicht nach neuer Rechtslage, verfass nach alter Rechtslage! - Meine Damen und Herren, das nenne ich Anstiftung. Ich finde, so etwas ist doch, um in der Sprache eines hoch geschätzten früheren parlamentarischen Geschäftsführers der CDU zu Oppositionszeiten zu sprechen, ein bundesweit ziemlich einmaliger Vorgang, würde ich sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Minister Dr. Franz Josef Jung: Ein "unglaublicher Vorgang" heißt das! - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht nur einmalig, sondern unglaublich!)

Wir können uns einmal darauf verständigen, niemand bestreitet Ihnen das Recht, an den neuen Regelungen zur Scheinselbstständigkeit politisch zu kritisieren, was immer Sie politisch für kritikwürdig halten. Niemand bestreitet Ihnen das Recht, Korrekturen zu verlangen. Was Ihnen aber als Recht zu bestreiten ist, das ist, herzugehen und selbst ermächtigt zu erklären: "Uns interessiert dieses Gesetz nicht, wir halten uns nicht daran." Wenn wir als Opposition - wir sind keine Regierung - nach der Verabschiedung der HPVG-Novellierung hingehen und den Personalvertretungsgremien in Hessen sagen würden: "Eines sagen wir euch vorneweg: Um dieses Gesetz braucht ihr euch überhaupt nicht zu kümmern, brecht es, wo immer ihr es könnt, wir tolerieren das", möchte ich wissen, was Sie sagen würden. Das wäre ein Parallelvorgang.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte dann einmal sehen, was bei den Law-and-Order-Fanatikern in den Reihen der CDU los wäre, wenn wir uns so verhalten würden.

(Stefan Grüttner (CDU): Vollkommen daneben!)

Sie verhalten sich aber im Umgang mit Bundesrecht und Bundesgesetzen exakt so. - Herr Reif, Sie lachen selbst, denn Sie merken langsam, wo hier eigentlich der Hase im Pfeffer liegt. Die Sache ist nicht nur komisch.

Ich komme jetzt wieder zurück auf die selbst ernannten Law-and-Order-Fanatiker in Hessen. Gerade in den Reihen der CDU gibt es besonders viele, die die Hände über dem

Kopf zusammenschlagen, wenn es z. B. um die steigende Jugendkriminalität geht, den Werteverfall und die steigende Rechtsuntreue junger Leute. Da kann ich nur sagen, wenn ich ein junger Mensch in heutiger Zeit wäre und darüber nachdenken würde, ob ich mich noch an geltendes Recht und an geltende Gesetze zu halten hätte oder ob ich nach freier Ellenbogenmanier mich nicht daran halten soll, würde ich sagen: "Ich halte mich an die Staatsministerin Mosiek-Urbahn. Ich mache es wie sie, toleriere meinen eigenen Rechtsbruch. Dann möchte ich einmal sehen, ob mich die Regierung nicht unterstützt."

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Langer Rede kurzer Sinn: Mit dem, was Sie in diesem Zusammenhang veranstaltet haben, Frau Staatsministerin, müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie in der Tat zu dem Werteverfall, den Sie ansonsten allenthalben beklagen, massiv beigetragen und ihn massiv gefördert haben. - Danke schön.

(Anhaltender lebhafter Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Denzin für die F.D.P.-Fraktion.

Michael Denzin (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Herr von Plottnitz, die Sache ist in der Tat

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Komisch!)

nicht komisch. Sie ist für viele Betroffene dramatisch. Von den Betroffenen können hier sogar viele aus unmittelbarer Nähe sprechen, nämlich viele Journalisten.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darum geht es jetzt aber gar nicht, Herr Denzin! - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Reden Sie zur Sache!)

Für die war Ihr Exkurs eben sicherlich nicht so sehr hilfreich. Ich halte es aber schon für sehr mutig, dass ausgerechnet die SPD die Chuzpe hat, das Thema hier noch einmal aufzurufen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dieses Gesetz steht wie kaum ein anderes - obwohl das auch für viele andere gilt, aber hier ist es in der öffentlichen Diskussion deutlich geworden - für drei Dinge, die Rot-Grün in Bonn kennzeichnen,

(Zuruf des Abg. Ernst-Ludwig Wagner (SPD))

lieber Kollege Ernst-Ludwig Wagner, nämlich für ideologisch motivierte, für inhaltlich unausgegorene Politik und für unzulängliche gesetzestechnische Umsetzung.

(Ernst-Ludwig Wagner (SPD): Die Liberalen tauchen in dieser Regierung unter!)

Meine Damen und Herren, es ist ideologisch motiviert. Es ging den Initiatoren - da gehört auch die frühere Sozialministerin schon seit langem dazu - nie darum, Missstände anzugreifen und abzugrenzen,

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt sagen Sie doch einmal etwas zum Rechtsmissbrauch! Darum geht es doch jetzt!)

sondern es ging, weil Sie eine Aversion gegen Selbstständigkeit haben, von vornherein darum, Leute in die Zwangsversicherung zu bringen, ein in sich nicht mehr haltbares System mit zusätzlichen Beitragszahlern zu stabilisieren.

(Armin Clauss (SPD): Das ist doch Unsinn! - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie liegen im Moment völlig schief! Sagen Sie etwas zum Missbrauch der Regierungsautorität!)

Meine Damen und Herren, das war Ihr Hintergrund. Das ist der ideologische Ausgangspunkt.

Dann wurde es inhaltlich unausgegoren. Allein die Änderungsvorschläge, die der Kollege Reif zitiert hat, die nicht aus den Reihen der CDU oder F.D.P. in Bonn gekommen sind, und die Feststellungen bis hin zu denen des Bundeskanzlers, des Wirtschaftsministers, des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD und des Fraktionsvorsitzenden der SPD in Bonn sind nicht gemacht worden, um die Leute zu ärgern. Hier ist nicht nur Nachbesserungsbedarf, sondern hier ist erheblicher Korrekturbedarf vorhanden.

(Petra Fuhrmann (SPD): Herr Kollege Denzin, Sie reden zum falschen Thema!)

Sie haben gemerkt, welchen Mist Sie verabschiedet haben. Das haben Sie während der Verabschiedung schon gewusst.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch kein Grund, zum Rechtsmissbrauch aufzurufen!)

50 Jahre lang hat das Parlament in Bonn getagt. Ich glaube, es ist in diesen 50 Jahren einmalig gewesen, dass diejenigen, die ein Gesetz gemacht haben, bereits während der Verabschiedung des Gesetzes am 18. Dezember 1998 verkündet haben, dass dieses Gesetz nachgebessert werden muss.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ein solcher Vorgang und solche Lösungen, die dabei herausgekommen sind, fordern doch geradezu auf, darüber nachzudenken, wie man diesen Mist nicht umsetzen muss.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Dass es auch gesetzestechnisch unzulänglich ist, dürften Sie, wenn Sie sich auf die Debatte hier vorbereitet haben, festgestellt haben.

Herr Reif hat bereits die verfassungsrechtlichen Bedenken angesprochen. Es steht fest, dieses Gesetz wird auch nach längerer Prüfung nicht haltbar sein. Ich sage Ihnen eines: Unabhängig von der von Herrn von Plottnitz so lange ausgewälzten Frage

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gell, die Rede war gut!)

sehe ich viele, auch rechtliche, Angriffspunkte. Dieses Gesetz wird einer Überprüfung nicht standhalten.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Der Rechtsgrundsatz, dass man demjenigen gegenüber Beweis führt, dem man etwas vorwirft oder dem man etwas abverlangt, ist hier umgedreht.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.))

Derjenige muss das Gegenteil beweisen, für den nur nach der Vermutung spricht, er sei ein so genannter Scheinselbstständiger - das ist überhaupt ein Unwort -, für den also gilt,

er könne kein Selbstständiger sein. Allein das ist in einem Rechtsstaat schon nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ob das zutrifft, wird dann von dem verlängerten Arm dieser Bonner Regierung festgestellt.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Fleuren?

Michael Denzin (F.D.P.):

Nein. Lassen Sie mich das bitte ausführen. - Das Ganze wird dann von den Krankenkassen geprüft, die zum verlängerten Arm der Bonner Politik gemacht wurden. Dieser Weg ist schon von der alten Regierung bei anderen Dingen beschritten worden. Ich halte ihn für außerordentlich problematisch. Aber bei dieser Frage halte ich das für ganz besonders problematisch.

Meine Damen und Herren, nein, wir sind nicht unzufrieden darüber, dass die Frau Sozialministerin das hier in Hessen nicht so überprüft, dass sie jeden Tag hinter allen Akten der Verwaltung der AOKs her ist. Frau Ministerin, ich sehe das als einen Akt der Gefahrenabwehr an. Ich halte das für dringend geboten.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zurufe von Abgeordneten der SPD: Ui!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Sozialministerin Mosiek-Urbahn.

(Manfred Schaub (SPD): Aber nicht wieder ablesen! Bitte, sprechen Sie jetzt zu dem Thema!)

Marlies Mosiek-Urbahn, Sozialministerin:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion macht mir wirklich Freude. In Ihrem Dringlichen Antrag werfen Sie mir Rechtsbruch vor.

(Demonstrativer Beifall der Abg. Ernst-Ludwig Wagner (SPD) und Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Petra Fuhrmann (SPD): Ja!)

Ich sage Ihnen: Das in Ihrem Dringlichen Antrag angeführte Schreiben von mir ist ein Beitrag zu mehr Rechtssicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P. - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sehen die Institutionen aber ganz anders! Haben Sie einmal gelesen, was die IHK dazu sagt?)

Mit dem von der Bonner Regierungskoalition beschlossenen Gesetz zur Scheinselbstständigkeit haben Sie nicht nur den sozialen Frieden in unserem Land empfindlich gestört. Vielmehr haben Sie auch die Betroffenen, nämlich die Selbstständigen und die Krankenkassen, zutiefst verunsichert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es war schon die Rede von den Kommentaren des SPD-Fraktionsvorsitzenden, Herrn Struck. Es war schon vom Bundeskanzler die Rede. Es war schon von Herrn Schwanhöf die Rede. Sie alle wissen, dass in Bonn schleunigst

eine Korrekturkommission eingerichtet wurde. Das ist ein einmaliger Vorgang. Warum fordert denn der niedersächsische Sozialminister in der "Neuen Osnabrücker Zeitung" dafür höchste Eilbedürftigkeit?

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Marlies Mosiek-Urbahn, Sozialministerin:

Nein, ich möchte in meiner Rede fortfahren. - Man sieht schon das drohende Wahlfiasco für diese Bundesregierung voraus.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gehen Sie doch zum Verfassungsgericht!)

Die Antwort auf all diese Fragen haben Ihnen die Wähler am 13. Juni 1999 gegeben. Das geschah nicht nur bei der Europawahl, sondern auch bei den Kommunalwahlen in fünf Bundesländern wurde Ihnen die Rechnung präsentiert.

(Beifall der Abg. Inge Velte (CDU) - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deshalb können Sie doch nicht Rechtsbruch begehen!)

Sie tun so, als ob dies ein Betriebsunfall gewesen wäre. Die Beurteilung dieses vernichtenden Wählerurteils mit der Floskel: "Wir haben verstanden" durch den Bundeskanzler drückt doch Ihre ganze Unbeholfenheit aus.

(Zurufe)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Meine Damen und Herren, würden Sie bitte ein bisschen ruhiger sein.

(Ernst-Ludwig Wagner (SPD): Nein, wenn sie sich nicht an Recht und Gesetz hält, müssen wir auch nicht zuhören!)

- Herr Kollege, die Frau Ministerin hat das Wort. Sie sollten ihr zuhören. Man kann sich damit auseinander setzen.

Marlies Mosiek-Urbahn, Sozialministerin:

Dies drückt die Unbeholfenheit aus, Gesetze, die Sie in den Sand gesetzt haben, im Sinne der betroffenen Bürger zu korrigieren.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ist das Ihre Auffassung von Rechtsaufsicht?)

Mit unserem, von der SPD gezeigten Vorgehen befindet sich das Hessische Sozialministerium in bester Gesellschaft.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ja, in der mit Bayern und Baden-Württemberg! Das ist schlechte Gesellschaft!)

Sowohl das Bundesarbeitsministerium als auch die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte haben öffentlich bekundet, dass sich an der materiellen Rechtslage durch das neue Gesetz nichts geändert habe.

(Petra Fuhrmann (SPD): Aha!)

Insbesondere bestehe nach wie vor der Amtsermittlungsgrundsatz, nach dem die zuständige Behörde den Sachverhalt von sich aus ermitteln müsse. Ich zitiere ein Schreiben des Bundesarbeitsministeriums vom 26. Mai 1999. Darin heißt es:

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat den Inhalt der Vermutungsregelung eingehend mit den Spitzenverbänden der Sozialversicherung erörtert. Dabei ergab sich Übereinstimmung, dass § 7 Abs. 4 SGB IV die Grenzen zwischen selbstständiger Tätigkeit und abhängiger Tätigkeit nicht zu Lasten der Selbstständigkeit verschiebt. Für die Abgrenzung sind weiterhin die von der Rechtsprechung entwickelten Kriterien maßgeblich. Entscheidend bleibt die Gesamtwürdigung aller Umstände des Einzelfalls. Auch das Amtsermittlungsprinzip in der Sozialversicherung wird nicht aufgehoben.

Ich frage Sie, die Vertreter der SPD, was ich mit meinem Schreiben anderes gemacht habe.

(Armin Clauss (SPD): Etwas ganz anderes! Sie verstehen es nicht einmal!)

In dem Brief an die Versicherungsträger habe ich geschrieben:

Aus den genannten Gründen halte ich es für angezeigt, Scheinselbstständigkeit nach der alten Rechtslage zu beurteilen und von der Anwendung der Vermutungsregelung des § 7 Abs. 4 SGB IV vorerst abzusehen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

- Frau Fuhrmann, Sie haben vorhin um Ruhe gebeten. Vielleicht können Sie sich selbst daran halten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

In dem Schreiben heißt es weiter:

Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass von mir rechtsaufsichtlich toleriert wird, wenn die Versicherungsträger entsprechend verfahren.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist ein unglaublicher Vorgang!)

Ich frage Sie weiter: Worin unterscheidet sich denn meine Auffassung von der des Bundesministeriums für Arbeit?

(Armin Clauss (SPD): Grundlegend! - Petra Fuhrmann (SPD): Ganz grundlegend!)

Liegt dort etwa auch ein Rechtsbruch vor? Nein, es ist so, dass die Absichten Ihres Antrags auf der Hand liegen. Sie wollen in simpler Art und Weise einen Nebenkriegsschauplatz eröffnen,

(Armin Clauss (SPD): Nein!)

wobei Ihnen die Munition ausgegangen ist.

(Beifall bei der CDU)

Ihr ehemaliger Ministerpräsident, der heutige Finanzminister, will sich mit dem Vorhaben seiner Steuerreform und der Reform der Finanzen zum Anwalt des kleinen Mannes aufschwingen. Dem kleinen Mann zu helfen, hätte ihm bei der Abstimmung im Bundesrat über dieses Gesetz in den Sinn kommen sollen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Hier hätte sich Herr Eichel einen Namen hinsichtlich vernünftigen und verantwortungsvollem Vorgehen in der Politik machen können. Er hätte einer Vielzahl von Kleinverdienern und kleinen Unternehmen bei ihrer Existenzsicherung geholfen.

Ich möchte noch ein paar Worte zur Praxisferne Ihres Gesetzes sagen. Bei der AOK-Gesundheitskasse in Hessen

sind bis zum heutigen Tage 830 Anträge zur Prüfung der Versicherungspflicht eingetroffen. Von diesen wurden bis zum heutigen Tage 40% bearbeitet. Das Ergebnis ist: 87,7% der bearbeiteten Anträge erbrachten, dass weiterhin Versicherungsfreiheit gegeben ist. Wohlgedemerk, damit hier kein falscher Zungenschlag aufkommt, sage ich: Bei der Handhabung des Gesetzes wurde eindeutig nach der alten Rechtslage verfahren.

(Petra Fuhrmann (SPD): Darum geht es hier überhaupt nicht!)

Um eine einheitliche Rechtsauslegung für den gesamten Zuständigkeitsbereich der AOK-Gesundheitskasse in Hessen sicherzustellen, wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die alle Fälle von Kassel bis Darmstadt nach einheitlichen Kriterien prüfte. Entscheidend dabei ist, dass jeweils der Einzelfall entschieden wurde, so wie es das Bundesministerium auch verlangt. Dem entspricht auch mein Schreiben.

Der Verband der Angestellten-Ersatzkassen hat mitgeteilt, dass die Mitgliedskassen die vorgelegten Anträge individuell analog der bekannten rechtlichen Kriterien geprüft hätten. Im Ergebnis kann man feststellen, dass es keine Probleme mit den Versicherten gab, die unter Umständen wieder unter die Versicherungspflicht fallen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Darum geht es nicht!)

Schließlich möchte ich mitteilen, dass es in einem Vermerk der zuständigen Abteilung meines Hauses heißt:

Die Erklärung

- gemeint ist mein Schreiben an die Versicherungsträger - wurde seitens der Kassenverbände positiv aufgenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Spitzenverbände der Krankenkassen haben nun, nicht zuletzt aufgrund der Erklärung des Hessischen Sozialministeriums, zusammen mit den Rentenversicherungsträgern sowie der Bundesanstalt für Arbeit einen detaillierten Abgrenzungskatalog erstellt, wann eine selbstständige Arbeit vorliegt bzw. wann es sich um eine abhängige Beschäftigung handelt. Danach wird eine einheitliche Rechtsanwendung in der Regel ohne Zuhilfenahme der Vermutungsregelung möglich sein. Das Ergebnis in der Praxis zeigt, das Ergebnis über die Scheinselbstständigkeit ist ein Flop.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Zahlreiche Anrufe im Ministerium belegen dies mit Nachdruck. In Anbetracht dieser Sachverhalte, bei denen sich Menschen die Existenzfrage stellt, sprechen Sie von Rechtsbruch? Das rechtliche Vergehen liegt doch wohl darin, dass Sie diesen Menschen qua Gesetz und ohne Grund die Zukunft nehmen und sie zu dem Gang zum Sozialamt zwingen wollen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Dieter Nolte (SPD): Wir sind im Hessischen Landtag, nicht im CDU-Ortsverein!)

Das ist Ihr Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, das ist Ihr Verständnis von Sozialpolitik. Herr von Plottnitz, Sie sollten wissen, dass die Länder die Bundesgesetze als eigene Angelegenheiten ausführen, soweit das Grundgesetz nichts anderes bestimmt und zulässt.

(Zurufe von der SPD: Aber nach rechtlichen Gesichtspunkten! - Manfred Schaub (SPD): Jetzt wird

es heftig! - Norbert Schmitt (SPD): Ausführen, aber nicht brechen!)

Die Länder bestimmen über den Vollzug des auszuführenden Bundesgesetzes im Rahmen des geltenden Rechts.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht willkürlich! - Petra Fuhrmann (SPD): Genau, im Rahmen des Bundesrechts!)

Aufgabe des Bundes ist es, auf eine faktische Vollziehbarkeit bundesgesetzlicher Regelungen zu achten. Die Aufgabe des Bundes wäre es somit gewesen, die Auswirkungen der Regelung des § 7 Abs. 4 Sozialgesetzbuch IV und die Probleme des Gesetzesvollzuges vorzusehen und sie in die Rechtsnorm einzuarbeiten. Dies ist nicht geschehen, und daraus leiten sich wirtschaftspolitische, arbeitsmarktpolitische Fehlentwicklungen wie auch verfassungsrechtliche Bedenken ab. Es war bereits über die verfassungsrechtliche Bedenklichkeit insbesondere im Hinblick auf den Schutz von Ehe und Familie die Rede.

Die SPD zeigt sich mit dem vorliegenden Antrag wie der Wolf im Schafspelz. Mit einer schon beklemmenden Scheinheiligkeit versuchen Sie, der Landesregierung Unrat vor die Tür zu kehren, den allein Sie in Bonn produziert haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Ministerin, erlauben Sie jetzt eine Zwischenfrage?

Marlies Mosiek-Urbahn, Sozialministerin:

Ich komme zum Schluss. - Mit anderen Worten, Sie stehen mit dem Gesetz über die Scheinselbstständigkeit am Rande des Rechtsbruchs, wenn man Ihre Maßstäbe anlegt. Wir hingegen schaffen den Bürgern Rechtssicherheit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lachen bei der SPD - Manfred Schaub (SPD): Jetzt können Sie die Frage beantworten!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Walter für die SPD-Fraktion. - Sie haben noch vier Minuten Redezeit.

(Norbert Kartmann (CDU): His master's voice, aber die Stimme ist noch sehr dünn!)

Jürgen Walter (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Sozialministerin, in Anbetracht Ihrer für eine Frauenministerin schon skandalösen Rede heute Morgen war das ein schwarzer Tag für Sie. Dass Sie ihn durch diese Rede noch verschlimmern, verwundert mich doch ein Stück weit.

(Clemens Reif (CDU): Beißen Sie nicht ins Mikrofon!)

Sie haben mit dieser Rede das gleiche Problem wie mit der Rede heute Morgen: Sie haben schlichtweg das Thema verfehlt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie stellen eine richterliche Prüfung an, ob ein Gesetz materiell oder formell verfassungsgemäß ist, kommen zu dem

Schluss, dass es Bedenken dagegen gibt, und kommen deshalb zu dem Ergebnis: Wir wenden das einmal nicht an. - Sie wissen doch genau, dass es eine einzige Instanz in der Bundesrepublik Deutschland gibt, die über die Frage der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen befinden darf. Das ist das Bundesverfassungsgericht und nicht eine Landesministerin.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Sozialministerin, mit Ihrer Aufforderung, ein geltendes Gesetz nicht anzuwenden, machen Sie nichts anderes als den Aufruf zum Rechtsbruch. So einfach ist das.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mir ist heute Morgen ein kleines Missgeschick passiert. Ich bin etwas zu schnell gefahren, und dann hat es auch schon geblitzt. Ich gehe davon aus, dass ich einen Bußgeldbescheid bekommen werde. Den werde ich Ihnen gern geben, dann können Sie auch sagen, so etwas wird in Hessen toleriert, das Recht wird hier nicht angewandt. Das wäre genau die gleiche Situation.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer fährt schon zu schnell, Herr Kollege?)

Frau Sozialministerin, nehmen Sie diesen Aufruf zum Rechtsbruch zurück. Sie sind eine Landesministerin und werden nicht zur Miss Bundesverfassungsgericht des Landes Hessen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wortmeldung des Ministerpräsidenten Roland Koch - Zurufe von der SPD: Oh!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Wenn Ruhe eingekehrt ist, hat Herr Ministerpräsident Koch das Wort.

(Manfred Schaub (SPD): Jetzt kommt der Ruf nach dem Staatsanwalt!)

Roland Koch, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht habe ich im Augenblick einen speziellen Erfahrungshintergrund. Aber mir geht die Heuchelei, mit der Sie hier diskutieren, wirklich auf die Nerven,

(Beifall bei der CDU)

von Verkehrswegen und allem anderen, wovon gesprochen wird. Die Lage ist doch eine völlig andere.

(Armin Claus (SPD): Es geht um Rechtsbruch, Herr Ministerpräsident!)

Ein paar von Ihnen sitzen hier. Jetzt müsste ich wieder Herrn Starzacher kritisieren. Das will ich heute nicht mehr machen, nachdem ich ihn heute Morgen so hart angegangen bin. Herr Eichel hat ihn am 18. März in den Bundesrat geschickt. Dann haben Sie ein Gesetz zu 630 DM und zur Scheinselbstständigkeit beschlossen.

(Armin Claus (SPD): Es geht um die Rechtsstaatlichkeit!)

- Ich rede erst einmal darüber, was Sie dem Bürger im Rechtsstaat zumuten, und dann darüber, wie wir uns als Staat dazu verhalten. Das hat etwas miteinander zu tun.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Bei der Beschlussfassung über das Gesetz im Bundesrat haben alle gewusst, dass das Gesetz nicht praktikabel ist.

(Armin Clauss (SPD): Das hat damit nichts zu tun!)

Sie haben auch gewusst, dass das Gesetz im Interesse des deutschen Volkes kein halbes Jahr Bestand haben darf, weil es so viele Arbeitsplätze zerstört wie nichts anderes, was ein deutsches Parlament in den letzten Jahren beschlossen hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deswegen haben übrigens die Ministerpräsidenten der Sozialdemokratischen Partei, die das auch wussten und nur aus Loyalität etwas beschlossen haben

(Armin Clauss (SPD): Auch Thema verfehlt! - Dieter Nolte (SPD): Ablenkung!)

- Sie werden noch merken, wo ich zum Thema komme -, gleichzeitig den Beschluss gefasst, dass mit dem Gesetz zugleich der Auftrag erteilt wird, die Prüfung aufzunehmen, wie das Gesetz geändert werden kann.

(Ministerin Ruth Wagner: So ist es!)

Ihre Regierungskoalition in Bonn verhandelt seit Wochen nicht über die Fortführung des einige Wochen alten Gesetzes, sondern, was die Scheinselbstständigkeit angeht - da sind Sie im Erkenntnisprozess Gott sei Dank schon ein Stück näher an der Realität als bei den 630-DM-Jobs -, haben beide, Sozialdemokraten und GRÜNE, Herr Kollege Schwanhold für die SPD genauso wie Herr Metzger für die GRÜNEN, verbindlich und unwidersprochen erklärt, dass das Gesetz auf jeden Fall, und zwar rückwirkend, geändert wird.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Das hat damit alles gar nichts zu tun!)

Jetzt stellt sich die Frage, ob eine Rechtsaufsicht durchsetzen soll - übrigens nicht nur in Hessen, sondern auch in Bayern und Baden-Württemberg; Ihr Kollege Glogowski prüft gerade genau das Gleiche, aber das lasse ich jetzt weg -, dass die Mitarbeiter der AOKs ein Verfahren ausführen sollen, von dem sie wissen, dass es Arbeitsplätze zerstört und dass der Deutsche Bundestag die feste Absicht hat, in einigen Tagen dafür zu sorgen, dass die Arbeitsplätze nicht mehr zerstört werden.

(Manfred Schaub (SPD): Unsinn! - Dieter Nolte (SPD): Wortreich am Thema vorbei!)

Da sage ich Ihnen ganz klar: Ich billige ausdrücklich, dass die zuständige Ministerin hier, wie der zuständige Minister in Baden-Württemberg und die zuständige Ministerin in Bayern, gesagt hat, wir werden unter diesen, für einen Gesetzgeber beschämenden und außergewöhnlichen Umständen, wie Sie in Bonn Gesetze machen, als Rechtsaufsicht nicht binnen einiger Wochen dafür sorgen, dass alles zerstört wird, von dem Sie selbst wissen, dass es anschließend wieder aufgebaut werden muss.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Vor dem Hintergrund übt die Hessische Sozialministerin als Rechtsaufsicht, wie andere Bundesländer auch, ihr Ermessen aus.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das pflichtgemäße Ermessen!)

- Ein pflichtgemäßes Ermessen, Frau Fuhrmann. - Das pflichtgemäße Ermessen gebietet es, nicht dafür zu sorgen, dass nur dadurch, dass der Gesetzgeber einen bereits erklärten Willen, den er rückwirkend geltend machen will, noch nicht umgesetzt hat, noch Rechtsfolgen ausgelöst werden, die andere Menschen in Schwierigkeiten bringen und die wir nicht rückgängig machen können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich sage Ihnen zu: Wir prüfen diese Position in dem Augenblick, in dem die Fraktionen von SPD und GRÜNEN in Bonn erklären, dass sie nicht bereit sind, das Scheinselbstständigkeitsgesetz zu ändern. Wenn es diese Erklärung aus der politischen Mehrheit des Deutschen Bundestages gibt, verändert sich die Lage. Dazu lade ich Sie herzlich ein. Ich behaupte, dass das niemand mehr tun wird, weil alle wissen, dass das, was Sie jetzt von der Ministerin verlangen, durchzusetzen, gar nicht durchgesetzt werden soll. Denn sonst würden Ihre Kollegen in Bonn sagen: Wir ändern nicht, oder wir ändern jedenfalls nicht rückwirkend. - Sie sagen aber: Wir ändern, und wir ändern rückwirkend. - Und Sie stellen sich hier her und sagen: Aber bevor wir es rückwirkend ändern, soll im Zuge der Rechtsaufsicht die Sozialministerin noch einmal dafür sorgen, dass das, was wir rückwirkend ändern, erst durchgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das machen wir nicht. Das ist der Punkt, über den wir reden, nur dieser Punkt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deshalb bleibt es dabei. Wir sind in einer schwierigen Übergangsphase.

(Zurufe von der SPD)

Diese Übergangsphase haben Sie mit einem Gesetz herbeigeführt, von dem Sie von Anfang an wussten, dass Sie nicht wollten, dass es diese Wirkung entfaltet. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Parlamentsfraktionen im Deutschen Bundestag immer noch dieser Auffassung sind. Wir werden abwarten, was sie in den nächsten Wochen tun werden. Solange dieser Zustand besteht, werden wir niemanden in ein Unglück stürzen, das selbst die Bonner Regierungsfaktionen inzwischen nicht mehr wollen.

(Zurufe von der SPD)

Das ist ein vernünftiges, pflichtgemäßes Ermessen bei der Wahrnehmung von Rechtsaufsicht, Frau Kollegin Fuhrmann. Genau deshalb werden wir es tun.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Clauss. - Sie haben fünf Minuten Redezeit.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Armin Clauss (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon ein interessanter Vorgang, dass das Parlament in die Ferien geht und der Ministerpräsident hier noch eine Ministerin deckt, die einen Eid abgelegt hat - er auch -,

(Widerspruch bei der CDU)

nämlich Recht und Gesetz einzuhalten und gegebenenfalls auch Schaden abzuwenden.

(Lebhafter demonstrativer Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

- Sie haben sich zu früh gefreut. Lesen Sie einmal die Stellungnahmen der verantwortlichen öffentlich-rechtlichen Körperschaft IHK. Sie sagt: Gegebenenfalls kann Ihre Handlungsweise dazu führen, dass, wenn der Einzelne sich so verhält, wie Sie es jetzt rechtlich decken wollen, er am Ende in den Ruin getrieben wird, weil er bankrott ist. - Das ist die Realität, um die es geht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, deswegen kann ich heute am Ende dieses Plenartages feststellen, dass Sie als Ministerpräsident Rechtsbruch decken und selbst zum Rechtsbruch aufrufen. Das ist ein außergewöhnlicher Vorgang, und so wollen Sie das Parlament in die Sommerferien entlassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann schließe ich die Aussprache und komme zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag. Wer für die Annahme des vorliegenden Antrages ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen?

(Minister Dr. Franz Josef Jung: Armin, wo sind denn deine Leute?)

Der Antrag ist mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung. Bevor Sie alle in die Ferien gehen, möchte ich Ihnen noch alles Gute für die Ferien wünschen. Kommen Sie gesund wieder und genießen Sie Ihre Ferien. Auf Wiedersehen.

(Beifall - Zurufe: Danke! - Schluss: 17.45 Uhr)